

Frankreich, Rußland und der Dreibund.

Geschichtliche Rückblicke für die Gegenwart

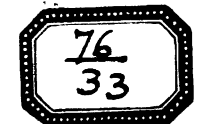
von

F. Heinrich Geffcken.

Zweite verbesserte Auflage.



Berlin.
Verlag von Richard Wilhelmi.
1893.


76
33

Frankreich, Rußland

und

der Dreibund.

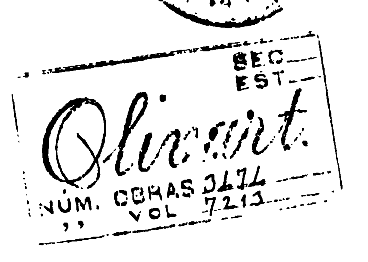
Geschichtliche Rückblicke für die Gegenwart

von

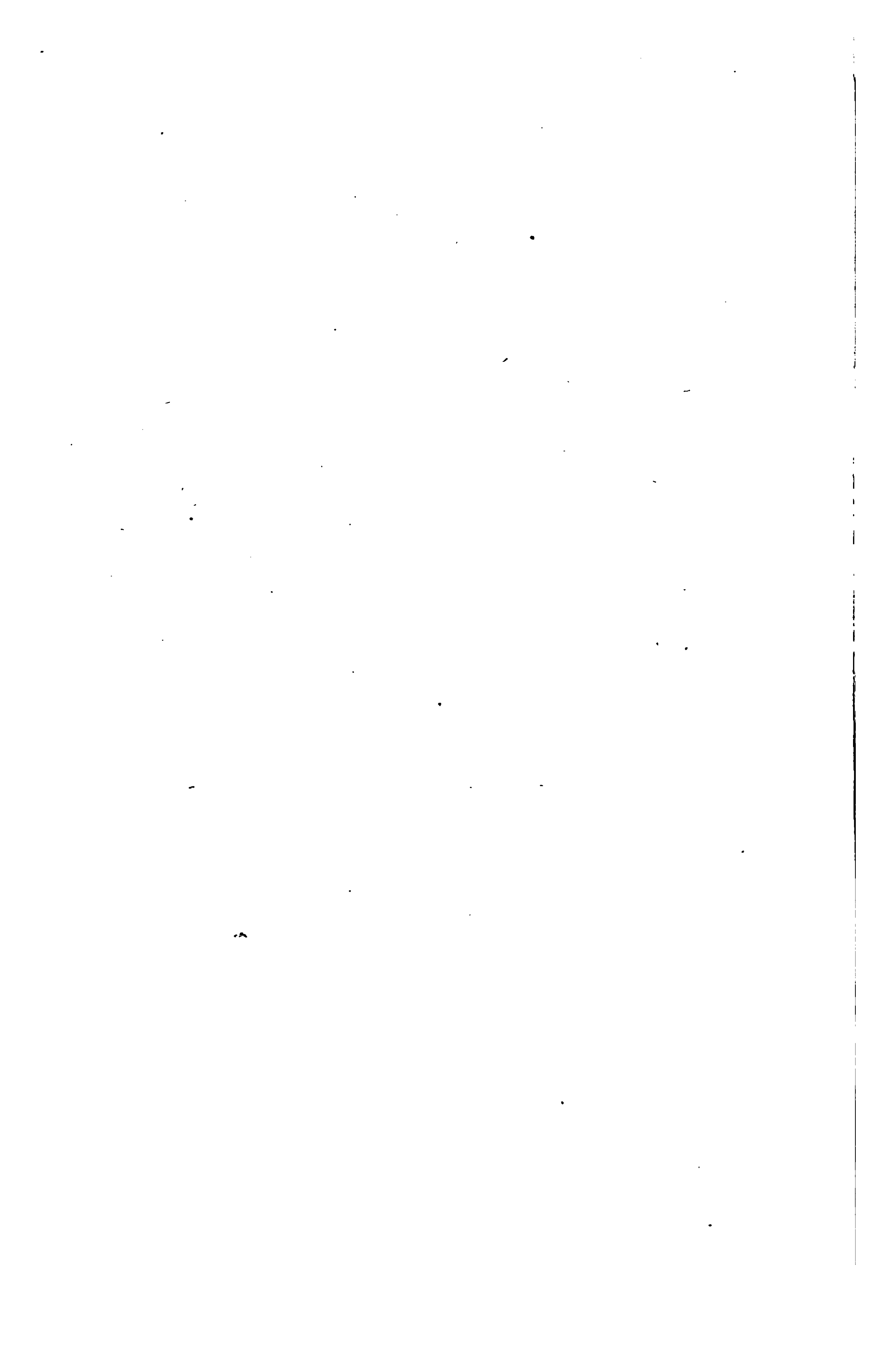
F. Heinrich Geffcken.

Zweite verbesserte Auflage.





Berlin.
Verlag von Richard Wilhelmi.
1893.



Frankreich, Rußland und der Dreibund.

Geschichtliche Rückblicke für die Gegenwart

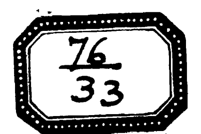
von

F. Heinrich Geffcken.

Zweite verbesserte Auflage.



Berlin.
Verlag von Richard Wilhelmi.
1893.


76
33

Frankreich, Rußland und der Dreibund.

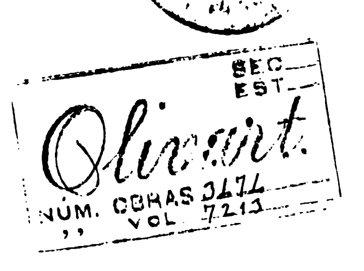
Geschichtliche Rückblicke für die Gegenwart

von

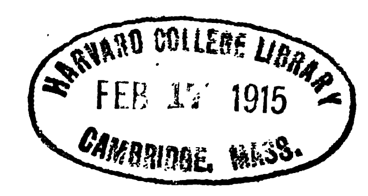
F. Heinrich Geffcken.

Zweite verbesserte Auflage.





Berlin.
Verlag von Richard Wilhelmi.
1893.



Inhaltsverzeichnis.



Einleitung.

Die russische Allianz gilt jetzt in Frankreich als Dogma. Wenn schon früher die warnenden Stimmen Barthélémy St. Hilaires, Stoffels und Anatole Leroy-Beaulieus sich nicht einem Trugbilde hinzugeben, ungehört verhallten, so wird jetzt der, welcher gegen dieselbe spricht, einfach für einen schlechten Patrioten erklärt. Der Durchschnitts-Franzose spricht privatim meist ganz vernünftige Anschauungen aus, die ungeheure Mehrheit des Volkes will nur Frieden und doch läßt sich die öffentliche Meinung in Presse und Parlament durch eine Handvoll Chauvinisten terrorisieren, so daß niemand die Stimme gegen eine Allianz mit Rußland zum Zwecke der Demütigung Deutschlands zu erheben wagt. Alles was über die inneren zerrütteten Zustände des Czarenreiches verlautet, die bedenkliche Lage der Finanzen, die Hungersnot, das kopflose Verhalten der Behörden dabei, die Cholera und die fanatischen Ausschreitungen eines barbarischen Pöbels, das Treiben der russischen Agitatoren auf der Balkanhalbinsel, wird nach Möglichkeit totgeschwiegen: Es ist in dieser Beziehung bezeichnend, daß noch kein französischer Verleger gewagt hat, Kennans berühmtes Buch über Sibirien dem Publikum durch eine Übersetzung zugänglich zu machen.

In Petersburg urteilt man an entscheidender Stelle unzweifelhaft kühler, man läßt sich das eifrige Liebeswerben Frankreichs und die guten Dienste, zu denen es jederzeit bereit ist, bestens gefallen, aber betrachtet es nur als Mittel für die eigenen Zwecke im Orient. Indes in einem Punkte sind beide Mächte einig, in dem Haß gegen den Dreibund, welcher den französischen Revanchegelüsten wie den russischen Plänen auf der Balkanhalbinsel einen unübersteiglichen Damm entgegensetzt.

Dem gegenüber ist Deutschlands Stellung klar. Unser Verhältnis zu Frankreich war bis 1866 freundschaftlich, Ludwig's XIV. Raubpolitik, wie die Schrecknisse der napoleonischen Zeit, in denen Hunderttausende von Deutschen für rein französische Zwecke geblutet*) und die kaiserlichen Marschälle wie Barbaren hausten,**) waren der Vergessenheit übergeben, weil jedermann den Frieden zu erhalten wünschte, den Deutschland zu seiner wirtschaftlichen Erholung so sehr bedurfte. Trotz alles Strebens Frankreichs nach der Rheingrenze, das diplomatisch wie publizistisch immer wieder in Paris hervorbrach, hat Deutschland bis 1870 nicht daran gedacht, das Elsaß zurückzufordern. Aber als wir damals angegriffen wurden und siegten, war es, wie Fürst Bismarck später sagte, ein Gebot der Selbsterhaltung, uns Straßburg, das Ausfallsthor, zu sichern, von dem alle neueren Angriffe auf Deutschland ausgegangen und das Süddeutschland stets bedrohte. Ich erinnere mich, daß, als bei der Einverleibung von Nizza und Savoyen und der Beunruhigung, welche diese Wiederaufnahme der Annexionspolitik hervorrief, eine deutsche Flugschrift erschien, „Elsaß-Lothringen deutsch“, der die preußische Regierung ganz fern stand, St. Marc Girardin in der Revue des deux Mondes höhnend bemerkte, darauf gebe es nur eine Antwort: „Venez les prendre“. Das haben wir gethan, und die Behauptung Jules Favres in der Konferenz von Ferrières, daß eine Abtretung von Gebiet gegen die französische Ehre sei, hat Graf Bismarck treffend damit zurückgewiesen, daß diese Ehre von keinem andern Stoffe sei, als die andrer Nationen. Völkerrechtlich betrachtet, kommt der Einwand darauf hinaus, daß auch der ungerechteste Angriff, wenn er siegreich zurückgewiesen, für den Angreifer keine oder andre Folgen haben solle, als eine Geldstrafe. Der Kanzler hat die Forderung

---

*) In der bekannten Zusammenkunft in Dresden 1813 mit Metternich hatte Napoleon den Cynismus zu sagen „et encore la plupart du million d'hommes que j'ai perdu étaient des Allemands“, worauf der österreichische Kanzler erwiderte: „Merci pour les Allemands“.

**) Napoleon rühmte sich, davon abgesehen, aus dem erschöpften, auf die Provinzen ostwärts der Elbe beschränkten Preußen eine Milliarde gezogen zu haben.

der Abtretung sehr weise lediglich mit militärischen, nicht mit nationalen Gründen gerechtfertigt, aber wer wie ich lange im Elsaß gelebt, kann sich der Wahrnehmung nicht entziehen, daß der Kamm der Vogesen auch die natürliche nationale Grenze ist, rechts ist alles deutsch, sobald man das Gebirge überschreitet, hört man nur französisch, der elsässische Bauer unterscheidet sich in keinem wesentlichen Punkte vom Schwarzwälder, er nennt die Franzosen „die Welschen", höchstens daß er einige französische Wörter mit deutschen Endungen aufgenommen, mit Ausnahme von Straßburg und Mülhausen wird bis an die Grenze in katholischen wie protestantischen Kirchen ausschließlich deutsch gepredigt. Französiert sind lediglich die höheren Klassen, und dies auch erst seit 50 Jahren, alte Elsässer haben mir gesagt, daß, wenn ihr Land 1815 wieder deutsch geworden, der Übergang sich ohne jeden Anstoß vollzogen haben würde, erst seit 1833 Guizot überall französische Schulen einführte und das zweite Kaiserreich die Französierung mit Hochdruck fortsetzte, haben sich die Verhältnisse geändert, zumal die Mädchen vielfach in Pariser Pensionen geschickt wurden; aber noch heute sprechen auch die gebildeten Elsässer gern unter sich ihr „dietsch" und französisch meist nur mit vernehmbarem Accent, weshalb sie von ihren früheren Landsleuten oft genug aufgezogen werden.

In der Stimmung der Elsässer hat sich bereits ein bemerkbarer Umschlag vollzogen, wie die neuesten Reichstagswahlen zeigen; man sieht mehr und mehr ein, daß der Standpunkt des unfruchtbaren Protestierens zu nichts führt, im Landesausschuß kommen die Interessen der Provinz zum Ausdruck und man ist nicht blind für die Segnungen der guten deutschen Verwaltung.*) Wenn dennoch die Verschmelzung mit Deutschland noch nicht erreicht ist, so liegt dies teils an den wechselnden Regierungssystemen, teils an dem Druck, den die sogenannten Notabeln auf die Bauern üben, vor allem aber an dem Festhalten der Stellung Elsaß-Lothringens als Reichsland. Mochte dieselbe als Übergang anfangs erforderlich sein, so hat

*) Dies hat sich zum Kummer der Franzosen bei den letzten Kaisermanövern auch in Lothringen gezeigt.

sie heute jede Berechtigung verloren, sie giebt den Bewohnern das Gefühl, daß die jetzige Herrschaft nur ein Provisorium ist und daß sie selbst nur deutsche Staatsangehörige zweiter Klasse sind. Dazu kommt, daß zwischen Elsaß und Lothringen ein nationaler Gegensatz besteht, letzteres ist mit Ausnahme einiger Grenzorte wie Diedenhofen, Finstingen ꝛc. französisch und kann nur als solches regiert werden. Die notwendige Rücksichtnahme auf diese Thatsache bei gemeinsamen Angelegenheiten ist das größte Hindernis, daß Elsaß bald wieder ganz deutsch wird. Es ist dringend geboten, diesem Zustande ein Ende zu machen, Lothringen muß in Preußen einverleibt werden, das als Großstaat allein die Kraft hat, kleine Bestandteile fremder Nationalität zu assimilieren, auch in Malmédy spricht man französisch, obwohl man dort gut preußisch ist; einige Grenzorte könnten zu der bayrischen Pfalz kommen. Elsaß aber wird sicher am besten mit Baden, dessen Bewohner größtenteils gemeinsamen Stammes sind, in Personal-Union vereinigt. Unmittelbar nach dem Frieden von 1871 mochte Baden sich noch nicht im stande fühlen, eine solche Vereinigung durchzuführen, so weit wie aber die Dinge jetzt gediehen sind, werden sich einer solchen Gemeinschaft keine großen Hindernisse mehr entgegenstellen und eine solche Lösung hätte vor allem den Vorteil, den Elsaß-Lothringern wie den Franzosen zu zeigen, daß die Vereinigung der westlichen Grenzprovinz mit Deutschland eine unwiderrufliche Thatsache ist.

In der französischen Stimmung gegen uns wird sich dadurch freilich nichts ändern, denn es ist keineswegs bloß der Verlust an Gebiet, welcher den Haß gegen Deutschland erzeugt, sondern vor allem der Verlust des französischen Prestige als mächtigste Nation. Daß Frankreich, welches bis dahin höchstens einer Koalition unterlegen war, von Deutschland geschlagen ist, wie es noch nie zuvor geschlagen war, das können die Franzosen nicht verwinden, die seiner Zeit schon den sinnlosen Ruf „Revanche pour Sadowa“ erhoben, nur weil Deutschland Österreich schneller und zweifelloser besiegt hatte, als sie es 1859 vermochten.

Unzweifelhaft ist es wesentlich das gespannte Verhältnis dieser beiden Staaten, welches die Militärlasten stets steigert, die das beste Mark der Völker verzehren, aber wir liegen nun ein-

mal nicht wie die Vereinigten Staaten zwischen zwei harmlosen Ländern wie Canada und Mexiko, und noch niemals ist eine Abrüstung durch Vertrag erfolgt, sondern lediglich aus gebieterischen wirtschaftlichen Gründen, wie nach 1815, wo die Kriegführenden erschöpft waren. Wenn es inzwischen die Aufgabe der deutschen Politik bleibt, einerseits uns auf den Krieg mit zwei Fronten zu rüsten, andrerseits dem Ausbruch desselben vorzubeugen, so bleibt uns Frankreich gegenüber nur die Haltung, mit fester Wahrung unseres Rechtes freundliche Formen zu beobachten, übrigens aber gelassen zuzusehen, wie es in seinem Safte kocht. Je länger es gelingt, den Frieden zu erhalten, desto mehr tritt der Krieg in den Hintergrund, man hat auch 40 Jahre in Paris gerufen: „Revanche pour Waterloo", und was ist daraus geworden?

Sollte es aber wirklich ehrgeizigen oder verblendeten Strebern gelingen, das Land in einen Krieg mit Deutschland hineinzureißen, was unwahrscheinlich ist, so lange Frankreich hierfür keinen Verbündeten hat, was bis jetzt nicht der Fall ist, dann allerdings bliebe Deutschland nur übrig, ihm die Macht, uns zu schaden, für immer zu nehmen.

Gegenüber der Wahrnehmung, daß Rußland und Frankreich stets die aggressiven Mächte gewesen, gegen welche ihre Nachbarn sich zu wehren hatten, ist nun für uns Deutsche, gegen die heute vor allem die Spitze dieser Bestrebungen gerichtet ist, weil man uns mit Recht als den Kern des Dreibundes betrachtet, die geschichtliche Thatsache um so wichtiger, daß jeder Versuch jener beiden Mächte zu einer dauernden Allianz zu gelangen, gescheitert, wenn nicht in sein Gegenteil umgeschlagen ist. Nicht weniger als sechs russische Herrscher, nämlich Peter der Große, Elisabeth, Paul, Alexander I., Nikolaus I. und Alexander II. haben den Plan eines Bündnisses mit Frankreich verfolgt und keinem derselben ist es gelungen, dasselbe zu verwirklichen. Dies näher nachzuweisen erscheint von ebenso großem geschichtlichen wie politischem Interesse und soll in den nachstehenden Ausführungen versucht werden, wobei naturgemäß auch die Stellung der anderen Mächte bei den betreffenden Ereignissen berücksichtigt werden mußte.

I. Von Peter dem Großen bis Alexander I.

Bis Ende des 17. Jahrhunderts kannte man in Frankreich Rußland nur als ein barbarisches Reich mit ungewissen Grenzen, von dem man Talg, Häute, Hanf und Flachs bezog. Auch nachdem die endlichen Erfolge Peters d. Gr. gegen Karl XII. es Ludwig XIV. klar gemacht haben mußten, daß sich im Norden eine neue Macht erhebe, behandelte er den Czaren im Grunde als Grand Duc de Moscovie, man begriff in Versailles nicht, daß der Zweck der erbitterten Kriege um die baltischen Provinzen war, ans Meer zu gelangen, und so schickte noch 1702 der König einen Gesandten an Peter, um ihn mit Karl XII. auszusöhnen und zu bewegen, seine Kräfte gegen Österreich zu wenden,*) Ludwig hielt eben an der Politik Richelieus fest, die dahin ging, sich in Schweden, Polen und der Pforte Bundesgenossen gegen das Haus Habsburg zu sichern. Peter seinerseits bewunderte den König und hätte am liebsten seine Kultur aus Frankreich bezogen, aber sein beabsichtigter Besuch in Paris bei seiner ersten europäischen Reise ward höflich abgelehnt und so nötigte man ihn, die Erzieher seiner Nation in Holland und Deutschland zu suchen, vor allem aber drängte ihn Ludwigs Politik in scharfen Gegensatz zu Frankreich. Bei der polnischen Königswahl von 1697 setzte er seinen in der Minderheit gebliebenen Kandidaten August von Sachsen gegen den gewählten

*) Hierbei erhielt der Gesandte Baluze den bezeichnenden Auftrag, Auskunft zu suchen „sur la véritable étendue des états du Grand Duc de Moscovie et de leurs frontières vers l'Orient". (Rambaud Recueil des Instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu'à la révolut. française. Russie I, p. XXX.

Prinzen Conti durch, den der französische Admiral Jean Bart nach Danzig brachte. So mußte die Sendung von 1702 vollständig scheitern, Peter that vielmehr Frankreich schweren Schaden, indem er durch seinen neuen Krieg mit Karl XII. denselben hinderte, Ludwig in seinem Kampf gegen die Koalition zu helfen, andererseits drängte der französische Gesandte in Konstantinopel 1711 die Pforte in den Krieg, in welchem Peter seine schwersten Niederlagen erlitt; eine der letzten Regierungshandlungen Ludwigs war die Erneuerung des Subsidienvertrags mit Schweden. Sein Tod eröffnete die Möglichkeit eines Umschwungs, Peter kam 1717 nach Paris und suchte begreiflich zu machen, daß Frankreich in ihm die Stütze finden würde, welche Schweden nicht mehr bieten konnte, indes der Erfolg entsprach seinen Wünschen nicht, der Regent von Orleans wollte Schweden nicht aufgeben und hielt noch mehr an der neuen Allianz mit England und Holland fest, der Czar erreichte nur die Nichterneuerung des schwedischen Subsidienvertrags und die französische Vermittlung für den Friedensschluß mit Schweden (Vertrag von Nystad 1721) und der Pforte (1720); seine Vorschläge, seine Tochter Elisabeth mit Ludwig XV. oder einem anderen jungen französischen Prinzen, der dann König von Polen werden sollte, zu verheiraten, wurden mit Ausflüchten erwidert. Derselben Kälte begegnete Katharina I., als die Verbindung Ludwigs XV. mit der Infantin gescheitert war, nicht nur verweigerte der Herzog von Bourbon Elisabeths Hand für den König und für seinen Sohn, sondern er verheiratete den ersteren rasch mit Maria Lesczinska, deren Vater Peter aus Polen vertrieben hatte. Katharina tief verletzt wandte sich zu Österreich und schloß 1726 mit demselben ein Bündnis, dem auch die Kaiserin Anna treu blieb. In dem polnischen Erbfolgekrieg vertrieb Rußland zum zweiten Male Stanislaus Lesczinski und andererseits brachte der französische Botschafter Villeneuve 1734 den Vertrag von Belgrad zu stande, durch den Rußland alle seine türkischen Eroberungen verlor außer Azow, welches es nur unter der Bedingung, es nicht zu befestigen, behielt.

Nach dem Tode Ludwigs XIV. war Campredon als erster Gesandter nach Petersburg gegangen, aber bei der Verschlechte-

rung der Beziehungen war Frankreich nur sporadisch durch Geschäftsträger vertreten, bis 1740 herrschte überhaupt an der Newa deutscher Einfluß vor.*) Nach dem Frieden aber wurde der Marquis de la Chétardie als erster Botschafter bei der Zarina beglaubigt. In seiner Instruktion von 1739 ist bereits erwähnt, daß der Tod Annas voraussichtlich zu Verwirrungen Anlaß geben werde, und dies bewahrheitete sich bald, als die Kaiserin am 28. Oktober 1740 starb. Anfang Dezember 1741 ward die von ihr eingesetzte Regentschaft gestürzt und Elisabeth, Tochter Peters d. Gr., durch eine Militärrevolution auf den Thron gehoben. La Chétardie hatte hierbei mit Rat und Geld geholfen und wurde nun Held des Tages. Auch Elisabeth schrieb herzliche Briefe an Ludwig XV.; aber plötzlich wandte sich das Blatt, Frankreich wollte Schweden nicht preisgeben, Elisabeth aber nahm demselben im Frieden von Abo 1743 das südliche Finland, wodurch Frankreich, welches dies vergeblich zu hindern suchte, allen Einfluß in Stockholm verlor. La Chétardie kam in Konflikt mit dem Kanzler Bestujew, ließ sich in Intriguen ein, um diesen zu stürzen, er wollte andererseits Elisabeths Gunst durch die Anerkennung des kaiserlichen Titels wiedergewinnen, und hatte sich zu dem Zweck eine neue Beglaubigung erbeten. Aber ehe er dieselbe überreichen konnte, überzeugte Bestujew, der seine Briefe hatte öffnen lassen, die Kaiserin von den Umtrieben des Botschafters, die sich bis zur Großfürstin Katharina erstreckten, und da sich derselbe außerdem sehr anzügliche Äußerungen über Elisabeths Lebenswandel erlaubt, wurde er von Moskau aus mit militärischer Begleitung über die Grenze geschafft (Martens Causes célèbres du droit des gens I, p. 428). Die Entfremdung der beiden Höfe dauerte acht Jahre, im siebenjährigen Kriege kämpften Rußland wie Frankreich gegen Friedrich II., aber ohne Allianz, ersteres war vielmehr der Verbündete Österreichs; vergeblich suchte Elisabeth nach Wiederher-

---

*) La Chétardie wird in seiner Instruktion von 1739 angewiesen, auf Gleichstellung mit dem kaiserl. Gesandten zu halten, was um so notwendiger sei, „dans un pays où le règne des Allemands et la prédilection pour eux ne sont peut-être que trop établis“. Rambaud p. 343.

stellung der diplomatischen Beziehungen zu einer Verständigung mit Ludwig XV. zu kommen; man fürchtete in Paris, daß Rußland zu mächtig werde, wollte Schweden, die Pforte, vor allem Polen nicht aufgeben*) und keine Vergrößerung der neuen Macht zugestehen.**) Bestujew ward allerdings auch gestürzt, aber bald darauf (5. Januar 1762) starb Elisabeth und Peter III. ward sofort der aktive Verbündete des von ihm begeistert bewunderten großen preußischen Königs.

Seine Regierung war allerdings nur von kurzer Dauer, und bei der Verschwörung, die ihn des Thrones und bald darauf ohne Wissen der Kaiserin des Lebens beraubte, hätte Frankreich sehr wohl das Spiel erneuern können, das ihm bei Elisabeths Erhebung gelungen war. Seine Gemahlin Katharina ersuchte den französischen Botschafter Breteuil um ein Anlehen von 60 000 Rubel, um die kaiserliche Garde zu gewinnen und so die Krone zu erlangen, wofür sie ihre Allianz versprach. Aber Breteuil, statt diese Gelegenheit mit beiden Händen zu ergreifen, erbat erst Instruktionen von Paris und ging, ehe dieselben eintrafen, auf Urlaub, kurz vor dem Ausbruch der Palastrevolution, welche Peters Schicksal besiegelte. Die stolze Frau, welche nun Rußland mehr als dreißig Jahre (1762—92) als wahre Autokratin regierte, vergaß diese Kränkung niemals. Ihre Be-

*) La position de la Russie par rapport de l'Europe est telle qu'elle ne peut s'agrandir qu'aux dépens de la Suède et de la Pologne, deux puissances anciennement alliées de la France, dont par conséquent nous soutiendrons toujours les intérêts." (Inst. au marquis de l'Hôpital 28 déc. 1756. Rambaud p. XLVI.)

**) Noch eine weit spätere Instruktion stellt dies als leitenden Gesichtspunkt der französischen Politik auf: „La saine politique ne doit pas permettre qu'on laisse la cour de Pétersbourg augmenter sa puissance et étendre les bornes de son empire. La vigilance est d'autant plus nécessaire qu'il y a longtemps que la cour de Pétersbourg a un plan de politique tout formé, dont elle ne s'écarte pas, et qui parait bien lié dans toutes les parties, mais qu'elle ne développe que successivement et à mesure que les événements et les circonstances lui en fournissent l'occasion; et ses ministres, défiants et soupçonneux, joignent à la dissimulation naturelle à leur nation la suite la plus méthodique dans leurs propos, dans leurs écrits et dans leurs démarches." (Instr. à Breteuil 1770.)

ziehungen mit Frankreich blieben kalt und letzteres verharrte in einer ihr ungünstigen Politik; in den Instruktionen für den Gesandten Marquis de Bausset (1762—65) hieß es: „Il ne convient pas aux nations éclairées par une saine politique de voir sans inquiétude la Russie, à peine dépouillée d'une écorce vraiment barbare, profiter rapidement de son nouvel état pour étendre ses bornes et s'approcher de nous", es wird darin weiter scharf über die „fausseté et inconséquence" der auswärtigen Politik der Kaiserin geurteilt, die Hoffnung ausgesprochen, daß der Krieg mit der Pforte lange genug dauern werde, „pour que la Cour de Russie, humiliée ou du moins épuisée, ne puisse de longtemps penser à abuser de sa puissance", sowie daß der Adel sich verständige, „sur la nécessité de resserrer les droits abusifs de l'autorité czarienne". — Was Katharina betraf, so beschränkte sich ihre Neigung für Frankreich auf dessen Litteratur, sie unterhielt einen lebhaften Briefwechsel mit Voltaire, Diderot, Grimm und suchte d'Alembert als Erzieher des Großfürsten Paul mit sehr hohem Gehalt zu gewinnen, aber ihre Beziehungen zum Hofe von Versailles blieben kühl und wurden im Verlaufe der Zeit geradezu gespannt. Peter der Große hatte den Anspruch erhoben, daß die Würde eines Czaren gleichbedeutend mit der eines Kaisers sei, Preußen und England hatten dies sofort anerkannt, andere Mächte folgten, Frankreich und Spanien 1745 jedoch nur unter dem Vorbehalt von Reversalien, „que le titre d'impérial n'apporterait aucun changement au cérémonial usité entre les deux cours", Katharina verweigerte die Erneuerung derselben und erklärte, sie werde keinem fremden Gesandten Audienz gewähren, der ihr nicht den Titel „Kaiserin" gebe, die Verhandlungen über einen Ausweg führten zu nichts, auf eine an alle in Petersburg beglaubigten Gesandten gerichtete Erklärung erwiderte der französische Hof am 28. Januar 1763 in einer contre-déclaration. „Les titres ne sont rien par eux-mêmes. Ils n'ont de réalité qu'autant qu'ils sont reconnus — les souverains eux-mêmes ne peuvent s'attribuer des titres à leur choix; l'aveu de leurs sujets ne suffit pas, celui des autres puissances est nécessaire; et chaque couronne libre de reconnaître ou de

récuser un titre nouveau, peut aussi l'adopter avec les modifications et les conditions qui lui conviennent", Frankreich habe unter Elisabeth den Titel „kaiserlich" anerkannt, aber nur unter bestimmten Bedingungen und halte an diesen fest.*) Der Federkrieg ward nicht fortgesetzt, aber begreiflich nahm Katharina diese Vorlesung sehr übel und bald traten beide Mächte auch auf dem Gebiet der praktischen Politik in scharfen Gegensatz. Schon 1764 trieb Vergennes als Gesandter in Konstantinopel die Pforte zur Einmischung in die polnischen Angelegenheiten, um zu hindern, daß Rußland in denselben uneingeschränkt herrsche und unterstützte in gleichem Sinne den Chan Krym-Girai; als dann 1768 die Pforte den Krieg erklärte, schlug Choiseul vor, die russische Flotte, die ins Mittelmeer gesandt war, zu vernichten, worauf Ludwig XV. aber nicht einging, die Erfolge Katharinas führten 1774 zum Frieden von Kudjuk-Kainardji, durch den Rußland große Erfolge erzielte, die Tataren der Krim wurden unabhängig, was nur das Vorspiel der Einverleibung war, die 1783 erfolgte. Vergennes, jetzt auswärtiger Minister, erkannte die Bedeutung derselben und setzte alles daran, sie zu hindern, am 20. Juni 1783 schrieb er dem Gesandten in London Grafen Adhémar: „Hat Rußland einmal auf der Krim und sozusagen im Angesicht von Konstantinopel festen Fuß gefaßt, so wird es diese Hauptstadt in beständiger Angst erhalten und die Mittel vorbereiten, um bei der ersten günstigen Gelegenheit derselben sich zu bemächtigen."**) Er betonte dann, es könne England doch nicht gleichgiltig sein, wenn eine neue Seemacht sich erhebe, welche den Bosporus beherrsche. Aber der Stumpfsinn der Whigs für auswärtige Politik bewährte sich auch diesmal. Fox gab Adhémar zu, es werde ein ganz abscheuliches Beispiel sein, aber er glaube, es sei zu spät, die Kaiserin wolle nun einmal die Krim haben. Vergennes war nicht so leicht zu entmutigen, er beauftragte den Gesandten, sich an den König selbst zu wenden. Frankreichs Handel sei schon im letzten Kriege durch die russischen Kreuzer geschädigt, auf die

---

*) Martens Causes célèbres II, p. 264—81.

**) Die Aktenstücke im Moniteur 30. Juni, 1. Juli 1855.

Forderung einer Entschädigung habe man in Petersburg mit Ausflüchten geantwortet, wie werde es erst sein, wenn Rußland in 24 Stunden durch die Meerengen gelangen könnte? der König hörte den Grafen sehr aufmerksam an und sagte: „Ich denke unbedingt wie Ihr Gebieter, Europa würde eine Wildnis werden, kein Mensch wird mehr sicher sein, ich glaube auch, wenn wir uns vereinigen, werden wir immer im stande sein, dergleichen zu verhindern.“ Aber alles scheiterte an Fox, er meinte, der König von Preußen werde sich schon dem Fall des türkischen Reichs widersetzen, England sei außer stande, diese Aufgabe zu lösen, er sehe keine Möglichkeit, sich in diese Sache zu mischen und gestehe, nicht mit Frankreich in derselben zusammengehen zu können. Vergennes schreibt noch einmal an Fox direkt und betont, wie wichtig es sei, daß beide Mächte im Einverständnis handeln. „Wenn sie sich trennen, so werden sie nur das thätige Werkzeug fremder Leidenschaften sein, sie werden sich endlich erschöpfen, um sich Nebenbuhler zu schaffen, die ihnen bald genug ihr ganzes Übergewicht werden fühlbar machen.“ Indes vergeblich, mit gutem Grund schreibt der englische Gesandte in Petersburg: „Die Kaiserin verläßt sich auf uns und den Kaiser, um die bourbonischen Höfe ruhig zu halten“ (6. Juni 1783), ja, Fox rühmte sich noch 1791 im Unterhause, daß er abgelehnt habe, mit Vergennes gemeinsame Gegenvorstellungen zu machen und der Kaiserin irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen, England habe Rußland in seinen Entwürfen bestärkt, dessen Vergrößerung auf die Trümmer des türkischen Reiches zu begründen. Auch bei den anderen Höfen fand Vergennes kein Gehör, Gustav III. ließ sich von Katharina bethören, Joseph II. war Katharinas Verbündeter, was aber Friedrich betraf, so erkannte derselbe vollständig die Gefahr des erobernden Vordringens Rußlands; auf die Frage, weshalb Preußen die Besitznahme Konstantinopels durch dasselbe nicht dulden dürfe, erwiderte er, „weil die Russen am nächsten Morgen in Königsberg sein würden“, und in seinen Denkwürdigkeiten hat er erklärt, nur eine europäische Koalition könne dieser „terrible puissance semblable aux Gépides et aux Huns“ Einhalt thun, er antwortete dann auch Vergennes (5. September 1783), er sei bereit,

mit Frankreich sich über die vorliegende Frage zu verständigen, keine Verbindlichkeit halte ihn davon ab, seine zwanzigjährige Allianz mit Katharina habe dieselbe gebrochen, indem sie sich mit dem Wiener Hofe verbündet, aber er habe Grund zu glauben, daß England und Rußland „parfaitement d'accord" seien und es sei keine Kleinigkeit, sich gegen eine solche Vereinigung von Mächten zu wenden. Vergennes mußte seinen Plan aufgeben und nach Flassan hat schließlich der französische Gesandte in Konstantinopel die Pforte nach langen Unterhandlungen bewogen, in die Einverleibung der Krim zu willigen, aber man begreift, wie sehr Vergennes' Aktion den Zorn der Kaiserin erregen mußte, während sie die Büste von Fox in ihren Gemächern aufstellen ließ. Auch bei den Mißhelligkeiten Josephs II. mit Holland über den Barrièrenvertrag und die Öffnung der Schelde (1784) zeigte Katharina ihre Antipathie gegen Frankreich, sie maß die Schuld an dem Zerwürfnis den Franzosen bei, „welche in aller Welt ihr und dem Kaiser Feindseligkeiten zu erregen bestrebt seien".*)

Die französische Revolution mußte Katharina naturgemäß aufs heftigste verdammen, aber während sie hochtönende Proklamationen gegen dieselbe erließ, die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich abbrach und alle Franzosen aus Rußland auswies, die nicht schworen, die Grundsätze der Revolution zu verabscheuen, hütete sie sich, irgendwie aktiv gegen Frankreich vorzugehen, bot dagegen alles auf, Österreich und Preußen in den unseligen Krieg gegen die Republik zu hetzen. „Je me casse la tête pour pousser les cours de Vienne et de Berlin à se mêler des affaires de France. Je veux les engager dans ces affaires pour avoir les coudées franches. J'ai beaucoup d'entreprises qui ne sont pas terminées et je veux que ces deux cours soient occupées, afin qu'elles ne me dérangent pas" (Journal de Chrapowitzky, ihres Kammerherrn, in Martens Recueil des Traités de la Russie avec l'Autriche II, pag. 199). Diese Verhetzung gelang ihr nur zu gut, sie starb zwar, ehe sie ihre Absichten im Orient verwirklichen konnte, aber sie erreichte

*) Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund, S. 202.

doch im Frieden von Jassy 1792 die Anerkennung der Erwerbung der Krim und gewann die Otschakowsche Steppe zwischen Bug und Dnjestr, das ganze Norduser des Schwarzen Meeres war russisch geworden.

Ihr Sohn Paul I. brach mit der orientalischen Politik seiner Mutter, er rief die russischen Truppen aus Daghestan und den Gebieten jenseits des Kaukasus zurück, und warf sich mit Leidenschaft in den Krieg gegen die französische Republik, deren gewaltsame Politik seinen ganzen Zorn herausforderte; besonders kränkte ihn die Besitznahme Maltas durch den General Bonaparte, da der Orden ihn zum Großmeister gewählt. Eine russische Flotte vereinigte sich mit der englischen, um Hollands Küsten zu blockieren, eine andere mit der türkischen verbündet, eroberte die Jonischen Inseln, die, früher Venedig unterthan, mit dem Sturz der Republik französischer Botmäßigkeit verfallen waren, Petersburg wurde zum Hauptsitz des Malteser Ordens erklärt. Indes bald kam es zwischen Paul und Österreich zu Mißhelligkeiten, da der Kaiser erkannte, daß letzteres, weit entfernt mit ihm vereint ritterlich für die Wiederherstellung der legitimen Ordnung der Dinge kämpfen zu wollen, lediglich auf die Erweiterung seiner Grenzen bedacht war und den Krieg in Norditalien und der Schweiz so lässig führte, daß die Siege Suwarows ohne Ergebnis blieben. Er rief seine Truppen zurück und wollte nun mit einer nordischen Koalition die Revolution bekämpfen, aber auch mit England kam es bald zu Zwistigkeiten und diese Lage benutzte Napoleon, der sich am 18. Brumaire zum Herrn Frankreichs gemacht, um Paul der Koalition zu entfremden. Er erbot sich Malta, welches die Engländer blockiert hielten und das Frankreich nicht entsetzen konnte, dem Kaiser als Großmeister des Ordens zurückzugeben, worauf dieser mit lebhafter Befriedigung den General Sprengporten nach Paris sandte, um mit den kriegsgefangenen russischen Soldaten Malta zu besetzen, inzwischen aber war die Insel von England eingenommen, das sich weigerte, sie herauszugeben, worüber Paul in heftigen Zorn geriet und zum Kampf mit England rüstete. Diese Stimmung wußte Napoleon zu verwerten; er bestach Madame Chevalier, eine französische Schauspielerin und

Geliebte des kaiserlichen Günstlings Kutaissow, um letzteren, der von einem türkischen Gefangenen zum Flügeladjutanten aufgestiegen war, zu überreden, daß Bonaparte der große Bändiger der Revolution und ein edler, ritterlicher Charakter sei, der nur eine Allianz mit Rußland wünsche, um die alte Ordnung der Dinge in Europa wiederherzustellen. Kutaissows Einflüsterungen in diesem Sinne wurden durch eine unmittelbare Schmeichelei Napoleons unterstützt, indem dieser die russischen Gefangenen freiließ und in neuen Uniformen in ihre Heimat sandte. So ward Paul gewonnen, er schloß aus Haß gegen England eine Allianz mit Frankreich, die Invasion Indiens wurde geplant, aber noch ehe die ersten Schritte zur Ausführung dieses Unternehmens geschehen konnten, wurde der Kaiser ermordet, und damit fielen alle Hoffnungen, die Napoleon auf dessen absoluten Charakter gesetzt.

II. Napoleon I. und Alexander I.*)

Napoleon, in der Furcht, der neue Gebieter Rußlands könne sich England nähern, sandte sofort seinen Adjutanten Duroc nach Petersburg, um ihn zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen, derselbe ward höflich empfangen, aber meldete sehr richtig, daß Frankreich von Rußland weder etwas zu fürchten, noch etwas zu hoffen habe. Alexander beglaubigte als Botschafter in Paris den Grafen Markow, der dem ersten Konsul feindlich war und durch unvorsichtige Reden denselben verletzte. Dazu kamen bald sachliche Differenzen, Alexander bestand auf Entschädigung des Königs von Sardinien und Herstellung eines geordneten Zustandes in der Schweiz, Napoleon antwortete ausweichend und erbittert über Markows schroffes Auftreten, machte er demselben öffentlich eine heftige Scene. Markow wurde auf seinen Wunsch ermächtigt, Paris mit Hinterlassung eines Geschäftsträgers zu verlassen, aber seine Regierung nahm vollständig seine Partei und der Kaiser verlieh ihm den Andreasorden, mit dem geschmückt er sein Abberufungsschreiben überreichte. Der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Napoleon nahm gezwungenere Formen an und ersterer sprach sich in einem Briefe an seinen Erzieher Laharpe auf das schroffste über den Konsul aus, den er „un des tyrans les plus fameux que l'histoire ait produits" nannte, die ihm angetragene Vermittlung zwischen England und Frankreich lehnte er ab, die Hin-

*) Vergl. A. Vandal, Napoléon et Alexandre I. L'alliance Russe sous le premier Empire 2 vol. Paris 1891/93. Tatistcheff. Alexandre I et Napoléon d'après leur correspondance inédite. 1801/1812. Paris 1891. Mémoires du Pce A. Czartoriski et correspondance avec l'Empereur Alexandre I. 2 vol. 1887. Thiers' Darstellung ist wichtig durch die Quellen, die er benutzen konnte, aber keineswegs unparteiisch.

richtung des Herzogs von Enghien führte zum Bruch. Der russische Hof legte Trauer an und am 12. Mai 1804 überreichte der Geschäftsträger in Paris, Herr v. Oubril Talleyrand eine Note, welche dies Ereignis als „une violation aussi gratuite que manifeste du droit des gens“ bezeichnete, worauf der französische Minister offenbar unter unmittelbarer Eingebung Napoleons antwortete, daß Frankreich keine Erklärungen über den Tod Pauls I. verlangt. Nach einer sehr scharfen Erwiderung Rußlands, das ein Ultimatum hinsichtlich seiner früheren Forderungen der Räumung Neapels und der Entschädigung des Königs von Sardinien, sowie der Zurückziehung der französischen Truppen aus Hannover stellte, welches Napoleon natürlich ablehnte, wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, die mit England offiziell hergestellt; gleich darauf nahm Napoleon den Kaisertitel an und ward vom Papst gekrönt. Alexander ward jetzt die Seele der dritten Koalition, welche das durch Frankreich gestörte europäische Gleichgewicht wieder herzustellen unternahm, aber so unglücklich mit Austerlitz endete. An dem Preßburger Frieden war Rußland nicht beteiligt, erst als Fox an die Spitze der Geschäfte trat, sandte Alexander den Staatsrat v. Oubril nach Paris, um womöglich zugleich mit England Frieden mit Frankreich zu schließen; die englische Unterhandlung zerschlug sich durch die Maßlosigkeit der Forderungen Napoleons, Oubril aber ließ sich durch die französischen Unterhändler in einen Vertrag hineinängstigen, den seine Regierung wegen Überschreitung seiner Vollmachten verwarf. Alexander, der somit im Krieg mit Frankreich geblieben war, schloß nun ein Bündnis mit Preußen. Auch nach der Vernichtung des preußischen Heeres und der Schlacht von Eylau gab er den Kampf gegen Napoleon nicht auf, der andrerseits die Pforte und Persien in Krieg gegen Rußland hetzte.*) Die Konvention

*) Dem Sultan schrieb Napoleon 1804 (Corresp. 8298) Réveille-toi Sélim, appelle au ministère tes amis, chasse les traîtres, confie-toi à tes vrais amis ou tu perdras ton pays, ta religion, ta famille.“ Thiers sagt: „Ordre fut donné au général Sébastiani de ne rien négliger pour allumer une conflagration qui s'étendît des Dardanelles aux bouches du Danube L. (XXVI. Eylau Nov. 1806.)

von Bartenstein erneuerte das russisch-preußische Bündnis (26. April 1807), aber Österreich, das durch die Diversion der russischen Streitkräfte gegen die Moldau beunruhigt war und neue Eroberungen im Süden fürchtete, lehnte ab sich anzuschließen und blieb andrerseits allen Lockungen des Kaisers und Talleyrands taub, die Österreich durch die Erwerbung der Donaufürstentümer Rußland als Riegel zum Schutz der Pforte entgegensetzen wollten. Den diplomatischen Verhandlungen gegenüber führte Napoleon einen großen Schlag, indem er am 14. Juni den Russen bei Friedland eine entscheidende Niederlage beibrachte. Und nun ging Alexander von einem Extrem zum andern über, durch militärische Erschöpfung gezwungen Frieden zu schließen, verließ er den König von Preußen, dem er versprochen, sich nie von ihm zu trennen, unterzeichnete er nicht nur einen Waffenstillstand, von dem Preußen ausdrücklich ausgenommen war, sondern warf sich Napoleon in die Arme und erklärte die Allianz Frankreichs und Rußlands sei stets der Gegenstand seiner Wünsche gewesen „un système entièrement nouveau doit remplacer celui qui a existé jusqu'ici, et je me flatte que nous nous entendrons facilement pourvu que nous traitions sans intermédiaires.*) Der letzte Wiederstand des Kaisers schmolz in der berühmten, von Napoleon eingeleiteten Zusammenkunft von Tilsit am 25. Juni.**)

Czartoriski, 1804 Minister des Auswärtigen, hatte dem Czaren einen Plan für die Revision der Karte Europas vorgelegt, wonach „la masse des pays turcs en Europe devait être partagée en états séparés, gouvernés d'après les localités et liés par une Fédération commune, sur laquelle la Russie pouvait exercer une influence décisive, et légale au moyen du titre d'empereur et de protecteur des Slaves et d'Orient qui serait donné à S. M. Impériale.“ (Mém. II. p. 65) ein Plan, der Alexander, damals ganz mit europäischen Fragen beschäftigt, phantastisch erscheinen mußte, wie seine Ablehnung der Bedingungen Napoleons, sich der zusammenbrechenden Türkei zu bemächtigen, bewies, erst später nach Tilsit änderte er seine Ansichten.

*) Tatitscheff p. 149.

**) Je n'ai jamais eu plus de préventions contre quelqu'un que je n'en ai eu contre lui, mais après trois quarts d'heure de conversation avec lui, elles ont toutes disparu comme un songe,“ sagte Alexander zu Savary. (Rapport du 9. Oct. 1807.)

Was die Souveräne sich auf dem Floß und in den späteren abendlichen Unterhaltungen, die der ersten Begegnung folgten, gesagt haben, kann man nur aus den Abmachungen ihrer Unterhändler, welche ihre Entschlüsse zu registrieren hatten, sowie aus den zwischen ihnen gewechselten Briefen schließen. Der Vertrag von Tilsit ist bekannt, das geheime Offensiv- und Defensivbündnis, welches sich demselben anschloß, ist zum erstenmale von Tatitscheff veröffentlicht, die beiden Mächte verbinden sich „à faire cause commune dans toute guerre que la Russie ou la France serait dans la nécessité d'entreprendre ou de soutenir contre toute puissance européenne“ und dabei ihre gesamten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser zu verwenden; wenn England bis zum 1. November die Vermittlung Rußlands unter bestimmten Bedingungen nicht annimmt, wird letzteres mit demselben brechen, Schweden, Dänemark, Portugal und Österreich sollen in diesem Falle aufgefordert werden, England ihre Häfen zu schließen; wenn die Pforte ihrerseits nicht die Vermittlung Frankreichs für einen Friedensschluß mit Rußland annimmt, wird ersteres mit letzterem gegen sie gemeinsame Sache machen und beide Mächte „s'entendront pour soustraire toutes les provinces de l'Empire Ottoman en Europe, la ville de Constantinople et la province de Romélie exceptées, au joug et aux vexations des Turcs“. Aber schon im Honigmond der neuen Freundschaft kam es zu Mißverständnissen, nach dem offnen Vertrag von Tilsit sollten die russischen Truppen die Donaufürstentümer räumen, aber Rußland ratifizierte den darauf hin vom französischen Bevollmächtigten Guilleminot vermittelten Waffenstillstand nicht, Alexander verlangte beide Provinzen „qu' en un mot, les limites de mon empire fussent reculées jusqu'au Danube“, ferner Beßarabien und große Abtretungen an der Ostküste des Schwarzen Meeres, alles das, wie Graf Roumanziow dem General Savary versicherte, nicht weil sein Gebieter Eroberungen machen wolle, sondern weil das türkische Reich auseinanderfalle „et nous allons être obligés de nous présenter pour recueillir ses dépouilles“, Alexander selbst machte dem General gegenüber noch einen andern Grund geltend, der Vertrag sei von der russischen Gesellschaft kühl aufgenommen,

um dieselbe mit der neuen Allianz zu versöhnen, müsse man für Rußland, dem der Bruch mit England große Opfer auferlege, greifbare Vorteile erlangen, wie sie es unter Katharina gewöhnt sei. Napoleon seinerseits fühlte bald, daß er in Tilsit zu weit gegangen, daß bei einer Teilung der Türkei Rußland den Löwenanteil sich leicht aneignen könne, während Frankreich die von der Basis seiner Macht so entfernten Provinzen Bosnien, Albanien, Epirus und Griechenland erst erobern müsse und selbst dann wenig Vorteil von denselben haben werde; außerdem beherrschte England das Mittelmeer und würde bei einem Vorgehen der beiden Mächte gegen die Pforte gerade die wichtigsten Posten, wie Cypern, Candia, die Dardanellen, besetzen.*) Er suchte also die Sache hinauszuschieben und verlangte wenigstens Schlesien als Entschädigung, worauf Alexander nicht eingehen wollte, dessen Gesandter Graf Tolstoi gerade besonders auf der Räumung Preußens bestand. Gegen den nunmehr in Petersburg beglaubigten Botschafter Caulaincourt machte Alexander nachdrücklich geltend, daß in Tilsit Napoleon selbst zuerst die Teilung der Türkei zur Sprache gebracht habe, daß dabei nie von Kompensationen auf Kosten Preußens die Rede gewesen, da, wie der Czar durchschaute, die Abtretung Schlesiens nur eine Verstärkung des Großherzogtums Warschau bezweckte. Napoleon sah ein, daß er so nicht zum Ziele kommen werde, aber die hartnäckige Begehrlichkeit der Russen nach Eröffnung der türkischen Erbschaft beunruhigte ihn und er suchte ein Gegengewicht in einer Vergrößerung Österreichs an der Donau zu gewinnen, wie Talleyrand sie stets befürwortet, fand aber wenig Gehör in Wien, wo man die Erhaltung des **Status** quo wollte. Die folgenden Verhandlungen zeigen ein Schaukelspiel Napoleons, er sieht in dem alten Plan des russischen Ehrgeizes ein Mittel,

*) „L'Empereur me dit que lui ne voyait aucun avantage pour la France au démembrement de l'Empire Ottoman, qu'il ne demandait pas mieux que de garantir son intégrité, qu'il le préférait même, ne se souciant guère de l'Albanie et de la Morée, où il n'y a comme il prétend que des coups et de l'embarras à gagner.“ (Rapport de Tolstoï à Roumanziof 26. Oct. — 7 Nov. 1807, Vandal p. 199.)

Alexander festzuhalten, „et sous ce point de vue il faut se garder de décourager entièrement ses espérances“, aber er will doch nicht Rußland einfach freie Hand im Orient geben, Caulaincourt wird beauftragt, wieder von einer gemeinsamen Expedition gegen Indien zu sprechen, die Alexander als unmöglich ansieht, aber benutzt, um seine Forderungen zu steigern, je umfassender die Verhandlungen wurden, in denen die beiden auf das zwangloseste die Teilung der ganzen Türkei erörterten, desto mehr zeigte sich die Schwierigkeit einer Verständigung, Roumanziow und Alexander forderten nun geradezu Konstantinopel, in einer Konferenz vom 2. März 1808 erklärte ersterer Caulaincourt, „cette ville par sa position, par la nôtre, par tous les intérêts de notre commerce dont la clef est au Bosphore et aux Dardanelles, nous revient. C'est la géographie et notre mer Noire, plus encore que notre intérêt politique, qui veulent que nous ayons Constantinople“ — der französische Vertreter will das nur unter der Bedingung zugeben, daß Frankreich dann die Dardanellen erhalte, wovon man russischerseits nichts hören will, man verweist dasselbe auf Egypten, Syrien, den Archipel, will aber keine Garantie für den Besitz übernehmen; Alexander erklärte Caulaincourt schließlich persönlich, daß er in Bezug auf Konstantinopel nicht nachgeben könne, die Türkei sei in voller Auflösung, „L'humanité veut que ces barbares ne soient plus en Europe dans ce siècle de lumières et de civilisation; — la France aux Dardanelles, nous perdrions plus que nous n'aurions gagné,“ er müsse den Schlüssel der Thür seines Hauses haben. Caulaincourt machte dagegen geltend, Konstantinopel sei ein so wichtiger Punkt, daß Rußland durch den Besitz desselben und der Dardanellen vollständig zum Herrn der Levante werde, er schlug daher vor, die Hauptstadt und das Gebiet der Meerengen zu einem neutralen Staat, einer Art Hansestadt, zu machen. Napoleon aber rief auf den Bericht des Botschafters, wie sein Sekretär Baron Meneval Thiers erzählte, über die Karte gebeugt: „Constantinople? jamais, ce serait l'empire du monde!“ Man konnte zu keiner Einigung kommen und schließlich ward eine persönliche Begegnung der beiden Kaiser in Erfurt verabredet, in der

Alexander den Widerstand gegen seinen Lieblingsplan zu überwinden hoffte, während Napoleon darauf einging, weil er angesichts des Widerstandes, den er in Spanien fand, und der Rüstungen Österreichs die russische Allianz nicht aufgeben wollte. Die Zusammenkunft fand Ende September statt und dauerte unter glänzenden Festen 18 Tage; äußerlich erschien das Verhältnis der beiden Kaiser so herzlich wie möglich, aber thatsächlich hatten sich die Umstände sehr geändert. Von einer Teilung der Türkei war nicht mehr die Rede, im Gegenteil, der diese betreffende Artikel des geheimen Vertrages von Tilsit, ward in dem Vertrage vom 12. Oktober aufgehoben. Frankreich anerkannte in demselben die Einverleibung der von Rußland besetzten Donaufürstentümer und Finlands, wogegen Rußland dasselbe in Bezug auf die französische Herrschaft in Spanien und seinen Kolonien that, namentlich aber ward verabredet, daß alle Kriege des einen Teiles auch die des anderen sein sollten (s'engagent à faire en commun soit la paix, soit la guerre). Damit verpflichtete sich Alexander eigentlich zu einem endlosen Kriege gegen England, das jene französischen Ansprüche auf das spanische Reich nie zugeben konnte, sollte aber bald auch in Bezug auf Österreich die Unbequemlichkeit dieser Klausel fühlen. Und doch war der Czar, zumal unter dem Eindruck geheimer Warnungen Talleyrands über den unersättlichen Ehrgeiz Napoleons, entschlossen, sich möglichst auf seine eigenen Interessen zurückzuziehen, nachdem er erkannt, daß die glänzenden Aussichten, die ihm Napoleon im Orient in Tilsit eröffnet, niemals ernst gemeint waren. Eine persönliche Frage wirkte erkältend ein; Napoleon hatte schon länger den Gedanken ins Auge gefaßt, sich von Josephinen zu trennen, in der damaligen Lage konnte er nur an eine russische Prinzessin denken und hätte gern Alexanders Schwester, die Großfürstin Katharina gewählt. Aber auf Talleyrands Sondierung erwiderte der Czar, er sei durchdrungen von der Ehre, die Napoleon ihm selbst und seinem Hause erweisen wolle, aber wenn in allen politischen Angelegenheiten allein sein Wille maßgebend sei, so herrsche nach dem ausdrücklichen Willen des verstorbenen Czaren in der Familie seine Mutter, die Kaiserin-Wittwe, die allein über die Heirat ihrer Töchter zu bestimmen habe. Bei

den bekannten Gesinnungen derselben war dies eine Absage in höflicher Form, wenn er auch hinzufügte, er hoffe, daß sich in einer zukünftigen Zeit eine so erwünschte Verbindung vermitteln lassen werde. In der That verheiratete die Kaiserin ihre Tochter Katharina sehr rasch selbständig mit dem Herzog von Oldenburg, wobei sie ganz als Selbstherrscherin, Alexander als gehorsamer Sohn auftrat. Äußerlich blieb alles auf intimem Fuße, der alte Fürst Kurakin, der als Botschafter nach Paris ging, und der auswärtige Minister Graf Roumanziow wurden mit den größten Ehren empfangen, aber gerade durch Kurakin, der sonst nicht von politischer Bedeutung war und seine Hauptaufgabe in Entfaltung großen Pompes sah, kam die russische Regierung in Besitz von Schriftstücken, welche Napoleons eigentlichste Gesinnungen enthüllten, indem der Botschafter von einem Verräter Denkschriften des Auswärtigen Ministeriums, die für Napoleon ausgearbeitet waren, kaufte.

In einer derselben war ausgeführt, daß ein Bündnis mit Rußland Frankreichs Interessen widerspreche, schon weil das Übergewicht Rußlands im Norden und Osten den Einfluß Frankreichs in Dänemark, Schweden und der Türkei schädigen müsse. Rußland könne zwar zeitweilig (momentanément) sich dazu verstehen, Englands Seeherrschaft zu beschränken, aber nie dauernd diesen Zweck verfolgen, da seine Erzeugnisse ihren Hauptmarkt in England fänden und somit die Interessen des russischen Handels an dieses gebunden seien.

Mit Frankreich sei dagegen Rußland nur durch so mittelbare und entfernte Vorteile verbunden, daß ein Bündnis auf solcher Grundlage nicht zuverlässig sei. Der Schluß der Denkschrift war, daß die Interessen der napoleonischen Dynastie die Anwendung aller Mittel verlangten (de tous les moyens directs et indirects), um eine weitere Ausdehnung der Macht Rußlands zu verhindern und dieses Reich von der Küste des Schwarzen Meeres zu entfernen. Eine andere, von Duroc verfaßte Schrift wies darauf hin, daß die Verträge von Tilsit und Erfurt nur zu Rußlands Vorteil gereichten. Dasselbe habe sofort Finland erworben und durch die Schwächung Preußens sei dieses in vollständige Abhängigkeit von Petersburg geraten; in Erfurt

habe Alexander erlangt, daß die französischen Heere aus Preußen zurückgezogen, also von seinen Grenzen entfernt seien, und er sei somit in den Stand gesetzt, seine Truppen gegen die Türkei zu verstärken, die Donaufürstentümer halte Rußland besetzt und bedrohe dadurch die nördlichen Provinzen der Pforte, die Griechen seien mit ihm durch Einheit der Religion verbunden, die Herrschaft Frankreichs in Dalmatien sei dagegen nicht fest begründet, noch ein Schritt und Italien sei gefährdet. „Der russische Koloß bewegt sich nach Süden und droht dem französischen Reich die Herrschaft im Mittelländischen Meere zu entreißen, die eine so wichtige Bedingung seiner Größe und der Wohlfahrt seiner südlichen Provinzen so notwendig ist." Der Grundgedanke des russischen politischen Systems sei, die Fehler und die zunehmende Schwäche aller anderen Mächte zu benutzen, um in Polen, Schweden und die Türkei einzufallen und ein Protektorat in Deutschland zu gewinnen. Die Existenz Polens sei deshalb als Bedingung des Übergewichts Frankreichs in Europa von hervorragender Wichtigkeit, die staunenswerten Thaten Napoleons hätten den großen Fehler der Bourbonen, die Teilung Polens zuzulassen, wieder gut gemacht, aber diese Erbschaft werde erst dann auf unerschütterlicher Grundlage ruhen, wenn Rußland jeden politischen Einfluß auf die Länder diesseits der Düna und des Dniepr verloren habe.

Diese Denkschriften mußten umsomehr Beachtung in Petersburg finden, als es hinreichend bekannt war, daß jeder, der beauftragt wurde, solche Memoires zu entwerfen, nur darauf bedacht war, die eigenen Gedanken Napoleons zu erraten und möglichst plausible Gründe für die Ansichten des Herrschers aufzubringen.*) Demnach war es begreiflich, daß, als 1809

*) Sein persönliches Urteil über Napoleon gab Alexander in einer Unterhaltung mit Czartoriski am 28. Dezember 1809, als letzterer bemerkte, daß der Kaiser oft Zeichen einer geistigen Störung sehen lasse: „c'était un homme à qui tous les moyens étaient bons pourvu qu'il parvint à son but. Mais jamais il ne deviendra fou, c'est une chose impossible et ceux qui le croient, ne le connaissent pas. C'est un homme, qui au milieu des plus grandes agitations a toujours la tête froide et calme, tous ses emportements ne sont que pour les autres, et ne sont le plus souvent qu'un calcul. Il ne fait rien sans avoir tout

der Krieg mit Österreich ausbrach, Fürst Karl Schwarzenberg aus Petersburg die Überzeugung mitnehmen konnte, daß Rußland zwar zum Schein den Verpflichtungen des Erfurter Vertrags nachkommen, aber den Krieg mit Österreich eben nur zum Schein führen werde. Alexander wollte Caulaincourt gegenüber nicht an Österreichs kriegerische Absichten glauben, schützte gegen die Forderung desselben, eine Armee gegen Galizien vorrücken zu lassen, seine unzureichenden militärischen und finanziellen Mittel vor. In der That war ihm dieser Krieg, der Österreich zerstören konnte, verhaßt, da ein neuer Sieg Napoleons denselben allmächtig bis zur russischen Grenze machen konnte. Statt dies aber offen zu erklären und Napoleon Bedingungen zu stellen, versprach er seine Hilfe, mit der Absicht, sie in Wirklichkeit nicht zu gewähren. Er brach die diplomatischen Beziehungen mit dem Wiener Hofe ab und sandte 32 000 Mann, um Galizien zu besetzen und „im Fall die Österreicher sich widersetzten“, Waffengewalt anzuwenden, der Befehlshaber Fürst Galizyn sollte jede Vereinigung mit den polnischen Truppen, die Poniatowski gegen Österreich führte, ablehnen, so blieben denn auch die beiden Hauptquartiere, das österreichische und das russische, während dieses seltsamen Krieges in stetem Verkehr, alle Truppenbewegungen wurden sorgfältig verabredet, man ging einander vorsichtig aus dem Wege oder führte Scheingefechte auf. Zugleich aber machte Alexander bei Napoleon geltend, daß bei einer Veränderung des Territorialbestandes er darauf bestehen müsse, Galizien keinem anderen als ihm zufallen zu lassen. Napoleon nahm hierauf in dem Frieden von Schönbrunn, 14. Oktober 1809, keine Rücksicht, Österreich mußte Galizien abtreten, aber von seinen 2 Millionen Einwohnern wurden

prévu et combiné. Ceux de ses actes qui paraissent les plus violents et les plus audacieux sont froidement calculés. Un de ses dictons favoris, c'est qu'en toute chose il faut d'abord trouver la méthode; qu'il n'y a rien de si difficile qu'on ne puisse en venir à bout, si l'on trouve le mode véritable de procéder; que cela trouvé le reste n'est plus rien, mais que, d'un autre côté une chose fût-elle la plus simple du monde, il ne faut pas l'entamer si l'on n'a pas attrapé la méthode pour la faire, parcequ'alors on gâtera tout et n'arrivera à aucune fin (Czartoriski, Mém. II, p. 223).

$1^1/_2$ Millionen dem Großherzogtum Warschau zugesprochen, während Rußland nur den Tarnopoler Kreis mit $^1/_2$ Million erhielt. Selbstverständlich sah die russische Regierung, trotz der Erklärung Napoleons, der Gedanke einer Herstellung Polens sei ihm ganz fremd, diese Vergrößerung des Großherzogtums sehr ungern und verlangte die französische Erklärung in einem verbindlichen Vertrag niedergelegt zu sehen. Napoleon kam diesem Wunsche anscheinend entgegen und am 5. Januar 1810 wurde ein solcher in Petersburg unterzeichnet, dessen Artikel 1 besagte „das Königreich Polen wird nie wieder hergestellt werden", aber Napoleon, der in den Polen so nützliche Werkzeuge für seine Zwecke gefunden, ratifizierte denselben nicht, sondern sandte erst nach sechs Monaten einen neuen Entwurf, durch den er sich nur verpflichten wollte, kein Unternehmen zu begünstigen, das die Wiederherstellung Polens zum Zweck habe, womit man in Petersburg nicht befriedigt war. Wichtiger noch ward es, daß, nachdem sein Entschluß der Scheidung von Josephine gefaßt war der Kaiser auf das russische Heiratsprojekt zurückkam und nunmehr um die Hand der kaum 16 jährigen Großfürstin Anna warb. Hierfür suchte er Alexander durch alle Mittel zu gewinnen, nur von diesem Gesichtspunkte hatte er sich zu dem erwähnten Vertrag über Polen bereit erklärt, nach dem Erfurter Vertrag war seine Zustimmung zur Einverleibung der Donaufürstentümer geheim geblieben, jetzt erklärte er sie öffentlich bei Eröffnung des Corps législatif mit dem Zusatz „Je ne suis jaloux de rien de ce qui peut arriver de bien à cet empire, mes sentiments pour son illustre souverain sont d'accord avec ma politique". Gleichwohl fand seine Werbung nur zögernde und ausweichende Aufnahme, Alexander verschanzte sich hinter seiner Mutter, diese erklärte sich im Prinzip nicht abgeneigt, aber machte Bedenken wegen der Jugend ihrer Tochter, wegen des Konfessionsunterschiedes, gegen die Heirat mit einem Geschiedenen geltend. Die Verhandlungen schleppten sich hin, Napoleon sah in diesen Bedenken nur Vorwände und entschloß sich plötzlich für die Erzherzogin Marie Luise die ihm österreichischerseits fast angetragen war. Er hatte Recht, denn mit seinem Kurier, der diese Wendung in möglichst schonender Weise nach Petersburg überbrachte,

kreuzte sich der Caulaincourts, der berichtete, die Kaiserin habe erklärt, sie könne wegen der Jugend ihrer Tochter dieser Verbindung nicht vor zwei Jahren zustimmen. Napoleon hatte also, als er seine Entscheidung traf, thatsächlich nicht mehr die Wahl gehabt und bald darauf konnte sein Botschafter auch mitteilen, daß bei der Ablehnung politische Gründe mitgesprochen. Die Kaiserin habe geltend gemacht „L'Empereur Napoléon ne tient pas à la Russie par principe et par sentiment, mais par besoin momentané de son concours; l'alliance actuelle n'est qu'une chose de circonstance pour paralyser le Nord pendant qu'on soumet le Midi“. Das kaiserlich russische Haus würde ohne Vorteil seine Würde, die Zukunft eines seiner Kinder opfern und unnütz eine Mißheirat schließen, um dem augenblicklichen Wunsche Napoleons gefällig zu sein.

Dieses Verhalten Rußlands mußte eine gegenseitige Mißstimmung erzeugen, denn Alexander sah nun seinerseits in der Plötzlichkeit der österreichischen Heirat eine Verletzung der schuldigen Rücksichten, da Napoleon offenbar zugleich nach zwei Seiten hin verhandelt hatte. Was Frankreich betraf, so schrieb Dalberg an Metternich „Ce dont vous pouvez être sûr, c'est qu'en moins de cinq mois nous sommes en froid avec la Russie et en moins de dix-huit mois en guerre avec elle“. Vollzog sich dies auch nicht ganz so schnell, so war doch die Richtung der Politik damit bezeichnet, ein russisches Anlehen in Paris scheiterte, weil man fürchtete, sich für die Nordmacht zu engagieren, in dem Glanz der Hochzeitsfeierlichkeiten blieb Rußland beiseite, Österreich, das Metternich selbst zu vertreten nach Paris gekommen war, nahm seine Stelle ein, Fürst Kurakin spielte eine traurige Rolle. Das Echo dieser Begebenheiten mußte auf Alexander einen entsprechenden Einfluß üben, die Allianz, die er von Tilsit an verfolgt, war offenbar gescheitert, er blieb äußerlich auf gutem Fuß mit Frankreich und sandte einen neuen Entwurf für den polnischen Vertrag nach Paris, den aber Napoleon entschieden verwarf, da in äußerlich veränderter Form die Verbindlichkeit beider Mächte, eine Herstellung Polens nicht zu dulden, aufrecht erhalten war. Er fühlte in dieser Beharrlichkeit, die polnische Idee für immer vernichten zu wollen

eine Drohung gegen das Großherzogtum Warschau und die Notwendigkeit, sich diesen vorgeschobenen Posten seiner Politik zu sichern. Er fuhr zwar fort, verbindliche Briefe an Alexander, der ihn zu seiner Heirat beglückwünschen ließ, zu schreiben, versicherte ihm: „Jamais V. M. n'aura à se plaindre de la France", aber antwortete auf den russischen Entwurf nicht und verreiste, was in Petersburg natürlich höchlich verstimmte. Alexander sagte schon damals Czartoriski „que Napoléon bien moins préoccupé de faire le bien de la Pologne que de se servir de ce pays, dans le cas où il voudrait faire la guerre à la Russie, était intéressé à ne point changer l'état actuel des choses, pour avoir en main, en cas de besoin, les moyens qu'il s'était préparés".*)

Metternich, der überrascht von der Bitterkeit war, die er bei Napoleon gegen Rußland fand, versäumte nichts, dieselbe vorsichtig zu nähren. Die Einverleibung der Donaufürstentümer war in Wien schmerzlich empfunden, aber man konnte sich damals derselben nicht widersetzen, inzwischen war der Feldzug der Russen gegen die Türken unglücklich verlaufen und die ersteren bereiteten sich durch Entfaltung starker militärischer Mittel die Pforte zur Abtretung zu zwingen. Metternich machte Napoleon darauf aufmerksam, daß diese Annexion die Interessen Frankreichs wie Österreichs berühre, weil sie das Gleichgewicht im Orient stören würde und daß, da die Abtretung noch nicht vollzogen sei, man auf einen Zustand zurückkommen könne, der sich dem vor dem Kriege bestehenden möglichst nähere. Von einer solchen Zurücknahme seiner Zusage wollte nun freilich Napoleon nichts wissen, es sei Österreichs Schuld, wenn er gegenüber dessen feindlicher Haltung dieselbe in Erfurt gegeben habe, er sagte sogar offen: „Savez-vous pourquoi j'ai reconnu la possession de la Moldavie et de la Valachie par la Russie?" c'est pour jeter une pomme de discorde entre vous,**) aber verwarf die Idee einer gemeinsamen Aktion nicht ganz für den Fall „où la Russie se détacherait tout à fait de nous. C'est

*) Czartoriski, Mém. II, p. 231.

**) Martens Traités entre la Russie et l'Autriche III, p. 75.

cet agrandissement de la Russie qui formera un jour la base de la réunion de la France et de l'Autriche.*)

In Petersburg dagegen ward man immer gereizter über die dilatorische Behandlung der polnischen Angelegenheit, zumal in Warschau offen von der Herstellung Polens gesprochen wurde und beauftragte Kurakin kategorisch eine Antwort zu fordern. Dies erregte Napoleons ganzen Zorn und Champagny erwiderte kurz, ob der Botschafter Vollmacht habe eine Konvention zu zeichnen, die den Zweck, den man verfolge, erreiche, oder Ausdrücke des russischen Entwurfs, welche dem diplomatischen Herkommen entgegen seien, „durch andere ersetze, welche allein der Würde Frankreichs entsprechen würden?" was an Stelle seines erkrankten Chefs der erste Botschaftssekretär verneinen mußte, da ihm seine Instruktionen keine Abweichung vom Text erlaubten. Gleich darauf empfing Napoleon durch Metternich die Nachricht, daß die Russen die Donau überschritten, Silistria genommen und den Großvezier belagerten, so daß er schloß, die Pforte müsse Frieden machen. Dies Vordringen rief große Bewegung in Wien hervor, und Schwarzenberg und Metternich wurden beauftragt, die Intervention Napoleons anzurufen; dieser lehnte ab, weil er seine Zusage nicht brechen könne, nur wenn die Russen die Thorheit hätten, „**de se brouiller avec nous,**" würde es sie Finland und die Donaufürstentümer kosten, die sie unter seiner Allianz erlangt. Anders würde es sein, wenn sie über die Donau hinübergriffen, da würde er sich sofort widersetzen.

Inzwischen stieg Napoleons Unwille gegen die Russen, es gab in Wien eine antifranzösische russische Kolonie, die mit ihren österreichischen Gesinnungsgenossen der offiziellen Politik Opposition machte, an ihrer Spitze stand Graf Rasumowski. Herr v. Alopäus war im geheimen Auftrag Rumanzioffs nach Wien gekommen, um eine Annäherung zwischen Österreich und Rußland anzubahnen,**) darauf sogar Napoleons persönlicher intimer Feind, Pozzo di Borgo, der in russischer Obersten-Uniform erschien. Der Kaiser verlangte in Petersburg die Abberufung desselben in schroffen Ausdrücken so wie die Rasumowskis, zählte

*) **Metternich Mémoires II, p. 361.**

**) Seine sehr interessanten Instruktionen giebt Vandal II, p. 345 ff.

dem Fürsten Alexis Kurakin alle seine Beschwerden gegen Rußland auf, vor allem aber erhielt Caulaincourt geradezu drohende Instruktionen für den Fall, daß Rußland dem gemeinsamen Kampfe gegen England untreu werde, man sollte nicht glauben, daß der Kaiser außer stande sei einen Krieg im Herzen Europas zu machen, er könne am Niemen mit einer zahlreicheren Armee als bei Friedland erscheinen, er wolle den Krieg nicht, aber werde ihn beim ersten Schritt der Annäherung an England erklären. Kurz, wenn Napoleon den Krieg noch nicht wünschte, so begann er doch ihn für möglich zu halten und meinte in gewisser Voraussicht des Sieges, daß derselbe ihn zum Meister Europas machen werde. Seinerseits sprach Alexander ostensibel nur von seinem Wunsch nach Frieden, ließ die polnische Sache auf sich beruhen, gab ausweichende Erklärungen hinsichtlich Rasumowskis, aber that neue Schritte, um sich Österreich zu nähern, die dieses nicht mehr unbedingt zurückwies, da den Erfolgen der russischen Truppen an der Donau ernste Niederlagen gefolgt waren, die dem Wiener Kabinett die Aussicht gaben, dort Zugeständnisse erlangen zu können. Pozzo ward offiziell verleugnet, insgeheim aber nach Konstantinopel gesandt, um eine Anknüpfung mit dem dortigen englischen Botschafter zu suchen und denselben zu vermögen, sich dem Frieden mit der Pforte nicht mehr zu widersetzen. Vor allem suchte Rußland sich militärisch für einen Kampf vorzubereiten, den sein Botschafter in Wien als unvermeidlich bezeichnete, sobald der spanische Widerstand gebrochen sei. Während Napoleon insgeheim Waffen nach Warschau schickte, wurden Riga, Dünaburg u. s. w. in der Stille befestigt, Aushebungen gemacht, Truppen eingeübt und zusammengezogen, ohne daß Caulaincourt, der nur den Hof sah, eine Ahnung davon hatte. Die Forderung Napoleons, auch die neutralen Schiffe von seinen Häfen auszuschließen, weil dieselben sämtlich englische Waren brächten,*) lehnte Alexander als über die Verpflichtungen von Tilsit hinausgehend ab, zumal Frankreich sich die ihm unentbehrlichen Kolonialwaren durch Licenzen verschaffte.

---

*) In der That fanden auf diesem Wege große Warenmassen durch Rußland, namentlich über Archangel, Eingang nach Deutschland.

Bald folgten neue französische Gewaltmaßregeln, durch einfache Dekrete wurden Holland, der Kanton Wallis und an 600 Quadratmeilen deutschen Landes zwischen der holländischen Grenze, der Nordseeküste und der Elbe Frankreich einverleibt, unter letzteren die Hansestädte und das Herzogtum Oldenburg; eine Verletzung selbst des Tilsiter Vertrages, in dem Napoleon sich verpflichtet, die Elbe nicht zu überschreiten. Alexander mußte vor allem die Beraubung des Herzogs von Oldenburg, seines nächsten Verwandten, gleich ihm ein Mitglied des Hauses Holstein-Gottorp, dessen Unabhängigkeit durch Art. 12 des Tilsiter Friedens noch besonders gewährleistet war, verletzen. Er ließ durch seinen Botschafter in Paris dagegen protestieren, worauf Napoleon erwiderte, Karl der Große habe über Hamburg und alles umliegende Land geherrscht, und die Rücknahme des Protestes verlangte. Champagny erklärte Kurakin, dies Papier, das er ihm einfach zurückgab, passe nicht zu den Gefühlen, die der Kaiser für seinen Gebieter hege und könne zu nichts dienen, als die Gerüchte von einem nahe bevorstehenden Bruch zwischen beiden Mächten zu nähren. Die russische Regierung machte den Protest und seine Motive öffentlich bekannt und Alexander schrieb Napoleon mit Würde, indem er auf alle Opfer hinwies, welche er der französischen Allianz gebracht, er beteuerte, daß er keine feindlichen Absichten habe, aber setzte hinzu, wenn Napoleon den Krieg so wenig wolle wie er „très certainement elle ne se fera pas“ und beklagte sich über die Rüstungen im Großherzogtum Warschau. Napoleon antwortete mit gleichen Klagen über russische Rüstungen, ersetzte den in Petersburg als persona grata geltenden Gesandten Caulaincourt durch den General Lauriston und machte dem Fürsten Kurakin in Gegenwart seiner Kollegen eine heftige Scene, wobei er ihm sagte „ce qui se fait en Russie prouve, ou qu'on a perdu la tête ou qu'on a des arrière-pensées“. Diesen offenbar feindlichen Absichten gegenüber verhielt Alexander sich sehr ruhig, führte den Verkehr mit Napoleon durch außerordentliche Sendungen fort und lehnte alle Aufforderungen Friedrich Wilhelms III. und seiner Generale zu einem Schutz- und Trutzbündnis ab. Begreiflich genug, da er trotz aller Rüstungen nur 175000 Mann an seiner westlichen

Grenze zusammenbringen konnte, womit er der gewaltigen Macht Napoleons nicht bis an die Elbe entgegen zu treten vermochte. Glücklicherweise für ihn kam endlich (28. Mai 1812) der Friede mit den Türken in Bukarest zustande, der Rußland durch Sir Robert Wilsons Unterstützung in Konstantinopel den Pruth zur Grenze gab. Nachdem der Kaiser so die Hände frei bekommen, glaubte er einen entscheidenden Schritt thun zu können und forderte in Paris die Räumung Preußens von französischen Truppen und die Verminderung der Besatzung von Danzig, dann könne man sich über die Handelsangelegenheiten und Oldenburg verständigen. Kurakin erhielt hierauf keine Antwort und forderte seine Pässe, als Napoleons Abreise nach Dresden angekündigt ward.

Die große Armee, die der Kaiser gegen Rußland führte, zählte über 500 000 Mann, allerdings aus den heterogensten Bestandteilen zusammengewürfelt, so daß bald Zuchtlosigkeit, Verwirrung und Plünderung begann. Immerhin hatten die Russen dieser gewaltigen Macht trotz aller Rüstungen nur wenig über 175 000 Mann entgegenzusetzen.*) Es ist ein längst widerlegter Irrtum, daß der russische Feldzugsplan von vornherein gewesen, große Landstrecken zu opfern und dem Feind bis in das Herz des Reiches hinein auszuweichen, die Absicht war vielmehr, hinter verschanzten Lagern wie dem bei Drissa Widerstand zu leisten, die Idee Scharnhorsts, durch den Raum zu ersetzen, was den Streitkräften abging, die durch den russischen Gesandten in Berlin Grafen Lieven vertreten ward, fand kein Gehör im Hauptquartier. Es war vielmehr die Einsicht, daß Drissa gegen die andringende Macht nicht zu halten sei, welche die Russen zum Rückzuge, aber auch Alexander dazu trieb, in

*) Die Berechnung Alexanders von 1811, daß die Russen mit Verbündeten 230 000 Mann, Napoleon nur 155 000 Mann haben würden und die Deutschen sich sofort gegen den letzteren erheben würden, (Czartoriski, II, p. 234) erwies sich als ganz unzutreffend, worauf ihn Czartoriski in seiner Antwort aufmerksam machte; Napoleon werde seine meisten Truppen aus Spanien zurückziehen und in Gewaltmärschen mit einer Armee erscheinen, die der der Verbündeten mindestens gleich sein werde. Davon abgesehen wurde die Hoffnung auf Verbündete bald illusorisch.

Moskau sein Volk zu außerordentlichen Opfern aufzufordern, und der Appell ward begeistert aufgenommen. Die Vereinigung der beiden bisher getrennt gehaltenen Armeen von Barclay und Bagration vollzog sich bei Smolensk, sie wurden zwar bei Borodino geschlagen und damit Moskau preisgegeben, aber der Brand desselben vernichtete die Hoffnung, zu einem Frieden zu kommen. Als Napoleon ein bis zwei Monate vergebens versucht, Unterhandlungen anzuknüpfen und alle Zufuhren durch die Kosaken abgeschnitten wurden, mußte der Rückzug angetreten werden, auf dem in Hunger, Kälte und Elend jeglicher Art die Armee ihren Untergang fand.*) So vollzog sich die Rettung Rußlands ganz gegen die Absicht des Kaisers und seiner Generäle, aber so wenig verstanden sie die Lage, daß sie, die bei größerer Entschlossenheit Napoleons Macht vollständig vernichten konnten, namentlich bei Krasnoi und an der Beresina, den Anstrengungen der Verfolgung unterliegend nur mit schwachen Trümmern eines Heeres an der deutschen Grenze anlangten, während das preußische Korps unter York und das österreichische unter Schwarzenberg unversehrt zurückkehrten. Weit entfernt, Preußen befreien zu können, wie damals gewähnt wurde, war Rußland derzeit völlig außer stande auch nur Polen gegen einen neuen Angriff Napoleons behaupten zu können. Auch mit Preußen, trotz dessen heroischen Anstrengungen, war das russische Heer, dessen Vermehrung nur sehr unvollständig gelang, dem, das aufs neue von Frankreich vordrang, nicht gewachsen, deshalb wurde das Bündnis mit Österreich, das sich auf eine neutrale Stellung zurückgezogen, zur Notwendigkeit, und da Metternich somit seine Bedingungen stellen konnte, wurde er Herr der Situation; die Regeneration Deutschlands, wie sie im Manifest von Kalisch angekündigt war und in Wien sehr mißfallen hatte, mußte aufgegeben werden, um in die Wege der Politik einzulenken, die das Dasein der Nationen ignorierte und nur das der

---

*) F. de Hénault irrt, wenn er glaubt, dieser Krieg habe keine Bitterkeit bei dem russischen Volk hinterlassen, die schauderhaften Erpressungen und Grausamkeiten, welche sich die Franzosen, speziell die Polen beim Vormarsch erlaubten, hatten das Volk zur Wut gebracht, so daß nachher die Flüchtigen wie Hunde erschlagen wurden.

Kabinette anerkannte. Diese Politik gab, als die verbündeten Heere siegreich am Rhein standen, die Erklärung ein, daß man nicht mit Frankreich Krieg führe, sondern allein mit dem Übergewicht, das Napoleon zu Europas und Frankreichs Unglück zu lange außerhalb der Grenzen seines Reiches ausgeübt habe, nur der Verblendung Napoleons war es zu danken, wenn diese Wendung nicht noch schlimmere Früchte zeitigte; am 30. März zogen die Verbündeten in Paris ein, am 11. April unterzeichnete Napoleon seine Abdankung. So endete der bedeutsamste und längste Versuch einer russisch-französischen Allianz.

III. Alexander I. und die Restauration.

Als die Verbündeten in Frankreich eindrangen, hatten sie keinen anderen Zweck, als das Joch abzuschütteln, welches der unersättliche Ehrgeiz Napoleons Europa auferlegte; die Restauration der Bourbonen erschien ihnen damals nur als entfernte Möglichkeit, namentlich Alexander war denselben, die sich nach ihrer Ausweisung aus Mitau beleidigend über ihn geäußert, keineswegs günstig gesinnt, sie dankten ihre Rückkehr lediglich dem Umstand, daß niemand anders da war, der ihre Stelle einnehmen konnte und daß Talleyrand, der sich an die Spitze einer Art provisorischer Regierung gestellt, in richtiger Würdigung der Verhältnisse dies geltend zu machen wußte. Die Erinnerung an die vertraulichen Unterhaltungen in Erfurt, in denen Talleyrand schon damals die Maßlosigkeit der Unternehmungen Napoleons betonte, mußte, da sich diese Warnungen so vollständig erfüllt, dem Czaren besonderes Vertrauen in den Scharfblick dieses Staatsmannes einflößen. Auch darin trafen beide zusammen, daß sie keineswegs Frankreich den Royalisten ausliefern, sondern die Interessen, welche die letzten 25 Jahre geschaffen, durch eine Verfassung sicherstellen wollten, ja Alexander beschäftigte sich im einzelnen mit der Ausarbeitung derselben, welche eine nach Talleyrands Winken ernannte Kommission des Senats vorlegen sollte. Dem Grafen von Artois, der mit hochfliegenden Ideen nach Paris kam, bedeutete er strenge, daß die Restauration nur unter der Bedingung der Beschwörung der Verfassung stattfinden werde, derselbe ward nicht lieutenant du Roi, sondern empfing vom Senat die „lieutenance générale du royaume, en attendant que Louis Stanislas Xavier eût accepté la con-

stitution". Alexanders persönliche Begegnung mit Ludwig XVIII. hatte ihn, obwohl letzterer unter dem Einfluß des mit Talleyrand verbundenen royalistischen Montesquiou wenigstens besser als sein Bruder einsah, was unvermeidlich war, nicht günstiger gestimmt, „Louis XIV. ne m'aurait pas autrement reçu à Versailles dans le temps de sa plus grande puissance: on aurait dit que c'était lui qui venait de me replacer sur mon trône" sagte er.*) Aber England und Österreich traten auf die Seite der Royalisten, die Städte, die Ludwig durchzog, begrüßten ihn als König, so mußte man sich mit der vermittelnden Erklärung von St. Ouen vom 2. Mai begnügen, welche unter Festhaltung des Prinzips, daß Ludwig die Charte oktroyiere, die wesentlichen Grundlagen derselben, wie sie vorher festgestellt, annahm. Am 20. Mai wurde ein nur zu großmütiger Friede geschlossen, der Frankreich nicht ganz auf seine alten Grenzen von 1792 zurückführte und den Verbündeten keinerlei Entschädigung für die gewaltigen Opfer, die sie gebracht, gewährte. Wenn sich nun auch der Czar in milder Herablassung, die ihm nichts kostete, Frankreich als wohlwollender Beschützer zeigte, so empfand Ludwig XVIII. dies bei seiner thatsächlichen Ohnmacht um so bitterer; er konnte sich nicht an die hervorragende Stellung gewöhnen, welche die Umstände einem Reiche gegeben, das kaum seit einem Jahrhundert zu den europäischen Mächten zählte, und war darüber verletzt, daß Alexander nicht nur als Schützer der liberalen Ideen und Institutionen, sondern auch der Interessen, welche die Revolution geschaffen und der Männer, welche aus ihr hervorgegangen, auftrat. Dazu kam die Erinnerung, daß der Czar lange der Alliierte Napoleons gewesen, während England, das ihm gastliche Aufnahme gewährt, das bonapartistische Kaisertum nie anerkannt hatte. Diese Antipathie steigerte sich noch durch den Verkehr des Czaren mit Frau v. Staël, B. Constant, Lafayette u. a., sowie durch die Auszeichnung, mit der er Josephine, Hortense, Eugen behandelte; seine geringschätzigen Äußerungen über die Bourbonen als ein verkommenes, unverbesserliches Geschlecht mußten den Roya-

*) Villèle Mém. nach dem Bericht eines Ohrenzeugen I, 234.

listen ein Greuel sein. So war eine engere Verbindung mit Rußland unmöglich, aber auch die mit England, die Talleyrand wünschte, erwies sich als unthunlich, da dasselbe auf ein mitteleuropäisches Bündnis, das Großbritannien, Preußen, Österreich, die übrigen deutschen Staaten und Holland vereinen sollte, ausging. Frankreich, das durch einen geheimen Artikel des Pariser Friedens auf jede Beteiligung an der neuen Gestaltung Europas hatte verzichten müssen, blieb daher nur übrig, auf einen Zwist der Verbündeten zu rechnen und einen solchen zu steigern, und diese Aussicht sollte sich bald verwirklichen. Castlereagh erklärte zwar Talleyrand auf der Durchreise durch Paris nach dem Wiener Kongreß, daß er zufolge eines lange zuvor gegebenen Versprechens vorläufige Konferenzen mit den drei andern alliierten Mächten haben werde, die sich auf Verbindlichkeiten bezögen, welche England zu einer Zeit eingegangen sei, wo es noch weit entfernt war, Frankreich zu seinen Freunden rechnen zu können, und in der That beschlossen die vier Mächte vor Ankunft Talleyrands, daß sie allein über die Verteilung der durch den Pariser Frieden freigewordenen Gebiete in Polen, Deutschland und Italien beraten würden und daß sie, nach Maßgabe einer Einigung, hiervon die Vertreter Frankreichs und Spaniens benachrichtigen würden, um deren Ansichten und etwaige Einwürfe in Betracht zu ziehen. Aber diese Einigung ließ sich eben nicht herstellen, da zu große Differenzen zwischen den Vieren herrschten und England sowie Österreich im stillen auf Frankreich gegen die Ansprüche Rußlands und Preußens rechneten. So verfiel man auf den Ausweg, Talleyrand und Labrador zu einer Konferenz einzuladen, um ihnen einen Plan für das Verfahren am Kongreß vorzulegen, indem Ausschüsse die einzelnen Fragen bearbeiten sollten. Damit war für Talleyrand die Gelegenheit gegeben, eine Rolle als Gleichberechtigter anzunehmen, und er machte sofort geltend, daß, wenn Frankreich im voraus die Gebietsbestimmungen anerkannt, welche die andern Mächte machen würden, es sich nur um getroffene „arrangements positifs“, nicht um „faits éventuels“ handeln könne, weshalb alle Verfügungen, die nicht bereits vor dem Kongreß festgestellt seien, als nicht vorhanden zu betrachten seien. Da dies den schwachen Punkt unter den vier

Mächten, Polen, traf, über den sie nichts weniger als einig waren, bemerkte er noch, daß er nichts gegen ein unabhängiges Polen habe, dagegen der Einverleibung in Rußland widersprechen müsse, und trat als Anwalt des vertriebenen Königs von Sachsen auf. Castlereagh, der die Annexion Sachsens für Preußen wünschte, sah, da letzteres sich ungeschickterweise ganz mit Rußland identifizierte, daß Sachsen an Preußen geben, Polen Rußland überlassen heiße, und der hartnäckigen Opposition Alexanders gegenüber, der seinen Bruder Konstantin nach Warschau geschickt, um Polen zu organisieren,*) sowie Sachsen preußischen Kommissären übergeben hatte, England und Österreich ihre Haltung ändern und sich Frankreich nähern müßten. Beide thaten dies ungern, aber Talleyrand wußte sie zu dem geheimen Vertrag vom 3. Januar 1815 zu bringen, der die drei Mächte verband, sich Preußens und Rußlands Ansprüchen eventuell mit den Waffen zu widersetzen. Freilich blieb derselbe ein toter Buchstabe, England war durchaus dagegen, Sachsen am Rhein zu entschädigen, wo es ein Vasall Frankreichs sein würde, sondern wollte Preußen im Norden stark haben, ihrerseits gaben letzteres sowie Rußland nach und so kam es zu den Bestimmungen der Kongreßakte. Bemerkenswert aber bleibt es, daß auch diesmal, trotz Alexanders Wohlwollen gegen Frankreich, dasselbe in ein Bündnis gegen Rußland trat.

Die klägliche Flucht Ludwigs XVIII. nach Napoleons Rückkehr von Elba befestigte Alexander in seiner Abneigung gegen die Bourbonen und er vergaß sicher nicht den Vertrag vom 3. Januar, den ihm Napoleon nach seiner Rückkehr von Elba mitteilte, er sprach sich für den Herzog von Orleans aus, der es schon damals in seinem Interesse gefunden, sich von dem Hofe in Gent zu trennen und statt auf Ludwigs Befehl, Truppen in Lille zu sammeln, nach England gegangen war, auch eine Aufforderung des Königs, nach Gent zu kommen, ablehnte. Auch sonst wurde des Herzogs als möglichen Königs gedacht**)

---

*) Vgl. die Berichte Czartoriskis aus Warschau II, p. 331 ff.

**) Grouchy meldete Napoleon nach seinem Rückzug von Paris: „Le nom de M. le Duc d'Orléans est dans toutes les bouches des généraux en chef". Der Herzog hatte in London erklärt, er werde keine

und es ist nur die Hartnäckigkeit, mit der Wellington an der einfachen Restauration festhielt, der Ludwig XVIII. seine Rückkehr auf den Thron verdankte, umsomehr, als der Sieg bei Waterloo, den der Herzog sich allein zuschrieb, demselben besonderen Einfluß verlieh. Er war es, der Ludwig XVIII. von Gent herbeirief und ihn nach Frankreich zurückführte, um so gegenteiligen Absichten der anderen Mächte, vor allen Alexanders, zuvorzukommen und Proklamationen erließ, daß die Verbündeten nur als Freunde des Königs einrückten, um das Land von dem Usurpator zu befreien; er war es, der beim Vormarsch auf Paris darauf drang, daß Ludwig sofort herbeieile, um vom Thron Besitz zu nehmen, ehe fremde Truppen in Paris eingerückt seien. Metternich erklärte noch damals, daß man Ludwig XVIII. jedenfalls erst nach geschlossenem Frieden wieder in den Besitz des Thrones gelangen lassen dürfe. Aber Österreich und Rußland waren nicht zur Stelle und so gelang dem Herzog mit Hilfe von Fouché und Talleyrand sein konsequent verfolgtes Werk, den König mit einem selbständigen Ministerium einzusetzen, ehe die übrigen Souveräne eingetroffen. Alexander und die anderen Mächte fügten sich nur in die vollendete Thatsache. Auch bei den Friedensverhandlungen stand Wellington zunächst mit der Forderung, den bisherigen Besitzstand Frankreichs zu erhalten, allein, Metternich, der von der Haltlosigkeit der inneren Zustände desselben durchdrungen war, forderte, wie die Preußen, eine Reihe von Festungen für die Niederlande und war auch nicht gegen die Abtretung des Elsaß, das, wie man ihm nahelegte, als Sekundogenitur für den Erzherzog Karl konstituiert werden könnte. Erst jetzt trat Alexander aus seiner bisherigen Zurückhaltung hervor als schützender Sieger. Teils stimmte ihn dafür die ergebene Stellung, welche die bourbonische Familie nun gegen ihn einnahmen, teils mystische Eingebungen der Frau von Krüdener, namentlich aber der Einfluß Capodistrias, der den Kaiser darauf aufmerksam machte, daß er zur Durchführung seiner Pläne im Orient Frankreichs bedürfen werde,

Schwierigkeiten machen, die Trikolore anzunehmen, unter der er zuerst gedient; die Abgeordneten von Paris, die mit Wellington über die Kapitulation unterhandelten, schlugen vor, ihm die Krone zu übertragen.

da er dabei England und Österreich zu Gegnern haben würde; durch eine wohlwollende Stellung werde er entscheidenden Einfluß auf die französische Politik erlangen. Ganz gelang dieser Plan nun freilich nicht, den überzeugenden Ausführungen Humboldts und Hardenbergs, daß die gegen Frankreich geübte Großmut sehr schlechte Früchte getragen und daß letzteres in der That Krieg gegen die Verbündeten geführt, so daß dasselbe auf die Defensive zurückgedrängt werden müßte, trat Metternich wenigstens darin bei, daß Frankreich die offensive Stellung genommen werden müsse, welche darauf beruhe, daß es an seinen Grenzen gewaltige Waffenplätze erworben, die seinen Angriffen zu Stützpunkten dienten. Er forderte also eine Reihe französischer Festungen an der belgischen Grenze, vom Elsaß, Landau, sowie daß Straßburg und einige andere festen Plätze geschleift werden sollten. Das englische Ministerium teilte diese Ansicht, Lord Liverpool schrieb Castlereagh wiederholt, daß England mit Österreich und Preußen mehr gemeinsame Interessen habe, als mit Rußland, dieses könne es als zweckmäßig für seine Politik erachten, sich Frankreichs anzunehmen, England aber habe die Staaten zu berücksichtigen, welche an Frankreich grenzten und Bürgschaften gegen seine Angriffe bedürften. Wellington und Castlereagh aber blieben bei ihren Ansichten und meinten, man dürfe Rußland nicht die Vorteile des alleinigen Beschützers Frankreichs überlassen, bei neuen Verwickelungen könne Alexander sich von dem Bündnis lossagen und zu Frankreich übertreten. So entspann sich zwischen England und Rußland ein Wettstreit um den überwiegenden Einfluß in Frankreich, dessen Kosten Deutschland zu tragen hatte. Nachdem nun auch Metternich sich Rußland und England anschloß, war Preußen isoliert, im zweiten Pariser Frieden trat Frankreich nur Philippeville und Marienburg an die Niederlande ab, Saarlouis an Preußen, Landau an Bayern, Savoyen an Piemont und Monaco. England aber ward für seine Verblendung dadurch belohnt, daß das ihm ergebene Ministerium Talleyrand sofort nach dem Frieden beseitigt und durch das des bisherigen Gouverneurs von Odessa, des Herzogs von Richelieu, ersetzt wurde.

IV. Rußland und Frankreich während der Herrschaft der Bourbonen.

F. de Hénault in seinem Buche „Douze ans d'alliance franco-russe*) behauptet, daß eine russisch-französische Allianz in der That von 1818—30 bestanden habe. Die Wirklichkeit entspricht dem keineswegs. Nicht die sogenannte heil. Allianz, die Metternich mit Recht als verbiage bezeichnete, sondern der Vertrag vom 20. Nov. 1815, den England, Rußland, Österreich und Preußen mit einander schlossen,**) ist maßgebend für die Politik der nächsten Zeit geworden. Die Verbündeten sprachen darin die Überzeugung aus, daß die Ruhe Europas von der Befestigung der in Frankreich hergestellten Ordnung der Dinge abhänge, weshalb sie beschlossen, auch nach Ablauf der Okkupation die hierfür nötigen Maßregeln zu ergreifen. Um die Ausführung dieser Verpflichtungen zu erleichtern und die freundschaftlichen Beziehungen der vier Mächte zu einander zu befestigen, sollten von Zeit zu Zeit, zu vorher bestimmten Perioden, Vereinigungen der Souveräne oder ihrer Minister stattfinden, bestimmt, die großen gemeinschaftlichen Interessen und die Maßregeln zu beraten, die jedesmal nötig erachtet werden könnten, um die Ruhe und Wohlfahrt der Völker, den Frieden in Europa sicher zu

*) Paris 1892, eine oberflächliche Kompilation, deren Verf. selbst sagt, daß er nicht den Anspruch erhebe, irgend welche neue Thatsachen zu bringen, die aber auch in sich unzuverlässig ist, und lediglich den Zweck verfolgt, diese Allianz für die Gegenwart zu rechtfertigen. Das meiste hat er aus Vieil-Castel Hist. de la Restauration. 20 vol. genommen, wichtig sind die Mémoires et Correspondance du Comte de Villèle. 5 vol. 1888—89.

**) Martens Nouveau Recueil des traités II, p. 734.

stellen. Dieser Vertrag, von dem naturgemäß Frankreich ausgeschlossen blieb, obwohl es der heil. Allianz beigetreten war, während England, welches die letztere abgelehnt, hier an der Spitze stand, war es, der die Kongreßpolitik der nächsten Zeit begründete und die Art der Vormundschaft, welche die Verbündeten der Art über Frankreich auszuüben sich verbanden, wurde durch den Beschluß verschärft, daß die Gesandten der vier Mächte in Paris eine ständige Konferenz bilden sollten, die sich wöchentlich einmal zu versammeln hatte, um sich über den Zustand des Landes zu besprechen und sowohl hinsichtlich der von seiten der Verbündeten nötigen Maßregeln, als über die der französischen Regierung zu erteilenden Ratschläge zu einigen. Dieser Vertrag ward Frankreich einfach mitgeteilt und die Note, durch welche dies geschah, bezeugt hinlänglich den Charakter desselben, sowie daß der spätere sogen. reaktionäre Geist der heil. Allianz damals keineswegs die Kabinette der Verbündeten beherrschte, im Gegenteil waren die Ausschreitungen der Royalisten, namentlich das weiße Schreckensregiment im Süden gegen die Protestanten, das der Herzog von Augoulême dort gewähren ließ, der erste Anlaß, daß Wellington und Pozzo di Borgo im Namen der Gesandtenkonferenz nachdrücklich einschritten und schleunige Abhilfe verlangten, wenn man nicht wolle, daß die Verbündeten sich selbst der Sache annähmen, und als Richelieu gegen die Maßlosigkeiten der Ultras und gewisser Prinzen vom König nicht hinreichend unterstützt ward, wandte sich Wellington an denselben um zu erklären, der Augenblick sei gekommen, um den Einflüssen seiner Familie und des Hofes entschieden entgegen zu treten. Ludwig in seiner Würde verletzt antwortete hierauf nicht und als Pozzo di Borgo ihm im gleichen Sinne sprach, erwiderte er, der Kaiser von Rußland scheine über den Zustand Frankreichs nicht gut unterrichtet zu sein. Noch übler nahm es der König, als der Botschafter ihm eine Denkschrift Alexanders überreichte, die in einem Tone zu ihm sprach, als sei er dem Czaren Rechenschaft über die Verwaltung seines Reiches schuldig, aber als er durch den Minister Decazes Beweise erhielt, daß die Ultras, denen er noch lange nicht genug that, seinen Tod sehnsüchtig erwarteten, gab er nach und ent-

schloß sich zur Auflösung dieser unregierbaren Kammer: der Vertrauensmann des Grafen von Artois, Vitrolles, hörte indes nicht auf gegen Pozzo zu wühlen.

Die Akten des ersten der verabredeten Kongresse, des Aachner von 1818 sind dieser Politik der vier Verbündeten ganz entsprechend; zunächst erklärten dieselben, daß sie sich ferner durch den Vertrag von Chaumont und die Konvention vom 20. Nov. 1815 verpflichtet erachten, d. h. daß die Koalition bestehe für den Fall, daß Frankreich aufs neue die Beute revolutionärer Agitationen werde. Durch die Note vom 4. Nov. an den Herzog von Richelieu bezeugten die vier Mächte diesem ihre Befriedigung über die fortschreitende Befestigung des inneren Zustandes Frankreichs und die genaue Erfüllung seiner Verpflichtungen, welche ihnen erlaubt, ihre Besatzungstruppen zurückzuziehen und der französische Minister nahm in seiner Antwort vom 12. Nov. dankend hiervon Akt. Die Behauptung Hénaults, daß, wenn Frankreich sich 1814—18 von seinem Falle erhoben habe, es dies Alexander I. danke, „der seine Allmacht dem Frieden einer Nation, die er besiegt aber liebte, verdanke", ist daher vollständig aus der Luft gegriffen. Die andern Erklärungen des Kongresses, wie z. B. das von Frankreich mitgezeichnete Protokoll vom 15. Nov. 1818 über die gemeinsam einzuhaltende Politik einer christlichen Brüderlichkeit sind ohne politische Bedeutung. § 4 bestätigt lediglich die im Vertrag von 1815 verabredete Absicht sich wiederholender Kongresse.

Auch in der nächsten Folge ist nichts von einem besonders engen Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich zu sehen, im Gegenteil war Alexander durch Metternichs Einfluß sehr von seinen liberalen Ideen zurückgekommen, fürchtete überall Umsturz und sah speziell auf die Berichte seines Botschafters in Paris, Pozzo di Borgo, schwarz in Bezug auf die Lage Frankreichs,*) er mischte sich nicht ein, aber hielt sich vollständig

*) Hénault zitiert aus den Mémoires du Vicomte Sosthène de la Rochefoucauld I, p. 229 ff., bittre Klagen der Royalisten hierüber: „L'Empereur nous a fait bien du mal par une influence diplomatique qu'il a laissée au milieu de nous et qu'il a semblé de soutenir — La conduite de son ambassadeur est quelque fois difficile à expliquer."

zurück, die Anfrage, wer ihm für den vakanten Posten eines Botschafters in Petersburg willkommen sein werde, blieb unbeantwortet, auf ein Schreiben Ludwigs XVIII. vom 20. April 1819, das die Notwendigkeit der Entlassung Richelieus erklärte, erwiderte er erst am 25. Juni in kühler Weise, daß er sich niemals in ministerielle Fragen gemischt habe. Die Wahlen vom September, die 90 Liberale in die Kammer brachten, erschreckten ihn noch mehr, er wünschte, daß die vier Mächte durch einen feierlichen Akt ihre Beunruhigung ausdrücken und die französische Regierung auffordern möchten, für ihre und Europas Sicherheit zu sorgen, worauf England aber nicht eingehen wollte. Der Bewegung gegenüber, welche 1820 Ferdinand VII. von Spanien zwang, die Verfassung von 1812 anzunehmen, verhielten sich England, Österreich, Frankreich und Preußen beobachtend. Graf Nesselrode aber erklärte sich im Namen seines Gebieters offen mißbilligend, stellte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Aussicht und ging so weit, seine Beunruhigung über die Lage Frankreichs und den Einfluß seiner Liberalen auf Europa auszusprechen. Zunächst war die Situation in Neapel, welche Gegenstand der Verhandlungen des Troppauer Kongresses bildete, dringlicher, Frankreich verdammte sie, aber fürchtete eine Intervention Österreichs, die dasselbe zum absoluten Herrn in Italien machen würde. Dazu war Grund genug vorhanden; Metternich hatte Neapel schon am 12. Juni 1815 die Zusage abgerungen, daß es keinen Wechsel zulassen wolle, welcher nicht im Einklang mit den alten monarchischen Institutionen und den Grundsätzen ständen, welche der Kaiser von Österreich für die innere Verwaltung seiner italienischen Provinzen angenommen. Dieser bisher unbekannt gebliebene Vertrag rief den entschiedensten Widerspruch Frankreichs hervor, das denselben für nichtig erklärte, da er eine fortwährende Einmischung Österreichs sanktioniere. Metternich ließ den Vertrag dahingestellt, aber behauptete das Recht der Intervention, Rußland wünschte, daß die Mächte alle durch ungesetzliche Mittel vollzogenen Veränderungen anzuerkennen weigern sollten und trat Österreich dahin bei, daß wenn die Nachbarstaaten in solchen eine unmittelbare Gefahr für sich sähen, sie das Recht hätten zu intervenieren, eventuell auch durch

Gewalt. Preußen stimmte zu und so wurde von den drei ein Präliminarprotokoll in diesem Sinne aufgesetzt, das den Bevollmächtigten Frankreichs und Englands erst durch Verlesung am 19. November 1820 bekannt ward. Diese protestierten, weil das Protokoll ein Zusammenwirken der beiden Mächte mit den drei anderen unmöglich mache, Castlereagh und Laferonnays wollten sogar eine solidarische Verbindung der ersteren, aber Richelieu, der den prekären Zustand Frankreichs kannte, wünschte ein Zerwürfnis mit den drei andern Mächten, namentlich mit Rußland zu vermeiden. Obwohl daher die drei Mächte ihre Erklärungen in aller Schärfe aufrecht hielten, so daß sie gewissermaßen eine engere Allianz bildeten, schrieb Richelieu vertraulich an seinen ersten Bevollmächtigten, der König „adhérait à l'action conciliante de ses alliés". So hielt Frankreich zwar theoretisch seinen Widerspruch gegen die Grundsätze des Protokolls aufrecht, aber stimmte in der Sitzung des Kongresses von Laybach, wohin die Beratungen verlegt waren, vom 4. Januar 1821 praktisch zu, nahm also den Protest seiner Vertreter zurück und verlangte nur, daß man seine Mitwirkung nicht erwarte. Schon diesen Vorbehalt nahm Alexander, der, im Gegensatz zu Metternichs Absicht einer einseitigen Intervention, wollte, daß sie im Auftrag des europäischen Areopags geschehen, sehr übel und sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß Frankreich sich von England beeinflussen lasse, um eine Stellung einzunehmen, die gegen die Grundsätze der drei Mächte gerichtet erscheine.*) Dadurch erschreckt, beauftragte Richelieu seine Vertreter, sich dem Willen der Mehrheit anzuschließen und das Ergebnis war, die Bevollmächtigung Österreichs durch die vier Mächte in Neapel und Piemont zu intervenieren. Die französische Regierung, die zwischen der Furcht vor ihren Liberalen und der isoliert zu werden schwankte, hatte also in dieser Angelegenheit eine keineswegs beneidenswerte Rolle gespielt und doch nicht vermieden, daß sich Alexander mehr und mehr Metternichs Politik anschloß.

Hierin ward der Czar auch keineswegs wankend, als auf dem

*) Pozzo di Borgo erklärte dem französischen Bevollmächtigten: „Si vous n'adhérez pas au protocole vous vous mettez hors de l'alliance et vous nous forcez à poursuivre sans vous."

Kongreß die Nachricht von der Erhebung der Donaufürstentümer unter Ypsilanti eintraf, der die der Griechen folgte, ja er erklärte, daß beide das Werk der Revolutionäre sei, deren Mittelpunkt Frankreich bilde. Nach der Rückkehr in seine Staaten änderte er zwar unter dem Einfluß Capodistria's seine Stellung insofern, als er von der Pforte durch ein Ultimatum die Räumung der Donaufürstentümer verlangte, nach der Mitteilung Vieil-Castels schlug er sogar dem französischen Botschafter Laferonnays eine Allianz vor,*) aber Richelieu kannte die Unbeständigkeit Alexanders zu gut, um sich dadurch blenden zu lassen, er antwortete daher seinem Vertreter, daß trotz der verlockenden Eröffnung Frankreich darauf nur eingehen könne, wenn das Petersburger Kabinett bereit sei, derselben die Form geschriebener Stipulationen zu geben, daß man aber inzwischen sich nicht mit den andern Mächten überwerfen dürfe.**)

Wie richtig er darin sah, zeigte sich bald, indem Alexander trotz der Ablehnung seines Ultimatums durch die Pforte zwar die diplomatischen Beziehungen mit derselben abbrach, aber nicht handelte, sondern vielmehr Tatitscheff nach Wien sandte, um zu erklären, er wolle keinen Krieg, aber man solle ihm helfen, hinreichende Genugthuung zu erhalten. Metternich ging hierauf bereitwillig ein, indem er scharf unterschied zwischen der Rechtsfrage, die durch das Verbleiben der Türken in den Donaufürstentümern verletzt worden sei, und der question de convenance, den Griechen Schutz zu gewähren und die Pacifikation der Balkanhalbinsel zu erreichen. Zugleich warnte er den Czaren,

*) Histoire de la Restauration X, p. 288. „Depuis Gibraltar jusqu'aux Dardanelles voyez ce qui est à votre convenance, et comptez non seulement sur mon consentement, mais encore sur l'assistance sincère et efficace de la Russie. C'est la Russie aujourd'hui que la France doit avoir pour alliée.“

**) Montmorency schrieb 1822 treffend an Villèle nach einer Audienz bei Alexander, derselbe zeige oft eine so große Beredsamkeit und Hingabe „qu'on a besoin, pour se défendre, de se rappeler certaines inconséquences ou aberrations de son cabinet, qui malheureusement peuvent tenir à une trop grande flexibilité, ou même faiblesse de caractère, cachée sous des apparences de force.“ (Villèle Mém. III, p. 90.)

wie früher vor den Liberalen, jetzt vor den Ultraroyalisten Frankreichs und wies darauf hin, daß Laferronnays allein sich nicht den andern Mächten anschließen wolle; mit Englands Unterstützung setzte er sogar die Entfernung von Capodistrias durch. Die Wiener Konferenz der fünf Mächte, die am 28. Juni zusammentrat, formulierte die Forderungen an die Pforte, aber diese erkannte, daß England und Österreich in ihrer Unterstützung nur lau seien und verweigerte jedes Zugeständnis, obwohl ihre Hoffnung, die Griechen zu vernichten, sich nicht verwirklichte. Während diese Frage chronisch ward, nahm die spanische Verwicklung immer mehr einen akuten Charakter an, indem König Ferdinand nicht verhehlte, daß er sich als gefangen betrachte und um Hilfe bat. Alexander in seiner heftigen Antipathie gegen die Revolution, wünschte eine Intervention Frankreichs, Österreich und England waren entschieden dagegen und obwohl mit Villèle ein ganz royalistisches Ministerium ans Ruder gelangt war, zögerte dasselbe, sich mit den beiden Mächten zu überwerfen und seine Finanzen durch einen Krieg zu belasten, um so mehr, als in Spanien das gemäßigt liberale Ministerium Martinez de la Rosa begann fest gegen die Radikalen aufzutreten. Der Kongreß von Verona (Oktober bis Dezember 1822) sollte diese Frage lösen. Bei Eröffnung desselben verlangte Rußland allein Krieg gegen die Cortes, im Namen des europäischen Areopags, England war ebenso entschieden dagegen, weil es keine Intervention Frankreichs und keine engere Verbindung desselben mit Rußland wünschte; in diesem Sinne sprach sich der Herzog von Wellington, der, nachdem Canning Minister geworden, als Bevollmächtigter erschien, in bestimmter Weise gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens aus: Villèle wünschte den Krieg zu vermeiden, duldete aber doch, daß die spanischen Royalisten sich auf französischem Boden zum Einfall in Catalonien und Navarra organisierten und hinderte die Waffensendungen an dieselben von Bordeaux nicht; als Alexander davon sprach, russische Truppen zu schicken, erklärte er, Frankreich werde denselben den Durchmarsch nicht gestatten und zog ein Observationskorps an der Grenze zusammen. Seine Instruktion ging indes dahin, daß die französischen Vertreter vermeiden sollten, in der

spanischen Frage hervorzutreten. „Il importait essentiellement à l'honneur de la France de rester seule juge de la part qu'elle prendrait à sa solution et d'adopter suivant ses intérêts ou sa convenance, les moyens de mettre un terme à une situation si grave"*) für seine Bevollmächtigten, Montmorency und Chateaubriand war es aber in der That schwierig dies auszuführen, da alle anderen Mächte sie darauf anredeten, was Frankreich thun werde? sie schlugen Kollektivschritte in Madrid, eventuell Abberufung der Gesandten vor, für Alexanders Ungeduld war dies viel zu wenig, er fand die französische Regierung schwach, da sie offenbar aus Furcht vor den Liberalen nicht marschieren zu lassen wage. Darauf fragten die Gesandten, welche Unterstützung man Frankreich eventuell gewähren würde? Der Czar war zur militärischen bereit, Österreich und Preußen sagten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu, sobald Frankreich dies thue, waren aber nur bereit zu einem „appui moral, sauf à convenir des actes et des formes les plus propres à rendre cet appui utile et efficace." Auf die Frage Wellingtons, was die französische Regierung nach der Einnahme von Madrid thun wolle, erwiderte Montmorency, daß, wenn dem König seine Freiheit wiedergegeben sei, man ihn handeln lassen und ihm nur Ratschläge geben würde. Villèle war mit dieser Haltung seines Bevollmächtigten unzufrieden, Alexander aber, hiervon unterrichtet, sagte Tatitschew, er sehe wohl, daß Frankreich der wahre Herd der Revolution sei, da alle Ministerien genötigt seien, die Radikalen zu schonen und daß Rußland sich mit den beiden anderen festländischen Mächten enger verbinden müsse.**) Indes kamen die vier Mächte, mit Ausschluß Englands, schließlich dahin überein, eine Note nach Madrid zu richten, in welcher sie forderten, daß dem König seine Freiheit zurückgegeben werde und sie eventuell ihre Gesandten abberufen würden, sie sagten außerdem Frankreich ihre Unterstützung zu, falls es von Spanien angegriffen werde, falls der König entthront und falls die Erbfolge geändert werden

*) Mém. III, p. 26.
**) Villèle Mém. III, p. 170.

sollte. Dies war allerdings ein mageres Ergebnis und Hénault sagt mit Recht: „La France revenait du congrès en butte aux dédains de tous, les divergences d'opinion de ses ministres, et même de ses représentants, la montraient à tous les yeux, comme ne sachant ce qu'elle voulait“ (p. 106) das Streben Villèles unabhängig vom Kongreß zu bleiben, setzte voraus, daß man wußte was man thun wolle. Eben durch diese Unschlüssigkeit bekam die Kriegspartei in Frankreich immer mehr Oberwasser, Chateaubriand hatte schon von Verona aus Villèle gedrängt „de saisir une occasion peut-être unique, de replacer la France au rang des puissances militaires, de réhabiliter la cocarde blanche, dans une guerre courte, presque sans danger, vers laquelle l'opinion des royalistes et de l'armée nous pousse fortement, toute l'Europe continentale serait prête à nous seconder*). Jetzt ward er Minister und beschloß zu handeln, da er den König dazu entschlossen sah. Die Thronrede vom 21. Januar 1823 zeigte an, daß eine Armee bereit stehe, um den Thron in Spanien für einen Enkel Heinrichs IV. und dies schöne Königreich vom Ruin zu retten. Der Einmarsch erfolgte bald darauf und endete wie bekannt mit der unbedingten Herstellung des Absolutismus.

In der griechischen Sache schwankte Alexander, einerseits warf er England und Österreich vor, die Türken in ihrem Widerstande zu ermutigen und erklärte, er werde nicht zustimmen, „à voir renverser les bases de ses anciennes relations avec la Porte,“ andererseits wollte er sich nicht von den andern Mächten trennen. Eine Denkschrift Nesselrodes vom 9. Januar 1824 an die vier Höfe betonte die Notwendigkeit, dem Kampf ein Ende zu machen, der von allem andern abgesehen, dem russischen Handel schweren Schaden thue, er schlug vor, in Griechen-

*) Chateaubriands Darstellung des Kongresses, die er später verfaßte, ist unzuverlässig, seine Eitelkeit glaubte, daß er Vertrauensmann Alexanders sei, weil derselbe ihm einmal in seiner bekannten Weise gesprochen, während thatsächlich der Kaiser seiner Protektorrolle nicht entsagen wollte und nur gerne russische Truppen nach Spanien geschickt hätte, „pour reprendre de l'action et du poids dans le midi de l'Europe“ wie Villèle richtig sagte (III, p. 187), der dies vor allem vermeiden wollte.

land drei autonome Fürstentümer zu schaffen, die der Pforte Tribut zahlen sollten. Frankreich stimmte zu, England und Österreich machten Vorbehalte, ersteres weil Canning für Griechenland volle Unabhängigkeit wollte, letzteres um die Verhandlungen hinzuziehen. Alexander wagte nicht allein vorzugehen, zumal die Pforte die Räumung der Donaufürstentümer endlich zusagte, so blieb alles unentschieden, als er plötzlich am 1. Dez. starb. Sein Nachfolger nahm eine andere Stellung an, Nikolaus I. erklärte, sich nicht in die griechische Sache mischen zu wollen, in der er nur einen Aufstand sehe, daß er aber seine eigenen Beschwerden gegen die Pforte selbst geltend machen werde, demgemäß sandte er derselben ein Ultimatum, seine Forderungen zu befriedigen, widrigenfalls seine Truppen nach drei Wochen in die Donaufürstentümer einrücken würden, wobei er sich aber, wie Nesselrode sagte, im stillen vorbehielt „de rentrer par la Turquie dans l'affaire de Grèce“ und als Wellington in Petersburg erschien, der Form nach um ihn zu beglückwünschen, zeigte er sich ganz bereit mit England allein das Protokoll vom 4. April zu unterzeichnen, welches den Griechen eine administrative Selbständigkeit versprach. Dies Aktenstück ward in Paris, Wien und Berlin mitgeteilt, aber nur Frankreich, obwohl verletzt, daß man ohne es gehandelt, zeigte sich bereit zur Ausführung mitzuwirken. Was die speziell russischen Beschwerden betraf, gab die Pforte im letzten Augenblicke nach und verstand sich zu der Konvention von Akjermann, die am 7. Okt. von beiden Teilen geschlossen ward, dagegen verwarf die Türkei jede Intervention in die griechische Angelegenheit auf das bestimmteste. Das Petersburger Protokoll konnte indes kein toter Buchstabe bleiben und nachdem Laferonnays Minister geworden, kam der Londoner Vertrag der drei Mächte vom 6. Juli 1827 zustande, kraft dessen sie sich verbanden, dem Kampfe ein Ende zu machen, und wenn die Pforte die Vermittlung derselben anzunehmen verweigere, eventuell gewaltsam einen Waffenstillstand durchzusetzen; die Folge war die Zerstörung der türkisch-ägyptischen Flotte bei Navarino, worauf der Sultan einen Aufruf zum heiligen Krieg erließ, den Rußland am 26. April 1828 mit Kriegserklärung beantwortete.

Die Aufforderung Englands, zu einer Aktion zu zweien, lehnte Frankreich ab, da Rußland durch den Krieg nicht aus der Tripelallianz getreten, wie Wellington behauptete und, da ein solches Vorgehen dasselbe von seinen eingegangenen Verpflichtungen befreien, sowie das ottomanische Reich dem russischen Ehrgeiz ohne Kontrole überliefern würden. Dies blieb nicht ohne Eindruck in London und man stimmte dort der Sendung eines französischen Korps nach Morea zu. In alledem war nichts was ein besonders enges Verhältnis Frankreichs zu Rußland einschloß, aber allerdings trat nunmehr, dem offenbaren Mißfallen gegenüber, mit dem England und Österreich den Krieg aufgenommen, bei Nikolaus die Neigung zu einem solchen hervor, da die französische Regierung sich ihm günstig zeigte,*) sie lehnte jede Kollektivvorstellung an den Czaren, Friede zu machen oder sonst zu intervenieren ab und Karl X. erklärte, wenn Österreich Rußland angreife, so werde sofort eine französische Armee in die Lombardei einrücken. An eine solche Initiative dachte Metternich freilich keineswegs, er sah unendlich weiter als die englischen und französischen Staatsmänner, aber einen Krieg gegen Rußland zu wagen, konnte ihm bei den Zuständen in Italien nicht einfallen; als die kleinen Mittel der Intrigue erschöpft, zog er sich in den Schmollwinkel zurück. Rußland dagegen war natürlich Frankreich dankbar für seine Haltung, wie dies Nikolaus bei seinem Besuch in Berlin (Juni 1829) dem französischen Gesandten d'Agoult in warmer Weise aussprach, der Kaiser befürwortete dort eine Allianz zwischen Rußland, Preußen und Frankreich als Demonstration gegen England und Österreich.

Diese Haltung des Czaren verführte das Pariser Kabinett zu einem abenteuerlichen Plane. Villèle hatte in kühler und richtiger Berechnung sich jeder Politik widersetzt, welche Frankreich in einen europäischen Krieg verwickeln konnte, ja er zuerst hatte zum Schrecken Rußlands die gefährliche Idee geäußert, den

*) „J'ai trouvé le roi fermement résolu à identifier la politique extérieure de la France et de la Russie" schrieb Matuszewicz, der in außerordentlicher Mission nach Paris gesandt war (Recueil de documents relatifs à la Russie. Paris 1854, p. 616).

status quo des ottomanischen Reiches zu garantieren;*) sein Nachfolger Martignac, obwohl mehr zu Rußland neigend, hatte thatsächlich dieselbe Bahn verfolgt, aber Polignac, der entschlossen war den Liberalismus eventuell mit Gewalt zu unterdrücken, verfiel in den alten Irrtum, man könne dies am besten durch eine großartige auswärtige Politik durchführen, welche seinem Ministerium Glanz verleihen würde. Ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Lage der russischen Armee trotz ihrer Erfolge im zweiten Feldzug den Kaiser veranlaßt hatte, die Vermittlung Friedrich Wilhelms III. anzurufen, der zu dem Ende den Feldmarschall von Müffling nach Konstantinopel sandte, entwarf Polignac einen Plan der Reorganisation Europas durch Rußland, Frankreich und Preußen. Nikolaus hatte die Idee Metternichs, die Teilung des ottomanischen Reiches ohne Frankreich in Betracht zu ziehen, die offenbar nur eine Falle war, mit dem Bemerken abgelehnt, daß er nie auf eine derartige Kombination ohne Frankreich eingehen würde, dagegen dem Botschafter des letzteren, Herzog von Mortmart anheimgegeben, die französische Regierung möge die Folgen eines eventuellen Sturzes des ottomanischen Reiches überlegen und hinzugefügt, er sei im voraus der Zustimmung Preußens sicher für die Verabredungen, die er mit dem Kabinett der Tuilerien treffen könne. Der Bericht des Botschafters über diese, wesentlich nur auf die Einschüchterung der Gegner Rußlands berechnete Mitteilung war noch nicht in Paris eingetroffen, als Polignac dem Ministerrat seinen Plan vorlegte,**) der auf der Grundlage einer französisch-russischen Allianz, von der in der Umgebung des Czaren viel die Rede war, Frankreich seine hervorragende Stellung zurückgeben sollte. Von der Notwendigkeit ausgehend, daß dieses zuerst über seine Absichten klar sein müsse, um die Kombinationen geltend zu machen, die

*) Graf Nesselrode schrieb in dieser Beziehung (Dép. très. réservée au Pce de Lieven 9. Janv. 1827. Portfolio V p. 248). „V. E. aurait grand soin de n'admettre nulle garantie de ce genre en aucun cas et sous aucun prétexte. C'est un ancien et invariable principe de notre politique de ne pas laisser s'établir entre les Turcs et nous cette espèce d'intervention des cours étrangères, qui justifierait une garantie semblable".

**) Vieil Castel hist. de la Restauration vol. XX. ch. 1.

seinen Interessen entsprächen, während, wenn es sich auf eine Verständigung mit den anderen Mächten auf einem Kongreß einlasse, wo Österreich und England das große Wort führen würden, es Gefahr laufe, Verabredungen geopfert zu werden, die ohne es getroffen werden könnte, stellte er folgende Grundzüge der Revision der europäischen Karte auf, die im Einverständnis mit Rußland und Preußen durchgeführt werden sollte. Rußland solle die Donaufürstentümer, Armenien und Trapezunt erhalten, Österreich Bosnien und die Herzegowina, türkisch Kroatien und Dalmatien, Serbien; Preußen das Königreich Sachsen und Holland nördlich vom Rhein, wogegen es seine Besitzungen zwischen Rhein und Maas, rund 12 000 Seelen, an Bayern abtreten würde, der König von Sachsen solle durch die Rheinprovinz auf dem rechten Ufer mit Aachen als Hauptstadt entschädigt werden, Frankreich dagegen würde Belgien, holländisch Brabant, Luxemburg, Landau erhalten, so daß die Rheingrenze eine Wirklichkeit werde, England endlich möge durch die holländischen Kolonien entschädigt werden. Der König von Holland würde nach Konstantinopel versetzt werden, von wo aus er über Rumelien, Bulgarien, Macedonien, Thracien, Albanien, Griechenland, den Archipel und Kandia herrschen würde. Ägypten falle Mehemed Ali zu, wonach dem Sultan in Asien ein Staat von 7 Millionen Muselmännern bliebe. Diese Verteilung begründete er damit, daß Frankreich gegen Englands maritime Übermacht ein Interesse habe, Rußland dem Mittelmeer zu nähern, während Bosnien, Serbien 2c. im Besitz Österreichs ein Gegengewicht gegen Rußland an der Donau bilden würden. Durch die Versetzung des Königs von Sachsen an den Rhein würde die Berührung zwischen Preußen und Frankreich und damit jeder Grund zur Feindseligkeit der beiden Staaten aufhören, Preußen würde durch die Erwerbung Hollands ein Seestaat und interessiert den englischen maritimen Grundsätzen mit den andern Staaten entgegenzutreten, Sachsen am Rhein würde einen Mittelstaat bilden, der schwach wie er sein müßte, auf Frankreich angewiesen wäre, und so wäre der Einigung Deutschlands in einen oder zwei große Staaten vorgebaut, welche eine relative Schwächung der Macht Frankreichs zur Folge haben müsse.

Der Ministerrat diskutierte diesen Plan acht Tage lang, wobei Polignac die Idee des Dauphin, der statt Belgiens die ganze Rheinprovinz für Frankreich wollte, bekämpfte, weil dies demselben eine aggressive Stellung gegen Deutschland geben und Europa beunruhigen würde, während der Verzicht auf Belgien Frankreich nach Norden bloßstelle. Der Plan wurde schließlich angenommen und an den Herzog von Mortmart zum Gebrauch bei seinen Unterredungen mit dem Czaren gesandt. Vieil-Castel sagt mit Recht, daß man kaum an die Möglichkeit solcher Projekte glauben könne, wenn nicht die betreffenden Aktenstücke sich im Archiv des auswärtigen Ministeriums vorfänden; Polignac wollte die gegen Frankreich gerichtete Organisation des Wiener Kongresses vernichten, dachte aber gar nicht daran, daß die Verwirklichung seiner Ideen die Völker noch weit willkürlicher verteile als es in Wien geschehen war, noch daran, daß diese abenteuerliche Politik, eine blasse Kopie des Planes Heinrichs IV., welche die Regierung gegen die Opposition stärken sollte, den allgemeinsten Widerstand aller Mächte hervorrufen würde, welche eben nicht wollten, daß Frankreich wieder die Rolle Ludwigs XIV. spiele. Thatsächlich blieb das ganze Projekt totgeboren, denn ehe der Herzog von Mortmart noch Gelegenheit hatte, ein Wort darüber mit dem Czaren zu sprechen, war der Friede von Adrianopel durch Müffling vermittelt,*) der Rußland weit mehr gab, als wozu die Erfolge seiner Waffen es berechtigten, und man darf wohl zweifeln, ob Nikolaus, der sich, abgesehen vom Orient, als der Hort der Verträge von 1815 ansah, etwas anderes als ein Lächeln für Polignacs Phantasien gehabt hätte. Aber natürlich war ihm die Stellung, die Frankreich im türkischen Kriege einnahm, sehr willkommen, er verweigerte begreiflich, sich dem Protest Englands gegen die algerische Expedition anzuschließen, welche den einzigen Erfolg der Restauration bildete, und sah mit Besorgnis, daß die Regierung Karl X. sich im Innern in Abenteuer stürzte, die ihren Bestand bedrohten. Es kostete Polignac nicht geringe

*) Die Behauptung Vieil-Castels, daß der französische Botschafter Guilleminot hierbei eine hervorragende Rolle gespielt, läßt sich nur daraus erklären, daß ihm Müfflings Berichte (Aus meinem Leben. Berlin 1851) unbekannt geblieben ist.

Mühe, den König zur Unterzeichnung der Juli-Ordonnanzen zu bringen; derselbe unterstützte Martignac so lange er erfolgreich war, aber als die Linke unter Konnivenz der äußersten Rechten den unverzeihlichen Fehler beging, dem Ministerium eine Niederlage zu bereiten, erinnerte er sich der Voraussage Polignacs, alle Zugeständnisse würden die Opposition nicht entwaffnen und berief ihn an die Spitze der Geschäfte. Karl X. lebte nicht nur in einer Welt von Theorien, sondern glaubte, besondere himmlische Verbindungen zu haben. Als er das Justizministerium Berryer anbot und dieser es mit Berufung auf seinen Mangel an Erfahrung ablehnte, erwiderte er: „Es giebt Menschen, die keiner Erfahrung bedürfen. Sie halten mein Unternehmen für voreilig und tollkühn, aber Gott steht mir täglich durch Mitteilungen bei, über deren Ursprung ich mich nicht täuschen kann."*) Ebenso blind war er für auswärtige Warnungen. Auf die dringendsten Vorstellungen Pozzo di Borgos gegen einen Staatsstreich, erwiderte der König lächelnd: „Ne craignez rien, hier encore la Sainte Vierge a paru à Polignac", so erzählte der Botschafter, von St. Cloud kommend, einem seiner Kollegen und schloß: „Quand les ministres ont des apparitions, les rois sont perdus."

---

*) Falloux L'évèque d'Orléans, 1879, p. 98. Der englische Botschafter Lord Stuart schrieb am 1. Juli: „Jedesmal, wenn ich auf das auswärtige Ministerium gehe, glaube ich in das Narrenparadies Miltons zu treten. Diese Narren sind in der kläglichsten Verfassung und glauben sich vortrefflich zu befinden."

V. Rußland und die Julimonarchie.*)

Die Verblendung Karls X. und seiner Ratgeber, die selbst jede Vorbereitung, einen Widerstand niederzuwerfen, vernachlässigten,**) der Leichtsinn der Opposition, welche die Folgen eines Bruchs mit der Kontinuität der Monarchie verkannte, und der Ehrgeiz Louis Philipps, welcher der Versuchung, selbst eine Krone zu tragen, um den Preis eines Verrats an seinem rechtmäßigen Herrn und persönlicher Demütigungen, nicht zu widerstehen vermochte,***) mit einem Wort „die Verschwörung der Thorheit und der Heuchelei" wie Chateaubriand sagte, warfen Frankreich aufs neue in das uferlose Meer der Parteikämpfe. Jahrelang erscheint die Gesellschaft in einem fast ununterbrochenen Siedezustand, indem der Boden durch rastlose Kämpfe der Legitimisten wie Republikaner unterwühlt wird, deren Ausbrüche das Land im Fieber halten.

Der Eindruck der Revolution in Europa war gewaltig,

---

*) Hillebrand, Geschichte des Julikönigtums. 2 Bde. 1877—1879. Thureau-Dangin, Histoire de la Monarchie de Juillet. 1884—1892. 7 vol. Haussonville, Histoire de la politique extérieure du gouvernement français 1830—1840. Paris 1850.

**) Thiers sagte selbst später; „Wir haben die Revolution gemacht, weil man sie uns machen ließ; wir wurden kühner in dem Maße, als die Verteidigung schwächer ward" (Falloux l'évèque d'Orléans 1879 p. 98).

***) Treffend sagt Hillebrand: „Der Popularitätssüchtige vermaß sich, ohne die Stütze des überlieferten Rechtes und ohne Anrufung der rettenden und wagenden Gewalt, allein mit den Mitteln der Klugheit den losgelassenen Feind der gesellschaftlichen Ordnung erst zu benutzen, dann einzulullen und zu zähmen und mit Geduld und Geschäftigkeit auf der Grundlage augenblicklicher Interessen und rationeller Rechte ein dauerhaftes Gebäude für sich und seine Kinder aufzurichten" (I, S. 5).

alle bisher niedergehaltenen nationalen, liberalen wie radikalen Bestrebungen fühlten sich ermutigt, Belgien riß sich von Holland los, Aufstände in Italien und Deutschland brachen aus, Polen erhob sich. Demgegenüber schlossen sich die absolutistischen Mächte des Festlandes zum Widerstand zusammen; als Thiers sich am 30. Juli nach Neuilly begab, um den Herzog von Orleans zur Annahme der Krone zu bewegen, zeigte dessen weibliche Beraterin, Madame Adelaide, kein Bedenken gegen den Treubruch, wohl aber die Furcht, daß dieser Thronwechsel Frankreich wieder einer europäischen Koalition gegenüberstellen könne. Anfangs schien sich dies zu verwirklichen, Nesselrode und Metternich, durch die orientalischen Verhältnisse einander entfremdet, kamen unter dem ersten Eindruck der Pariser Ereignisse in Karlsbad zu einer Verständigung über die Stellung, welche Frankreich gegenüber zu nehmen sei. Preußen trat bei; aber das mächtigste Glied der früheren Koalition, England, fehlte, selbst Wellington, der alte Schützer der Bourbonen, erklärte, Karl X. habe sich selbst gestürzt und es würde eine Thorheit sein, ihn wieder mit den Waffen auf den Thron zu bringen. Am 31. August überreichte Lord Stuart Louis Philipp sein Beglaubigungsschreiben und Talleyrand ging als Botschafter nach London. Metternich, trotz seiner Antipathie, war nicht geneigt zu kriegerischen Abenteuern, solange Deutschland und Italien nicht bedroht wurden, noch weniger Friedrich Wilhelm III., der wußte, wie notwendig der Frieden für Preußen war. Beide wirkten daher im Sinne der Mäßigung in Petersburg, gegen die Erbitterung Nikolaus I., der nicht nur in den Bourbonen eine Dynastie verlor, welche um seine Allianz warb, sondern in der Revolution die gefährlichste Erschütterung des Systems sah, als dessen Hort er sich fühlte, in Louis Philipp einen Verräter, der seinem rechtmäßigen Herrn die Krone geraubt,*) und seine

*) Nach dem Staatsstreich Louis Napoleons sagte er am 22. Dezember dem portugiesischen Gesandten: „C'était un vieux hypocrite que ce Louis Philippe, que j'avais parfaitement jugé, à cela près que je l'ai cru plus adroit qu'il n'était réellement, il a fini malheureusement, comme doit finir un homme qui a trahi son seigneur et maître“ (meine Schrift: Der Staatsstreich vom 2. Dez. 1851, S. 29).

Antipathie wurde durch die allerdings nur platonische Sympathie gesteigert, welche die neue Regierung Polen bewies. Indes wenn Friedrich Wilhelm III. das Drängen des Czaren nach einer bewaffneten Intervention zurückwies, die einen allgemeinen Krieg zur Folge gehabt hätte,*) wenn Österreich und Preußen die neue Regierung mit Vorbehalt der Beobachtung der Verträge anerkannten und Nikolaus schließlich nichts übrig blieb, als mit unverhehlter schlechter Laune zu folgen, der er durch verletzende Formen gegen den König Ausdruck gab, so blieb die Lage Europas doch jahrelang gefährdet. Dazu trug am meisten Louis Philippes zweideutige Politik bei, die kein Vertrauen zu ihm aufkommen ließ. Im Bewußtsein der militärischen Schwäche Frankreichs, die einen großen Krieg unmöglich machte, kokettierte er bald mit der Revolution, um dann wieder demütig um Gunst in Berlin, Wien und Petersburg zu werben, streckte die Hand nach kleinen Gewinnen aus, um sie alsbald gebrannt zurückzuziehen; was Frankreich wirklich erreichte, die Auflösung des Königreichs der Niederlande, verdankte es wesentlich England. Nachdem endlich 1836 die Ordnung dauernd hergestellt war, besserte sich allerdings die Stellung Frankreichs, aber sie war von Grund aus verändert. Die Aufgabe, die sich Talleyrand im Dienst der neuen Dynastie gestellt, die Bande der Allianz von 1815 durch eine enge Verbindung mit England gegen die Ostmächte zu sprengen, war gelungen, weil die drei Kabinette zwischen Tendenz- und Interessenpolitik schwankten; aber auch Palmerston traute dem neuen Freunde, nach seinen Erfahrungen in der belgischen Frage, nicht und scheute sich keineswegs, ihn bei jedem verdächtigen Schritt zur Ordnung zu rufen. Nikolaus aber, der seine Legitimitätstheorie starr aufrecht hielt, konnte, da ein halber Weltteil zwischen ihm lag, die Rolle des Horts der konservativen Interessen sehr wohl mit seiner aggressiven Politik im Orient vereinigen. Frankreichs Stellung zur Pforte war schon durch Navarino und die Begünstigung der Griechen tief erschüttert; die Idee des Generals Maison, 1831 die Pforte als Gegenzug gegen Österreichs Intervention in Italien zu einem

*) „Nikolaus hat gut reden, er ist weit vom Schuß“, sagte der König.

Angriff auf die Südgrenze Rußlands und Österreichs zu bestimmen, war von Sebastiani sofort zurückgewiesen worden, die französische Begünstigung Mehemed Alis und seiner ehrgeizigen Pläne auf Syrien, vermehrte die Mißstimmung in Konstantinopel, die Vermittlung der Westmächte und ihre drohenden Demonstrationen gegen den siegreich vordringenden Ibrahim führten zu keinem Resultat, Rußland aber, das in Paris mit Krieg drohte, den man dort doch nicht wollte, nahm, als England sich zurückzog, entschlossen die Sache in seine Hand; am 8. Juli 1833 unterzeichnete Graf Orloff mit der Pforte den Vertrag von Hunkiar Iskelessi, durch welchen Rußland sich verpflichtete, bei jeder die Türkei bedrohenden Gefahr dieser die verlangte Land- und Seemacht zur Hilfe zu schicken.

Dagegen bestimmte ein geheimer Zusatzartikel, daß Rußland auf die Gegenseitigkeit der Hilfeleistung verzichte, indem die Pforte sich verbindlich machte, „die Meerenge der Dardanellen zu schließen, d. h. den fremden Kriegsschiffen die Einfahrt in dieselbe unter keinerlei Vorwand zu gestatten". Dieser Vertrag, in dessen erstem Artikel beide Mächte versprechen, „sich ohne Rückhalt zu verständigen über alle Gegenstände, welche die Ruhe und Sicherheit des einen und des anderen betreffen", also ein Protektorat Rußlands einschloß, welches demselben jederzeit zu intervenieren erlaubte, während der geheime Artikel dasselbe gegen jeden Angriff seiner Feinde im Schwarzen Meere sicherte, rief begreiflich große Aufregung bei den Westmächten hervor, die in identischen Noten erklärten, im Falle einer Intervention Rußlands in die inneren Angelegenheiten der Türkei sich vorzubehalten, zu handeln „comme si le traité en question n'existait pas". Nesselrode erwiderte kühl (4. November 1833), die „profonde affliction" beider Kabinette beruhe auf Unkenntnis der Verhältnisse, es bestehe jetzt ein inniges Vertrauen zwischen Rußland und der Pforte, demgemäß werde Rußland in Erfüllung des Vertrages handeln, als ob die Erklärung der Westmächte nicht bestehe. Metternich mußte der Vertrag höchlich mißfallen, aber er wagte nicht, Rußland entgegenzutreten, bat den Czaren nur um Mäßigung und versicherte daraufhin in London und Paris, daß das Abkommen ein toter Buchstabe

bleiben werde, so zogen die Westmächte ihre Geschwader von Konstantinopel zurück, Rußland hatte seine kühn genommene Stellung behauptet. Es blieb dem König nur übrig, die Ostmächte möglichst zu beschwichtigen, indem er auf das bestimmteste versicherte, daß er nicht daran denke, Englands Interessen zu den seinigen zu machen. Aber die drei blieben vereint und infolge der Zusammenkunft von Münchengrätz kam es am 1. Oktober 1833 zu einem Vertrage,*) der sich im Prinzip gegen den von Frankreich aufgestellten Grundsatz der Nichtintervention aussprach und erklärte, daß jeder unabhängige Souverän eines andern Hilfe anrufen könne, sowie daß wenn der materielle Beistand der drei Mächte angerufen werde und eine andere sich dem mit Waffengewalt widersetzen wollte, die drei Höfe jeden Akt der Feindseligkeit gegen einen derselben als gegen alle gerichtet ansehen würden. Auf Verlangen Preußens sollte dieser Vertrag geheim bleiben, er ward aber bald bekannt und die drei Mächte richteten Noten nach Paris, die im allgemeinen den Inhalt mitteilten, aber verschieden gefaßt waren. Das Londoner Kabinett blieb durch diesen Schritt unberührt und so lehnte es den Vorschlag Broglies ab, diesem Akt eine westmächtliche Allianz entgegenzustellen, durch welche Talleyrand zugleich die kleineren Staaten unter Frankreichs Flügel nehmen sollte, speziell in Deutschland „contre les douanes prussiennes".**) Palmerston, dem diese Zwecke nicht gesagt wurden, hegte mit Recht Mißtrauen gegen Louis Philippe, lehnte ab, er wollte nicht „se gêner par des engagements qui n'avaient pas un but spécial et déterminé".***)

Auch die Quadrupelallianz von 1834 gegen Don Miguel und Don Carlos war anfangs nur von Spanien und Portugal mit England geschlossen und erst auf Frankreichs Beschwerde wurde es am 22. April darin aufgenommen, aber obwohl es zunächst zu keiner Intervention kam und Louis Philippe suchte die Tragweite des Aktes abzuschwächen, reizte derselbe wieder den Unwillen des Ritters der Legitimität in Petersburg aufs

*) Text desselben, Metternich Mém. V, p. 542.

**) Talleyrand an Broglie. Thureau-Dangin II, p. 378.

***) Talleyrand an Broglie, 3. Januar 1834, ibid.

heftigste; er berief Pozzo von Paris ab, weil derselbe sich zu intim zu Louis Philippe gestellt und ernannte keinen Nachfolger, erst nach Jahresfrist entschloß er sich, einen solchen zu beglaubigen, noch immer ohne dem König das Monsieur mon frère zu geben; dieser verbarg den Brief vor jedermann, selbst vor seinen Ministern und nahm den kalten Empfang seines neuen Gesandten in Petersburg, Barante, stille hin. Auch das Anerbieten einer Allianz, das nunmehr Palmerston selbst, durch die Haltung Rußlands im Orient beunruhigt, im Dezember 1835 machte, um die Integrität der Türkei zu garantieren, lehnte der König ab, weil er nicht gegen Rußland auftreten wollte. Alles dies aber half ihm wenig, Metternich lobte seine maßvolle Haltung, tadelte den Ungestüm und die Übergriffe des Czaren, der unzufrieden damit, daß Österreich und Preußen zwar ihre Gesandten in Madrid und Lissabon abberiefen, aber ablehnten, auf seine Interventionspläne einzugehen, die letzten Spuren einer unabhängigen Existenz Polens unterdrückte und dem französischen Generalkonsul in Warschau das Exequatur entzog, da Polen ja nur eine Provinz Rußlands sei, ein Schritt, der in Paris, wo die polnische Sache als eine französische galt, heftige Kammerdebatten hervorrief, die aber schließlich nur zu den gewohnten Wünschen für die „Erhaltung der alten polnischen Nationalität“ in der Adresse von 1836 führten. Als unmittelbar darauf die drei Mächte gewaltsam die Ausweisung der polnischen Flüchtlinge aus dem Freistaat Krakau erzwangen, nahm Thiers, der dem Herzog von Broglie gefolgt war, dies ruhig hin und bemerkte nur, er wolle sich nicht in einen Streit über einige unklare Sätze der Wiener Akte einlassen, während Palmerston dagegen als Verletzung der Wiener Kongreßakte protestierte. In den Schweizer Wirren, welche durch das Treiben der Flüchtlinge hervorgerufen wurden, trat Frankreich sogar auf die Seite der Ostmächte, sein Gesandter erklärte, daß nicht nur Süddeutschland und Sardinien, sondern auch seine Regierung das Recht habe, „de faire justice des réfugiés qui conspirent en Suisse contre leur tranquillité“,*) wenn der Bund nicht Ordnung schaffe und

*) Thureau-Dangin, p. 411.

drohte mit einer Grenzsperre. Bald aber fühlte Louis Philippe wieder, daß er zu weit gegangen und trat einen Rückzug an, der Frankreichs Stellung als Großmacht empfindlich schädigte, ohne den Zorn Palmerstons zu entwaffnen.

Nachdem der Tod Talleyrand und Karl X. hinweggerafft, der Herzog von Broglie zurückgetreten, benutzte der König Meinungsverschiedenheiten in den spanischen Angelegenheiten, um auch Thiers, den Erfinder des „le roi règne mais ne gouverne pas“ zu beseitigen und hatte nun sein stetiges Ziel erreicht, unter parlamentarischen Formen selbst zu herrschen; er hoffte sogar seinem Thronerben die Hand einer Erzherzogin zu verschaffen, dies mißlang zwar, aber die zur Entrüstung des Czaren von Friedrich Wilhelm III. vermittelte Heirat des Herzogs von Orleans mit der Prinzessin von Mecklenburg und die Geburt des Grafen von Paris schien doch der Dynastie Dauer zu versprechen. Freilich sollte ihm die gewonnene Stellung nicht unbestritten bleiben, zweimal suchte die Koalition der parlamentarischen Häupter ihm die kaum eroberte Macht wieder zu entreißen und das zweite Mal mit, wenn auch nur vorübergehendem Erfolg; nur durch eine Demütigung Frankreichs sollte er in den, wie er glaubte, nun dauernden Besitz der Herrschaft gelangen. Den Anlaß zum Streite gab wieder das Verhältnis Mehemed Alis zur Pforte, trotz des Friedens von Kutayeh standen beide jahrelang sich schroff gegenüber, bis die Leidenschaft Mohamed fortriß, seinen übermächtigen Vasallen anzugreifen (21. April 1839), aber sein Großadmiral segelte mit der Flotte nach Ägypten, um sie Mehemed Ali zu übergeben, die gegen den Rat Moltkes gelieferte Schlacht von Nisib ward verloren (24. Juni), und gleichzeitig starb der Sultan. England fürchtete nun vor allem eine Intervention Rußlands kraft des Vertrages von Hunkiar-Iskelessi, noch mehr eine Verständigung desselben mit Frankreich,*) aber davon waren beide Mächte weit entfernt. Louis Philipp hatte die vielen Demütigungen, die der Selbstherrscher an der Newa

*) „It must not be forgotten that the one great danger for Europe is the possibility of a combination between France and Russia“ schrieb schon am 8. Juni 1838 Palmerston an den Botschafter in Paris, Lord Granville. (Bulwer Life of Palmerston II, p. 235.)

ihm zuteil hatte werden lassen, nicht vergessen, sein Bestreben ging dahin, die vier Mächte gegen Rußland zu einen, Nikolaus aber, der hierüber wohl unterrichtet, indes keinen Krieg wünschte, weil er nicht dafür bereit war, nahm diese Gelegenheit wahr, dem Bürgerkönig, der sich bereits von den drei anderen Mächten als Gleichberechtigter behandelt fühlte, einen gründlichen Strich durch die Rechnung zu machen. Als Palmerston ungeduldig über die Einwände, welche Frankreich zu gunsten des Paschas erhob, die Mitwirkung der drei anderen Kabinette nachsuchte, bot Rußland in London und Wien an mit Ausschluß Frankreichs vorzugehen, um eine weitere Schwächung des ottomanischen Reiches zu hindern. Beide Mächte gingen sofort auf den Gedanken ein, Baron Brunnow erschien in außerordentlicher Mission in London, um sich über die eventuellen Zwangsmaßregeln gegen Mehemed Ali zu verständigen. Frankreich glaubte nicht, daß die Mächte Ernst gegen seinen Schützling machen würden, und bestand auf größeren Zugeständnissen, was den Pascha in seinem Widerstand ermutigen mußte, eine kriegerische Stimmung ging durch das Land und Thiers „der Mann des Journalismus“, der am 1. März Ministerpräsident geworden war, obgleich er die Begeisterung für Mehemed Ali nicht teilte, konnten denselben nicht preisgeben. England bot noch einmal Frankreich einen Kompromiß an, indem es die Bedingungen für Mehemed Ali erweiterte, wenn das Pariser Kabinett bei Weigerung desselben diese anzunehmen, sich an Zwangsmaßregeln gegen ihn beteiligen wolle, aber Thiers lehnte ab und hörte nicht auf die Warnungen Guizots, der von London schrieb, wenn man in Paris fortwährend neue Schwierigkeiten mache, „un moment viendrait où le cabinet britannique, par quelque résolution soudaine, agirait sans nous et avec d'autres.“ Diese Voraussage verwirklichte sich bald in dem Vertrage der vier Mächte vom 15. Juli 1840, durch den dieselben sich verbanden, dem Pascha Ägypten als erbliches Vizekönigtum und Akka auf Lebenszeit anzubieten, widrigenfalls aber ihn zur Räumung Syriens zu zwingen und nach der Pazifikation solle „die alte Regel des ottomanischen Reiches“ wieder in Kraft treten, wonach beide Meerengen den Kriegsschiffen aller Mächte verschlossen bleibe. Diese Regel erhielt also europäische Sanktion,

Rußland verzichtete auf die Vorteile von Hunkiar-Iskelessi, ein Zugeständnis, das nicht allzugroß war, da der Vertrag 1841 ablief und es keinen Krieg mit England wollte, erreichte aber die Isolierung Frankreichs. Die Erbitterung in Paris über dieses ohne sein Vorwissen geschlossenes Abkommen war groß, die öffentliche Meinung forderte Krieg, und zwar nicht bloß für den Pascha, sondern für die Rheingrenze. 150 000 Mann wurden unter die Waffen gerufen, 10000 Matrosen ausgehoben, 100 Mill. für die Befestigung von Paris bestimmt. Aber freilich hatte man nicht 100 000 Mann marschbereit, die Rüstungen brauchten Zeit und den französischen Herausforderungen folgte ein allgemeiner patriotischer Aufschwung in Deutschland, der selbst die Regierungen der Mittelstaaten fortriß, der Bundestag verbot die Pferdeausfuhr, Palmerston antwortete auf die drohende Sprache von Thiers, daß wenn Frankreich den Handschuh hinwerfe, England ihn aufnehmen und wenn ersteres Krieg anfange, es seine Flotte und Kolonien verlieren würde „sans qu'elle en vît la fin"; Thiers war zum Kriege entschlossen, wollte indes denselben nicht gegen Deutschland richten, sondern gegen Österreich in Italien, und suchte Sardinien dafür zu gewinnen, der König selbst führte die heftigste Sprache, besonders gegen „ce nigaud de Nicolas".

Inzwischen aber hatten die Feindseligkeiten im Orient begonnen, Mehemed Ali dadurch eingeschüchtert, hatte dem ihm gesandten Walewski Zugeständnisse gemacht, die Thiers sich aneignete, Palmerston aber als ungenügend verwarf, die englische Flotte bombardierte Beirut und Akka, Ibrahim Pascha ward geschlagen, Syrien unterworfen, der Vizekönig, der einsah, daß Frankreich ihm nicht helfen werde, verständigte sich mit Admiral Napier und durch die Konvention vom 27. Nov. unterwarf er sich dem Vertrage der vier Mächte. Dies wirkte stark ernüchternd in den Tuilerien, Louis Philippe, dem längst schwül bei dem Gedanken eines Volkskrieges geworden war, wie ihn die Radikalen forderten, welcher aber, wie er einsah, allgemein werden mußte und ihm die Krone kosten konnte, gab den Stimmen Gehör, die von allen Seiten zur Mäßigung rieten, er lenkte ein, die Flotte ward nach Toulon zurückberufen, Thiers, schon teil-

weise von seinen Kollegen verlassen, trat zurück, Palmerston seinerseits zog unter dem Druck der öffentlichen Meinung mildere Saiten auf und so ward unter dem Ministerium Guizot Frankreich eine goldene Brücke durch den Vertrag vom 13. Juli 1841 gebaut, der das europäische Einvernehmen wiederherstellte. Aber eine tiefe Mißstimmung blieb im Lande zurück. Rußland hatte sein Ziel erreicht, die westmächtliche Allianz zu sprengen, England das, an die Stelle des russischen Protektorates ein europäisches zu setzen, Frankreich allein hatte den Kürzeren gezogen, indem der König aus Haß gegen den Czaren erst unbesonnen die Verwicklung heraufbeschworen und dann kleinmütig vor deren Konsequenzen zurückgewichen war. Um diesen Preis erkaufte er die Herstellung seiner persönlichen Herrschaft unter dem stets gefälligen Guizot, der aber gerade, indem er sich in den Dienst der Hauspolitik Louis Philipps stellte, welche mit Frankreichs Interessen nichts gemein hatte, die Regierung der Nation entfremdete. Die nur mühsam beseitigte Spannung mit England steigerte sich aufs neue, indem die französische Kammer den Vertrag über das Durchsuchungsrecht verwarf, durch den Streit um Tahiti, die Rivalität in Griechenland, den Versuch eines Zollvereins mit Belgien, den Aberdeen als einen Eingriff in die Unabhängigkeit des letzteren nicht dulden zu wollen erklärte, vor allem aber durch die Frage der spanischen Heiraten, in der Louis Philipp sein der Königin Victoria bei ihrem Besuche in Eu gegebenes Wort brach, schnöde eine junge Fürstin seinen Hausinteressen opferte, und Englands Freundschaft auf immer verscherzte.*) Nikolaus konnte triumphieren, die schwankende und doppelzüngige Politik Guizots hatte ihm aufs beste geholfen, Frankreich zu isolieren. Die Österreicher benutzten das Zerwürfnis von England und Frankreich zur Vernichtung des Freistaates Krakau, die Proteste der beiden Mächte dagegen blieben unbeachtet, zumal Palmerston einen Kollektivschritt abgelehnt hatte. Inzwischen trat die Regierung trotz der Majorität in ihrem durch Korruption und administrativen Druck zusammen-

---

*) Metternich ließ damals Guizot sagen, man spiele großen Ländern nicht ungestraft kleine Streiche.

gehalten pays légal in immer schrofferen Gegensatz zu der Nation. Wenige erkannten wie Tocqueville die Gefahr, nicht bloß der Romantiker Radowitz hielt im Nov. 1847 den Thron Louis Philipps für auf einen Diamantfelsen begründet, auch Thiers verlachte unmittelbar vor den Reformbanketten die Idee einer Revolution, er meinte: „la restauration n'est morte que de niaiserie, je vous garantis que nous ne mourrons comme elle. La garde nationale va donner une bonne leçon à Guizot, le roi à l'oreille fine, il entendra raison et cédera à temps.“ Auch der König glaubte sich sicher, bis er plötzlich den Kopf verlor und die Julimonarchie vor einer Bewegung zusammenbrach, welche in England kaum ein leises Kräuseln auf der Oberfläche der Fluten hervorgerufen hätte. Allerdings war es nicht die Nation, welche das Königtum stürzte, aber die große Mehrheit derselben ließ es ohne Bedauern fallen.

VI. Rußland und das zweite Kaiserreich.

Der Februarrevolution sah der Czar passiv zu, er erblickte in ihr die gerechte Bestrafung des „vieux hypocrite“, wie er Louis Philipp nannte, und in richtigem Instinkt haßte er den Liberalismus mehr als die republikanische Anarchie, welche zur Diktatur führen muß. So zollte er dem Staatsstreich Louis Napoleons*) warmen Beifall, aber er wollte die Sache der Legitimität darum nicht aufgeben. Gegen den portugiesischen Gesandten, Baron Païva, der von Paris nach Petersburg versetzt war, äußerte er bei dessen Empfang (22. Dezember 1851): „Tous mes voeux sont pour lui et le succès de son entreprise, seulement qu'il soit bien sage. Qu'il se fasse nommer Président, je consens même pour dix ans — pour la vie — rien de mieux. Mais pour Dieu, qu'il ne songe pas à se faire proclamer Empereur. Ceci avec les traités qui existent, avec les engagements qui ont été pris, pourrait donner lieu à de graves embarras.“ Er wies deshalb den Vorschlag des Fürsten Schwarzenberg, Napoleon, der doch schon das pouvoir suprême inne habe, von dem die Verträge von 1815 die Bonapartes ausschlossen, eventuell als Kaiser anzuerkennen, weil derselbe eine Stütze der Reaktion sein müsse, als niedrig und feig zurück, erklärte aber dabei, er glaube nicht, daß der Präsident nach dem Kaisertitel strebe, der den Frieden Europas bedrohen werde. Die Maßregeln, welche rasch den Weg zum Empire bahnten, machten ihn allerdings stutzig, am 19. Januar 1852 ließ er den französischen Gesandten General Castelbajac zu sich kommen, setzte ihm

*) Vergl. Der Staatsstreich vom 2. Dezember 1852 und seine Rückwirkung auf Europa. Leipzig 1870.

seine Gründe gegen die Annahme der Kaiserwürde auseinander und ersuchte ihn, diese der Aufmerksamkeit des Präsidenten zu empfehlen; auf die Notifikation desselben, die ihm durch das Plebiszit übertragenen außerordentlichen Gewalten betreffend, antwortete der Kaiser freundlich, aber die Aufrechthaltung der Verträge betonend, und beauftragte schließlich seinen Gesandten in Paris, Herrn von Kisselew, in der zweiten Hälfte Februar, dem Präsidenten vorzustellen, daß die Proklamierung des Kaiserreichs den Frieden gefährden müsse, die französische Armee würde dadurch an frühere Traditionen erinnert und nicht mehr zu zügeln sein, Napoleon aber würde, wenn er auf diese Weise zum Kriege gedrängt werde, ganz Europa gegen sich vereinigt finden. Der Präsident wies diese Befürchtungen als unbegründet zurück, ließ sich aber auf keine der gewünschten Zusagen ein. Ihm waren diese Einwendungen des Czaren um so unangenehmer, als er an sich große Neigung zu einem russischem Bündnis hatte und dies auch Kisselew deutlich hatte merken lassen, aber doch um der erwähnten Legitimitätsskrupel willen nicht auf sein Ziel verzichten wollte. Castelbajac wurde beauftragt, darzulegen, daß die Herstellung der Monarchie nötig für die Aufrechthaltung der allgemeinen Ordnung sei und daß es für die übrigen Mächte nur wünschenswert sein könne, wenn die französische Regierung sich auf deren eigenen monarchischen Grundsätzen auferbaue. Graf Nesselrode erwiderte in einer ausführlichen Depesche vom November 1852 an Kisselew, daß das neue Kaiserreich in keiner Weise auf derselben Grundlage ruhe, wie die Souveränität der andern Mächte, welche erbliche Monarchien seien, während die neue französische Regierung durch Volksabstimmung begründet sei. Als Napoleon nun doch die kaiserliche Würde herstellte, nahm Nikolaus den seltsamen Vorschlag des preußischen Gesandten in Petersburg, Herrn von Rochow, an, der keineswegs von dessen eigener Regierung gebilligt ward, und dahin ging, das Kaiserreich anzuerkennen, aber mit Ausschluß der Ziffer III., da Napoleon II. nie regiert habe, und dem neuen Herrscher die Anrede „Monsieur mon frère“ zu weigern, dagegen ihn wie den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu nennen „Großer und guter Freund“. So waren Rußland und Frankreich sich wieder entfremdet.

Nikolaus I. stand damals auf der Höhe seiner Macht, er hatte den ungarischen Aufstand niedergeschlagen, Preußens Macht gedemütigt, die dänische Gesamtmonarchie gesichert; so glaubte er die Zeit gekommen, sich mit England, mit dem er noch allein rechnete, durch seine bekannten Eröffnungen an Sir Hamilton Seymour über die Erbschaft des kranken Mannes zu verständigen. Anknüpfend an die bei seinem Besuche in London von 1845 ausgesprochenen Überzeugung von dem unabwendbaren Zusammenbruch der Türkei, sagte der Czar dem englischen Gesandten, so sehr ihm die verlängerte Existenz des Kranken am Herzen liege, so könne er doch plötzlich sterben (nous rester sur les bras), für diesen Fall dürfe man nicht unvorbereitet sein; Serbien könne ein unabhängiger Staat unter seinem Schutz werden, wie die Donaufürstentümer seien, auch Bulgarien; was Ägypten betreffe, so habe er nichts dagegen, daß England bei einer Teilung es ebenso wie Candia nehme; im übrigen aber handle es sich hauptsächlich darum, festzustellen, was in diesem Falle nicht gestattet werden dürfe. Er wolle sich verpflichten, niemals dauernd Konstantinopel zu besetzen, werde aber auch weder dulden, daß England oder Frankreich es nähmen, noch daß man einen Versuch zum Wiederaufbau des byzantinischen Reiches oder einer solchen Ausdehnung Griechenlands, die es zu einem mächtigen Staat erheben würde, mache; noch weniger wolle er erlauben die Zerstücklung der Türkei in kleine Republiken, Asyle für die Kossuth, Mazzini und andere Revolutionäre Europas.

Es ist bekannt, mit welcher Loyalität und Geschicklichkeit Seymour diesem Versuch, das Ende des Kranken herbeizuführen, begegnete; der entscheidende Fehler des Kaisers aber war, daß er Frankreich nicht nur vernachlässigte, sondern seinen neuen Herrscher verletzte, indem er denselben bei seinen Plänen vollständig ignorierte. Und doch lag es auf der Hand, daß Napoleon III. nach Unterdrückung der Freiheit im Innern auf die auswärtige Politik hingewiesen war; schon 1850 hatte er den französischen Gesandten in Konstantinopel, General Aupick, beauftragt, die Wiederherstellung der alten Privilegien der lateinischen Kirche, welche in der Kapitulation von 1740 Frankreich zugesichert waren, zu fordern. Dies kam praktisch auf eine Vernichtung der Privi-

legien hinaus, welche die griechische Kirche lange unter der stillschweigenden Zulassung Frankreichs genossen. Unmittelbar nach dem Staatsstreich ward Lavalette, welcher Aupick gefolgt war, beauftragt (Dez. 1851), mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drohen, wenn nicht die französischen Forderungen bis Anfang Februar einfach angenommen seien. Es gelang ihm, von der Pforte eine Note zu erpressen, welche die Wiederherstellung der lateinischen Privilegien zusagte und folglich die griechischen verletzte. Dabei hatte Napoleon noch keineswegs den Plan, mit Rußland zu brechen; er wollte nur den Einfluß Frankreichs heben und die Unterstützung des Klerus gewinnen, indem er, wie Drouin de Lhuys sich in einer Depesche ausdrückte, „die katholische Religion aus einem Zustande der Unterwürfigkeit befreie, der ihrer und Frankreichs gleich unwürdig sei". Nachdem er seinen Willen durchgesetzt, trat er dem Vorschlag Lord Stratfords: die lateinische und griechische Kirche auf gleichen Fuß zu stellen, ohne Zögern bei. Ja, er bemühte sich noch Ende 1852 auf das lebhafteste, durch den russischen Gesandten Kisseleff zu einer Allianz mit Rußland zu gelangen;*) erst als er vom Kaiser Nikolaus zurückgewiesen war und dieser durch die Sendung Mentschikoffs Europa herausgefordert hatte, reifte sein Entschluß, die orientalische Frage zum Ausgangspunkt seiner Politik zu machen, die vor allem darauf abzielte, die Koalition der drei nordischen Höfe zu sprengen und sich die Allianz mit England zu sichern. Diesen Plan verfolgte Napoleon mit ebenso viel Energie als Vorsicht. Da ihm vor allem daran lag, seine Dynastie durch eine große Aktion zu begründen, nahm er eine Stellung, welche den Interessen Englands im Orient entsprach, und konnte eben deshalb dasselbe von einem Schritt zum andern drängen, von der Sendung der französischen Flotte nach Salamis bei Mentschikoffs Mission bis zum Bruch, den der Parvenu dem Ritter der Legitimität in seinem etwas theatralischen Briefe vom 29. Januar 1854 anzukündigen unternahm. Zu spät erkannte Nikolaus seinen

*) Russisches Archiv vom April 1871, wo Davidoff dies nach Kisseleffs mündlicher Mitteilung erzählt.

Fehler*) und suchte Napoleon durch Anerbietungen zu gewinnen**) trotz aller Abneigung Aberdeens und Gladstones gegen den Krieg trieb die englische Regierung in denselben. Wir haben dessen Wechselfälle hier nicht zu verfolgen; Napoleon erreichte seinen Zweck vollkommen; während die französischen Waffen siegreich waren, vermochte Nikolaus' stolzes Herz nicht, seine Niederlage zu überleben.

Die russischen Staatsmänner erkannten den Fehler, den der verstorbene Herrscher begangen, indem er Napoleon als quantité négligeable behandelt, sie waren sich darüber klar, daß derselbe den Krieg nur für persönlich-dynastische Zwecke geführt, und boten daher, nachdem mit dem Falle von Sebastopol die französische gloire befriedigt war, alles auf, um im Einvernehmen mit dem Kaiser, von dem damals alles abhing, zu einem leidlichen Frieden zu kommen. Napoleon, der seine Vorschläge, dem Kriege durch die Hineinziehung der polnischen Frage eine breitere Basis zu geben, von Lord Palmerston abgewiesen sah, wünschte seinerseits den Frieden, und so begannen in der Stille Verhandlungen zu dem Zwecke mit Österreich und dem sächsischen Gesandten in Paris, Baron Seebach, einem Schwiegersohn Nesselrodes.***) England beschwerte sich hierüber, nahm aber schließlich die etwas verschärften Grundlagen an, in der Hoffnung, daß Rußland sie ablehnen würde. Indes dasselbe war erschöpft und bequemte sich nach einigem Zögern, dem von Österreich als Ultimatum überreichten Memorandum als Friedensbasis zuzustimmen. Beim Pariser Kongreß schmeichelten die russischen Bevollmächtigten Napoleon

---

*) Er beklagte selbst, von seiner Diplomatie, welche ihm nicht die Wahrheit zu sagen wagte, schlecht unterrichtet zu sein; aber auch Unbeteiligte irrten sich. Guizot sprach noch im Januar 1854 von Leuten „qui ont le bêtise de croire à une alliance anglo-française“.

**) Bismarck schreibt am 9. Juli 1853, er erfahre aus guter Quelle, Baron Brunnow sei incognito in Paris gewesen und habe sehr weitgehende Anerbietungen gemacht, um Frankreich von dem Bündnis mit England abzuziehen. Napoleon aber habe geantwortet, daß er lieber mit England gehe, sobald er von dessen Aufrichtigkeit überzeugt sei: seit einigen Wochen sei er dies. (Briefwechsel mit Gerlach, 1893, S. 94.)

***) Vergleiche für das Nähere meine Schrift: „Zur Geschichte des Orientalischen Krieges 1853—56. Berlin 1881.“

in jeder Weise, und er suchte die Bedingungen zu mildern, so viel es möglich war, ohne mit England zu brechen. Der Kongreß endete mit sehr herzlichen Beziehungen beider Mächte, während die zu Österreich beiderseits sich in einem sehr gespannten Zustande befanden.

Alles schien sich jetzt günstig für ein Einverständnis der zwei Kaiserreiche anzulassen, in den letzten Tagen September 1856 trafen die beiden Souveräne in Stuttgart zusammen und bestätigten die von Walewski und Gortschakow vorbereitete Verabredung, wonach keine der beiden Regierungen etwas unternehmen solle, ohne die andre vorher zu Rate zu ziehen, und eine die andre in jeder Eventualität diplomatisch unterstützen solle. In der That war Rußland bei der Einleitung zu dem italienischen Kriege, den es schon aus Haß gegen Österreich begünstigte, Frankreich sehr nützlich, indem Gortschakow die Bemühungen Englands und Preußens, den Frieden zu erhalten, mit dem Vorschlag eines allgemeinen Kongresses kreuzte, der alles in Verwirrung brachte; ebenso anerkannte Rußland zuerst die Abtretung Savoyens und Nizzas. Aber dies Einverständnis sollte nicht lange dauern. Im Dezember 1862 brach in Warschau ein Aufstand aus, der sich in den nächsten Monaten über ganz Polen verbreitete und die russische Regierung vollständig unvorbereitet traf.*) Frankreich, England und Österreich hielten diesen Umstand für geeignet, zu gunsten der Polen zu intervenieren, und die Herstellung der bis 1832 bestandenen Verfassung als Unterzeichner der Wiener Kongreßakte zu verlangen. Es ist schwer begreiflich, wie die drei Regierungen glauben konnten, daß eine solche Einmischung Aussicht auf Erfolg biete, wenn sie nicht entschlossen waren, ihren Worten eventuell mit den Waffen Nachdruck zu geben. Rußlands neuere Geschichte war, wie Pozzo di Borgo in einer Denkschrift von 1815 bemerkte, wesentlich auf die Zerstörung der Unabhängigkeit Polens gerichtet gewesen, der Versuch Alexanders I., dasselbe durch eine weitgehende Autonomie zu versöhnen, hatte zu dem Aufstande von 1831 geführt, dessen Rußland nur mit dem Auf-

*) Vergleiche über die Geschichte desselben die höchst interessanten Aufsätze in der Deutschen Revue 1892. Oktober—Dezember. „Die polnische Revolution von 1863.“

gebot aller Kräfte Herr ward. Nikolaus hob die von seinem Bruder gegebene Verfassung als durch die Revolution verwirkt auf, ohne sich an die schüchternen Einreden Englands und Frankreichs zu kehren; Alexander II. suchte nach dem eisernen Regiment seines Vaters die Polen durch administrative Zugeständnisse zu versöhnen und stellte ihren bedeutendsten Staatsmann Wielopolski an die Spitze, die Antwort war der Aufstand von 1862—63. Wie konnte man nun glauben, daß die russische Regierung nach solchen Erfahrungen durch eine diplomatische Intervention sich veranlaßt sehen sollte, die Verfassung Alexanders I. herzustellen? Nur Politiker von so engem Gesichtskreis wie Graf Rechberg, der keine Gelegenheit vorübergehen lassen wollte, um seiner Rankünе gegen Rußland wegen dessen Haltung in der italienischen Frage zu genügen, oder von dem Ungeschick, das der gute Lord Russell in allen auswärtigen Angelegenheiten mit seinem meddle and muddle bewährte, konnten dies glauben, und wenn auch Napoleon III. diesen Fehler beging, so zeigt das, daß seine früheren Verbindungen mit den polnischen Revolutionären noch starken Einfluß auf ihn ausübten; war er doch selbst 1832 wenige Tage erwählter König von Polen gewesen! Der Erfolg des aussichtslosen Schrittes war vorauszusehen, Gortschakow hielt, so lange der Aufstand währte, die drei Mächte mit Verhandlungen hin, aber sobald derselbe niedergeworfen war, bedeutete er sie, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu mischen hätten. Darauf erklärte Lord Russell in einer Rede zu Blairgowrie, er habe nie daran gedacht, für Polen Krieg zu machen, Österreich zog sich zurück, der Hauptanteil des Mißerfolgs aber fiel auf Napoleon; man glaubte damals, er könnte dies nicht ruhig hinnehmen, aber König Leopold I. behielt Recht, als er mir bereits Anfang Juli 1863 sagte, dem Kaiser bleibe nichts übrig als sich in das Unvermeidliche zu finden. Der von Gortschakow, um demselben eine goldene Brücke zum Rückzug zu bauen, mittelbar erteilte Rat, einen allgemeinen Kongreß zur Lösung aller schwebenden Fragen einzuladen, war kaum ein Ausweg zu nennen, Lord Russell that den übrigen Mächten den Gefallen, den Vorschlag kurzer Hand abzuweisen und das einzige Ergebnis dieses mißglückten Feldzugs war, daß Rußland und

Frankreich aufs neue hoffnungslos entfremdet waren. Diese Auffassung fand im folgenden Jahre (1864) einen sehr bezeichnenden Ausdruck in einer dem Kaiser Alexander unter dem Titel Politique du présent vorgelegten geheimen Denkschrift, betreffend die auswärtigen Beziehungen Rußlands.*)

„Ein Unstern waltet über unsern Beziehungen zu Frankreich. Unter Ludwig XIV. und Ludwig XV. behauptete es uns gegenüber eine mißachtende und uns übersehende Haltung; unter der Republik trat es uns geradezu feindlich entgegen. Obgleich die Entfernungen, welche uns von jenem Lande trennen, unermeßlich sind, obgleich die Natur uns zu Verbündeten bestimmt zu haben scheint, und obgleich Napoleons I. Ausspruch: ‚Wenn es zu einem Zusammenstoß zwischen uns kommen sollte, würden wir Schwierigkeit haben uns zu treffen‘ — richtig war, hat uns dennoch Frankreich wiederholt mit Krieg überzogen, und die Versuche, ein französisch-russisches Bündnis zu begründen, sind regelmäßig mißglückt; Tilsit und Erfurt sind Episoden geblieben, die in Strömen von Blut untergingen. Die Bestrebungen, unter Ludwig XVIII. und Karl X. zu einer Annäherung zu kommen, sind unfruchtbar geblieben. Sie gründeten sich auf monarchisch-konservative Grundsätze und wurden abgeschnitten durch die folgende Regierung von 1830, welche liberalen Grundsätzen huldigte. Nach dem Krimkrieg schienen die Umstände eine ernste Verständigung beider Länder zu begünstigen, welche im Grunde mehr durch beiderseitige Fehler als durch wirkliche Interessen getrennt waren. Und doch war das Ergebnis nur, daß ein neuer Kampf hinausgeschoben war. Die Folgen dieser Entwickelung können nicht zweifelhaft sein. Eben weil die Versuche, zu einem Einverständnis zu kommen, sehr ernstlich gemeint waren, zeigen sie, daß die politischen Richtungen beider Länder durchaus unvereinbar sind. Polen gab nur den Anlaß, diese Abweichung aufzudecken, die viel tiefer begründet ist. Der wahre Grund besteht in dem fortwährenden Bedürfnis des französischen Volks nach heftigen Umwälzungen (besoin de bouleversements violents), während die russische Nation vor allen Dingen nach Ruhe strebt.

---

*) Von Nikolaus I. bis Alexander III., S. 219. Leipzig 1887.

Wir würden zu einem Einverständnis mit Frankreich wahrscheinlich nur dann gelangen, wenn wir das Bedürfnis fühlen sollten, Europa von unterst zu oberst zu kehren, und auch dann würde dies voraussichtlich auf unsre Kosten geschehen.“ Man kann die Summe für die Beziehungen beider Länder für die Vergangenheit schwerlich treffender ziehen.

Die unglückliche Intervention der drei Mächte in der polnischen Angelegenheit ward der Ausgangspunkt von Bismarcks Erfolgen. Es ist bekannt und noch kürzlich durch seinen Briefwechsel mit General v. Gerlach gezeigt, wie rasch er als Bundestagsgesandter von seiner Vorliebe für Österreich zurückkam; während des Krimkrieges ging sein eifriges Bestreben dahin, Preußen in der Neutralität zu halten und nicht für englische oder österreichische Zwecke brauchen zu lassen, dabei sich aber Frankreich gegenüber, dessen Herrscher den Kampf für dynastische Zwecke unternommen, nicht zu verfeinden. Er trat der Ansicht Gerlachs, daß der Bonapartismus nur die gekrönte Revolution sei und Preußen stets ein Gegner Frankreichs sein müsse in einem höchst bemerkenswerten Briefe vom 30. Mai 1857 an der Hand der Geschichte entgegen, der zeigt, wie vollkommen er schon damals mit der legitimistischen Gefühlspolitik gebrochen, knüpfte bei wiederholten Besuchen in Paris mit dem Kaiser an und befürwortete sogar eine Einladung desselben nach Berlin, die Österreich und den Mittelstaaten eine heilsame Furcht einflößen werde. Dieselbe Politik verfolgte er als Gesandter in Petersburg, wo er sich dem Eintreten Preußens für Österreich im italienischen Kriege auf das äußerste widersetzte und noch entschiedener, als er 1862 leitender Minister geworden. Für die Einigung Deutschlands war ein russisch-französisches Bündnis offenbar die größte Gefahr; der preußische Minister kannte Rußland zu genau, um an ein Resultat der Einmischung in die polnische Frage zu glauben, aber er lehnte es nicht nur ab, sich daran zu beteiligen, sondern griff zu gunsten Rußlands ein, indem er in dem Augenblick, wo man in Petersburg den Kopf verloren hatte, die Hand zu einer Konvention bot, welche die Unterdrückung des Aufstandes erleichterte. Ein Jahr darauf war die ganze europäische Konstellation zu gunsten Preußens

verändert, nicht nur war jede Aussicht auf ein russisch-französisches Einvernehmen verschwunden, sondern auch die drei intervenierenden Mächte, von denen jede der andern die Schuld des Mißerfolgs zuschob, waren untereinander entfremdet, speziell hatte England Frankreich durch Russells barsche Ablehnung des Kongresses verletzt. Den Vorteil erntete allein Bismarck, Napoleon anerkannte, daß derselbe ihn wenigstens nicht getäuscht und richtig gesehen, Österreich kam, nachdem es durch den mißlungenen Frankfurter Fürstentag darüber belehrt war, daß Preußen sich nicht überrennen ließ, auf die Allianz mit demselben zurück. Rußland aber hatte er durch sein rechtzeitiges Einspringen, wofür er ruhig die Unpopularität des Augenblicks auf sich nahm, tief verpflichtet, und dies ward bei einem Herrscher, bei dem die Gefühlspolitik eine so große Rolle spielte wie Alexander II., im dänischen Kriege von entscheidender Bedeutung. Niemals hätte Nikolaus I. die Zerreißung der mühsam zu stande gebrachten dänischen Gesamtmonarchie und das Vordringen Preußens nach Kiel geduldet. Dies aber ward Bismarcks leitender Gedanke in der dänisch-deutschen Verwicklung. Allerdings hat er auch in Bezug auf diese mannigfache Wandlungen durchgemacht. Noch am 12. März 1857 schrieb er an Gerlach: „Meine eigene Ansicht ist die: Dänemarks Erhaltung liegt in unserem Interesse, denn alles, was an seine Stelle treten könnte, ist für uns nachteiliger; mag, wenn der Staat zerfiele, aus den Herzogtümern werden was da will, der mächtigere Teil des Staates, der dänische mit dem Sund, würde dann immer in stärkere Hände geraten, als die des jetzigen Dänemarks sind, er würde von England, Schweden oder Rußland in irgend einer Form abhängig werden.“ Allerdings setzt er hinzu: „Mit der jetzigen Gesamtverfassung, der national fanatisierten und demokratischen Mehrheit im Reichstage, aber wird Dänemark so ungesund im Leibe, daß es die nächste europäische Krisis nicht überdauert.“ Als aber die Krisis in Dänemark selbst durch den Tod Friedrichs VII. eintrat, ging er nur zögernd vor, sein gemeinsames Einschreiten mit Österreich war ein Akt kluger Politik, um eine europäische Koalition zu hindern, er rechtfertigte es den andern Mächten gegenüber damit, daß es notwendig sei,

die Revolution in den Herzogtümern niederzuschlagen.*) Auf der Londoner Konferenz trat er zwar dem Antrage Österreichs und des Bundes bei „la réunion des Duchés de Slesvig et de Holstein en un seul État sous la souveraineté du prince héréditaire d'Augustenbourg, qui peut non seulement faire valoir, aux yeux de l'Allemagne, le plus de droits à la succession dans les dits duchés, et dont la reconnaissance par la Diète Germanique est assurée en conséquence, mais qui réunit aussi les suffrages indubitables de l'immense majorité des populations de ces pays",**) aber nachdem die Konferenz resultatlos verlaufen, und Dänemark die Abtretung der Herzogtümer hatte zugestehen müssen, fand der preußische Minister, daß, da in dem Großherzog von Oldenburg, dem Rußland seine Ansprüche abgetreten, ein neuer Kandidat erstanden war, die zweifelhafte Frage der Erbfolge den Kronsyndikern zu unterbreiten sei. Thatsächlich hatte er schon damals die Einverleibung der Herzogtümer ins Auge gefaßt, nachdem der Versuch einer direkten Verständigung mit Österreich hierüber fehlgeschlagen war, traf er seine Vorbereitungen die Herzogtümer gegen den Willen Österreichs durch Krieg zu nehmen. Im Juli 1865, nachdem der Gegensatz zu Österreich sich zugespitzt hatte, erklärte Bismarck Herrn v. d. Pfordten, Preußen suche bei dem bevorstehenden Duell mit Österreich nur seine norddeutsche Stellung zu sichern, denke nicht daran, die Mainlinie zu überschreiten und wolle Bayern den natürlichen Erben der süddeutschen Stellung Österreichs werden lassen."***) Endlich 1866 sandte er, vierzehn Tage vor Ausbruch des Krieges, einen Sachsen, den damals in Berlin weilenden Bruder des österreichischen Generals von Gabelenz nach Wien, um dem Kaiser auf Grundlage des Dualismus Friedensvorschläge mit gemein=

---

*) Der englische Gesandte Buchanan schrieb am 28. November 1863: Herr v. Bismarck sage ihm, daß die Bundesexekution in einem gewissen Grade eine mittelbare Anerkennung des Königs Christian IX. als Herzog von Holstein seitens des Bundestages sei und daß die Aufregung in Deutschland die ungesäumte Exekution fordere.

**) Konferenzprotokoll vom 28. Mai. Staatsarchiv VII, Seite 23.

***) Busch, Unser Reichskanzler Seite 406.

schaftlicher Wendung gegen Frankreich zu machen und das Elsaß zu erobern. Wenn dieses den Deutschen als Morgengabe gebracht werde, würden sie sich den Dualismus gefallen lassen, der ja uralt in Deutschland sei, wie Ingävonen und Istävonen, Welfen und Ghibellinen, Hoch- und Plattdeutsche bewiesen. Österreich sollte im Süden gebieten, Preußen im Norden Bundesfeldherr sein.*) Glücklicherweise ging Österreich, Preußens militärische Kräfte ebenso unterschätzend wie Frankreich und Bayern, auf diese Halbierung Deutschlands nicht ein, aber noch nach dem siegreichen Feldzug sandte Bismarck den Baron Herring nach Wien mit Vorschlägen, die einen norddeutschen Bund unter preußischer, einen süddeutschen unter österreichischer Führung bezweckten. Zögerungen in Wien beraubten Österreich nochmals der Möglichkeit, sich die Suprematie in Süddeutschland zu sichern und das nervöse Ungeschick der napoleonischen Diplomatie that das übrige, die besiegten süddeutschen Staaten in Preußens Arme zu treiben. Der alle Erwartungen übersteigende Erfolg des böhmischen Feldzuges war allerdings auch Gortschakow sehr unangenehm, nach Königgrätz erklärte der russische Gesandte in Berlin, Herr von Oubril, daß seine Regierung alle in Deutschland beabsichtigten Veränderungen als „nuls et non avenus“ — betrachte, solange sie nicht durch einen europäischen Kongreß sanktioniert seien. Ganz anders aber mußte der unerhörte Siegeslauf Preußens Napoleon III. treffen, dessen Berechnungen dadurch vollständig über den Haufen geworfen wurden. Er hatte Dänemark seinem Schicksal überlassen in der Voraussicht, daß die Sieger über die Beute in Streit kommen würden und in der Hoffnung dadurch sein unvollendet gebliebenes Werk „l'Italie libre jusqu' à l'Adriatique“ zum Ziele zu führen. Nach den Erfahrungen von 1859 hielt er Preußen und Italien zusammen Österreich kaum gewachsen und drängte in der Stille letzteres, das nach dem Vorgang des Gasteiner Vertrags ersterem mißtraute, nicht zu viel Schwierigkeiten beim Abschluß der

*) ibid. Seite 422. Die Darstellungen Buchers „Genesis des dänischen Krieges“ und „Genesis des deutschen Krieges“ (Kleine Schriften Seite 86 und 98 ff.) sind lediglich offiziöse Darstellungen ohne innere Bedeutung.

Allianz zu machen. Bismarck aber, der den Irrtum des Kaisers über Preußens militärische Schwäche durchschaute, hütete sich wohl, demselben seine Illusionen zu nehmen und entwickelte ihm auf Spaziergängen in Biaritz Pläne für die Revision der Karte Europas, welche Napoleon, der sich auf Mérimées Arm stützte, diesem zuflüstern ließen „il est fou.“ *) Als der Ministerpräsident sich verabschiedet, äußerte der Kaiser zu Cousin: „C'est un brave homme, seulement il ne connait pas l'Allemagne, moi je la connais, étant élévé à Augsbourg.“ **) In der That hatte der Neffe im Gegensatz zu seinem Onkel eine Vorliebe für Preußen und sprach oft von seiner „situation géographique mal limitée“, die, wie er noch unmittelbar vor Ausbruch des Krieges in seinem Briefe an Drouin de Lhuys vom 11. Juni 1866 wiederholte, eine bessere Abrundung (homogénéité) verlange, aber daneben wollte er freilich eine kräftigere Organisation, ein engeres Aneinanderschließen der Staaten zweiten Ranges und für Österreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland, — Dinge, die doch schwer vereinbar waren. Er selbst wies den Gedanken an Gebietsvergrößerung zurück, so lange nicht das Gleichgewicht Europas gebrochen, die Karte Europas zum ausschließlichen Vorteil einer Großmacht verändert werde oder Grenzgebiete durch ihren frei ausgedrückten Wunsch ihre Einverleibung in Frankreich forderten. Dies ganze Programm fiel nach Königsgrätz wie ein Kartenhaus zusammen, allerdings konnte Preußen seine Intervention nicht zurückweisen, aber da dieselbe keinen militärischen Rückhalt hatte, weil Frankreich nicht kriegsbereit war, wußte Bismarcks und Goltz's diplomatische Überlegenheit ihm ein Zugeständnis nach dem andern aus der

*) Klaczko: Deux chanceliers. Paris 1876, p. 232.

**) Das war zu Anfang der zwanziger Jahre! Thatsächlich zeigte der Kaiser die größte Unkenntnis deutscher Verhältnisse, selbst der geographischen. Dem Obersten von Cohausen, den der König von Preußen nach Paris gesandt, um ihm bei seiner Geschichte der Feldzüge Cäsars an der Mosel als Kenner behilflich zu sein, bemerkte er kurz vor Beginn des Krieges: „Mais comment les deux puissances viendront-elles aux prises?“ und erwiderte auf dessen verwunderte Frage, was er damit meine? „il y a donc le Riesengebirge entre elles“; er hielt diese Bergkette für eine unübersteigliche Mauer.

Hand zu winden und die Präliminarien von Nicolsburg zu sichern. So konnte der preußische Ministerpräsident den Zumutungen Benedettis auf Gebietsabtretungen fest entgegen treten, durch die Napoleon sich für seine große diplomatische Niederlage zu decken hoffte, während er mit beiden Händen den russischen Vorschlag eines Kongresses als einzigen Ausweg aus seinen Verlegenheiten hätte ergreifen müssen. Im letzten Augenblick der Verzweiflung ließ er sich die Zustimmung zu dem Attentat auf Belgien entreißen, das er vor 1866 selbst im Ministerrat un acte de brigandage genannt,*) aber auch hier zog er bei der dilatorischen Behandlung Bismarcks den kürzeren, denn sobald letzterer durch die unglaubliche Unvorsichtigkeit Benedettis im Besitz von dessen eigenhändigem Vertragsentwurf für die Annexion Belgiens war und andrerseits der Prager Friede am 26. August gezeichnet war, sandte er General von Manteuffel nach Petersburg, um dort zu zeigen, was man von Frankreich zu erwarten habe, und zugleich anzudeuten, daß der voraussichtlich unvermeidliche Krieg Deutschlands mit seinem westlichen Nachbarn Rußland Gelegenheit geben würde, die verhaßte Klausel der Neutralisierung des Schwarzen Meeres durch Artikel 11 des Pariser Vertrages abzuschütteln. Kaiser Alexander und Gortschakow verstanden, überließen die entthronten deutschen Fürsten ihrem Schicksal, und als Oubril nach seinem Urlaub zurückkehrte, war seine Sprache vom schroffen Widerstand zur Annahme der vollzogenen Thatsachen umgewandelt. Schließlich mußte man in Paris durch das Zirkular Lavalettes vom 16. September gute Miene zum bösen Spiel machen, indem behauptet wurde, alles stehe aufs beste, eine unwiderstehliche Macht dränge die Völker, sich zu „grandes agglomérations“ zu vereinigen und die kleineren Staaten verschwinden zu machen, die heilige Allianz sei zerstört, das vergrößerte Preußen, fortan frei von jeder Solidarität, sichere die Unabhängigkeit Deutschlands, das neue Prinzip, welches Europa regiere, sei die Freiheit der Bündnisse. Aber alle diese Phrasen konnten nicht über die Größe der Niederlage der kaiserlichen Politik täuschen, die ge-

*) Klaczko, ibid. p. 226.

rühmte Freiheit der Bündnisse bestand eben nicht, das erfuhr Napoleon, als er zu spät versuchte, mit Rußland eine Separatverständigung einzuleiten, er fand, daß Preußen ihm zuvorgekommen, und traurig schrieb Benedetti: „On s'est pourvu ailleurs“, die Freundschaft Rußlands und Preußens war neu besiegelt. Die Luxemburger Verwicklung wurde durch einen Kompromiß beigelegt, der aber thatsächlich doch eine Niederlage Frankreichs war, da der Kaiser sicher darauf gerechnet, durch die Gewinnung des Großherzogtums die über seine Politik herrschende Mißstimmung der öffentlichen Meinung zu beschwichtigen; die Vermählung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern gab Belgien eine neue Gewähr seiner Selbständigkeit. Alle Versuche Napoleons, den Kaiser Alexander zu gewinnen, indem er in der griechischen Differenz mit der Pforte eine Haltung annahm, welche Rußlands Wünschen zu entsprechen schien, ja sogar dem nach Paris gekommenen Sultan die Abtretung Kandias zumutete, scheiterten und als er den Czaren zum Besuch der Ausstellung einlud, kam derselbe in Begleitung des Königs von Preußen. Das „Vive la Pologne Monsieur“, mit dem Floquet ihn im Justizpalast begrüßte, und das Attentat Berezowskis im Boulogner Gehölz ließen einen unauslöschlich bittern Eindruck bei ihm zurück, der seine Frucht 1870/71 trug. Man kann nicht in Abrede stellen, daß in diesem Kriege die öffentliche Meinung Rußlands auf seiten Frankreichs war, aber der Kaiser stand fest zu seinem Oheim, „dem tüchtigen Kerl“, und feierte jeden deutschen Sieg; Thiers ward auf seiner Rundreise in Petersburg höflich aufgenommen, erreichte aber nichts. Rußland dagegen benutzte die Lage, wo Frankreich ohnmächtig war, der schwache Gladstone nicht handeln wollte und Österreich allein nicht handeln konnte, um die Demütigung der Neutralisierung des Schwarzen Meeres zu beseitigen. Beim Friedensschluß telegraphierte Kaiser Wilhelm seinem Neffen, daß seine Dankbarkeit für Rußlands Haltung nur mit seinem Leben enden werde, und ein späterer Besuch in Petersburg bestätigte diesen engen Bund.

VII. Der Krieg in Sicht.

Nach dem Frankfurter Frieden war es die Aufgabe der deutschen Staatskunst, das mit den Waffen Gewonnene durch eine vorschauende Politik zu sichern. Für diesen Zweck genügte Bismarck das intime Verhältnis mit Rußland nicht; nachdem er bereits im Dezember 1870 seinem alten Gegner Beust die Hand geboten, die eifrig ergriffen wurde, gelang es seiner Meisterschaft zwischen den tief entfremdeten Souveränen von Österreich und Rußland in der Berliner Begegnung vom September 1872 eine Annäherung zuwege zu bringen und so das Dreikaiserverhältnis herzustellen, dem gegenüber Frankreich allen Revanchegelüsten entsagen zu müssen schien. Um so befremdlicher war es, daß der Kanzler, nachdem sich diese Kombination mehrere Jahre bewährt, sein eigenes Werk durch einen diplomatisch-publizistischen Feldzug gefährdete, welcher weittragende und für Deutschland ungünstige Folgen auf die europäische Lage hatte. Über diese Episode sind freilich die irrtümlichsten Auffassungen verbreitet; während man französischerseits glaubte, durch Rußlands Intervention vor einem deutschen Angriff gerettet zu sein, hat der bekannte Pariser Korrespondent der Times, H. Blowitz, neuerlich einen Aufsatz veröffentlicht,*) in welchem er die Ansicht aufstellt, daß Graf Moltke und der Reichskanzler damals verschiedener Ansicht gewesen und letzterer „der gegen die Meinung des Generalstabschefs nicht aufzukommen fürchtete", dessen kriegerische Pläne durch eine kühne indirekte Taktik gekreuzt habe, indem er den französischen Botschafter in Berlin davon unterrichten ließ, so daß eigentlich die Franzosen ihm zu großem und unverjährbarem

*) Harpers New Monthly Magazine April 1893.

Dank verpflichtet seien. Aber wenn der Irrtum der französischen Diplomatie verzeihlich ist, da sie die Vorgänge hinter der Scene in Berlin nicht kannte,*) so ist die Erzählung des H. Blowitz nichts als eine Phantasie, die auf vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse beruht.

Allerdings sind Graf Moltke und der Kanzler mehrfach verschiedener Ansicht gewesen; der erstere befürwortete 1867 bei der obenerwähnten Luxemburger Frage den Krieg, unsrer Ansicht nach mit Recht, weil damals Frankreich noch viel unvorbereiteter war als 1870, namentlich noch keine Chassepots hatte, so daß Deutschland dasselbe ohne Zweifel mit sehr viel geringeren Opfern besiegt und Luxemburg behalten hätte. Graf Bismarck dagegen hielt es damals noch für möglich, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden**) und drang mit seiner Vermittlung durch den Londoner Neutralisierungsvertrag durch. Aber 1875, als es sich um die Kriegsfrage gegen Frankreich handelte, waren der Stratege und der Staatsmann vollkommen einig. Beide hatten erkannt, daß Frankreich 1871 viel zu leichten Kaufes fortgekommen war. Mehr Gebiet konnte Deutschland für sich freilich nicht erwerben, da Thiers, der einzige, der den Frieden in Frankreich durchsetzen konnte, es für ganz unmöglich erklärte, Metz und Belfort abzutreten, dagegen konnte man Nizza und Savoyen fordern, durch dessen Rückgewinnung Italien für uns der notgedrungene Bundesgenosse und der notwendige Feind Frankreichs geworden wäre. Vor allem aber hatte man die wirtschaftliche Kraft des letzteren unterschätzt; fünf Milliarden erschienen freilich damals als eine so ungeheure Summe, daß sehr viele Finanzmänner und Volkswirte die Zahlung derselben für schlechterdings unmöglich erklärten. Und doch hätte man sich erinnern sollen, daß die durchschnittlichen jährlichen Ersparnisse des französischen

*) Flourens, „The relations between France and Russia since 1871." New Review August 1889. Ein Aufsatz, der auch über das Verhältnis der beiden Mächte unter dem zweiten Kaiserreich viel Unrichtiges enthält.

**) Bismarcks Rundschreiben vom 29. Juli 1870: „Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten."

Volkes 2 Milliarden weit übersteigen. In der That erholte sich das so hart mitgenommene Land mit überraschender Elastizität, schon im September 1871 konnte es sich zu rascherer Zahlung der Kontribution gegen entsprechend frühere Räumung bereit erklären, die neuen schweren Steuern wurden leicht getragen, rastlos ward an der Herstellung der Armee gearbeitet, neue Milliarden für Rüstungen und den Freycinetschen Eisenbahnplan geliehen und dabei stieg der Kurs der französischen Rente fortwährend, während das Defizit zurückging. Sicher mußte dieser Stand der Dinge den Chef des Generalstabs wie den leitenden Staatsmann beunruhigen und ersterer wünschen, die Franzosen ihre Rüstungen nicht in Ruhe beenden zu lassen, um die neugewonnene Kraft gegen uns zu wenden. Auch Fürst Bismarck hatte in seinem Rundschreiben vom 16. Sept. 1870 die Überzeugung ausgesprochen, daß Frankreich jeden Frieden, den wir mit ihm schließen könnten, nur als einen Waffenstillstand betrachten werde, um bei günstiger Lage wieder über uns herzufallen.*) Aber für ihn als Staatsmann war die Aufgabe unendlich viel schwieriger als für den General, der das Seine gethan, indem er nach dem Kriege dem Heere den höchsten Grad von Schlagfertigkeit gegeben, so daß wir den Franzosen, die noch mitten in ihrer Neuorganisation steckten, immerhin unendlich überlegen waren. Der Kanzler dagegen mußte, da wir doch nicht einfach in Frankreich einmarschieren konnten, einen plausiblen Kriegsfall konstruieren, der sich den übrigen Mächten gegenüber wenigstens soweit vertreten ließ, daß er nicht zu fürchten hatte, Frankreich könne Bundesgenossen finden. Eben deshalb sandte er im Februar Herrn von Radowitz nach Petersburg, keineswegs, wie Herr Blowitz meint, „in einer Art akademischer Mission“, sondern um dem Fürsten Gortschakow vertraulich zu eröffnen, daß seiner Ansicht nach Frankreich einen Angriff auf Deutschland plane und letzteres sich in die Notwendigkeit versetzt sehen könne, demselben zuvorzukommen; in

*) „Frankreich wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen, und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso ruchlos und händelsüchtig wie in diesem Jahre wiederum angreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt.“

diesem Falle hoffe er, daß Rußland dieselbe wohlwollende Neutralität beobachten werde wie 1870, zumal es dann in der Lage sein werde, seine großen Projekte im Orient auszuführen.*) Es ist schwer zu begreifen wie der Kanzler an den Erfolg eines solchen Schrittes glauben konnte; der damalige Zustand der französischen Armee machte die behaupteten aggressiven Absichten gänzlich unwahrscheinlich, vielmehr war der Friede für Frankreich dringendes Bedürfnis,**) wollte er auf der andern Seite eine spätere Allianz Rußlands und Frankreichs unmöglich machen, indem er das letztere vernichtete, wie konnte er erwarten, daß Gortschakow seinem Vorschlage Gehör gebe, dessen Verwirklichung Rußland seines einzigen Verbündeten im Falle eines Konflikts mit Deutschland beraubt hätte, jedenfalls letzteres zum Herrn der Situation gemacht hätte, dem Rußland isoliert gegenüberstand? Endlich aber, was konnte er Rußland für die demselben zugemutete Rolle bieten, da im Falle des Krieges Deutschland doch nicht in der Lage gewesen wäre, eine russische Aktion im Orient zu hindern? Gortschakow antwortete denn auch trocken, daß er an die Frankreich zugeschriebenen Absichten in keiner Weise glauben könne, und was Rußland betreffe, „nos grands projets en Orient n'existent pas“, dasselbe wünsche vielmehr lediglich den Status quo zu erhalten.***)

---

*) Die von Flourens zitierte Äußerung aus einer Depesche Le Flôs vom 21. April lautet: „J am certain that overtures have been made in this direction and that the question has been posed with a trivial air, in course of conversation: What do you wish for? What claim do you make upon Turkey?“

**) Der Marschall Mac Mahon äußerte damals gegen einen auswärtigen Diplomaten: „Si on me marchait sur le pied, je dirais, pardon'.“

***) Fürst Bismarck hat in seinem Gespräch mit Dr. Hans Blum „die Beschuldigung, daß er 1875 den Krieg gewollt, für eine Verleumdung erklärt. Moltke allerdings soll den Krieg gewollt haben, und auch Herr von Radowitz, der die für einen Diplomaten sehr ungünstige Eigenschaft hatte, beim dritten Glase Wein seiner Zunge die Zügel schießen zu lassen.“ Warum aber wählte der Fürst denn gerade diesen kriegslustigen Diplomaten zu einer Mission nach Petersburg, wo derselbe ihn ja bei jener ihm zugeschriebenen Eigenschaft doch sehr leicht kompromittieren konnte? Und diese außerordentliche Sendung des Herrn von Radowitz, der längst nach Athen ernannt, noch monatelang in Berlin blieb, soll nur den Zweck ge-

Obwohl so Herr von Radowitz mit leeren Händen zurückkehrte, gab Fürst Bismarck seinen Plan nicht auf, die Botschafter wurden bei Gelegenheit des kaiserlichen Geburtstags nach Berlin entboten, um ihre entsprechenden Weisungen zu empfangen, vor allem aber wurde der Prozeß in der offiziösen Presse eingeleitet. Am 5. April erschien in der „Kölnischen Zeitung", die aus der erbittertsten Gegnerin des Kanzlers seine ergebenste Dienerin geworden und namentlich für auswärtige Fragen von ihm benutzt wurde, als Leitartikel ein Brief aus Wien „Neue Allianzen", in dem gesagt wurde, Frankreich sinne auf Krieg, wie die überhastete Vermehrung seiner Armee zeige, habe die Hoffnung auf Rußland aufgegeben und beabsichtige mit Österreich und Italien eine katholische Liga gegen das protestantische Deutschland zu bilden, weshalb eifrig an dem Sturz des Grafen Andrassy gearbeitet werde. Am 7. April brachte dasselbe Blatt eine genaue Analyse der am 3. Februar an Belgien gerichteten Note, in welcher die Änderung der Gesetze desselben gefordert wurde, die die Agitation seiner Bischöfe für die deutschen Ultramontanen erlaubten. Am 8. April veröffentlichte die „Post" den vielberufenen, vom Chef des Preßbureaus Dr. Konstantin Rößler verfaßten Artikel „Ist Krieg in Sicht?" der seine eigene Frage dahin beantwortete, daß einflußreiche Personen in Frankreich Krieg wünschten und deshalb auf eine österreichisch-italienische Allianz hofften. Am 11. April besprach die „Nordd. Allg. Ztg." diesen Artikel, fand, daß dessen Betrachtungen manches Wahre enthielten, wenn auch die Auffassung der Zukunft zu melancholisch sei und bemerkte selbst: „Was Frankreich betrifft, so tragen freilich die dort in

habt haben, sich zu verbitten, daß Gortschakow indiskrete Fragen auf Kosten des preußischen Staates telegraphiere? Zur Besorgung einer so einfachen Aufgabe sollte, wie wir denken, doch der in Abwesenheit des Prinzen Reuß fungierende Geschäftsträger genügt haben, ohne daß man sich die Unkosten einer Spezialmission zu machen brauchte. Freilich wird hinzugesetzt: „Außerdem sollte Herr von Radowitz dem Czaren die Freude des Königs und mein Empressement ausdrücken, den Kaiser Alexander im Mai in Berlin begrüßen zu dürfen." Dies scheint doch einigermaßen problematisch, da die Reise des Herrn von Radowitz im Februar stattfand, wo es noch nicht entfernt bestimmt war, daß Kaiser Alexander Ende Mai nach Ems gehen und auf der Durchreise Berlin berühren werde.

Bezug auf die Reorganisation der Armee teils bereits ausgeführten, teils beschlossenen Maßregeln einen beunruhigenden Charakter an sich. Es leuchtet ein, daß dieselben nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet sind, da auch das reichste Volk die dadurch auf das Land gewälzte Überlast nur kurze Zeit ertragen könnte, daß vielmehr damit Rüstungen ad hoc mit Konsequenz betrieben werden, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibt.“ Am 18. April gab dasselbe Blatt eine Reihe von Äußerungen der französischen Provinzialpresse wieder, welche die Revanche predigten, und am 20. brachten die „Preußischen Jahrbücher“ einen Artikel Wehrenpfennigs, der darin gipfelte, daß wir den Feind nicht ruhen lassen dürften, bis der Augenblick gekommen, wo er schlagen will, vielmehr ihm die Wahl zwischen Abrüstung oder Krieg stellen müßten.*)

Begreiflich erregte dieser offiziöse Preßfeldzug die allgemeinste Beunruhigung, aber dabei blieb es nicht; deutsche Diplomaten sprachen in derselben Weise, Herr von Radowitz soll dem französischen Botschafter geradezu gesagt haben, der Krieg sei für Deutschland unvermeidlich und vollkommen gerechtfertigt, der Kanzler selbst forderte den belgischen Gesandten auf, seiner Regierung zu raten, sich für den Fall eines französischen Angriffs in Verteidigungszustand zu setzen und erwiderte auf die Frage des Baron Nothomb; „Vous croyez donc la France capable d'un coup de tête?“ — „Pourquoi pas?**) Kurz, Anfang Mai stand die Sache so, wie Lord Derby in seiner späteren Rede am 31. sagte: „Expression was given to these sentiments

---

*) Fürst Bismarck sagte Blum, der Verfasser des „Krieg in Sicht“-Artikels, Dr. Konstantin Rößler, sei damals ein ganz einfacher Preß-Condottiere gewesen, eine Bezeichnung, die für dessen damalige Stellung jedenfalls ungewöhnlich ist, und behauptet, er habe den Artikel entschieden desavouieren lassen. Wir erlauben uns zu fragen, wo dies geschehen ist? und verweisen dagegen auf die oben beigebrachten Belege, daß die gesamte offiziöse Presse, die „Nordd. Allg. Ztg.“ voran, wochenlang kriegerische Artikel brachte und erklärte, man dürfe die gefährlichen Rüstungen Frankreichs nicht länger gewähren lassen. Ist es glaublich, daß bei der Organisation dieser Presse alle die in ihr beschäftigten Federn lediglich auf eigene Hand und unter unwillkürlich gemeinsamer Inspiration gearbeitet haben?

**) Nach der eigenen Erzählung Baron Nothomb's an den Verfasser.

not only by the press, but persons of the highest authority and position had said, that if war was to be avoided, it seemed necessary that the french armaments should be discontinued and there seemed good ground to fear that the next step might be a formal request of Germany to France, to discontinue arming.“*)

Merkwürdigerweise hatte Kaiser Wilhelm, während die Presse und Diplomatie vom Waffengeräusch wiederhallten, durch das die Leipziger Messe vollkommen verdorben war, von alledem nichts erfahren, da ihm die Äußerungen der Zeitungen meist nur in den vom Preßbureau zugerichteten Auszügen zu Gesichte kamen. Erst bei Gelegenheit eines kurzen Aufenthaltes in Wiesbaden wurde seine Aufmerksamkeit auf die allgemein verbreiteten Kriegsbesorgnisse gerichtet, und sehr betroffen entschloß er sich, sofort nach Berlin zurückzukehren, um der Beunruhigung ein Ende zu machen. An einem Sonntag Abend angekommen, meldete sich am Montag Morgen bei ihm der russische Botschafter in London, Graf Schuwalow, der auf der Rückreise von Petersburg eingetroffen war, und wurde zu Tische geladen. Bei dem Diner, das im engsten Kreise stattfand, äußerte der Graf, daß die Lage sehr drohend erscheine, da man allgemein an den Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich glaube. Der Kaiser entgegnete mit Nachdruck, daß diese Befürchtung durchaus gegenstandslos sei, da er keinerlei Grund habe, sich über Frankreich zu beschweren und fest entschlossen sei, den Frieden zu bewahren. Mit dieser Erklärung ausgerüstet, begab sich Schuwalow zum Kanzler und beschwor ihn inne zu halten, indem er mit Bezug auf den bevorstehenden Besuch des Kaisers Alexander bemerkte: „Si vous ne vous arrêtez pas d'autres viendront après moi que vous serez forcé d'écouter“. Fürst Bismarck sah, daß das Spiel verloren sei, und als am nächsten Tage der Kaiser

*) Schwerlich hat der englische Minister, sicher einer der nüchternsten Staatsmänner, nur Gespenster gesehen, zumal er unter jenen hochstehenden Personen den deutschen Botschafter nannte, was zwar auf dringende Bitte des Grafen Münster im Sitzungsberichte gestrichen, aber von allen parlamentarischen Reportern, welche diese Worte gehört, nach auswärts telegraphiert ward.

im Ministerrat sein lebhaftes Mißvergnügen über die Verbreitung der Kriegsgerüchte aussprach, erwiderte er, daß dieselben lediglich auf Preßtreibereien und Börsenmanövern beruhten. Dementsprechend vollzog sich nun auch in der offiziösen Presse, welche den Krieg als bevorstehend hingestellt, in großer Schnelligkeit ein vollständiger Umschwung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärte, zwischen Frankreich und Deutschland habe nicht der geringste störende Vorgang stattgefunden, die Presse sei allein für die Alarmgerüchte verantwortlich und zwar wie sie am 13. erläuternd bemerkte: „Das Polentum in der Presse, eine Lügenliga von Ultramontanen, Baissiers und einigen Unterröcken“, worunter man einen Hieb gegen gewisse hochgestellte Damen vermutete, welche speziell die Wege des Kanzlers gekreuzt haben sollten.

Als dann der Czar in Berlin eintraf, sah er sofort in der ersten Unterredung mit seinem kaiserlichen Oheim, daß er gekommen, offene Thüren einzurennen,*) und nach seinem Empfang Bismarcks, über den die Geschichte schweigt, meldete er einer hohen Verwandten: „l'emporté de Berlin a donné toutes les garanties pour le maintien de la paix.“ Nichtsdestoweniger gefiel er sich in der Rolle eines Friedensstifters, beim Empfang der Botschafter sprach er in diesem Sinne und bemerkte dem Marquis de Gontaut-Biron: „Comptez sur moi, si un véritable danger vous menaçait je serais le premier à vous en avertir.“ Weit unvorsichtiger noch benahm sich Fürst Gortschakow, nicht nur sandte er ein alsbald bekannt gewordenes Telegramm an alle russischen Gesandtschaften, daß nichts mehr für den Frieden zu befürchten sei, sondern er konnte auch der Versuchung nicht widerstehen, den Fürsten Bismarck in einer Unter-

*) Ein kleiner Incidenzfall mag diese Sachlage in besondere Beleuchtung setzen. An fürstlichen Galatafeln wird wie bekannt gewöhnlich nicht Politik gesprochen, nur hier und da kann der, welcher weiß, wie die Dinge stehen, eine Bestätigung in einem hingeworfenen Worte finden. Kaiser Wilhelm fragte über Tisch seinen Neffen, ob er kürzlich Nachrichten von der Herzogin von Edinburgh erhalten? Der Czar erwiderte: „Non, mais j'ai reçu ce matin une lettre de la Reine d'Angleterre, elle me prie de travailler ici pour la paix, ha, ha, nous savons à quoi nous en tenir.“

redung, welche am 10. unter Zuziehung des englischen Botschafters Lord Odo Russell stattfand, persönlich mit seiner Niederlage aufzuziehen, indem er begann: „**Maintenant mon cher Bismarck, ne soyez pas nerveux, je vous aime beaucoup, mais je ne vous aime pas quand vous êtes nerveux.**“ Ebenso sprach er in Baden-Baden, wohin er sich zum Sommeraufenthalt begab, als erfolgreicher Friedensstifter, der seinen Kollegen zur Ruhe verwiesen, eine Unterhaltung, die der Verfasser damals mit ihm hatte, schloß er mit dem Worten: „**Soyez sûr, il ne peut plus rien faire, la paix est assurée pour des années.**“ Abgesehen davon, daß diese Voraussage sich wenig bewährte, sollte Gortschakow die Befriedigung seiner Eitelkeit schwer büßen, indem er nicht bedachte, daß Fürst Bismarck ein guter Hasser ist, der erlittene Kränkungen mit Zinsen heimzahlt. Vor allem aber war, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, das Licht, in dem die russische Politik sich sonnte, ein durchaus erborgtes, denn nicht derselben, sondern lediglich dem Kaiser Wilhelm kommt das Verdienst zu, den Frieden erhalten zu haben. In demselben Sinne hat er später stets die Politik seines Kanzlers überwacht; als derselbe z. B. nach der erwähnten Rede Lord Derbys vom 31. Mai einen über dessen Äußerungen sich heftig beschwerenden Erlaß an den Grafen Münster richten wollte, strich der Kaiser in demselben alle scharfen Ausdrücke und sandte das Aktenstück an den Staatssekretär von Bülow zurück mit dem Befehl, es in dieser korrigierten Form zu befördern. Dem französischen Militärattaché bemerkte er gelegentlich: „**On a voulu nous brouiller**“ und als der Prince de Polignac erwiderte: „**Oserais-je demander, Sire, qui est ce ‘on’**“, antwortete der Kaiser nur mit einem bezeichnenden Lächeln, indem er den Finger auf den Mund legte.

Die Folgen dieser ganzen Sache waren höchst unglücklich, nicht nur hatte der Kanzler den ersten großen Mißerfolg in seiner auswärtigen Politik zu verzeichnen, da seine Ableugnungen bei allen Wissenden nur ein Lächeln hervorriefen,*) sondern es

*) Lord Derby bemerkte, wie Flourens mitteilt, dem französischen Geschäftsträger: „You know that every one in Berlin denies that war was thought of. Prince Bismarck indeed, puts the blame on

war dadurch, da man französischerseits nichts von dem Eingreifen des Kaisers erfuhr, sondern sich von Rußland gerettet glaubte und demselben dafür entsprechend dankbar war, zuerst eine Annäherung beider Mächte angebahnt, während Bismarck selbst so treffend in dem Erlaß an Graf Arnim vom 20. Dez. 1872 gesagt: „Unser Bedürfnis ist von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, keine Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist Frankreich uns nicht gefährlich." Jetzt aber hatte Frankreich, wenn auch noch keinen Bundesgenossen, doch in Rußland eine Macht, welche ihre schützende Hand über dasselbe zu halten versprochen hatte. Bereits am 16. April hatte der Kaiser Alexander bei einer Audienz des französischen Botschafters Generals Le Flô gesagt: „Set your Government at rest. — France will be allowed to recover in peace, there will be no war", wie derselbe nach Flourens*) seiner Regierung meldete.

Marshal Moltke. As for himself, he has never thought of it; but he has at any rate talked a good deal about it."

*) In dem erwähnten Artikel des New Review.

VIII. Der russisch-türkische Krieg und seine Folgen.

Wenige Monate, nachdem Gortschakow sich so zuversichtlich über die lange hinaus gesicherte, friedliche Lage geäußert, stieg eine Wolke im Osten auf, welche, anfangs wie eines Mannes Hand, bald den Horizont schwarz umzog. Es kann kein Zweifel sein, daß der Aufstand in der Herzegowina dem Fürsten sehr ungelegen kam, seine Politik war gewesen, die Türkei im stillen zu unterminieren und Rußland als Beschützer ihrer unterdrückten orthodoxen Unterthanen erscheinen zu lassen, in diesem Sinne hatte er z. B. um den Preis der Entfremdung des Patriarchats die Selbständigkeit der bulgarischen Kirche durchgesetzt. Es ist daher ganz begreiflich, daß der Kanzler auf seiner Rückreise dem englischen Botschafter in Berlin sagte: „Il y a deux manières de traiter la question d'Orient, ou de l'attaquer à fond ou un replâtrage, eh bien je suis vieux, je suis pour le replâtrage.“ Der Aufstand wurde denn auch in seinen ersten Stadien in keiner Weise von Rußland unterstützt, vielmehr mahnte es Serbien, sich jeder Begünstigung desselben zu enthalten, mit dem Kanzler waren auch der Kaiser, der Hof und das höhere Beamtentum schon deshalb gegen einen Krieg, weil derselbe die neugeschaffenen Staatseinrichtungen auf eine bedenkliche Probe stellen und die Finanzen schwer belasten mußte. Eine andre Stellung nahm Österreich ein. Die warmen Worte, welche Kaiser Franz Joseph bei seinem vorjährigen Besuche Dalmatiens seinen südslawischen Unterthanen gewidmet, waren in der Bevölkerung des Nachbarlandes auf empfänglichen Boden gefallen und dort so aufgefaßt, daß man eventuell auf Hilfe des Doppeladlers rechnen könne, nach den ersten Erfolgen pflanzten die

Aufständischen die österreichische Fahne auf, und in der That übte der Statthalter von Dalmatien, General Rodich, die Grenzkontrolle der Art, daß er der Waffenzufuhr und dem Zuzug von Freiwilligen keine Hindernisse in den Weg legte, so daß man die damalige Haltung Österreichs als gemäßigt insurgentenfreundlich bezeichnen kann.*) Klagen der Pforte änderten wenig hieran, und demzufolge scheiterten die Bemühungen der Konsuln, die Aufständischen gegen mäßige Zugeständnisse zur Niederlegung der Waffen zu überreden, vollständig. Auch die Andrassysche Note vom 30. Dezember, betreffend die einzuführenden Reformen, kann nur aus der Absicht erklärt werden, Österreich als Beschützer der unterdrückten Christen jener Provinzen erscheinen zu lassen, denn für jeden Kenner der Verhältnisse konnte es kaum zweifelhaft sein, daß die Pforte sich nicht gutwillig zur Ausführung dieses Planes verstehen werde, welcher in erster Linie die Herrschaft der muselmännischen Begs vernichtet hätte. Die Note war denn praktisch ein Schlag ins Wasser, indem die Pforte bei der lauen Unterstützung derselben durch die andern Mächte die Vorschläge ablehnte, während die Aufständischen ihre Forderungen steigerten. Allmählich machte sich auch ein Umschwung der Stimmung in Rußland geltend, das bulgarische Komitee in Bukarest sandte Anfang März 20 Emissäre in das Donau-Vilayet, um dort einen Aufstand anzuzetteln. Panslavistische Agenten trafen mit großen Summen zur Unterstützung der Aufständischen von Petersburg ein, und Gortschakow erklärte dem englischen Botschafter, so sehr er wünsche, die Türkei zu erhalten, so könne man doch nicht gegen das Unvermeidliche angehen, die Pforte sei unfähig, die nötigen Reformen durchzuführen. Der Kanzler, der nichts mehr fürchtete als den Verlust seiner Popularität, fühlte bald das Bedürfnis, auch handelnd hervorzutreten, und so kam bei Gelegenheit der Durchreise des Kaisers Alexander nach Ems das Berliner Memoran-

*) Der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir H. Elliot, schrieb später (7. April) an Derby: „It is evident, that the Austrian Government have failed lamentably in their engagement to guard their own frontier and by means of well armed bands coming from their territory a formidable insurrection has been excited.“

dum in einer Konferenz Bismarcks, Andrassys und Gortschakows (10.—12. Mai) zustande, dessen Inhalt offenbar von Rußland eingegeben war. Dasselbe ging in unklarer Form noch über die Andrassysche Note hinaus und bezeichnet den vollen Bruch mit dem in Artikel 9 des Pariser Vertrages aufgestellten Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei, blieb aber, da England, das dabei gar nicht gefragt war, den Beitritt ablehnte, ein totgeborenes Kind. Gleich darauf erlitt die russische Politik am Bosporus eine schwere Niederlage durch die Entthronung Abdul-Azizs (30. Mai), welche ihren fähigsten Gegner Midhat Pascha zum leitenden Staatsmann machte. Serbien und Montenegro erklärten der Pforte den Krieg, und von Rußland begann ein Zuzug zum Heere des ersteren, der nicht nur von den panslavistischen Komitees, sondern auch von der Geistlichkeit, ja von der dieser eng verbundenen Kaiserin Marie Alexandrowna unterstützt ward, welche sich für vielfache eheliche Enttäuschungen durch eine leidenschaftliche Verehrung für die orthodoxe Kirche zu entschädigen suchte; der russische Konsul in Belgrad feierte am 11. September in öffentlicher Rede diese Waffenbrüderschaft. Es folgten die „Bulgarian atrocities“, mit der sich daran schließenden Agitation Gladstones, welche die ohnehin schwache Hand des englischen Ministeriums völlig lähmte, und als Serbien entscheidend geschlagen war, das russische Ultimatum vom 30. Oktober, welches den siegreichen Türken Halt gebot. Mit seiner Moskauer Rede vom 10. November nahm der Czar offene Partei für die unterdrückten Brüder, und am 17. befahl ein Ukas die Mobilisierung von sechs Armeekorps. So konnte die seltsame Konferenz der Großmächte in Konstantinopel, welche ohne Zuziehung der Pforte ein Reformprogramm der Art aufstellte, daß letzterer kaum ein unglücklicher Feldzug schlimmere Bedingungen auferlegen konnte, nur mit einem Fiasko enden, und der Krieg wurde unvermeidlich.

Was die andern Mächte betraf, so war die Haltung Englands durchaus schwankend zwischen dem Wunsch, die Türkei zu erhalten und durch Zugeständnisse an Rußland den Krieg zu vermeiden, speziell bot die Haltung Salisburys in der Konferenz

von Konstantinopel das seltsame Bild, daß der Staatssekretär für Indien, welches 50 Millionen mohammedanische Unterthanen zählt, Arm in Arm mit Ignatiew ging, dem „Vater der Lüge“, dem verhaßtesten Manne in der muselmännischen Welt.

Österreich verhielt sich in den späteren Stadien der Entwickelung wesentlich zuwartend. Graf Andrassy wollte nicht die frühere türkenfreundliche Politik des Wiener Kabinets fortsetzen, weil dies den Kaiserstaat um alle Sympathien der christlichen Unterthanen der Pforte gebracht hätte, und sicherte sich seinen Preis durch das geheime Abkommen von Reichstadt (Juli 1876), durch welches Rußland in der richtigen Erkenntnis, daß der Krieg ohne die Neutralität Österreichs unmöglich, demselben im voraus die Besetzung Bosniens zugestand. Frankreich und Italien verhielten sich passiv, letzteres weil es wenig bei der Frage interessiert war, ersteres weil es bei jedem Handeln in die Alternative gekommen wäre, die Errungenschaften des Pariser Friedens preiszugeben oder Rußland entgegenzutreten, dessen Allianz es anstrebte. Anders stellte sich Fürst Bismarck. Zwar die Behauptung der Franzosen, daß er den Aufstand in der Herzegowina veranlaßt, ist ein Ausfluß blinden Hasses, der die mephistophelische Hand des Kanzlers überall witterte,*) aber gewiß ist es, daß er den Konflikt sich entwickeln ließ. Anfangs nahm er offiziell eine wenn auch neutrale, doch Rußland freundliche Stellung ein, indem er in der Reichstagsrede vom 5. Dezember 1876 sagte: „Das Bündnis, welches die drei Kaiser auf längere Zeit vereinigt, bestehe in voller Kraft. — Er werde zu irgendwelcher aktiver Beteiligung Deutschlands nicht raten, so lange in dem ganzen orientalischen Streite kein Interesse in Frage stehe, welches die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre“ — also er anerkannte das Bündnis mit Rußland trotz des bevorstehenden Krieges als fortdauernd, was eine Aktion gegen dasselbe ausschloß. Dies hinderte ihn aber nicht, die Verwicklung zu fördern, bald durch meisterliche Unthätigkeit, bald durch wirksames Eingreifen. Meistens

---

*) So z. B. Cucheval-Clarigny in der „Revue des deux mondes“, welcher wissen will, die Aufständischen hätten ihre Waffenkäufe mit Zwanzigmarkstücken bezahlt.

durch erstere, da andre das Geschäft besorgten, die Lawine ins Rollen zu bringen, aber auch an letzterem ließ er es in der Stille nicht fehlen. Als z. B. Lord Salisbury sich zur Konferenz nach Konstantinopel begab, kam er eigens von seinem Landsitz nach Berlin, um denselben auf der Durchreise zu sehen, und setzte ihm auseinander, daß der Friede bei der Erregung der öffentlichen Meinung in Rußland nur durch weitgehende Zugeständnisse der Pforte zu retten sei, man müsse also Rußland durch Unterstützung seiner Forderungen eine goldene Brücke bauen, dann werde es sich befriedigt zurückziehen, während es seinem Scharfblick nicht entgehen konnte, daß die Annahme der russischen Bedingungen seitens der Türkei unmöglich sei, der Brückenbau also nicht zum Rückzug, sondern zum Vormarsch der Russen über den Pruth führen müsse, indem das Mißlingen der Konferenz Rußland zwischen eine große politische Niederlage und den Krieg stellte. Lord Salisburys Unkunde der Verhältnisse ließ ihn auf diese Idee gehen, und da er demzufolge das Spiel des Kanzlers spielte, konnte der deutsche Bevollmächtigte sich auf der Konferenz der größten Zurückhaltung befleißigen. Ein anderes Beispiel für diese Politik ist, daß, als die rumänische Regierung in Voraussicht der schwierigen Lage, in die der Krieg sie versetzen müsse, in Berlin Rat hinsichtlich ihrer Haltung erbat, die Antwort des Kanzlers so auf Schrauben gestellt war, daß beim Empfang derselben Bratianu rief: „Bismarck veut la guerre“. Noch im letzten Augenblick schwankte die Wage in Petersburg, der Kaiser suchte noch einmal einen Ausweg, ein Druck in der Wilhelmstraße ließ sie für den Krieg sinken. Der Kanzler beschied den russischen Botschafter von Oubril zu sich und sagte ihm: „J'apprends que l'Empereur hésite, moi je connais la Russie et je vous dis, il est foutu s'il ne fait pas la guerre.“*)

Wir haben die Ereignisse des Krieges, dem die übrigen Mächte zusahen, hier nicht weiter zu verfolgen, erst der Vertrag von San Stefano brachte sie wieder in Aktion. Schon vorher

*) Unser Gewährsmann, der belgische Hausminister Devaux, sah Abschrift der Depesche Oubrils über diese Unterredung bei dem russischen Botschafter in Paris, Fürst Orloff.

hatte sich Fürst Bismarck in der Reichstagsrede vom 19. Februar 1878 in einer Weise geäußert, die sehr von der des 5. Dezember 1876 abstach. „Das Dreikaiserverhältnis, welches man gewöhnlich ein Bündnis nennt, beruhe auf keinerlei geschriebenen Verpflichtungen und verbinde keinen der drei Kaiser, sich von den andern beiden überstimmen zu lassen. — Daß Rußland seinerseits geneigt sein könne, die Anerkennung der Änderungen, die es für notwendig halte, von den übrigen Mächten durch Krieg zu erzwingen, sehe er für eine Erwägung an, die von aller Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen sei. Rußland würde sich mutmaßlich, wenn es die Zustimmung der übrigen Unterzeichner der Traktate von 1856 nicht erreichen könnte, mit dem Gedanken beati possidentes begnügen. Dann würde die Frage eintreten, ob diejenigen, die mit den russischen Abmachungen unzufrieden wären, Rußland auf die Gefahr hin, daß es seinen gegenwärtigen Versuch später wiederhole, durch Krieg zur Abschwächung seiner Bedingungen zwingen wollten." Nicht nur führte er so das früher zugegebene Bündnis auf ein bloßes Verhältnis der drei Mächte zurück, sondern es war auch den beteiligten unzufriedenen Regierungen geradezu gesagt, daß es lediglich von ihnen abhänge, Rußlands Forderungen zu widersprechen, eventuell denselben mit den Waffen entgegenzutreten. Denn ausdrücklich lehnte er in derselben Rede die Rolle Deutschlands ab, „sich als europäische Policemen einzumischen — nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit bin ich entschlossen, Sr. Majestät zum Kriege zu raten". Diese Erklärungen mußten vor allem da einschlagen, wo die Erregung am stärksten war, in England, abgesehen davon, daß Graf Münster der Regierung eine „spirited policy" anriet. Nachdem der Friede von San Stefano bekannt geworden, steigerte sich die Erbitterung im Lande und Parlamente so, daß Lord Derby, einer der traurigsten Minister, die je an der Spitze des auswärtigen Amtes standen, zurücktreten mußte, als seine Thatenscheu sich dem Einlaufen der Flotte in den Bosporus widersetzte. Sein Nachfolger, Lord Salisbury, der jetzt von seinen Illusionen geheilt schien, erließ am 1. April ein Zirkular, in dem er die Bestimmungen des Vertrages einer scharfen Kritik unterzog und erklärte, daß England die Ausführung derselben

nicht zugeben werde; die Rüstungen wurden mit der größten Energie betrieben, indische Truppen nach Cypern eingeschifft, der Krieg war unvermeidlich, wenn Rußland nicht nachgab. Dieses aber war nicht in der Lage, einen neuen Kampf aufzunehmen, denn obwohl der Widerstand der Türkei vollkommen gebrochen schien, so befanden sich die russischen Truppen, so nahe sie vor Konstantinopel standen, in der kläglichsten Verfassung; kaum 30 000 Mann stark, waren sie für Verstärkungen wesentlich, für Lebensmittel ganz auf den Seeweg über Varna angewiesen, der jeden Augenblick durch die englische Flotte abgeschnitten werden konnte, ein in Gallipoli gelandetes britisch-indisches Korps hätte nicht nur den Vormarsch der Russen auf Konstantinopel unmöglich gemacht, sondern sie einer sicheren Niederlage ausgesetzt. Diese Lage erkannte der Botschafter in London, Graf Schuwalow, und unterzog sich der patriotischen, aber undankbaren Aufgabe, nach Petersburg zu gehen, um dem Zaren die Notwendigkeit des Einlenkens klar zu machen. Es gelang ihm, und Alexander II. wandte sich an den deutschen Kaiser mit dem Ersuchen, eine Vermittlung anzubahnen. Ob Fürst Bismarck selbst geneigt war, jetzt als ehrlicher Makler hervorzutreten, mag dahin gestellt sein, denn in Deutschlands Interesse lag es nicht, den Krieg zwischen England und Rußland zu verhindern, der letzteres sicher gründlich schwächen mußte; entscheidend für die Übernahme der Aufgabe wird der Wunsch Kaiser Wilhelms gewesen sein, seinem Neffen aus der Verlegenheit zu helfen und so seine Dankbarkeit für dessen Haltung in den Kriegen von 1866 und 1870 zu beweisen. Aber noch erschien der Abstand zwischen dem Vertrage von San Stefano und dem Salisburyschen Zirkular unüberbrückbar, als ein auf dem Festland zu wenig beachtetes Ereignis eintrat, welches England zum Nachgeben bewog. Noch im Anfang des Krieges hatte Salisbury über die „nightmare“ eines russischen Angriffs auf Indien gespottet und gemeint, solche Befürchtungen könnten nur gehegt werden, weil man nicht hinlänglich große Karten brauche, welche die Entfernungen richtig zeigten. Jetzt tauchte plötzlich in Kabul ein russischer Gesandter auf, um mit dem durch Gladstones kurzsichtige Politik entfremdeten Emir von Afghanistan Schir-Ali ein Bündnis gegen

England zu schließen. Diese greifbar drohende Gestalt, welche das Nachtgespenst so unerwartet annahm, brachte das englische Kabinett dazu, das Zirkular vom 1. April in die Tasche zu stecken und ein geheimes Abkommen mit Graf Schuwalow hinsichtlich der Friedensbedingungen zu schließen, das, als es durch eine Indiskretion bekannt ward, nicht mit Unrecht als „surrender“ bezeichnet wird. Erst durch dasselbe ward der Boden für einen europäischen Kongreß so weit geebnet, daß Fürst Bismarck die Einladungen dazu ergehen lassen konnte.

Man wird nicht behaupten können, daß die einigermaßen hastigen Beratungen des Berliner Vertrages ein großes Meisterwerk geliefert, die beste und dauerndste Bestimmung desselben ist die Besetzung und Verwaltung Bosniens durch Österreich, das aus dieser reichen, Jahrhunderte lang gemißhandelten Provinz ein aufblühendes Land geschaffen. Außerdem muß bei dem unaufhaltsamen Sinken der osmanischen Herrschaft in Europa eine Großmacht die schützende Hand über die vorhandenen und sich bildenden Staaten halten, welche ebenso unfähig sind allein zu stehen, als sich zu vereinigen. Keiner derselben kann die andern absorbieren, sie stehen sich vielmehr, durch Sprache und Rasse getrennt, feindlich gegenüber, und deshalb ist auch die Idee einer Balkankonföderation eine Utopie. Das deutsche wie das europäische Interesse aber fordert, daß nicht Rußland, welches die Donaufürstentümer lange genug in seinem Interesse gemißhandelt, sondern Österreich, welches sich fähig gezeigt, heterogene Rassen in einem Verbande zu erhalten, die stille Schutzmacht über die sich entwickelnden Balkanstaaten sei. Dem entsprach es, wenn der Berliner Vertrag die Besetzung Bosniens zu einer dauernden machte, aber die Räumung Bulgariens durch die russischen Truppen in gegebener Frist festsetzte. Die meisten übrigen Bestimmungen des Vertrags können schwerlich gelobt werden. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Montenegros, Serbiens und Rumäniens wurde nur eine schon vollendete Thatsache bestätigt, der Kongreß aber sanktionierte die Beraubung des letzteren durch die Abtretung des bessarabischen Gebietes an Rußland, womit letzteres die Rettung seiner Armee vor der Vernichtung bei Plewna durch die rumänischen Truppen vergalt, außerdem ward

dadurch Rußland wieder Donauuferstaat und konnte, wie die Folge gezeigt, die Thätigkeit der europäischen Kommission lahmlegen, während der Pariser Frieden, um dies zu hindern, eben jene bessarabische Abtretung festgesetzt hatte. Wenn einige der Eroberungen Rußlands in Asien aufgegeben wurden, während bei Beginn des Krieges jede Absicht auf Eroberungen feierlich in Abrede gestellt war, so blieb doch das Hauptbollwerk, Kars, in seinen Händen, und die versprochene Freihafenstellung Batums hat, wie die Folge gezeigt, nur die Reihe gebrochener russischer Zusagen um eine bereichert. Die unerschwingliche türkische Kriegskontribution, gegen die Salisbury am 1. April so nachdrücklich Verwahrung eingelegt, weil Rußland damit stets die Pforte in der Hand behalte, blieb bestehen. Vor allem aber war die Ordnung der bulgarischen Frage verfehlt, und Lord Beaconsfield hatte wenig Ursache im Parlament zu rühmen, daß er dem Sultan „die schöne Provinz“ Ostrumelien erhalten habe; denn indem man die Bulgaren in zwei politisch getrennte Teile zerriß, schuf man einen unhaltbaren Zustand, da die autonome Provinz ihre Vereinigung mit dem Fürstentum anstreben mußte. Wenn aber das „peace with honour“, welches die englischen Bevollmächtigten vom Kongreß zurückgebracht zu haben glaubten, durch den gleich darauf folgenden Krieg mit Afghanistan eine beredte Widerlegung fand, so enttäuschte das Ergebnis des Kongresses doch vor allem in Rußland, wo man schon den Vertrag von San Stefano als eine magere Belohnung für die ungeheuren Opfer ansah, welche der Krieg gekostet. Dieser Enttäuschung wollte Fürst Gortschakow wie ein Interview des deutschen Kanzlers mit Herrn Lwoff im Mai 1890 mitteilte, entgegenwirken, indem er Deutschland sofort nach dem Friedensschluß ein Defensiv- und Offensivbündnis antrug. Darauf einzugehen war außer Frage, nicht bloß weil, wie der Kanzler bemerkte, bei der Stimmung in Rußland die Garantieen für die Festigkeit eines solchen Bündnisses zu schwankend waren, sondern weil man sich mit einem Verbündeten, von dem gar kein Beistand zu erwarten war, einer Koalition der übrigen Mächte ausgesetzt hätte, welche lediglich im russischen Interesse zu bekämpfen gewesen wäre. Von dieser Ablehnung eines unmöglichen Antrages wußte man in Rußland

nichts, aber gleichwohl ergossen sich alle Schalen des russischen Zorns über den falschen Freund, der die Zweiteilung Bulgariens, die Räumung desselben durch die Russen und die österreichische Besetzung Bosniens*) unterstützt habe. Gegen diese Sünden kamen die Dienste, die Bismarck sonst Rußland auf dem Kongreß geleistet, so daß er später meinte, er habe dort gleichsam als dritter russischer Bevollmächtigter gearbeitet, gar nicht in Betracht. Einsichtige Russen sahen die Ungerechtigkeit dieser Vorwürfe ein, Katkow erklärte geradezu, Bismarck habe die Interessen Rußlands besser verteidigt als dessen eigene Vertreter, deren Unfähigkeit allein das unbefriedigende Ergebnis zuzuschreiben sei, aber das Gefühl war allgemein. Gortschakow, der nicht liebte gegen den Strom zu schwimmen, erklärte den Berliner Vertrag für die traurigste Seite in seiner ganzen Laufbahn, schob die ganze Schuld auf Schuwalow, der doch allein im kritischen Moment den Mut gehabt, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen, und fing an mit Frankreich zu liebäugeln. Die Folgen hat Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 dargelegt. Nach einer Schilderung seiner russenfreundlichen Thätigkeit auf dem Berliner Kongresse bemerkte er: „Wie groß mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmählich eine Art Preßkampagne in St. Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauf folgenden Jahres 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten; denn wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen

*) Es war damals noch nicht bekannt, daß Rußland selbst ohne Vorwissen Deutschlands diese Besetzung im Juli 1876 zugegeben, also in Berlin gar nicht mehr in der Lage war, derselben zu widersprechen.

sollte. . . . Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unsrer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unsern Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsre Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite."

Es kam aber auch noch ein anderes in Betracht. „Unsere Beziehungen zu Österreich" — sagte der Reichskanzler am 11. Januar 1887 — „beruhen auf dem Bewußtsein eines jeden von uns, daß die volle, großmächtliche Existenz des einen eine Notwendigkeit für den andern ist, im Interesse des europäischen Gleichgewichts." Denselben Gedanken drückte er am 6. Februar 1888 in folgender Weise aus: „Denken Sie sich Österreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir zwischen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien isoliert, zwischen den beiden stärksten Militärmächten neben Deutschland, wir ununterbrochen zu jeder Zeit einer gegen zwei, mit großer Wahrscheinlichkeit, oder abhängig abwechselnd vom einen oder vom andern." Und weiter in demselben Zusammenhange fügte er hinzu: „Mit unseren Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des europäischen Gleichgewichts und unserer eigenen Zukunft."

Man kann die Lage nicht treffender bezeichnen, und nachdem der Versuch einer Ausgleichung durch die von Kaiser Wilhelm auf eigene Hand unternommene Begegnung mit Alexander II. in Alexandrowo, der Fürst Bismarck fern geblieben war, mißlungen, erkannte der Kanzler, daß Rußlands Übelwollen nur dadurch zu begegnen sei, daß man ihm einen Damm entgegensetze, den es nicht überschreiten konnte. Moltkes Meinung war freilich längst, gegen Rußland loszuschlagen, da Deutschland dem Kriege mit demselben doch nicht mehr entgehen werde. Herr Poultney-Bigelow, der bekannte Studiengenosse Kaiser Wilhelms II., machte einem Berichterstatter des New-York Herald als Ergebnis

seines persönlichen Verkehrs im kaiserlichen Hauptquartier, in welchem er den Manövern im Frühjahr 1891 beiwohnte, am 27. April darüber folgende Mitteilungen. „Moltke hielt den Krieg zwischen Deutschland und Rußland für unvermeidlich und suchte wiederholt den Kaiser zu bewegen, die Initiative zu ergreifen und Rußland zuvorzukommen. — Ich habe, sagte er, berufsmäßig nichts mit politischen Angelegenheiten zu thun und bemerke deshalb nur, daß die Armee bereit ist. Wir sind jetzt besser imstande, Rußland zu bekämpfen, als wir es später sein dürften. Wir sind jetzt zum Zenith unserer Kraft gelangt, während Rußland sich noch immer weiter verstärkt.“ Diese Gründe wurden noch zutreffender nach dem Berliner Frieden von 1878, wo die russische Armee durch den Krieg geschwächt und zerrüttet, die französische noch längst nicht auf ihre spätere Stärke gelangt war. Es mag dahingestellt bleiben, ob es gelungen wäre, den alten Kaiser zum Bruch der langjährigen Freundschaft mit Rußland zu bringen, wenn Fürst Bismarck sich dem Drängen Moltkes angeschlossen hätte, aber er that dies nicht nur nicht, sondern trat letzterem entgegen, erklärte, wir würden uns bei einem solchen Kriege nur für englische Interessen schlagen und suchte jahrelang das Verhältnis zu Rußland durch möglichstes Entgegenkommen hinzufristen. Gleichwohl sah er sich durch die von ihm oben angegebenen Kriegsdrohungen genötigt, bald darauf durch ein anderweitiges Bündnis Deckung zu suchen. Die russische Aufkündigung der Freundschaft beantwortete er damit, daß er von Gastein nach Wien ging und dort das Defensivbündnis mit Österreich schloß, das seine Spitze unverkennbar gegen Rußland richtete und eben deshalb auch nur nach langem Widerstreben und unter dem Druck der gestellten Kabinetsfrage von seinem Gebieter in Baden-Baden genehmigt ward.

Dies Bündnis fand seine Ergänzung durch den Beitritt Italiens, auf den wir noch zurückkommen, so daß nunmehr die mitteleuropäischen Großmächte, welche den status quo verteidigen, einen festen Widerstand gegen die denselben bedrohenden Flankenstaaten, Rußland und Frankreich, bildeten. Hinter Österreich gestellt, deckt Italien dieses, das im Orient nicht vorgehen kann, ohne der Neutralität Italiens sicher zu sein, da es sich in einem

Kampf, der seine ganze Kraft in Anspruch nimmt, nicht der Gefahr aussetzen darf, wie 1866 zwischen zwei Feuer zu kommen, und zugleich gab der Eintritt Italiens in das Bündnis dem Kaiserstaat Gewähr gegen die irredentistischen Umtriebe in Triest und Welschtirol, während anderseits Deutschland Italien gegen Frankreich deckt. Mit dem österreichisch-deutschen Bündnis war der Draht zerrissen, auf dessen Erhaltung die deutsche Politik bisher mit Recht so großen Wert gelegt und der ihr so nützlich gewesen war, auch fühlte man in Petersburg sehr wohl, daß dies kein bloßer Schachzug sein sollte, um Rußland zum Wiedereinlenken in das frühere Verhältnis zu bestimmen, sondern das definitive Ende desselben sei und die Isolierung Rußlands bezwecke. Man suchte diese Thatsache allerdings abzuschwächen und deutete den Besuch, den der Minister v. Giers im November 1882 in Varzin machte, so, als ob unsere Beziehungen zu dem östlichen Nachbarn und Österreich gleichartig seien und man das Zweikaiserbündnis in das alte Dreikaiserbündnis zurückzuleiten im Begriff stehe. Dem aber trat die deutsche offiziöse Presse sehr bestimmt entgegen, indem bemerkt wurde, das deutsch-österreichische Bündnis sei (wie das dessen Veröffentlichung später bestätigt hat) „ein regelrecht und in aller Form abgeschlossenes, in Dokumenten niedergelegtes“, und die „Wiener Politische Korrespondenz“ gab hierauf die Quittung durch die Erklärung, das Verhältnis zwischen beiden Staaten sei wegen des hohen Grades ihrer Interessengemeinschaft ein so enges, daß keine dritte Macht zu den beteiligten Staaten in ein Verhältnis treten könne, welches der zwischen ihnen bestehenden Freundschaft „an Intimität gleichkomme“. Durchaus unbegründet ist daher die Anschuldigung Bismarcks in seinem Wiener Interview von 1892, daß erst den Fehlern seines Nachfolgers die Entfremdung Rußlands zur Last zu legen sei. Der Draht zerriß nicht infolge der deutschen Politik, sondern deshalb, weil Rußland nicht bloß seine alte Eroberungspolitik im Orient nicht aufgeben wollte, sondern auch verlangte, daß wir uns in den Dienst derselben stellen sollten, was unvereinbar mit dem Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, der für Deutschland als Lebensinteresse gelten muß.

Diese Wendung in den deutsch-russischen Beziehungen kennzeichnete Fürst Bismarck selbst am 6. Februar 1888 mit den denkwürdigen Worten unter der begeisterten Zustimmung der ganzen Nation und dem Beifall Europas, soweit es nicht russisch-französisch gesinnt ist: „Die Zeit ist vorbei, um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten, mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Thür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach."

Um so auffallender ist, daß der Kanzler diese Politik keineswegs folgerichtig durchführte, sondern bald angelegentlich um die Gunst des offiziellen Rußland warb, bald die russischen Interessen aufs empfindlichste verletzte. Gewiß war nichts dagegen einzuwenden, daß man sich äußerlich möglichst gut stellte, und wenn Bismarck nach dem tragischen Ausgang Alexanders II. in der Zusammenkunft von Danzig (9. September 1881) den mißtrauischen Czaren überzeugte, daß Deutschland keinerlei feindselige Absichten gegen Rußland hege, so konnte dies nur günstig auf die Beziehung beider Staaten wirken.*) General Skobelew, der eine heftige Rede gegen Deutschland gehalten, erhielt einen scharfen Verweis, Ignatiew, der panslawistische Minister des Innern, ward entlassen, sein Gegner, Herr v. Giers, zum Minister des Auswärtigen ernannt, Fürst Orloff, ein persönlicher Freund des deutschen Kanzlers, als Botschafter nach Berlin gesandt,

*) Eigentümlicherweise wurde das Ergebnis dieser Begegnung zuerst kund durch eine zufolge Indiskretion im „Egyetertes" veröffentlichte Depesche des österreichischen Botschafters in Petersburg, Graf Kalnoky, vom 15. September, in welcher derselbe meldete, daß „die Weisheit und unerwartete Mäßigung des Fürsten Bismarck sowohl auf den Czaren wie auf Herrn von Giers einen guten Eindruck gemacht und sie darüber beruhigt, daß derselbe nach keiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolge". Dasselbe ungarische Blatt brachte den Wortlaut eines überaus herzlichen Telegramms des Czaren an Kaiser Franz Joseph mit dem Schluß: „Ich bin sehr glücklich gewesen, den Kaiser Wilhelm wiederzusehen, unseren verehrten Freund, mit dem uns gemeinsame Bande der herzlichsten Zuneigung verknüpfen."

und am Geburtstag Kaiser Wilhelms gab der Czar in einem Trinkspruch der wärmsten Freundschaft für seinen Großonkel Ausdruck. Alles dies waren erwünschte Symptome, dagegen ist die Äußerung des Kanzlers gegen Lwoff unverständlich, „er habe die dauernde Verschiebung der russischen Truppen an die Grenze niemals als eine Drohung gegen Deutschland angesehen, habe vielmehr darin nur das Bestreben erblickt, einem zukünftigen Anlauf zur Entscheidung der orientalischen Frage in voller Rüstung zu begegnen". Dieser Anlauf konnte doch nur gegen die Pforte gehen, Truppenansammlungen nur bezwecken, Rumänien und Österreich dabei ruhig zu halten, nicht Deutschland, das, wie der Kanzler stets wiederholte, gar kein Interesse an der orientalischen Frage hatte, und doch schob Rußland immer mehr Truppen an die preußische Grenze vor, trotz allen Entgegenkommens des Kanzlers, welcher so weit ging, daß er dem schmachvollen Attentat, durch das Fürst Alexander von Bulgarien beseitigt wurde, seine mittelbare Billigung als einer Rettung des europäischen Friedens zu teil werden ließ, lediglich weil der Czar diesen Mann mit blindem Haß verfolgte. Der Kanzler hat dies durch seine Presse damit verteidigen lassen, daß er durch den Vertrag mit Österreich von 1879 nur den Besitzstand desselben verbürgt, aber sich nicht verpflichtet habe, die österreichische Orientpolitik zu unterstützen, da Deutschland im Orient gar nicht interessiert sei. Letzteres ist unrichtig und jene Unterscheidung unhaltbar, weil es mit den Lebensinteressen des uns verbündeten Kaiserstaates unvereinbar ist, die russische Politik gewähren zu lassen, und weil es politisch wie wirtschaftlich ein Irrtum ist, daß Deutschland dies könne, ohne sich selbst zu schädigen. Eine Machterweiterung Rußlands im Südosten mildert nicht den Druck, den es im Norden übt, sondern verstärkt denselben, weil sie die Gesamtmacht des Reiches steigert, dessen ganze Geschichte eine Reihe von Eroberungen auf Kosten seiner Nachbarn ist. Das erkannte Friedrich II. durch seine früher angeführte Äußerung, weshalb Preußen eine russische Besitznahme Konstantinopels nicht dulden könne, und was damals von dem kleinen Königreich galt, ist heute doppelt wahr für das deutsche Reich, abgesehen davon, daß es für die deutsche Industrie von

größter Wichtigkeit ist, ihren Absatz auf der Balkanhalbinsel nicht durch russische Schlagbäume versperrt zu sehen. In anderer Beziehung war es ebenso verfehlt, Rußland die Unterstützung der Seehandlung zu gewähren, um den deutschen Kapitalisten ein Anlehen von 15 Millionen Pfd. Sterling aufzuhalsen. Ein derartiges Entgegenkommen hatte umsoweniger Zweck, als einmal der eigentliche Stein des Anstoßes, das österreichische Bündnis, bestehen blieb, andererseits sich diese Freundschaftsbeweise mit völlig widersprechenden Maßregeln kreuzten, wie dem Verbot der Belehnung russischer Papiere durch die Reichsbank. Erreicht wurde damit nur eine Schädigung der ängstlich gemachten deutschen Gläubiger, die mit großem Verlust verkauften, und Erbitterung in Rußland, während ein derartiger Nadelstich das große Reich doch nicht wirklich schädigte. Alle diese Kreuz- und Querzüge, sowie die Gefälligkeiten, die der Kanzler den Franzosen in Anam, Tonkin und bei dem von Challemel-Lacour erfundenen „état de représailles“ gegen China erwies, waren doch eine Politik der kleinen Mittel, die zu nichts führten. Während man in Frankreich Jules Ferry anklagte, sich von Bismarck düpieren zu lassen, betrachtete man ihn in Petersburg nur als einen unzuverlässigen Mann, wie dies die russischen Zeitungen bei seinem Sturz offen aussprachen. Es ist daher vollkommen unbegründet, wenn er in seinem Wiener Interview behauptet hat, daß er bis ans Ende in Petersburg unbedingtes Vertrauen genossen, und erst sein Nachfolger dasselbe verscherzt habe. Aber noch eine ungünstige Folge hatte die erwähnte verfehlte Maßregel, die Franzosen kauften von uns die russischen Werte, und so ward zuerst der Grund für eine Interessengemeinschaft materieller Art zwischen beiden Ländern gelegt.

Eine solche hatte bisher nicht bestanden, Unterhaltungen, wie sie Gortschakow mit dem Herausgeber des „Soleil“ führte, dem er zurief „Soyez fort“, hatten nicht viel zu bedeuten, Katkow, der mit seiner Moskauer Zeitung die öffentliche Meinung beherrschte und auch auf den Czaren starken Einfluß übte, weil er demselben zuredete, seine Autokratie zur Wahrheit zu machen, was Alexander III. im stillen begehrte, aber nicht immer zu thun wagte, hatte sich zwar nach dem österreichisch-deutschen

Bündnis von Deutschland abgewendet und ein Einvernehmen mit Frankreich befürwortet. Aber als Konservativer hatte er keine Vorliebe für die Radikalen, welche in Paris das große Wort führten; nach dem Tode des Grafen von Chambord äußerte er in einem vielbemerkten Artikel: „Die von Bismarck unterstützte französische Republik untergräbt das Ansehen Frankreichs; die Wiederherstellung der Monarchie ist bedingungslos im Interesse Rußlands, ein starkes, monarchisches Frankreich ist unser natürlicher Verbündeter.“ Zu einer solchen Restauration war aber dermalen keine Aussicht, die fortwährenden Ministerwechsel konnten vielmehr dem Autokraten an der Newa nicht sympathisch sein, außerdem aber beleidigte man denselben in Paris geradezu. Aus Furcht vor den Radikalen wagte man nicht, den Verschwörer Hartmann auszuliefern, begnadigte den Nihilisten Krapotkin und rief, ungeachtet der dringenden Vorstellungen des russischen Vertreters in Paris, den französischen Botschafter General Appert ab, der bei dem Czaren persona gratissima war, weil er sich in orleanistische Machenschaften eingelassen haben sollte, was den Kaiser, der diese Nachricht gerade vor einem Souper empfing, zu dem auch Appert geladen war, veranlaßte demselben zuzurufen: „Quel fichu gouvernement que vous avez, il parait que c'est un tas de canailles.“

Die bulgarische Krisis vom 21. August 1886 brachte eine gewisse Änderung in die Lage. Nach der Rede des Grafen Kalnoky in der ungarischen Delegation über die Sendung von Kaulbars und der Äußerung Salisburys im Mansion-Hause, in welcher derselbe die Verschwörer als durch fremdes Gold bestochen brandmarkte, forderte Katkow in der Moskauer Zeitung, daß Rußland seine Gesandten in Wien und London abberufe und über Deutschlands Kopf Frankreich als natürlichem Verbündeten seine Hand reiche, da Bismarcks anscheinende Parteinahme für Rußland nur bezwecke, dasselbe in einen neuen orientalischen Krieg zu verwickeln. Das Auswärtige Amt in Petersburg folgte diesem Rate nicht, machte aber eine geheime Eröffnung in Rom, wodurch Italien Triest angeboten ward, wenn dasselbe in einem Kriege Rußlands mit Österreich und Deutschland sich auf die Seite des ersteren stellen wolle, und um dieselbe Zeit

schlug Frankreich unter gleichen Bedingungen Italien vor, demselben die Erwerbung des Trentino zu sichern, Vorschläge, welche jedoch die Loyalität von Depretis kurzer Hand abwies. War somit diese Gefahr, welche den Frieden Europas bedrohte, für den Augenblick abgewendet, so blieben doch die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich gespannt und wurden es auch mit Deutschland, als die Entfremdung zwischen letzterem und Frankreich zur Zeit der Reichstagswahlen einen beunruhigenden Charakter anzunehmen schien. General Martinow wurde von Petersburg nach Paris geschickt, er verhandelte viel mit dem Minister Flourens, und bald darauf erschien im „Nord" ein bedeutsamer Artikel von Herrn Katakazy, dem Günstling Gortschakows, welcher erklärte, „Rußland wünscht den Frieden, aber auch die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, es wird eine zweite große Niederlage Frankreichs nicht zugeben", womit also gesagt war, daß bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland Rußland eine Stellung nehmen werde, die Deutschland nötigen müßte, seine Macht zu teilen. Katkow genügte diese Politik nicht, er fing an Herrn von Giers in seinem Blatte heftig anzugreifen und setzte auf den milden Tadel des Czaren demselben in einer Audienz zu Gatschina auseinander, daß es notwendig sei, mit Frankreich schon jetzt in enge Verbindung zu treten. Der Kaiser, halb überzeugt, forderte ihn auf, Giers seine Ansichten darzulegen, der aber ablehnte ihn zu empfangen; dies ward höchsten Ortes sehr übel vermerkt, und als der Minister darauf seine Entlassung einreichte mit der Bemerkung, daß unter obwaltenden Umständen sein Rat schwerlich von Nutzen sein könne, ward ihm die ungnädige Antwort, daß, wie der Czar seine Minister berufe, auch er allein sie entlasse, wann es ihm gut dünke und nicht, wenn es ihnen selbst einfalle, zu gehen. Aber unmittelbar hernach traf die Nachricht von einer neuen Ministerkrisis in Paris ein, die zeigte, wie wenig man auf den französischen Flugsand bauen könne. Der Kaiser sah ein, daß sein ruhig denkender Minister doch ein besserer Ratgeber sei als der leidenschaftliche Publizist, und als derselbe sich heimlich mit Boulanger in Beziehung setzte, erhielt er einen Verweis schärfster Art. Dies Mißtrauen steigerte sich noch, als der einzige Faktor,

der sich bisher in Paris behauptet hatte, Präsident Grévy, plötzlich von der Bildfläche verschwand, und die lärmenden Sympathiebezeugungen Déroulèdes beim Tode Katkows fanden eine bestimmte Zurückweisung im „Nord“, in der es hieß: „Rußland wird sich nicht in französische Angelegenheiten mischen, dankbar anerkennt es die Sympathien des französischen Volkes, aber wenn seine Meinung ins Gewicht fällt, wird es nur eine maßvolle französische Regierung unterstützen, die sich fähig zeigt, die Stellung festzuhalten, welche diesem Lande in Europa gebührt.“ Noch entschiedener sprach sich das Organ der Westlichen „Westnik Jewropy“ aus, welches sich ganz damit einverstanden erklärte, gute Beziehungen zu Frankreich zu unterhalten, aber ein Bündnis mit demselben gegen Deutschland als den Gipfel der Thorheit bezeichnete, weil selbst, wenn der Krieg erfolgreich wäre, keine zwischen den Verbündeten zu teilende Beute vorhanden sein würde. „Wir brauchen kein deutsches Gebiet, und wenn wir Frankreich helfen, Elsaß-Lothringen zu erobern, würden wir uns die dauernde Feindschaft Deutschlands, vielleicht eine Koalition gegen uns zuziehen. Frankreich kann in einem großen europäischen Kriege so gut wie nichts für uns thun, es wird uns nicht einen Mann gegen Österreich und England schicken, die unsre Gegner im Orient sind, gerade so, wie wir ihm nicht am Rhein helfen können, weil Österreichs Feindschaft uns daran hindert. Ein Einverständnis mit Frankreich darf daher unter keiner Bedingung den Charakter eines gegen Deutschland gerichteten Bündnisses tragen.“

Im Frühjahr 1887 nahmen die Ereignisse eine etwas andre Wendung. Ein kaiserlicher Ukas verbot allen Fremden in Rußland Grundbesitz zu erwerben oder zu behalten, und diese Bestimmung wurde unangenehm in Deutschland empfunden, da viele Angehörige desselben umfassende Güter in Rußland besaßen; speziell schien das Verbot gegen den Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, gemünzt, dessen Gemahlin von ihrem Bruder, Fürst Peter Wittgenstein, soeben einen Grundbesitz in Volhynien geerbt hatte, der, wie es hieß, die Größe eines kleinen Königreichs hatte. Der Czar fürchtete Reklamationen durch die persönliche Intervention des Kaisers Wilhelm und er-

schien deshalb im Herbst nicht zu den Manövern in Stettin, wie erwartet wurde, er wolle nicht nach Canossa gehen, soll er gesagt haben. Fürst Bismarck verlor keine Zeit, hierauf die entsprechende Antwort zu geben, er lud zuerst Graf Kalnoky, dann Signor Crispi zu einem Besuch in Friedrichsruh ein, um der Welt zu zeigen, daß zwischen den leitenden Staatsmännern des Dreibundes das engste Einvernehmen bestehe. Was namentlich bei der Reise des italienischen Premierministers bemerkenswert erschien, war, daß sie bis zum letzten Augenblick geheim gehalten ward, dann aber ihre Ergebnisse durch denselben urbi et orbi verkündet wurden. Crispi hielt gleich hernach in Turin eine Rede, in der er entschieden für die Autonomie der Balkanstaaten sprach, Frankreich behandelte er mit größter Höflichkeit, aber auf dem Fuße einer gleichgestellten Macht, er betonte den Wunsch, die besten Beziehungen mit demselben zu erhalten, aber warnte mittelbar gegen chauvinistische Gelüste der Pariser Machthaber. Die Wirkung dieser Demonstration wurde sofort in Paris wie in Petersburg gefühlt; Herr Flourens fand es geraten, in den lange sich hinschleppenden Fragen des Suez-Kanals und der Neuhebriden Zugeständnisse zu machen, wodurch er anerkannte, daß, wenn er gute Beziehungen mit England wünschte, er an keinen Krieg mit Deutschland denken könne. Der Czar seinerseits, der durch Krankheit seiner Kinder länger in Kopenhagen festgehalten war und in der späten Jahreszeit die direkte Rückreise zur See scheute, sah ein, daß er doch nicht wohl durch Deutschland passieren könne, ohne einen Besuch in Berlin zu machen. Nach dem, was vorgefallen, fand Bismarck es nicht angezeigt, den Kaiser am Bahnhof zu empfangen, aber schrieb sich nach der Ankunft desselben im Botschaftshotel ein, worauf ein russischer Flügeladjutant bei ihm erschien, um ihn zu einem Besuch einzuladen. Bei demselben beklagte sich Alexander III. über die neuerliche deutsche Politik in der bulgarischen Frage, indem er von einem Briefe des Botschafters in Wien, Fürsten Reuß, an Prinz Ferdinand von Koburg sprach, in dem dem letzteren die Versicherung gegeben sein sollte, daß er auf Deutschlands stille Unterstützung rechnen könne. Der Kanzler erwiderte, daß ein solches Schreiben nie ergangen sei und er noch weniger sich in

diesem Sinne ausgesprochen habe, es könne sich also nur um ein gefälschtes Aktenstück handeln „**par lequel la religion de Votre Majesté a été surprise.**“ Die später angestellte Untersuchung bestätigte sowohl dies, als daß andre angebliche Briefe der Gräfin von Flandern an den Prinzen Ferdinand nie geschrieben seien; wer der Fälscher war, ist nicht öffentlich bekannt geworden, es scheint, daß hochgestellte Personen in Petersburg dabei beteiligt waren, die man nicht wünschte bloßzustellen; jedenfalls aber erkannte der Kaiser, daß er getäuscht sei, und das gute Einvernehmen ward ostensibel hergestellt, auch erhielt die russische Presse die Weisung, die Polemik gegen Deutschland einzustellen. Aber der Autokrat in Gatschina ist thatsächlich nicht so mächtig, wie er scheint, der Direktor der Presse, Herr Feoktistow, der mit diesem Auftrag betraut ward, war selbst ein Panslawist, der sich anscheinend solchen Befehlen beugte, aber die Augen zudrückte, wenn denselben nur lau gehorcht ward. So begannen die leitenden Organe bald aufs neue gegen den Dreibund zu polemisieren, speziell Österreich und Deutschland anzugreifen, die Truppenkonzentrationen an der Westgrenze nahmen ihren Fortgang und die Lage blieb nach wie vor gespannt.

IX. Die Verhältnisse im Orient.

Inzwischen hatte Rußlands auswärtige Politik auf ihrem Hauptgebiet, der orientalischen Frage, wenn wir von Mittelasien absehen, wo sie, dank der Schwäche Englands, stets vordrang, nur Niederlagen zu verzeichnen. Die Politik des Kaiser Nikolaus war dahin gegangen, die Türkei selbst unter die Botmäßigkeit Rußlands zu bringen, eine Depesche Nesselrodes vom 12. Februar 1830 formulierte dieselbe dahin, daß man im letzten Kriege dies Reich zwar hätte vernichten können (?), „mais dans l'opinion de l'Empereur, cette monarchie réduite à n'exister que sous la protection de la Russie et à n'écouter désormais que ses désirs, convenait mieux à nos intérêts que toute combinaison nouvelle, qui nous aurait forcés, soit à trop étendre nos domaines par des conquêtes, soit à substituer à l'empire Ottoman des états qui n'auraient pas tardé à rivaliser avec nous de puissance, de civilisation, d'industrie et de richesses.“*) Mit dem Vertrag von Hunkiar-Iskelessi von 1833 schien dies Ziel erreicht, aber indem später Nikolaus I. den Bogen überspannte, führte er 1854 den Krieg herbei, und der Friede von Paris (1856) machte dieser Politik ein Ende. Die Gortschakows ging nun umgekehrt auf das früher verworfene Ziel aus, die Herrschaft der Pforte zu unterminieren und christliche Staaten unter Rußlands Protektorat auf der Balkanhalbinsel zu schaffen. Die kirchliche Autonomie Bulgariens, welche Ignatieff 1870 durchsetzte, war das Vorspiel zur politischen, welche Rußland im Kriege von 1877 auf seine Fahne schrieb und im Frieden von San Stefano erreichte. Im Berliner Vertrage mußte zwar die Zerreißung Bulgariens in das tributäre Fürsten-

---

*) Documents relatifs à la Russie. Paris 1854, S. 61—63.

tum und die autonome Provinz Ostrumelien zugestanden werden, aber man betrachtete die Wiedervereinigung nur als eine Frage der Zeit, und wenn zugleich der Rückzug der russischen Armee binnen 9 Monaten festgesetzt ward, so rechnete man in Petersburg darauf, das Fürstentum, dem in dem Prinzen Alexander von Battenberg ein Herrscher nach dem Herzen Alexander II. gegeben war, mittelbar desto sicherer zu beherrschen. In den ersten Jahren war dies in der That der Fall, aber die hochmütige Art, in der die Russen diese Herrschaft lediglich in ihrem Interesse übten, mußte schließlich einen Konflikt mit dem Fürsten, wenn er nicht ihr einfaches Werkzeug werden wollte sowie mit der Nation, welche ihre verfassungsmäßigen Rechte wahren wollte, herbeiführen. Ein spezielles Recht auf maßgebenden Einfluß Rußlands in Bulgarien ließ sich nicht behaupten, im Berliner Vertrag, der allein maßgebend sein kann, ist hiervon keine Spur zu finden; Art. 6 sagt zwar, daß die provisorische Verwaltung durch einen russischen Kommissar unter Kontrolle der Konsuln geführt werden solle, aber Art. 7 beschränkt dies Regiment ausdrücklich auf 9 Monate und sagt, daß es mit der Wahl des Fürsten sein Ende finden soll, durch welche das Land in vollen Besitz seiner Autonomie eintritt. Ebensowenig ist in den Protokollen des Kongresses irgend etwas zu entdecken, was dafür spräche, daß Rußland in Bulgarien mehr Einfluß als eine andere Macht üben solle. Dagegen hat beim Abzug der russischen Truppen Alexander II. in einer Proklamation an das bulgarische Volk vom 11. April 1879 in beredten Worten die Unabhängigkeit Bulgariens und die „bases solides pour le développement de votre nationalité“ anerkannt. Wir besitzen jetzt die Aktenstücke über die Maßregeln, welche die Vertreter Rußlands für ihre Zwecke anwendeten, in den Veröffentlichungen der Swoboda bei dem Prozeß Beltschew, die das Rundschreiben des zeitigen Verwesers des Petersburger Auswärtigen Ministeriums vom 29. August 1892 zwar für Fälschungen erklärt hat, womit er aber schwerlich viel Glauben gefunden hat.*) Die merk-

*) Die Aktenstücke sind von dem früher in russischen Diensten stehenden Dragoman Jacobsohn entwendet oder kopiert. Derselbe war dazu imstande, da nach der Abberufung der russischen Konsuln aus Bulgarien

würdigen Dokumente beginnen mit dem Jahre 1881, wo der diplomatische Agent in Sofia, Hitrowo, seinen Konsuln schreibt, der bulgarische Kriegsminister, d. h. der russische General Ehrenrot halte es für durchaus notwendig, eine Anzahl von Anhängern des früheren Ministeriums vor den Wahlen zur Sobranje zu verhaften, um die einflußreichsten Mitglieder der Opposition brach zu legen, so daß die Versammlung „nur aus unsern Anhängern zusammengesetzt sein wird". Ein weiteres Schreiben des Direktors des Asiatischen Departements, der bezeichnender Weise auch die Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien u. s. w. überwacht, erzählt, daß General Obrutschew sich gegen ihn sehr unzufrieden über die Regierung Bulgariens ausgesprochen habe, Rußland habe dort den ersten Stein eines großen Gebäudes gelegt und vor dem Abzug seiner Truppen habe ein Kriegsrat die endgültige Lösung der orientalischen Frage durch Maßregeln in Bulgarien, Rumelien und Macedonien beschlossen, die nicht

(November 1886) deren Archive in den Händen der Dragomanen blieben und er aus dem von Rustschuk, wo er angestellt war, nehmen konnte was er wollte. Ebenso konnte er seine Sammlung ergänzen, als er bis 1890 der Gesandtschaft in Bukarest beigegeben wurde, von der er zu den wichtigsten Unterhandlungen gebraucht wurde. Deshalb hat die russische Regierung ihn, als er sich mit dem Gesandten Hitrowo überwarf, aufs eifrigste wegen Entwendung amtlicher Schriftstücke verfolgt und es gelang ihm nur auf weiten Umwegen nach Sofia zu entkommen, wo er die Dokumente Stambulow auslieferte. Außerdem kann deren Echtheit teilweise durch die noch vorhandenen Originalstreifen des Bukarester Telegraphenamtes bewiesen werden. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß Jacobsohn Irrtümer hinsichtlich der Daten, der Nummern, der Behörden, von denen die Aktenstücke ausgingen usw., begangen hat, indem er vielleicht manches aus dem Gedächtnis niedergeschrieben hat und auf solche Ungenauigkeiten wird sich auch wohl wesentlich das russische Zirkular beziehen, welches die Fälschung behauptet. Die materielle Wahrheit dessen, was die Aktenstücke über die russische Politik mitteilen, wird dadurch schwerlich berührt. Charakteristischerweise hat ja überhaupt nicht der Beweis, daß Rußland sich jedes revolutionären Mittels auf der Balkanhalbinsel bedient und seine Gesandtschaften in einer Weise handeln, die allen völkerrechtlichen Begriffen Hohn spricht, Erstaunen hervorgerufen, sondern der Umstand, daß seine Agenten unvorsichtig genug waren, sich so kompromittieren zu lassen. Die Aktenstücke sind jetzt gesammelt erschienen Documents secrets de la politique Russe en Orient. 1881—90. Berlin, Wilhelmi 1893.

gegen den Willen des Fürsten Battenberg durchgeführt werden könnten, weshalb derselbe eventuell zu beseitigen sei. Der Direktor stimmt dem General zu, daß Bulgarien unter russischem Protektorat stehen müsse, glaubt aber, daß man die Form desselben nicht einfach durch die Konstituierung eines russischen Großherzogtums unter dem Czaren als Großherzog der Balkanländer gegen die Unterzeichner des Berliner Vertrages durchsetzen könne, die vom Kriegsrat beschlossene Vereinigung mit Ostrumelien solle im Auge behalten werden, aber noch sei es dafür zu früh, auch frage es sich, ob man durch eine solche Vergrößerung Bulgariens, zumal wenn Macedonien hinzukomme, nicht ein zweites Rumänien schaffen würde, mit dem Rußland so traurige Erfahrungen gemacht? Nr. 8 ist ein Zirkular Hitrowos an die Konsuln über das bei den Wahlen einzuhaltende Verfahren, das Bureau soll aus dem außerordentlichen Kommissar, seinem Beirat und dem Maire zusammengesetzt sein, das den Wählern auf geeigneten Zetteln die Namen der Kandidaten giebt, die gegen den Fürsten sind. „General Ehrenrot ist der Ansicht, daß diese Art zu wählen nicht sehr gesetzlich, aber vortrefflich ist und zum gewünschten Ziele führen wird", den Fürsten halte er aller schlechten Handlungen fähig, das Wiener Kabinett sei ihm sehr günstig und überwache das Verfahren der Russen mit großer Aufmerksamkeit. Die Wahlen fallen dann den Vorbereitungen gemäß günstig aus, die Sobranje bestätigt die auf 7 Jahre vorgeschlagene Diktatur des Fürsten, aber Hitrowo bezweifelt schon damals, daß er sich Rußlands Willen fügen werde. Diese Befürchtung verwirklicht sich bald, indem derselbe dem Berliner Vertrag gemäß zuerst die Eisenbahn Zaribrod-Sofia-Vakarel bauen will, um Wien und Constantinopel zu verbinden, was gegen die russischen Interessen ist. Im September 1881 wird dem General Lessowoi befohlen, den Freiwilligen, die in Bosnien und der Herzegowina einen Aufstand anzetteln wollen, in der Stille Waffen zu liefern, wobei die größte Vorsicht zu beobachten sei, da Österreich die montenegrinische Grenze befestige und scharf beobachten lasse, die Freiwilligen müßten also mit montenegrinischen Päſſen gehen, von denen einige tausend aus Cettinje in blanco nachgesucht seien. Dieser Versuch eines Aufstandes wird begründet durch

ein geheimes Zirkular des Asiatischen Departements vom 16. September, das über die grausame Behandlung der orthodoxen Slaven durch das österreichisch-ungarische Okkupationskorps klagt, S. Maj. habe auf Bericht des Staatssekretärs von Giers befohlen, diesen Unterdrückten und dem Klerus nach Möglichkeit zu helfen, das slavische Wohltätigkeitskomitee sei ermächtigt ihnen in der Stille Geld und russische Freiwillige zu schicken, außerdem sei der Gouverneur von Odessa angewiesen, 20000 Frcs. den Konsuln in Bulgarien für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, der Hauptmann Calmukoff werde die Freiwilligen befehligen. Das Unternehmen scheitert aber kläglich an der Unfähigkeit der letzteren und der Wachsamkeit der österreichischen Behörden, so daß am 3. September 1882 befohlen wird, nicht mehr an der Bewegung sich zu beteiligen. Im September 1882 schreibt der Direktor des Asiatischen Departements dem Konsulats-Verweser in Rustschuk, man müsse sich vor allem mit den russischen Interessen beschäftigen, die keineswegs mit denen des Fürsten übereinstimmten, es sei also geboten so viel als möglich das Vertrauen des Volkes auf letzteren zu erschüttern, man müsse sich dabei auf die Massen stützen und so die russische Initiative bei der Frage einer Entfernung des Fürsten aus Bulgarien decken, namentlich den liberalen Führern die Wiederherstellung des konstitutionellen Regiments in Aussicht stellen, die ausgewanderten Bulgaren zurückberufen und jede konservative Agitation unterdrücken. Diese Idee heißt es weiter (April 1883) ward vom slavischen Komitee sehr gebilligt, das mit Zustimmung von Giers außerdem der Ansicht sei, daß man die Vereinigung mit Ostrumelien vorbereiten müsse, den Fürsten zur Abdankung zu bewegen, um Großbulgarien unter das Protektorat Sr. Maj. zu stellen; das Fürstentum sei nach Analogie Finlands zu organisieren. Als der Fürst sich der Niederlegung seiner Vollmachten widersetzt, wird befohlen ihm den Willen Sr. Maj., die Verfassung wiederherzustellen, amtlich mitzuteilen, wobei zu berücksichtigen ist, daß seine persönlich freundschaftlichen Beziehungen zu Alexander II. unter dessen Nachfolger seit dessen Krönung, wo Mißhelligkeiten zwischen beiden stattgefunden hatten, in ihr Gegenteil umgeschlagen waren. Er erklärte dem russischen Agenten in sehr

bestimmten Ausdrücken, daß nur das bulgarische Volk das Recht habe einen solchen Wunsch kundzugeben, gab aber auf den Rat der Konsuln der übrigen Mächte nach, welche geltend machten, daß die Herstellung der Verfassung unzweifelhaft vom Volke gewünscht werde. Sie fand am 30. August statt, aber es zeigte sich bald, daß die parlamentarischen Führer ebenso wenig gefügige Werkzeuge der Russen sein wollten, Karaweloff und Stambulow waren in geheimer Verbindung mit der Opposition in Ostrumelien, um dessen Vereinigung mit Bulgarien unter dem Fürsten herbeizuführen, und wiesen die russischen Anerbietungen, die Union zu begünstigen, wenn der Fürst entfernt werde, kurz ab. Ebenso wenig gelang es denselben in einen Krieg mit Rumänien, auf Grund von dessen Besetzung Arab-Tabias zu drängen, vielmehr wurden alle russischen Pläne durch die ganz unerwartete Revolution in Philippopel vom 18. September 1885 auf das unangenehmste gekreuzt. Dieselbe, welche ohne Widerstand die türkische Herrschaft beseitigte, war das alleinige Werk des Nationalkomitees unter der Führung Stranskis,*) der Fürst war nicht nur unbeteiligt dabei, sondern dadurch ebenso überrascht wie der russische Botschafter, fühlte aber die Notwendigkeit, der Aufforderung der Führer, sich an die Spitze zu stellen, nachzukommen, um das Land vor Anarchie und seine eigene Stellung zu retten. Nun protestierte Rußland gegen die Verletzung des Berliner Vertrages, die es kurz zuvor selbst vorgeschlagen, und der damals in Kopenhagen weilende Kaiser rief ohne einen seiner Minister zu fragen, alle russischen Offiziere und Beamten aus Bulgarien ab, er meinte damit dessen Regierung in Verlegenheit zu bringen, befreite aber dadurch nur von unbequemen Gästen das Land, welches in dem Kriege mit Serbien zeigte, daß es auf eigenen Füßen stehen könne; die Intervention Österreichs allein verhinderte den Einmarsch der Sieger in Belgrad. Inzwischen einigte sich der Fürst mit dem Sultan (2. Februar 1886) über einen Vertrag, wonach ersterer auf fünf Jahre mit Aussicht auf Erneuerung zum Gouverneur von Ostrumelien ernannt werden sollte; der Akt

---

*) cf. Depesche des englischen Botschafters Sir W. White an Lord Salisbury vom 10. November 1885.

bedurfte der Zustimmung der Großmächte, und Rußland machte die seinige davon abhängig, daß nicht Fürst Alexander persönlich, sondern der Fürst von Bulgarien allgemein ernannt werde, in der Absicht, daß, wenn der jetzige Inhaber des Thrones beseitigt werde, die Ratifizierung seines Nachfolgers von ihm abhänge, jedenfalls es aber bei Erneuerung der Ernennung seine Zustimmung weigern könne; die andern Mächte bequemten sich dieser Forderung, und der Fürst nahm unter Vorbehalt die ihm übertragenen Befugnisse an. Die Erbitterung in Petersburg über diesen Gang der Ereignisse und die dadurch erfolgte Befestigung des Fürsten war groß, man dachte nicht daran sich an die anderen Mächte zu wenden, da ein solcher Versuch aussichtslos gewesen wäre, sondern beschloß rücksichtslos die Entfernung Alexanders durchzusetzen. Der erste Versuch, denselben aufzuheben, ward durch die Wachsamkeit des Leutnants Martinoff vereitelt, aber am 21. August 1886 wurde er von bestochenen Verschwörern in seinem Palast überfallen und gewaltsam über die Grenze gebracht. Das bulgarische Volk erhob sich einmütig gegen diesen Schurkenstreich, und die von den Meuterern gebildete, sogenannte provisorische Regierung wurde sofort vertrieben, der Fürst indes, der im Triumph hätte zurückkehren können, verlor den Kopf, ließ sich durch russische Einflüsse verleiten, ein demütiges Telegramm an den Czaren, mit der Bitte um Versöhnung, zu richten, und als dasselbe eine schroffe Zurückweisung erfuhr, dankte er, des Spieles müde, ab. Aber die Bulgaren wußten in überraschender Weise ihre Unabhängigkeit zu behaupten, und der General Kaulbars, der in Sofia in unqualifizierbarer Eigenschaft erschien, um das Land unter russische Botmäßigkeit zurückzubringen, mußte unverrichteter Sache abziehen, nachdem er sich ebenso lächerlich als verhaßt gemacht. Die ganze öffentliche Meinung Europas nahm Partei für dies tapfere Volk, und in Deutschland konnte selbst die Autorität des Fürsten Bismarck dieser Sympathie nicht Schweigen gebieten. In Österreich-Ungarn aber kam diese Stimmung zu einem sehr deutlichen Ausdruck. Rußland konnte, wie die Dinge lagen, seine verlorene Stellung nur durch militärisches Einschreiten wiedergewinnen, dem aber trat Graf Kalnoky in der ungarischen

Delegation entgegen, indem er bestimmt andeutete, daß Rußland, ohne eine europäische Verwickelung heraufzubeschwören, nicht daran denken dürfe, eine bulgarische Stadt auch nur vorübergehend zu besetzen. Lord Salisbury stimmte diesen Erklärungen in seiner Rede auf dem Mansion House (9. November) auf das unumwundenste bei, mit rückhaltslosester Verurteilung des mitternächtlichen Komplotts von Offizieren „debauched by foreign gold“ und Bewunderung für die Entschlossenheit, welche Bulgarien in der Bewahrung seiner nationalen Freiheit gezeigt. So blieb Rußland nichts übrig, als grollend zuzusehen und durch fortwährende unterirdische Thätigkeit gegen die illegitimen Machthaber in Sofia zu arbeiten, wofür die Gesandtschaft in Bukarest unter Herrn Hitrowo das Hauptquartier ward. Derselbe hatte bereits auf der Balkanhalbinsel seine Proben als Agitator abgelegt, konnte aber erst jetzt seinem Thatendrang freies Spiel gewähren. Über die dabei befolgten Grundsätze drückte er sich selbst in einer Unterhaltung mit dem französischen Gesandten Mr. de Coutouly folgendermaßen aus: „Je ne comprends pas tous les scrupules de la diplomatie de nos temps. Il est malheureux que les diplomates d'aujourd'hui n'aient pas les mains libres comme au bon 15ième siècle, où tout était permis, le poignard et le poison. Quant aux questions d'argent, car après tout on ne peut rien faire sans argent, c'est une préoccupation que je n'ai jamais eue. On va droit devant soi. Si on a besoin d'argent, qu'on en ait ou non, on en dépense et si, après tout, votre gouvernement vous désavoue et ne paie pas, on se fait sauter le caisson. Du moins on ne s'est pas arrêté en route.“ Diese unverfrorene Rehabilitation der Borgia-Diplomatie verblüffte denn doch den Vertreter der befreundeten Westmacht so, daß er sie andern Kollegen mitteilte, wodurch sie ihren Weg in deren Gesandtschaftsberichte fand. Solche Äußerungen waren nun zwar sehr unklug, und Hitrowo hat schließlich selbst die Wahrheit des serbischen Sprichwortes an sich erfahren: „Der Fuchs fängt sich im Eisen mit einem Bein, aber wenn er recht schlau sein will, mit allen Vieren,“ aber man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß jenes Bekenntnis keine Prahlerei war, sondern

er nach demselben stets gehandelt hat. Es steht unwiderruflich fest, daß von dem Attentat des 21. August 1886 an, dessen Urheber, Major Gruew, von dem Obersten Lakarow, Militärattaché der russischen Agentschaft in Sofia, geleitet ward,*) der Impuls und die Geldmittel zu allen Verschwörungen gegen die bestehende Ordnung von Hitrowo oder dem panslawistischen Komitee in Jassy gekommen sind. Wenn dies offiziell russischerseits geleugnet ist, so hat ein wohlunterrichteter Aufsatz der Köln. Ztg. vom 14. September 1892 mit Recht darauf geantwortet, daß schon die Manipulation so großer Geldsummen nicht unbemerkt bleiben konnte, und angeführt, daß allein in den letzten Monaten 1887 Hitrowo in Bukarest für mehr als $^1/_2$ Million Frs. Wechsel des Asiatischen Departements, gezogen auf S. Rodocanchi in London, diskontiert hat, und zugleich der russische Konsul in Jassy 350 000 Frs. an Wertsendungen empfing. Die bulgarischen Emigranten und die katilinarischen Existenzen, welche sie unterstützten, waren nur die Puppen, die an russischen Drähten gezogen wurden; hierüber haben die in dem Prozeß Beltschew veröffentlichten Aktenstücke jeden Zweifel ausgeschossen.**)

Alle diese Zetteleien, Putsche und Morde verursachten nun freilich den Männern, welchen die Aufgabe zufiel, das bulgarische Staatsschiff zu lenken, viele Ungelegenheiten, aber sie zeigten sich denselben vollkommen gewachsen. Nachdem die Versuche, den Fürsten Alexander zur Rückkehr zu bewegen, an dessen Weigerung gescheitert waren, wählte die Sobranje am 7. Juli 1887 den Prinzen Ferdinand von Koburg-Cohary zum Fürsten, der annahm, anfangs unter Vorbehalt der Zustimmung der Pforte und der Großmächte, dann aber auf dringende Vorstellungen

*) Den aktenmäßigen Beweis hierfür lieferte die Pariser „Liberté“ vom 13. Juni 1887 durch Veröffentlichung eines Schreiben Lakarows an Gruew.

**) Vergl. z. B. den Bericht Hitrowos vom 2. Juli 1887 Nr. 206. „Vertrauliche Rechnungssache an das Departement der persönlichen und Wirtschaftsangelegenheiten“, welcher in 26 Posten eine Zusammenstellung der Ausgaben im Gesamtbetrag von 762 000 Frs. giebt, die aus den Summen des Okkupationsfonds zur Organisation der nationalen Bewegung in Bulgarien und ebenso auf Verlangen des Departements der Staatspolizei von dem Gesandten gemacht wurden. — Ob Jacobsohn hierbei die Behörden richtig bezeichnet, steht dahin.

der Minister sich entschloß, ohne weiteres nach Bulgarien zu gehen, und am 11. August in Widdin eintraf, um am 22. die Regierung in Sofia zu übernehmen. In Petersburg war man über die Keckheit dieses Streiches außer sich und beschloß, den Eindringling durch jedes Mittel zu beseitigen. Ein jetzt bekannt gewordenes Telegramm des Asiatischen Departements, vom 10. August 1887 an Hitrowo, benachrichtigte denselben, „daß die kaiserliche Regierung endgültig beschlossen hat, den Prinzen Koburg als Usurpator, außerhalb aller Gesetze stehend, zu betrachten," deswegen auch alle Handlungen, welche gegen Koburg zum Zwecke seiner Entfernung aus Bulgarien gerichtet sind, nicht als gerichtlich verfolgbar und strafbar anzuerkennen, und ersuchte ihn, „vertrauenswerten Personen, welche bereit sind, thätigen Anteil an der Entfernung des Prinzen Koburg aus Bulgarien zu nehmen, Ihre Unterstützung angedeihen zu lassen."

Im Oktober folgte auf Bericht Hitrowos, daß der Leutnant Kolobkoff in Rustschuk intime Beziehungen zu einflußreichen bulgarischen Offizieren unterhalte, durch welche nach Ansicht Jacobsons bezüglich der Entfernung Koburgs gehandelt werden könne, „indem einer derselben, Major Panitza, in den zum Ziele führenden Mitteln nicht wählerisch sein werde," eine Weisung, mit Panitza durch Leutnant Kolobkoff und Dragoman Jacobson zu unterhandeln, aber letzterem einzuschärfen, äußerst vorsichtig zu sein, „damit unsre Teilnahme an der Entfernung des Prinzen von Koburg aus Bulgarien durch Verschwörung nicht bekannt werde". Hitrowo meldete darauf im November, daß er Panitza mißtraue, welcher Bedingungen stelle, worauf er angewiesen wird, durch den ersten Sekretär eine Zusammenkunft in einer Donaustadt mit Panitza zu veranstalten, um dessen Ansichten zu erforschen. Im Dezember berichtete der Gesandte über das Ergebnis dieser Begegnung: Panitza verlange von der kaiserlichen Regierung Geld und Waffen für einen Aufstand in Macedonien, eine provisorische Regierung, ausschließlich aus Bulgaren zusammengesetzt, solle gebildet werden, welche die Entsendung eines russischen Militärs als Kommissar beantragen werde, wobei Kaulbars ausgeschlossen sei. Unter dessen Leitung sei die

Sobranje zu berufen, um die Fürstenwahl vorzunehmen, von der Prinz Battenberg nicht auszuschließen sei. Panitza werde Oberkommandierender, nach der Fürstenwahl können die Posten des Kriegsministers und der Brigadekommandanten russischen Offizieren anvertraut werden, alle anderen Posten bleiben ausschließlich bulgarischen Offizieren vorbehalten. Da Panitza nicht am Gelingen eines Aufstandes in Macedonien zweifelt, bittet er die kaiserliche Regierung um Beihilfe zur Vereinigung dieser Provinz mit Bulgarien. Hierauf erfolgte die Antwort von Petersburg, daß dem letzten Verlangen nicht entsprochen werden könne, „weil in gegebener Zeit ein Aufstand in Macedonien selbst bei günstigem Ergebnis nicht in unserem Interesse liegt," die Folge eines solchen könne nur die Einrichtung einer Selbstverwaltung in dieser Provinz sein, gemäß den Vorschriften des Berliner Friedens, aber bei den unter einander feindlichen Elementen Macedoniens sei von einer solchen nichts zu erwarten. „Selbe würde ohne Zweifel zu einer Einmischung europäischer Mächte in die inneren Angelegenheiten Macedoniens, ja wahrscheinlich zu einer fremden Besetzung führen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei den feindlichen Gesinnungen der fremden Mächte und Englands gegen uns die Besetzung Macedoniens Österreich-Ungarn übertragen werde, in dessen Interesse auch die Anerkennung der gegenwärtigen Regierung Bulgariens und des Prinzen Koburg liegt."

Den Vorschlägen Panitzas über die Bildung einer provisorischen Regierung in Bulgarien könne nicht zugestimmt werden, „weil zur Geschäftsführung der Angelegenheiten des Fürstentums nicht ein Ministerium aus Anhängern der verschiedenen politischen Parteien gebildet werden soll, sondern aus solchen, die sich von vornherein bereit erklärt haben, den Wünschen der kaiserlichen Regierung nachzukommen und die Generalmajor Baron Kaulbars dem Staatssekretär Giers bezeichnet hat." Die Kandidatenfrage sei in dem Sinne endgültig entschieden, „daß die Angelegenheiten des Fürstentums sich unter der Leitung des Kaisers und eines Allerhöchst zu ernennenden Stellvertreters befinden sollen. Die Verfassung solle aufrecht gehalten werden, die kaiserliche Regierung aber räumt der großen Sobranje nicht sogleich das Recht der

Fürstenwahl ein, sondern nur das Recht, die Frage zu prüfen, ob es überhaupt vorteilhaft für das bulgarische Volk ist, einen eigenen Fürsten zu wählen, oder ob das Fürstentum nach den oben erwähnten Grundsätzen zu regieren sei: folglich kann ein für Bulgarien ernannter kaiserlicher Kommissar der zukünftigen großen Sobranje keine Mitteilung bezüglich irgend einer Kandidatur für den fürstlichen Thron machen. Hinsichtlich unsrer Anerkennung der vorläufigen Regierung, so ist das Verlangen des Majors Panitza durch Entsendung eines kaiserlichen Kommissars nach der Entfernung des Prinzen Koburg aus Bulgarien erfüllt. Nach der letzten Note des kaiserlichen Ministers des Äußern, die ausdrückliche Anerkennung der Ungesetzlichkeit der Anwesenheit des Fürsten Koburg in Bulgarien betreffend, hat das Wiener Kabinet sich Mühe gegeben, unsre weiteren Absichten zur Entfernung des selbsternannten Fürsten aus Bulgarien zu erfahren. Ohne sich in einen diplomatischen Schriftwechsel einzulassen und um das Auftauchen irgend einer neuen bulgarischen Frage zu vermeiden, hat die kaiserliche Regierung mit Allerhöchster Genehmigung beschlossen, bekannt zu geben, daß sie nach Entfernung des Prinzen Koburg aus Bulgarien jede Regierung im Fürstentum als gesetzmäßig anerkennen werde. Ich nehme an, daß diese Mitteilung der Regierung auf die bulgarischen Offiziere und andre einflußreiche Leute im Fürstentum einwirken werde, damit sie um so schneller das Hindernis für Annäherung Rußlands und Bulgariens beseitige, das einzig in der Person des ungesetzlichen Fürsten besteht." Die Vorschläge Panitzas betreffend der Armee können nicht erfüllt werden, da die letzten Ereignisse in Bulgarien die volle Zerrüttung derselben bewiesen, der kaiserliche Kommissar kann also auf die Befolgung seiner Befehle nicht zählen, es ist vielmehr vom Kriegsrat festgesetzt: „Zur Vermeidung der Einmischung andrer europäischer Staaten soll die kaiserliche Regierung Bulgarien nicht durch ein Okkupationskorps besetzen, sondern nur die bulgarische Armee durch russische Infanterie, Kavallerie und Artillerie auf einen höheren Stand bringen. Bei einer solchen Erhöhung des Heeres ist es natürlich undenkbar, daß ein bulgarischer Offizier ein Kontingent befehlige, dessen Hälfte aus unsern Truppen besteht."

Die Verhandlungen mit Panitza, auf den man nicht vertrauen könne, seien deshalb auf einige Zeit abzubrechen, es sei denn, daß derselbe sich bereit erkläre, einige der von ihm aufgestellten Bedingungen zu ändern, ebenso die mit andern bulgarischen Offizieren, deren Unfähigkeit, die Bewegung des Volkes im Fürstentum zu leiten, durch den ungünstigen Ausgang der Aufstände in Sofia, Burgas, Silistria und Rustschuk bewiesen. „Das Ministerium hat vielmehr auf Grund des Vorschlages des slawischen Wohlthätigkeitskomitees und infolge einer Benachrichtigung unsers Generalstabes beschlossen, die Expedition des Kapitäns Nabokow mit allem Notwendigen zu versehen, die es jeder Abmachung mit bulgarischen Offizieren vorzieht." Der Botschafter Nelidow rechne auf günstigen Erfolg derselben, da der geheime Durchzug derselben durch die Türkei anstandslos möglich sei und nach Zankows Ansicht die Besatzung von Burgas unbedeutend, auch der jetzigen Regierung nicht geneigt sei. Der erste Sekretär der Gesandtschaft in Bukarest, Villamow, sei deshalb nach Konstantinopel entsendet, um endgültig die Bedingungen mit Nabokow festzustellen, und über die Art der Regierung der von ihm zu besetzenden Gegend Bulgariens bis zur Ankunft von Verstärkung aus Odessa zu beraten, sowie ihm die zur Unterhaltung der von ihm für diese Expedition gesammelten Leute nötigen Geldmittel zu zahlen.

Indes alle diese Zettelungen scheiterten an der Energie der bulgarischen Regierung, an deren Spitze Stambulow mit voller Autorität stand; der Putsch Nabokows mißlang kläglich, seine Bande wurde von den Bauern und einigen Truppen in der Umgegend von Burgas vollständig vernichtet, bei ihm selbst aber Briefe Hitrowos gefunden, welche bewiesen, daß derselbe mit Zustimmung seiner Regierung diese Unternehmung organisiert hatte. Der Plan, den Fürsten im Dezember 1888 auf der Eisenbahn in die Luft zu sprengen, zu welchem Zwecke russische, als Fischer verkleidete Agenten die Linie Rustschuk-Varna besichtigten und die Stelle bei Tschoukour-Tchiftlik als „für eine Entgleisung am geeignetsten" fanden, scheiterte ebenfalls, obwohl die Verschwörer Sprenggeschosse durch Hitrowos Vermittlung erhielten. Die Erbitterung stieg durch diese fehlgeschlagenen Versuche in

Petersburg nur noch mehr; am 26. September 1889 wird der Gesandte in Bukarest unterrichtet, „daß die kaiserliche Regierung, um den Prinzen von Coburg zu entfernen, nicht die Anwendung der gesetzlichen (!) Mittel zulassen könne, die man gegen den anerkannten Fürsten Alexander gebraucht". Ersterer habe sich durch Bestechung, Terrorisierung und Gewalt der Regierung bemächtigt, daher könne dies Verbrechen nicht durch eine einfache Vertreibung gesühnt werden, sondern er müsse vor ein Volksgericht gestellt werden, das ihn schwer bestrafe und solches Urteil werde als Beweis dienen, daß der Haß gegen die Slawen, besonders der Österreichs, in Bulgarien nicht Fuß fassen könne, sondern zu einem kläglichen Ende führe. Der Kaiser habe den General Domontovitsch zum provisorischen Kommissar für Bulgarien ernannt, der von Belgrad aus dem russisch-bulgarischen Militärkomitee die Personen nennen werde, welche er für die provisorische Regierung bestimmt habe. Schon glaubte man sich am Ziele, der Dragoman von Rustschuk telegraphierte am 19. Januar 1890 nach Petersburg eine Depesche Panitzas, der Prinz Coburg, die Minister und Polizeibehörden seien in russischen Händen, da kam am 21. der hinkende Bote nach, Panitza und seine Genossen seien in Sofia verhaftet. Panitza wurde wegen Verschwörung vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und am 27. Januar 1891 erschossen. Auch ein von Paris aus geplantes Bombenattentat, dessen Unternehmer mit französischen Pässen versehen waren (que m'ont fourni les autorités françaises No. 237), erwies sich als unausführbar und wenn die späteren Attentate auf Beltschew und Vulkowitsch gelangen, bei letzterem sogar die Mörder durch Hilfe der russischen Botschaft entkamen, so erreichte Rußland dadurch doch nichts, sondern kompromittierte sich nur noch mehr, denn als intellektueller Urheber des ersteren Attentats, das vor allem gegen Stambulow gerichtet war, wurde der Kawaß des früheren russischen Generalkonsulats Sochorakow entdeckt, welcher auf Verfügung des deutschen Vertreters verhaftet und dann ausgewiesen ward. Auch der Versuch, Bulgarien finanzielle Schwierigkeiten zu bereiten, mißlang. Der Protest gegen das von demselben gemachte Anlehen blieb wirkungslos, da die Autonomie des Landes durch den Berliner

Frieden anerkannt ist und dieses, nicht etwa der Fürst Ferdinand, das Anlehen machte, und als das Petersburger Kabinett glaubte in Sofia durch Einforderung der Okkupationsschuld Verlegenheit zu bereiten, ohne daran zu denken, daß es durch die Annahme des Geldes indirekt die Regierung anerkannte, ward die geforderte Summe sofort bezahlt, wobei es zweifelhaft bleibt, ob die bulgarische Regierung damit klug handelte, da dieser „Okkupationsfonds“, wie die veröffentlichten Aktenstücke zeigen, wesentlich zu Agitationen gegen Bulgarien benutzt ward.

Ebensowenig hatten Rußlands Versuche Erfolg, die andern Mächte in Aktion gegen Bulgarien zu bringen. Was zunächst den Suzerän betraf, so war es Abdul-Hamid, nachdem er einmal die Provinz verloren, herzlich gleichgültig, was dort geschah, sofern es nur nicht ungünstig auf sein eigenes Reich zurückwirkte oder den ostrumelischen Tribut berührte. Gerade in dieser Hinsicht bewährten sowohl Fürst Alexander wie die gegenwärtige Regierung große Klugheit, sie zahlten pünktlich, anerkannten stets die Oberhoheit des Sultans und vermieden jeden Versuch, sich unabhängig zu erklären, wodurch sie sich ins Unrecht gesetzt hätten. Das Drängen Rußlands, militärisch gegen die Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum vorzugehen, konnte die Pforte mit dem Hinweis ablehnen, daß ersteres unter dem Schutz der Großmächte stehe, schwieriger war das Verlangen zurückzuweisen, einen türkischen Kommissar mit dem General Ernrot nach Philippopel zu senden, zumal Bismarck diesen Vorschlag unterstützte. Glücklicherweise aber machte er seine Befürwortung desselben bei den andern Mächten von einer amtlichen Aufforderung der Pforte und Rußlands abhängig; darüber konnten sich die beiden nicht einigen, und die Sache ward verschleppt, bis sie zwecklos wurde. Die Pforte hatte zwar formell den Zustand Bulgariens für ungesetzlich erklärt, zog daraus aber keinerlei praktische Folgerungen, sondern stellte sich vielmehr, je klarer es dem Sultan ward, daß er in einem festorganisierten Bulgarien den besten Schutzwall gegen Rußland haben werde, immer freundlicher zu ersterem, dessen gewandten Agenten Dr. Vulkowitsch es gelang, in Konstantinopel Einfluß zu gewinnen, die schmachvolle Ermordung desselben hinderte nicht,

daß der verhaßte Stambulow vom Sultan auf das freundlichste empfangen*) und ein Delegierter der Pforte zur Ausstellung nach Philippopel gesandt wurde. Frankreich zeigte sich zwar als stets bereiter Schildknappe Rußlands, die Presse der demokratischen Republik donnerte fast einstimmig gegen die Usurpatoren von Sofia und die dort herrschende Anarchie, erreichte aber damit nichts, und die Regierung machte mit ihrer Parteinahme für den ausgewiesenen Pamphletisten Chadourne (Dez. 1891) nur Fiasko.

Englands, Italiens wie Österreichs Stellung zum Fürstentum war so sympathisch, wie der Berliner Vertrag es nur erlaubte. Kaiser Franz Joseph empfing den Fürsten Ferdinand wiederholt privatim und sprach in seiner Botschaft an die Delegationen vom 22. Juni 1889 seine Freude aus über „die in Bulgarien herrschende Ordnung, sowie die stetigen Fortschritte, welche dies Land trotz seiner schwierigen Lage macht“, Worte, die in Sofia ebenso lebhafte Befriedigung hervorrufen mußten, wie in Petersburg das Gegenteil; noch übler scheint dort allerhöchsten Ortes der Empfang Stambulows seitens des Kaisers von Österreich aufgenommen zu sein, denn wenn auch der Morgenanzug des Ministers der Audienz jeden offiziellen Charakter nahm, so wurde der Vorgang doch besonders bezeichnend, da das Haupt der „usurpatorischen“ Regierung Wien auf der Reise zur Hochzeit des Fürsten Ferdinand berührte. Graf Kalnoky wird aber wohl gewußt haben, was er that, als er seinen Souverän zu diesem Schritte riet, und wollte wahrscheinlich zeigen, daß er genau wisse, was Österreich von Rußland zu erwarten habe nach dem schon erwähnten Erlaß des Asiatischen Departements vom 16. September 1881, betreffend die zu gewährende Hilfe an die in Bosnien und der Herzegowina grausam unterdrückten Slawen und ihres orthodoxen Klerus. Thatsächlich hat die vortreffliche Regierung,

*) Bezeichnend war die Angst der russischen Presse, daß Stambulow bei dieser Gelegenheit dem Sultan die Originale der von Jacobsohn entwendeten Aktenstücke zeigen könne (z. B. Art. Tatichtscheffs im „Roussky Viestnik“), was zeigt, daß man sie auch in Rußland für wesentlich echt hielt. Thatsächlich war bei der Audienz im Yildiz-Kiosk von denselben keine Rede.

deren Organisation wesentlich das Werk Kallays ist und die bei eifriger Förderung des materiellen Gedeihens alle Bekenntnisse gleichmäßig schützt, nichts von Rußland zu fürchten, wenn auch neuerlich noch Graf Ignatieff in einer Zuschrift an die Gesellschaft „Alt-Serbien“ erklärte, Österreich möge dort thun, was es wolle, Rußland werde nie die Rechtmäßigkeit der Besetzung rein slawischer Länder anerkennen und in nicht langer Zeit formell deren Räumung fordern, wobei er nicht bloß den Berliner Frieden, sondern auch das Abkommen von Reichstadt ignoriert.

Fürst Bismarck stellte sich anfangs sehr unfreundlich zu Bulgarien, der entschiedenen Haltung des Grafen Kalnoky nach dem Attentat von 1886 konnte er zwar nicht entgegentreten, aber der deutsche Generalkonsul von Wangenheim, der Rußlands Vertretung in Bulgarien übernommen, wurde durch seine Instruktionen oft sehr unbequem; in dem Unternehmen des Fürsten Ferdinand sah der Kanzler nur eine frivole Gefährdung des Friedens, das Kondolenz-Telegramm der bulgarischen Regierung beim Tode Kaiser Wilhelms schickte er zurück, ja widersetzte sich hartnäckig dem Anschluß der evangelischen Gemeinde in Sofia an die preußische Landeskirche, wie dieser sonst überall im Orient stattfindet, weil Rußland Bulgarien als zu seiner Einflußsphäre gehörig betrachtete. Mit seinem Sturz trat eine günstige Veränderung in der Haltung Deutschlands ein, letzteres unterzeichnete am 16. Mai 1890 mit dem Fürsten eine Handelskonvention nach dem Beispiel der englischen, im Frühjahr 1892 schloß sich der deutsche Gesandte in Belgrad der Verwahrung Österreichs gegen die unzulässige Begünstigung bulgarischer Unruhestifter an, und im September genehmigte Kaiser Wilhelm den erwähnten Anschluß der evangelischen Gemeinde. So konnte Bulgarien trotz aller Schwierigkeiten sich konsolidieren und bietet das Bild einer rasch aufsteigenden Entwickelung, wie eine unparteiische französische Stimme im Économiste français dies rückhaltslos anerkannte, die günstige Lage von Varna und Burgas bietet die Möglichkeit noch weit größerer Ausdehnung. Sein Gesamthandel stieg von 1886—1891 von 114½ auf 152½ Millionen Franks. Der Ackerbau, obwohl noch primitiv betrieben, hat sich mächtig gehoben, die Ausstellung von Phi-

lippopel hat die besuchenden Ausländer durch ihre Bedeutung überrascht. Das Straßennetz wurde auf 3200 km gebracht. Der Eisenbahnbau hat lebhaften Aufschwung genommen und geht rasch vorwärts, am 23. Mai 1888 ward die Linie Zaribrod-Sofia-Vakarel-Bellova eröffnet, welche die direkte Verbindung zwischen Paris und Konstantinopel herstellte. Die Armee ist tüchtig ausgebildet und gut bewaffnet. Bank- und Kreditwesen ruhen auf gesunden Grundlagen. Die Staatseinnahmen sind von 23 Millionen Franks in 1879—80 auf 88,2 Millionen in 1892 gestiegen,*) die Anleihen, welche zu produktiven und militärischen Zwecken in Wien zu 6 Prozent und 85 geschlossen wurden, stehen heute 112. Die Heirat des Fürsten Ferdinand hat seine Stellung befestigt, die Verfassungsveränderung für diesen Zweck sich anstandslos vollzogen; von einem Besuch in Konstantinopel ist bei der Hochzeitsreise so wenig wie früher die Rede gewesen, da der Sultan als Suzerän den Fürsten nicht wie ein andrer Souverän privatim empfangen konnte, ein andrer Empfang aber der Anerkennung gleich gewesen wäre. Wohl aber hat Abdul-Hamid die Gelegenheit benutzt, dem fürstlichen Paar reiche Hochzeitsgeschenke zu senden und zugleich seine Zustimmung zur Errichtung eines katholischen Bistums in Bulgarien gegeben.

Ein gleiches Bild in andern Formen bietet das Königreich Rumänien, welches schon dadurch von großer Wichtigkeit ist, daß es sich mit seinem romanischen Volksstamme zwischen Nord- und Südslaven schiebt. Für Rußlands Orientpolitik war es deshalb stets das Einfallsthor in die Balkanhalbinsel und seit der Frieden von Adrianopel ihm das Protektorat über Moldau und Walachei gegeben, waren dieselben thatsächlich russische Provinzen. Der Pariser Friede von 1856 beseitigte dies, aber ließ dieselben unter der Suzeränetät der Pforte und deshalb griff noch 1877 Rußland die Türken auf der Basis des Aufmarsches in Rumänien an. Seitdem dasselbe aber durch den Berliner Frieden 1878 ein unabhängiger Staat geworden, schiebt es sich, als stählerner

*) Hierbei ist allerdings der Hinzutritt Ostrumeliens seit 1886 zu berücksichtigen. Näheres in Rausch: „Bulgarien, seine wirtschaftliche und finanzielle Entwickelung“, und „Noten über die Ein- und Ausfuhr des bulgarischen Handels“. Wien, 1892.

Riegel, der Rußland das Thor nach Konstantinopel verschließt, bis ans schwarze Meer. Rußland hatte dasselbe anerkennen müssen, verfolgte aber auch dort den Zweck, die ruhige Entwickelung möglichst zu stören. Seine Gesandten konnten die Rolle nicht vergessen, welche früher die russischen Prokonsuln in Bukarest und Jassy gespielt; einer derselben, Fürst Urussow, der mit einem unzulässigen Ansinnen vom Minister des Auswärtigen zurückgewiesen war, rief beim Herauskommen mit dem Fuß stampfend „et penser que jadis nous étions les maîtres dans ce pays.“ Und doch war dieser ein unschuldiges Kind im Vergleich zu seinem Nachfolger Hitrowo, der gleich bei seiner Antrittsaudienz die Keckheit hatte, dem Könige zu sagen, er sehe es als seine Aufgabe an „de resserrer les anciens liens qui unissaient la Roumanie à la Russie“ (das Protektorat). Seine Agitationen, nicht bloß in Bezug auf die Verschwörungen gegen Bulgarien, sondern gegen den Frieden im Lande durch Umherschicken von Hausierern mit Bildnissen des Czar-Befreiers, Anzettelungen von Bauernunruhen, Subvention der antidynastischen Presse überschritten alles Dagewesene. In einem chiffrierten Telegramm Hitrowos vom 21. März 1887 spricht derselbe die Befürchtung aus, daß die Beteiligung einiger Agenten seiner geheimen Polizei an dem Attentat auf den Präfekten von Rustschuk, Mantow, bekannt werden könne und bittet diese Leute nach Rußland zu schicken*). Diese Polizeiagenten waren als Tierärzte verkleidet**) zogen aber durch ihre Telegramme die Aufmerksamkeit der rumänischen Behörden auf sich und die bulgarischen lieferten die von weiblichen Agenten nach Rußland gesandten Telegramme dem Bukarester auswärtigen Ministerium aus, da sie sich auf das „mouvement populaire“ in Rumänien bezogen. Die Regierung des letzteren wies 63 Russen, die sich so verdächtig gemacht hatten aus, worüber der Gesandte lebhafte Klage führte. Die bulgarischen Flüchtlinge wurden streng überwacht und ihre Anschläge nach Sofia mitgeteilt. Der russische Militär-Attaché mißbrauchte seine Stellung, um durch Verrat

---

*) Documents 153.
**) Ibid. 188.

die Pläne der Bukarester Befestigungen zu erlangen, bei dem 25jährigen Regierungsjubiläum König Karls am 22. Mai 1891 war der Czar der einzige Souverän, der nicht einmal durch seinen Gesandten hiervon Notiz nahm, vielmehr gelegentlich dem rumänischen Vertreter in Petersburg unverhohlen seine Antipathie gegen die fremde Dynastie aussprach. König Karl und seine Minister mußten sich von dem übermächtigen Nachbarn viel gefallen lassen, zumal die Kämpfe der Parteien ihre Kraft oft lähmten, aber die auswärtige Politik, die stets in den Händen des Souveräns blieb, war doch unter den wechselnden Ministerien gleichmäßig und erfolgreich auf die Befestigung der Unabhängigkeit gerichtet. Prinz Ferdinand von Hohenzollern ward am 4. April 1889 als Thronfolger zum Prinzen von Rumänien ernannt, trat in den Senat ein und gewann rasch eine gute Stellung im Lande, seine neuerliche Vermählung mit der Prinzessin Marie von Edinburgh, welche als glückliches Ereignis vom deutschen Kaiser proklamiert, mit großem Glanz im Januar 1893 vollzogen wurde, und die Dynastie auch mit England verband, befestigte dieselbe dauernd. In der That hat König Karl außerordentliches geleistet, so daß man ihn wohl einen Staatsmann auf dem Throne nennen darf. Als er ins Land kam, waren Rußland und Österreich seinem kühnen Unternehmen geradezu feindlich, England gleichgültig, der Kaiser Napoleon zeigte dem Fürsten, dessen Wahl er allerdings sehr gefördert, Wohlwollen, nahm aber auch eine Protektorstellung an und verlangte für Frankreich maßgebenden Einfluß. Wirklich freundlich gesinnt war nur Preußen.

Aber die äußeren Schwierigkeiten waren die geringeren im Vergleich zu den inneren. Der Fürst fand 1866 ein vollkommen erschöpftes und desorganisiertes Land vor, das seit Jahrhunderten von Türken und Russen mißhandelt war, die Armee war ein Haufe ungeordneter Milizen, die Justiz käuflich, ein wirkliches Beamtentum bestand nicht, die Finanzen waren im kläglichsten Zustande, so daß Offiziere und Beamte oft nicht bezahlt werden konnten. Für seine persönlichen Bedürfnisse mußte der Fürst bei seinem Vater eine Anleihe machen, das Land war ohne Eisenbahnen, die Straßen befanden sich in elender Ver-

fassung, Handel und Gewerbe lagen, da es kaum ein Bürgertum gab, in den Händen der Juden; und dabei eine demokratische Verfassung, welche die Regierung am wirksamen Eingreifen überall hinderte und der Tummelplatz parlamentarischer Intriguen war.

Schritt vor Schritt wußte der ehemalige preußische Leutnant mit dem Beistand einiger hervorragender Männer, unter denen namentlich Bratianu und D. Stourdza zu nennen, Ordnung in dies Chaos von Orientalismus und russischer Wirtschaft zu bringen, wie dies die interessanten Mitteilungen aus seinen ersten Jahren zeigen, die seit längerer Zeit von einem anonym bleibenden Augenzeugen in der Deutschen Revue veröffentlicht wurden. Es war eine neue, in Bukarest noch nicht gehörte Sprache, als Fürst Karl am 22. Mai 1866 in der rumänischen Kammer erklärte: „Ich bringe euch ein ehrliches Herz und offenen Sinn entgegen, starken Willen, das Gute zu thun, eine grenzenlose Hingabe an mein neues Vaterland und jene unbedingte, aus dem Vorbilde der Meinen geschöpfte Verehrung der Gesetze“. Diese Worte hat der Fürst mit der That bekräftigt, niemals hat er unter den kritischsten Verhältnissen an einen Staatsstreich gedacht, nie unbedacht äußere Verwicklungen hervorgerufen; sein Ziel war von Anfang an die Unabhängigkeit, aber er erkannte, daß die Vorbedingung dafür sei, Rumänien wirtschaftlich, sittlich und staatlich zu dem Range eines Staates von westeuropäischer Zivilisation zu heben. Er durchreiste das ganze Land, um dasselbe aus eigener Anschauung kennen zu lernen; zunächst wurden die agrarischen Zustände geordnet, indem die Frohnden abgelöst und so ein freier Bauernstand neben den Großgrundbesitzern geschaffen wurde, sodann lenkte sich die Energie des Fürsten vor allem auf die Reform des Heeres. Unter dem Wahlfürstentum war die Verfügung über dasselbe thatsächlich in den Händen des Kriegsministers, der nach den Interessen seiner Partei verfuhr, sodaß derselbe nicht bloß Haupt der militärischen Verwaltung, sondern auch der Armee war. Fürst Karl nahm sofort bestimmt das Recht des obersten Kriegsherrn in Anspruch, ermöglichte dadurch dem Heer ungestört durch parlamentarische Wirren eine feste Geschlossenheit zu geben und

dasselbe zur Verteidigung gegen innere wie äußere Feinde zu erziehen. Um dies recht augenfällig zu machen, ernannte er zunächst Zivilisten zu Kriegsministern, welche notorisch nicht Kriegsherren sein konnten. Anfangs mußte er aus Rücksicht gegen Napoleon französische Instrukteure nehmen, aber bereits mit den 1867 von Preußen überlassenen 10 000 Zündnadelgewehren kamen Oberstlieutenant v. Krenski und Leutnant van Senden, um die Mannschaften mit der neuen Waffe einzuüben, nach 1870 verschwanden die Franzosen ganz. Wie tüchtig bereits 1876 die rumänische Armee war, hat sie vor Plewna gezeigt, seitdem ist sie bedeutend verbessert und auf 100 000 Mann gebracht, die bei einem Kriege einer andern Großmacht mit Rußland von bedeutendem Gewicht sein würden, die Serethlinie und Bukarest sind stark befestigt, eine Flottille für Donau und schwarzes Meer ist gebildet. Das Beamtentum wurde so zu sagen aus nichts geschaffen, der Unterricht organisiert, so daß jetzt kaum ein Dorf ohne Schule ist. Eisenbahnen durchziehen das Land, die Straßen sind durchweg gut. Vor allem zeigt sich der Fortschritt in den Finanzen; zuerst mußte, um nur Geld zu bekommen, ein Anlehen bei Stern u. Oppenheim in London zu 8 Prozent aufgenommen werden, dann kam die Strousbergsche Epoche, wo dem Lande schlechte Bahnen für hohen Preis gebaut wurden, nach und nach wurde Besserung erzielt, das nächste Anlehen konnte schon zu 6 Prozent abgeschlossen werden. Mit Herstellung der Ordnung hoben sich die Einnahmen rasch, schon 1867 hatten die Zölle bis Anfang August mehr eingebracht als während des ganzen vorhergehenden Jahres. Der Krieg von 1877 brachte neue große Lasten, aber sofort nach dem Frieden ging man mit umfassenden Reformen vor, um den Staatshaushalt zu regeln, den Wohlstand zu heben und das Land für zukünftige Verwicklungen in wirksamen Verteidigungszustand zu setzen, für die Armee, die Befestigung der Serethlinie und Bukarests, Arsenale und Militärschulen wurden in zehn Jahren 380 Mill. Frs. verausgabt. Das Eisenbahnnetz wurde auf 3000 Kilometer gebracht; die Nationalbank, Bodenkreditanstalten und Sparkassen wurden gegründet, die Donauhäfen ausgebaut und mit Lagerhäusern versehen und ohne Steuerdruck das chronische Defizit beseitigt, von 1874 bis

1888 stiegen die Einnahmen von 90 Mill. Frs. auf 142, der Gesamthandel auf 310 Mill., der Schiffsverkehr auf 8,7 Mill. Tonnen. In den jetzigen Stand der Finanzen giebt das von der Kammer genehmigte Budget für 1893/94 lehrreichen Einblick. Dasselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 189 610 500 Frs. ab und die Einkünfte sind sämtlich ordentliche. Abgesehen von den früheren Zeiten konnte von 1880/81 bis 1888/89 das Gleichgewicht nur durch außerordentliche Mittel hergestellt werden: Anlehen, Ausgabe von 27,8 Mill. Hypothekennoten, Verkauf von Staatsgütern, Münznutzen und schwebende Schulden. Das Jahr von 1889/90 gab zuerst 9,9 Mill. Überschuß, das von 1891/92 $11^1/_2$ Mill. In dem Budget von 1893/94 konnte man bei dem guten Stand der Finanzen die Einnahmen um 13 Mill. höher ansetzen und die Ausgaben entsprechend erhöhen, gegen das Jahr 1888/89 gehalten, fallen dem Kriegsministerium 7,8 Mill., dem Innern 6,8, dem Unterricht 5,6, den öffentlichen Arbeiten 2,2, den übrigen Zweigen 3 Mill. mehr zu. Gegenüber der Opposition hob der Finanzminister hervor, daß die jährlichen Zinsen bei einer Erhöhung des Schuldkapitals von 240 Mill. nur um 2 Mill. gewachsen, also das Verhältnis von Schuld und Zinsen sehr viel günstiger geworden. Das 8 prozentige Anlehen ist ganz zurückgezahlt, das 6 prozentige in ein 4 prozentiges konvertiert, indem dies die gestiegene Kreditfähigkeit erlaubte, da die 5 prozentige Rente nahezu pari steht. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß abgesehen von den Befestigungen fast die ganze Schuld für produktive Zwecke, Eisenbahnen und andere öffentliche Arbeiten kontrahiert ist. Unzweifelhaft hat die einsichtige Politik der Regierung solche Erfolge trotz der unvermeidlichen Nachwirkungen der früheren Mißwirtschaft wesentlich dadurch erzielen können, weil die Rumänen durch Abstammung und Wesen auf dem Boden westeuropäischer Kultur standen und der Regierung bei ihren Reformen willig entgegenkamen.

Zu den russischen Schmerzenskindern kam im Herbst 1892 noch das bisher so verhätschelte Serbien, als Ristic, nachdem er den Beweis eines geplanten Sturzes der Dynastie und Einsetzung Karageorgevitchs in Händen hatte, das radikale Ministerium entließ. Die russische Presse war mit Kummer über die

traurige Verwirrung in dem rechtgläubigen und stammverwandten Lande erfüllt und beschwor vergeblich die liberale Partei, sich von der unsittlichen Politik des Regenten loszusagen. Auch der Staatsstreich, durch den König Alexander sich vor seiner Großjährigkeit in Besitz der Herrschaft setzte, war keineswegs von russischer Seite eingegeben, sondern überraschte in Petersburg ebenso wie überall.

Schwankender gestalteten sich die Dinge in Konstantinopel. Hier war mit der Thronbesteigung Abdul-Hamids ein großer Wechsel eingetreten, indem derselbe die ganze Leitung der Politik selbst in die Hand nahm; die Herrschaft der bedeutenden Veziere unter seinem Vorgänger war zu Ende, alle Fäden liefen fortan in Yildiz-Kiosk zusammen. Die Schattenseiten dieses Systems liegen zu Tage, das Eingreifen aus dem Kabinett in die militärischen Operationen verschuldete wesentlich den unglücklichen Ausgang des Krieges von 1877/78, der Sultan kennt sein Land nicht, noch weniger Europa; der fremden Sprachen unkundig, ist er für Auswärtiges auf Übersetzungen des Preßbureaus angewiesen, die selten unparteiisch sind, durch seine Eingriffe fehlt alle Teilung der Arbeit in der Verwaltung, er selbst kann die Geschäfte nicht allein bewältigen, und die Minister sind wenig mehr als Kommis, die keinen vollen Einblick erhalten, während untergeordnete Personen mit wichtigen Aufträgen betraut werden. Dazu ist der Großherr mißtrauisch, und seine Furcht vor Verschwörungen wird von Strebern geflissentlich genährt. In wichtigen drängenden Fragen kann er zu keinem Entschluß kommen, z. B. bei dem egyptischen Aufstand, wo die Mächte ihn selbst zur Intervention aufforderten und die Landung der in Kreta bereit stehenden Truppen ihm das Heft in die Hand gegeben hätte; die Reformen, zu denen England ihn stets aufs neue zu drängen suchte, lehnte er ab, weil er nicht die Einführung vieler christlichen Beamten in die Verwaltung wollte, und so geht die Mißwirtschaft einer Bureaukratie, die bei Unsicherheit der Amtsdauer und Unregelmäßigkeit der Besoldung sich durch Ausbeutung des Volkes schadlos hält, bis auf den heutigen Tag fort. Dagegen ist anzuerkennen, daß Abdul-Hamid ernstlich das Beste will, sehr thätig ist, die Abschließung, in der seine Vorgänger

sich befanden, durch persönlichen Verkehr auch mit den Gesandten gebrochen hat und im Laufe der Zeit an Einblick in die Verhältnisse und Sicherheit der Haltung sehr gewonnen hat. Nachdem Europa im Berliner Frieden die Pforte hatte opfern lassen, war er bei der Schwäche der Türkei anfangs geneigt, sich an die stärkste Macht anzuschließen, und zweifelte nur, ob dies England oder Rußland sei. Beide aber waren wenig glücklich in ihren Vertretern; Layard, der dem schwachen Sir H. Elliott zu Anfang des Krieges folgte und den Cypern-Vertrag, sowie das Reformstatut durchsetzte, ward ihm bald unbequem. Göschen brüskierte ihn durch sein der Verhältnisse unkundiges, schroffes Auftreten, Thornton war ganz unbedeutend, und erst in Sir W. White, einem der fähigsten britischen Diplomaten, gewann England einen Botschafter, der seiner Sache voll gewachsen war. Rußland hatte das starke Pressionsmittel der Kriegsschuld, die am 8. Februar 1879 auf 802½ Mill. Fr. festgesetzt war. Es schritt bei Ausbleiben fälliger Raten stets zu Drohungen, wenn die Pforte seinen Forderungen widerstrebte, aber sowohl Fürst Labanow als sein Nachfolger Nowikow kannten den Orient nicht hinreichend, anders war dies bei Nelidow, einem Schüler Ignatiews, der bei ähnlicher Skrupellosigkeit doch mehr Takt und Formen besaß und dadurch vorteilhaft von manchem unter dem asiatischen Departement stehenden Kollegen abstach; aber er ist nervös aufgeregt, macht fortwährend Pläne und vertagt ihre Ausführung wieder, schenkt sein Vertrauen zweifelhaften Personen und ist, nachdem er seine Frau geb. Fürstin Kilkow, der er sein Vorwärtskommen verdankte, verlassen, durch galante Abenteuer bekannt. Erreicht hat er, wie das Beispiel Bulgariens zeigt, doch recht wenig, wofür seine vergebliche Drohung gegen den Empfang Stambulows der beste Beweis ist. Frankreichs Unterstützung gegen England in Ägypten hätte der Sultan gern angenommen; aber die Besetzung von Tunis, eines obwohl unabhängigen, doch rein muselmännischen Landes, erbitterte ihn aufs tiefste, weil sie seinen Ideen der Wiederbelebung des Chalifats schroff entgegentrat, und so haben die französischen Botschafter am goldenen Horn keinen wirklichen Einfluß gewinnen können. Die österreichische Herrschaft in Bosnien fühlt die Pforte gleich-

falls als einen Stachel in ihrer Seite, aber die maßvolle, kluge Haltung des den Orient genau kennenden Baron Calice hat ihm eine geachtete, einflußreiche Stellung gesichert.

Deutschland hat bis in die neueste Zeit, mit der kurzen Ausnahme von Müfflings Vermittelung des Friedens von Adrianopel, gar keine Rolle in Constantinopel gespielt, schon die kärgliche Ausstattung seiner dortigen Vertretung ließ dasselbe den Orientalen nicht als Großmacht erscheinen. Dazu zeigte Bismarck vollständige Gleichgültigkeit für die dort spielenden Fragen, weil er im Gegensatz zu Moltke, der durch seinen langen Aufenthalt in der Türkei die europäische Tragweite der orientalischen Frage vollständig würdigte,*) behauptete, Deutschland habe im Osten keine Interessen als den Schutz seines Handels; die Art, wie er auf dem Berliner Kongreß Rußland unterstützte und die türkischen Bevollmächtigten hart behandelte, hatte außerdem den Sultan begreiflicherweise verstimmt. Indes konnte sich derselbe doch der Wahrnehmung nicht verschließen, daß Berlin jetzt der Mittelpunkt der europäischen Politik geworden, Graf Hatzfeldt, der als Bismarcks Vertrauter galt, wußte sich durch kluge Haltung ihm sympathisch zu machen, und vor allem war Deutschland die einzige Großmacht, die nichts von der Pforte forderte, sondern ihr unparteiisch gegenüberstand. Allmählich modifizierte sich auch die Haltung des Kanzlers in dem Maße, als er durch den Kongreß, die griechische Grenzregulierung, Donauschiffahrt u. s. w. genötigt war, sich mit orientalischen Verhältnissen näher zu beschäftigen, die Übersendung des von Abdul-Hamid neu gestifteten Imtiaz-Ordens an den Kaiser Wilhelm durch eine Spezialmission, welche erwidert ward, indem Fürst Radziwill dem Sultan den Schwarzen Adler in Brillanten überbrachte, gab Anlaß zu näherem Austausch, und der Kaiser gestattete, daß eine Reihe deutscher Offiziere und Zivilbeamten zur Reorganisation der türkischen Armee und der Finanzen auf drei Jahre nach Konstantinopel beurlaubt wurden. So viel Widerstand dieselben auch in dem herrschenden Schlendrian und der Eifersucht der Paschas fanden,

*) Vgl. schon seine Aufsätze von 1841 über dieselbe in der Augsb. Allgem. Zeitung.

so setzten sie doch manche nützliche Reform durch, wie es denn z. B. Herr von Wettendorfs Energie gelang, die Konvention über die Staatsschuld vom 20. März 1881 zu stande zu bringen. Das Ansehen Deutschlands stieg durch Bismarcks energisches Eingreifen in Ägypten, welche die Absetzung Ismail Paschas zur Folge hatte, und durch seine spätere kluge Vermittelung, welche 1887 das dortige Verhältnis zwischen England und der Pforte regelte, indem er in London vorstellte, daß die Einführung von Reformen weniger Widerstand finden werde, wenn sie unter der formellen Oberleitung des Sultans geschehe. Das entscheidende Moment für Deutschland aber war bei dem Sultan die Schöpfung des Dreibundes, in dem er das Gegengewicht gegen die ihn bedrängenden Mächte und die Gewähr des Friedens sah, dessen die Türkei so dringend bedurfte. Der Besuch Kaiser Wilhelms II. in Konstantinopel, gegen den Bismarck lebhaft war, weil er davon eine Verletzung der russischen Empfindlichkeit besorgte, stärkte den deutschen Einfluß weiter, in Berlin aber entschloß sich die gegenwärtige Regierung, die fortwährende Rücksichtnahme auf Rußland, die gar keine Frucht getragen, beiseite zu setzen, in der richtigen Einsicht, daß das Schicksal der Balkanstaaten Deutschland keineswegs gleichgültig sein kann, vielmehr dort die Frage über Krieg oder Frieden entschieden wird, und dieser Auffassung wird auch die Abberufung des sonst so fähigen Herrn von Radowitz zugeschrieben, der sich wohl zu tief mit Nelidow eingelassen hatte, um noch das volle Vertrauen der Pforte zu genießen.

X. Italien im Dreibund.

Wir haben bisher wesentlich nur den Eckstein des Dreibundes, das deutsch-österreichische Bündnis, betrachtet, müssen aber jetzt näher auf dessen Ergänzung durch Italien eingehen. Bei Ausbruch des Krieges 1870/71 waren Viktor Emanuel und die öffentliche Meinung überwiegend auf seiten Frankreichs, aber die Minister machten Schwierigkeiten wegen Rom, die Armee war nicht bereit, dazu kam die unglaubliche Langsamkeit der Franzosen in der militärischen Aktion, auf welche die deutschen Siege folgten, bei der Nachricht von Wörth rief der König: „J'ai échappé belle!“, so mußte die Sendung des Prinzen Napoleon, welcher die Hilfe seines Schwiegervaters anrief, scheitern, die Republik nahm die Besetzung Roms als vollendete Thatsache an. Nach dem Frieden trat ein Umschwung ein, die Wahl Thiers', des großen Gegners der italienischen Einheit, zum Präsidenten, die royalistisch-klerikale Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung, die parlamentarische Debatte über die Petition der Bischöfe vom 22. Juli 1871, in der Thiers eine diplomatische Intervention zu gunsten des Papstes nur ablehnte, weil sie aussichtslos sei, das Verbleiben des Orénoque vor Civita-Vecchia, der im September 1870 zur Verfügung des Papstes gestellt war und der noch am 7. Januar 1873 in der französischen Kammer als „un vaisseau qui est un asile“ bezeichnet ward —*) mußten in Italien verstimmen. Trotz der amtlich guten Beziehungen

*) Der Herzog von Broglie meint, Thiers habe dies gethan „pour assurer contre tout évènement la régularité des communications de l'Église de France avec son chef“, eine Verbindung, die niemals bedroht war. (Le Concordat 1893. p. 122.)

wurde die beschleunigte Befestigung der Alpenpässe der französischen Grenze beschlossen, wie Rudini sagte (23. März 1873), „um allen auswärtigen Ereignissen, die niemand jetzt voraussehen könne, die Spitze zu bieten“. Die Berufung Mac Mahons zum Präsidenten, unter dem Broglie das Auswärtige übernahm, war nicht geeignet, diese Befürchtungen zu vermindern, zumal die Aussöhnung des Grafen von Paris mit Chambord die Berufung desselben, der 1871 seinen Anhängern erklärte, die Herstellung der weltlichen Macht sei einer der Punkte „sur lesquels je ne transigerai jamais“ auf den Thron in Aussicht stellte, und der Klerus offen einen Kreuzzug für den Papst predigte. Thiers selbst sagte bei einem Besuch in Bologna „Vous devez vous attendre de la part du gouvernement actuel aux effets d'un ressentiment mal déguisé“, einer der Gegner der Regierung, Mazade, warf ihr vor, daß sie „fait penser l'Italie à l'alliance avec l'Allemagne“, und Bonghi erwiderte, daß bei einer monarchischen Restauration Italiens Verbündeter nur der von 1866 sein könne; Viktor Emanuel ging, von Minghetti begleitet, nach Wien und Berlin, wo ein eingehender und offener Austausch beider mit Bismarck stattfand, der überrascht von dem politischen Scharfblick des Königs war, die sympathische Erwähnung dieser Besuche in der Thronrede ward mit lautem Beifall begleitet. Nach dem Scheitern der Chambordschen Kandidatur ließen die Befürchtungen in Italien etwas nach, die bündige Erklärung des neuen auswärtigen Ministers Decazes vom 1. Januar 1874 gegen die „politique d'aventure“ wurden gut aufgenommen, der Orénoque ward zurückgerufen. Anderseits trug der Berliner Besuch des Königs nicht ganz die Früchte, die man davon erwartet, der Gegenbesuch des Kaisers Wilhelm ließ auf sich warten und fand schließlich nicht in Rom, sondern in Mailand ohne Begleitung des Kanzlers statt, der des Kaisers von Österreich in Venedig. Bismarck war sehr erzürnt über die Veröffentlichung des Buches Lamarmoras über die Ereignisse von 1866 und behauptete, die Regierung hätte dieselbe verhindern oder dem General den Prozeß machen sollen, er verlangte ferner, daß Italien ihm in seinem kirchenpolitischen Streite helfe, indem man dem Papst die Angriffe gegen ihn untersage.

Beides lehnte Minghetti ab, indem er in letzterer Beziehung auf die Verpflichtungen aus dem Garantiegesetz hinwies und in seiner Rede von Cologna erklärte, daß Italien unentwegt seine eigene kirchliche Politik verfolgen werde. Gleichwohl sprach die Thronrede Viktor Emanuels vom 6. März 1875 seine lebhafte Befriedigung über die Begegnungen in Venedig und Mailand aus und die Gesandtschaften in Rom, Wien und Berlin wurden zu Botschaften erhoben.

Bald darauf fiel das Ministerium, und Depretis, der in französischen Ideen groß geworden war, kam ans Ruder; demgemäß stellte sich das Ministerium Jules Simon freundlich zu Italien und schritt, als die Bischöfe eine Agitation gegen ein von Depretis vorgelegtes Gesetz über klerikale Übergriffe hervorriefen, scharf gegen dieselben ein. Der Staatsstreich vom 16. Mai, der Broglie ans Ruder brachte, mußte freilich in Italien beunruhigen, denn trotz der Erklärung von Decazes, der auswärtiger Minister geblieben war, daß in der auswärtigen Politik nichts geändert worden sei, war es notorisch, daß das Kabinett unter klerikaler Inspiration stand, und während es amtlich in Rom die freundschaftlichsten Versicherungen gab, spie sein Organ, der „Figaro", Feuer und Flamme gegen Viktor Emanuel und Italien. Da zugleich der Krieg zwischen Rußland und der Pforte ausgebrochen war, beschloß man, um auf alle Fälle vorbereitet zu sein, Rom zu befestigen, und der Kammerpräsident Crispi begab sich nach Gastein, wo er am 17. September eine eingehende Unterhaltung mit Bismarck hatte, der für den Fall eines französischen Angriffs einer Defensiv- und Offensivallianz zwischen Deutschland und Italien zustimmte,*) auf einem in Berlin von Bennigsen für Crispi gegebenen Bankett wurden die freundschaftlichsten Versicherungen zwischen Italien und Deutschland ausgetauscht. Diese Reise wurde in Paris begreiflich nicht mit besonders günstigen Augen angesehen, zumal Crispi in Berlin seine Hoffnung auf den Sieg der französischen Liberalen ausgesprochen, aber diese Hoffnung verwirklichte sich durch den

*) Schon am 18. Januar 1874 hatte der Kanzler an Arnim in Paris geschrieben: „In einem Konflikt zwischen Italien und Frankreich könnten wir uns der Notwendigkeit nicht entziehen, Italien beizustehen."

Sturz des Ministeriums Broglie, und die große europäische Politik trat mit dem Vertrag von San Stefano in den Vordergrund. Italien hatte durch allerhand Seitenwege ein Äquivalent für die bevorstehende Besetzung Bosniens und der Herzegowina zu erreichen gesucht; nachdem dies vergeblich gewesen, war es offenbar seine Aufgabe, zu hindern, daß das Gleichgewicht im Mittelmeer gestört werde, aber da es während des Krieges zweimal die Aufforderung Englands zu gemeinsamer Intervention abgelehnt hatte, konnte es sich nicht wundern, daß letzteres durch den geheimen Vertrag vom 8. Juli sich Cypern sicherte; die Besitznahme Bosniens und der Herzegowina durch Österreich war in Berlin eine vollendete Thatsache, der alle Mächte zustimmten,*) und in der parlamentarischen Debatte über den Berliner Vertrag wurde regierungsseitig erklärt, daß Österreich der natürliche Bundesgenosse Italiens im Orient sei. Die Beziehungen zu Deutschland, deren Herzlichkeit durch die Sendung des Kronprinzen zum Leichenbegängnis Viktor Emanuels im Jahre 1878 bezeugt war, nahmen eine etwas kühlere Gestalt an, als die italienische Regierung sich ohnmächtig zeigte, die Agitationen der Irredentisten zu unterdrücken und sogar Ende 1878 die Bestattung des Präsidenten der Italia irredenta General Arizzani auf Staatskosten übernahm, was begreiflich in Wien lebhaft verstimmte. Diese Nachgiebigkeit gegen eine lärmende Minorität, welche die guten Beziehungen zu Österreich gefährdete, wurde übrigens auch im Parlamente namentlich von Visconti-Venosta und Mancini scharf verurteilt, die Regierung sah ihren Irrtum ein, wies die Irredentisten Bovio und Cavalotti entschieden zurück und unterdrückte die Manifestationen.

Inzwischen war eine Thatsache auf anderm Gebiete eingetreten, die von weitgehender Bedeutung ward. Man hatte in Rom früher geglaubt, daß nur die französischen Legitimisten

---

*) Es ist seltsam, daß der Verfasser eines Aufsatzes: La Triple-Alliance in der Revue des deux Mondes am 15. Februar 1891 Bismarck die Vaterschaft dieser Besetzung zuschreibt und nicht weiß, daß Gortschakow sie schon 1877 in Reichstadt Österreich als Preis seiner Neutralität zugestanden, mit der Bedingung, dies Deutschland gegenüber geheim zu halten.

und Klerikalen Feinde Italiens seien, obwohl die nie aufgegebene Haltung von Thiers die Illusionen darüber hätte hindern sollen, und hatte das liberale Regiment nach dem Rücktritt Broglies mit Beifall begrüßt; aber es war die liberale Kammer, die den am 7. Juli unter Broglie-Decazes abgeschlossenen Handelsvertrag mit Italien, den das Parlament des letzteren am 3. April 1878 annahm, trotz der warmen Befürwortung des Ministerpräsidenten Waddington, Gambettas, Rouviers u. a. auf Andringen der Schutzzöllner verwarf, indem am 6. Juli 1878 der Antrag Mélines angenommen ward, mit Italien neue Verhandlungen zur Modifikation des Vertrages einzuleiten. Dies ward in Rom als ein Schlag empfunden und die Anwendung des General-Tarifs auf Frankreich beschlossen. Aber diese Verstimmung steigerte sich in ganz anderm Grade durch die tunesische Angelegenheit. Nach Chialas Bericht,*) der seine Angabe gegen die Ableugnung von Jules Ferry bestimmt aufrecht hält, hätte zuerst der Staatssekretär von Bülow dem italienischen Minister Grafen Corti, der auf dem Berliner Kongreß sich beklagte, daß sein Land beim Vertrage leer ausgehe, gesagt: „Pourquoi ne prendriez vous pas Tunis en vous arrangeant avec la France,“ worauf Corti geantwortet: „Vous voulez donc nous brouiller avec la France?“ — Jedenfalls aber hat Lord Salisbury den französischen Minister Waddington, der über den plötzlich bekannt gewordenen englischen Cyperuvertrag sehr mißvergnügt war, darauf hingewiesen, daß Deutschland wahrscheinlich nichts dagegen einwenden würde, wenn Frankreich Tunis besetze, und dies auch für England bestätigt, wobei er jedoch riet, den Interessen Italiens Rechnung zu tragen, das eine Kompensation beanspruchen könne; andrerseits soll er dem Grafen Corti, der über die Lage im Mittelmeer mit ihm sprach, gesagt haben, die afrikanische Küste sei groß genug, um für Frankreich und Italien Kompensationen zu bieten. Die Sprache der ministeriellen Pariser Presse änderte sich demzufolge gänzlich, der Temps, der am 10. Juli schrieb, daß der anglotürkische

*) Chiala, Pagine di Storia Contemporanea II., Seite 91 ff., dem wir auch in der weiteren Darlegung folgen.

Vertrag eine Demütigung für Frankreich sei, erklärte jetzt die englische Allianz für die notwendigste. Gleich nach seiner Rückkehr richtete dann Waddington am 20. Juli eine Depesche an den Botschafter in London, in der er demselben über seine Unterhaltung mit Salisbury berichtete, der ihm gesagt: „**Faites à Tunis ce que vous jugez convenable, l'Angleterre ne s'y opposera pas et respectera vos décisions**", die Situation dort könne nicht dauern, und nach Ansicht des englischen Kabinetts komme es Frankreich zu „**de présider à la régénération de ce pays consacré par de grands souvenirs**". Er habe geantwortet, daß unzweifelhaft die Macht der Verhältnisse dazu führen werde, durch diese Gegend den Besitz Frankreichs in Afrika abzurunden, und daß schon jetzt dasselbe keine Besitznahme von Tunis durch eine andre Macht dulden werde. Indes sei man unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu einer einfachen Annexion entschlossen, die nicht genug durch die bestehenden Reibereien mit dem Bey begründet sein würde, die Hauptsache sei, volle Freiheit des Handelns und die Gewißheit zu haben, daß eventuell Frankreichs Protektorat anerkannt würde „**sans nous heurter à des prétentions rivales.**"

In seiner Antwort vom 7. August an Lord Lyons bemerkte Lord Salisbury, der Sinn seiner Äußerungen gegen Waddington sei nur gewesen, daß Frankreichs Stellung in Algerien es berechtige, einen entscheidenden Einfluß auf Tunis auszuüben, und England habe dagegen nichts einzuwenden, es habe aber nicht den nahen Fall der dortigen Regierung vorausgesetzt, sondern glaube, daß dieselbe ohne „**choc venant du dehors**" noch ziemlich lange sich halten könne, und könne daher nur bemerken, daß, wenn ein solches möglicherweiser noch entferntes Ereignis eintrete, dieses Englands Haltung nicht ändern werde. Es sei aber ein Punkt, auf den er Waddingtons Aufmerksamkeit in Berlin gelenkt habe, Frankreich sei nicht alleiniger Nachbar von Tunis, er kenne nicht genau die Ansichten der italienischen Regierung über diese Frage, aber glaube zu wissen, daß ihre Aufmerksamkeit darauf gelenkt sei. Dem englischen General-Konsul in Tunis antwortete Salisbury sogar auf dessen Anfrage, daß die Regierung Frankreich keine Anerbietung der Annexion von Tunis gemacht

habe,*) und ebenso leugnete er Italien gegenüber, Verbindlichkeiten gegen Frankreich hinsichtlich der eventuellen Besetzung von Tunis eingegangen zu sein. Aber mehr noch, Waddington versicherte dem italienischen Botschafter Mitte August, also längst nachdem er die erwähnte Depesche vom 26. Juli nach London gerichtet, daß im Ministerrat nie von Tunis die Rede gewesen, er könne sein Ehrenwort geben, daß nichts an dem Status quo geändert werden solle und daß, wenn ja später Frankreichs Interessen die Besetzung von Tunis oder irgend eines Punktes im Mittelmeer erfordern sollten, dies nie ohne vorherige Benachrichtigung Italiens und Verständigung über eine Kompensation geschehen werde.**) Gambetta seinerseits sagte dem General Cialdini, Frankreich denke nicht an Tunis, weil es sich nicht Italien zum

*) Blue Book Tunis No. I, 1881.

**) Rede Cairolis in der Kammer am 6. April 1881. Nunmehr sind nach der neuerlichen Ableugnung Ferrys, der es als „lügenhafte Verdrehung der Thatsachen" bezeichnete, wenn die Italiener behaupteten, daß er die italienische Regierung im Jahre 1881 durch Doppelzüngigkeit und Hinterlist über seine wahren Absichten getäuscht habe, auch die folgenden Aktenstücke bekannt geworden:

Paris, 11. Mai 1881. An den Ministerpräsidenten Benedetto Cairoli, Rom. Herr de Saint-Hilaire (französischer Minister des Auswärtigen) erklärt mir, daß Frankreich dem Bey die Unterzeichnung eines Vertrages vorschlägt. Frankreich verzichtet auf die Auferlegung einer Kriegskostenentschädigung und beschränkt sich darauf, von dem Stamme der Krumir eine Geldbuße zu verlangen. Bezüglich einer Grenzberichtigung verlangt Frankreich nur, daß dieselbe deutlicher abgesteckt werde, als es jetzt der Fall ist, und einige strategische Punkte in den Bergen der Krumir zu besetzen. Die militärische Besetzung wird aufhören und das Land, Biserta inbegriffen, geräumt werden, sobald die Ausführung des Vertrages gesichert ist. Die französische Regierung denkt durchaus nicht an die Besetzung von Tunis und nicht einmal eines Teiles des Territoriums, mit Ausnahme einiger strategischen Punkte in Lande der Krumir. Cialdini.

Paris, 13. Mai 1881 (chiffriert). An den Ministerpräsidenten Benedetto Cairoli, Rom. Die nichtchiffrierte Depesche, welche ich Ihnen (am 11. Mai) sandte, wurde in meiner Gegenwart vom Ministerpräsidenten (Jules Ferry) dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten diktiert. Der Letztere hat sie eigenhändig niedergeschrieben. Ich habe die Urschrift aufbewahrt. Die beiden Minister hatten schließlich meinen dringenden Forderungen nachgegeben. Cialdini. — Diese beiden Depeschen, die keines Kommentars bedürfen, geben den Abschluß des Streites.

unversöhnlichen Feinde machen wolle. Die Wahrheit war, daß Mac Mahon, Dufaure und Chanzy trotz der Vorbehalte Englands geneigt waren, sofort zu handeln, Gambetta ihnen aber entgegentrat, weil die Republik ihren ersten Erfolg nicht unter Mac Mahon haben sollte; Cialdini fügte denn auch seinem Bericht hinzu: Vertrauen sei gut, aber Mißtrauen besser, und riet seiner Regierung auf der Hut zu sein, um sich nicht durch die Ereignisse überraschen zu lassen. Bald kam es zu Streitigkeiten zwischen dem italienischen und dem französischen General-Konsul in Tunis, und es war bezeichnend, daß der englische, welcher den ersteren unterstützte, abberufen ward, wiederholte Interpellationen wurden in der Kammer gestellt, worauf die Regierung stets versicherte, daß sie die wichtigen italienischen Interessen in Tunis nachdrücklich wahrnehme und zwei Kriegsschiffe hinsandte; bald aber wurde der Streit zwischen den Konsuln durch Differenzen über Telegraphen- und Eisenbahnkonzessionen schärfer, Frankreich behauptete auf solche ein Monopol erworben zu haben, und selbst Gambetta erklärte, die italienischen Ansprüche zeigten, daß Italien seinen Einfluß an die Stelle des Französischen setzen wolle, so daß die Regierung sich jeder Rücksicht gegen Italien enbunden erachte. Italien kehrte sich hieran nicht, und da die Gesellschaft Rubattino das höchste Gebot für die Linie Tunis-Goletta that, wurde sie ihr zugeschlagen, die Forderung des französischen Konsuls, dies nicht zu bestätigen, wurde vom Bey abgelehnt, die Mission desselben, um das italienische Königspaar in Sicilien zu begrüßen, erbitterte noch mehr in Paris, französische Panzerschiffe erschienen in Goletta, die offiziöse Agence Havas erklärte, Frankreich werde keine „influence rivale“ in Tunis dulden, 20 000 Mann wurden in Toulon zusammengezogen, endlich Ende März gab der Überfall der Krumirs auf einen algerischen Stamm die gesuchte Gelegenheit zum Handeln. Obwohl Ferry in der Kammer erklärte, der Zweck sei nur die Züchtigung der Räuber, weigerte er sich, als ein Mitglied darauf aufmerksam machte, daß die Rüstungen nicht im Verhältnis zu dieser beschränkten Aufgabe ständen, zu sagen, wie weit die Regierung gehen wolle. Begreiflich rief dies Vorgehen die größte Aufregung in Italien hervor, aber es konnte nicht daran denken, sich mit Gewalt zu widersetzen, und

bei den andern Großmächten fand es keine Unterstützung. In Wien wollte man nichts von der Sache hören, Lord Granville begnügte sich mit der Versicherung Barthélémy St. Hilaires, daß Frankreich keineswegs die Absicht habe ungeheure Summen auszugeben, um Biserta in einen Kriegshafen umzuwandeln, „pouvant servir de base à des opérations de guerre maritime,“ und Graf Launay schrieb aus Berlin, die deutsche Politik lasse Frankreich auswärts freies Spiel, sofern nicht deutsche Interessen berührt würden. Man werde sogar mit Befriedigung sehen, wie Frankreich in Afrika sich in Abenteuer einlasse, „comme dérivatif aux arrières-pensées de revanche. Ce serait, en outre, un moyen de la mettre mal avec nous et d'écarter pour longtemps toute combination d'alliance entre nous et la France.“*) So vollzogen sich die Ereignisse, und das französische Protektorat wurde dem Bey durch den Vertrag von Bardo aufgenötigt, die Verwaltung nach französischem Muster organisiert und der Resident thatsächlich Herr des Landes, aber das Band zwischen Italien und Frankreich war auf immer zerrissen, denn das Gleichgewicht im Mittelmeer war dadurch zu Ungunsten des ersteren gestört, seine Interessen in Tunis, die durch die Zahl seiner dortigen Kolonisten bei weitem bedeutender als die Frankreichs sind, waren dessen Belieben preisgegeben, die Schaffung eines großen Kriegshafens in Biserta, der Sicilien und Sardinien bedroht, hat gezeigt, was die erwähnten Versicherungen Frankreichs vom Gegenteil wert sind, es gehört deshalb die unwissende Parteilichkeit Gladstones dazu, Italiens Haltung „dem theatralischen Geiste, welcher der böse Genius einiger seiner heutigen Staatsmänner zu sein scheint“, zuzuschreiben,**) zumal vor allem die mala fides, mit der, wie gezeigt, Frankreich in dieser Angelegenheit gehandelt hatte, die Italiener auf das höchste erbittern mußte. Um so weniger aber konnte bei dieser Spannung mit Frankreich, die noch durch den Zollkrieg gesteigert ward, welcher namentlich dem Weinbau Italiens durch die Beschränkung seiner

*) Chiala II, S. 293.

**) In dem „Outidanos“ gezeichneten Art. des Contemporary Review. Oktober 1889.

Ausfuhr nach Frankreich empfindliche Nachteile brachte, sowie nach den Mißhandlungen italienischer Arbeiter in Marseille (18. Juni 1881), Italien isoliert bleiben, vielmehr war es mit Notwendigkeit auf den Anschluß an die Zentralmächte hingewiesen. Schon Cavour hatte Preußen als den natürlichen Verbündeten Italiens betrachtet und beklagte in einer Unterhaltung, die der Verfasser im August 1860 mit demselben hatte, die legitimistischen Velleitäten der damaligen Regierung in Berlin. Graf Bismarck hatte entschlossen mit denselben durch die Allianz von 1866 gebrochen. Italien verdankte derselben Venetien und den deutschen Siegen von 1870 Rom.

Angesichts der Wendung, welche die tunesische Angelegenheit allmählich nahm, mußte sich auch der ursprünglich zu Frankreich neigende Minister Cairoli überzeugen, daß ein Anschluß an die konservativen Zentralmächte geboten war; die Besprechungen darüber begannen Mitte August 1880 in Wien, wo diese Absicht um so mehr freundlich aufgenommen ward, als ein engeres Verhältnis zu Italien am besten gegen die irredentistischen Umtriebe sicherte, Österreich ward in der That das Bindeglied mit Deutschland, und bei dem Besuch, den der Minister des Auswärtigen, Baron Haymerle, vom 4.—5. September in Varzin machte, wurde die Frage des Anschlusses Italiens an das österreichisch-deutsche Bündnis eingehend erörtert. Ende Oktober 1881 stattete das Königspaar in Begleitung von Depretis und dem auswärtigen Minister Mancini einen Besuch in Wien ab, die sehr herzliche Aufnahme desselben rief in Italien allgemeine Befriedigung hervor. Dem Fürsten Bismarck schien indes Depretis bei seiner persönlichen Freundschaft für Gambetta die Politik der freien Hand noch nicht aufgegeben zu haben, so ließ er einen kühlen Strahl nach Rom gelangen, indem er in einer Reichstagsrede am 29. November äußerte, in Italien sei der Schwerpunkt immer mehr nach links geglitten, so daß dasselbe in dieser Richtung nicht weiter gehen könne, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, und die „Post“ fand es angezeigt, plötzlich die Frage der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zu erörtern, dessen Lage unerträglich sei. Wenn man nun auch in Rom diese Kundgebungen nicht tragisch nahm, so

fühlte Depretis doch, daß der Kanzler ihm recht unbequem werden könne, und in der Debatte über die auswärtige Politik am 6. Dezember sprach Mancini auf das wärmste über die Annäherung an Österreich und Deutschland, „die Vertreter und Verteidiger einer Politik der Erhaltung des Friedens," worauf sofort am 9. ein Telegramm Bismarcks an Herrn von Keudell eintraf, daß niemand an seinen freundschaftlichen Gefühlen und Absichten Italien gegenüber zweifeln könne, noch auch „an der Aufrichtigkeit seiner Wünsche für die erlauchte, dem deutschen Kaiserhause so eng verbundene italienische Dynastie".*) Im Laufe des Jahres 1882 kam es dann zu dem Abschluß förmlicher Bündnisverträge mit Österreich und Deutschland, Datum und Wortlaut derselben sind noch heute nicht bekannt,**) in der Debatte über die auswärtige Politik vom 11.—15. März 1883 gab Mancini das Bestehen derselben zum erstenmale zu, wobei er wie Depretis sich aufs schärfste gegen die Irredentisten aussprachen. Daß die Verträge wie das veröffentlichte deutsch-österreichische Bündnis rein defensiver Natur sind, geht aus der öffentlichen Erklärung Crispis im Senat vom 15. Mai 1890 hervor, in welcher er sagte, er habe sich erst dann zum Eintritt in das Ministerium Depretis entschlossen, nachdem er durch Kenntnisnahme der Bündnisse sich versichert habe, daß sie nicht offensiv, sondern rein defensiv seien. Das Einvernehmen

*) Dies der Kammer mitgeteilte Telegramm entlockte dem Papst, der die plötzliche Parteinahme des „unabhängigen aber ergebenen" Berliner Blattes für seine Sache schwerlich ernst genommen hatte, den lächelnden Ausruf: Ah che Briccone! — Mancini erließ übrigens am 11. Januar 1882 eine Depesche an den Botschafter in Berlin, in der er erklärte, daß kein italienischer Minister auch nur die leiseste auswärtige Einmischung in eine Frage erlauben könne: „che l'Italia è fermamente risoluta a riguardare di ordine strettamente interno e rilevante della sovranità nazionale."

**) Wenn abweichend vom österreichisch-deutschen Vertrag die Verträge mit Italien geheim gehalten wurden und nach der Erklärung Kalnokys in der Delegation von 1892 wohl geheim bleiben sollen, so ist der Grund wahrscheinlich, daß Italien sein Gebietsstand, also auch Rom, garantiert wird und die Veröffentlichung dieser Thatsache die Erbitterung im Vatikan gegen den Dreibund noch steigern würde.

mit den Mittelmächten wurde ergänzt durch eine, wenn auch nicht förmlich bindende Zusicherung Salisburys, daß England eine Veränderung des Status quo im Mittelmeer nicht dulden werde, also eventuell Italiens Besitzstand verteidigen werde. Ein Brief des Rudini nahestehenden Abgeordneten Maggiorino Ferrario bezeichnete als wesentlichen Inhalt der Verträge, daß keiner der kontrahierenden Staaten für irgend einen Angriffskrieg auf Unterstützung seiner Verbündeten rechnen dürfe, daß aber jeder Angriff gegen eine der drei Mächte die sofortige bewaffnete Teilnahme der beiden andern zur Folge haben werde. Ferner hätten Deutschland und Österreich-Ungarn dem Königreich seinen Besitzstand garantiert, ohne dafür eine Gegengarantie von italienischer Seite verlangt zu haben, und über die Abmachung mit England war gesagt: „Sollte Italien angegriffen werden, so wird ihm England von der Seeseite zu Hilfe kommen. Jede Veränderung des Status quo, welcher den Interessen beider Staaten widerspricht, wird eine gemeinsame Aktion Englands und Italiens zur Folge haben und England auch in dem Falle zur Verteidigung Italiens verpflichtet sein, daß das letztere durch sein Verhältnis zum Dreibund in den Krieg gezogen worden sein sollte. Ein besonderes Abkommen zwischen England und dem Dreibund besteht nicht, England wird an demselben nur ‚par le moyen de l'Italie' teilnehmen."

Die Verträge wurden 1887 und 1891 erneut, im letzteren Jahre nicht ohne gewisse Schwierigkeiten; Italien litt sehr durch den Zollkrieg mit Frankreich, und die Agitation der franzosenfreundlichen Radikalen und Irredentisten stellte einen günstigen Handelsvertrag in Aussicht, wenn Italien sich Frankreich politisch nähere, so daß die Regierung doch wenigstens einen Fühler nach Paris ausstreckte, ob ein italienisches Anlehen dort günstigen Boden finden werde. Die Antwort aber war, daß an ein finanzielles Geschäft erst zu denken sei, wenn Italien dem Dreibund entsage oder mindestens die Abmachungen desselben mitteile.*)

*) In diesem Sinne ist auch die Äußerung Ribots in der Kammer vom 26. Oktober 1892 zu verstehen, was Italien anbelange, so müsse dieses zuerst Frankreich Sympathien entgegenbringen.

Als Marchese Rudini sich darauf nach London wandte, riet Lord Salisbury entschieden zur Erneuerung des Dreibundes und soll sogar hiervon die Zusicherung eventueller englischer Beschützung der italienischen Küste abhängig gemacht haben.*) Am 14. Februar erklärte Rudini der Kammer, Italien werde den Bündnissen feste und zuverlässige Treue bewahren, „welche jene Mächte zur Vereinigung gebracht, die sich absolute Sicherheit, Europa dauernde Ruhe verschaffen wollten.“ Dies hat der Dreibund in der That für Italien gethan, und danach mag man die Weisheit des Gladstoneschen Ausspruchs beurteilen, daß Italiens Erscheinung in demselben „a gigantic piece of tomfoolery“ sei,**) die finanziellen Schwierigkeiten des Königreiches haben mit dem Dreibund nichts zu thun, ausdrücklich hat Crispi im März 1890 im Senat erklärt, daß in den Verträgen nichts über die aufzubietenden militärischen Kräfte festgesetzt sei, „die 12 Armeekorps und die Befestigungen sind die einfache Folge unsrer eigenen militärischen Organisation und ihr einziger Zweck ist, unsre Rechte und Interessen zu verteidigen.“ Und in einer Wahlrede vom 21. Oktober 1892 erklärte der jetzige Kriegsminister Pelloux: „Die Tripelallianz beeinflußte niemals die militärischen Ausgaben Italiens, eine Politik der Isolierung würde größere Kosten verursachen.“ Wäre Italien also mit seinen Rüstungen über seine Kräfte hinausgegangen, so ist das sein freier Wille und es hat allein zu entscheiden, in wie weit es dieselben aufrecht halten will. Unstreitig sind die italienischen Finanzen in übler Lage, ein Defizit von 100 Millionen und eine schwebende Schuld von 400 Millionen sind um so bedenklicher, als die Kreditverhältnisse und der Geldumlauf gründlich zerrüttet sind. Auch das gegenwärtige Ministerium hat sich nicht fähig gezeigt, seine Zusicherungen einer durchgreifenden Reform und Gesundung auf diesem Gebiete zu erfüllen, Giolitti hat die Größe des Übels

---

*) cf. Berlin-Wien-Rom 1892, S. 130, dessen Verfasser nur in den Daten irrt, da die Erneuerung des Dreibundes nicht im April, sondern schon zu Anfang d. J. stattfand.

**) In dem Artikel „Outidanos“: The triple alliance and Italy's place in it. Contemp. Rev. Oct. 1889.

schwerlich hinreichend erkannt und es bleibt zweifelhaft, ob auch die jetzige Bankreform, die an vielen Halbheiten leidet, imstande sein wird, wirkliche Besserung herbeizuführen. Aber diese unerfreuliche wirtschaftliche Lage ist lediglich Folge einer verfehlten inneren Politik, vor allem des falschen Parlamentarismus, bei dem die Lokalinteressen überwiegen, welche sich notwendigen Reformen widersetzen. Kein Abgeordneter will auf eine Eisenbahn oder sonstige Bauten auf Staatskosten für seinen Bezirk verzichten, die kleinen Universitäten können nicht verschmolzen werden, weil keine Provinz die ihrige aufgeben will, Crispi fiel schon durch den Versuch einer Verminderung der Präfekturen, der Vorschlag, die Zivilgerichte zusammenzulegen, mußte als aussichtslos aufgegeben werden, die Zivilpensionen sind in 10 Jahren von 61,5 auf 72,8 Millionen gestiegen. Die Kosten der afrikanischen Kolonie, die ganz ohne wirtschaftlichen Nutzen ist, haben über 100 Millionen betragen, während in Italien Tausende von Hektaren brach liegen und die Auswanderung aus dem keineswegs übervölkerten Lande enorm ist. Aber diese unzweifelhaft sehr ungünstige innere Lage hat absolut nichts mit Italiens Stellung im Dreibunde zu thun, im Gegenteil würde es viel größere Opfer für Heer und Marine aufzubringen haben, wenn die Agitatoren der lärmenden, aber glücklicher Weise kleinen Partei der Irredentisten, welche suchen die bestehenden Allianzen zu diskreditieren, Erfolg hätten. Wohl aber hat der erneute Dreibund Italien sowie seinen beiden andern Verbündeten einen neuen Vorteil in den Handelsverträgen von 1891 gebracht; Fürst Bismarck in seiner eng agrarischen Politik hatte dem Abschluß solcher stets widerstrebt, Österreich und Ungarn hatten den hohen Getreidezoll Deutschlands bitter empfunden, nicht minder Italien die Verminderung seiner Ausfuhr nach Frankreich, und eben jetzt schlossen dieses, Rußland und die Vereinigten Staaten sich durch fast prohibitive Zölle ab. Demgegenüber mußte der Versuch gemacht werden, die mitteleuropäischen Mächte zu einem Wirtschaftsgebiet durch Verkehrserleichterungen zu vereinigen, Deutschland nahm die Initiative, und am 6.—10. Dezember wurden die Verträge nicht allein unter den Dreibundsmächten, sondern auch mit der Schweiz

und Belgien zum Abschluß gebracht, die bereits die wohlthätigsten Wirkungen geübt haben, während die französische Kammer durch Verwerfung geringer Zollermäßigungen die Schweiz empfindlich verletzte und dem eigenen Lande durch die an der Eidgenossenschaft geübte Retorsion schadete.*)

Der Festrausch der Feiertage von Genua schien zwar durch die Aufnahme der Franzosen und den glänzenden Empfang des Admirals Réunier eine Wendung zu bezeichnen, aber man hat dabei übersehen, daß, wenn derselbe allein in einer Audienz vom König empfangen wurde, dies dem Umstande zu verdanken ist, daß er nicht nur den höchsten Rang unter den anwesenden Befehlshabern der fremden Geschwader hatte, sondern auch Spezialbevollmächtigter des Präsidenten war, der ein eigenhändiges Schreiben Carnots überbrachte, und daß seitens des Publikums der Empfang der Österreicher ein weit herzlicherer war, als man erwartete, man drängte sich förmlich auf deren Schiffe. Außerdem aber verstimmte bald in Italien die Art, mit der die französische Presse den Empfang Réuniers ausbeutete; man betrachtete denselben schon als Vorspiel des Abfalls Italiens vom Dreibunde und schlug dabei einen so hohen Ton an, daß jenseits der Berge gefühlt wurde, wie Frankreich sich doch stets als führende Macht betrachte, der Italien zu folgen habe.**) Dagegen lehnte sich das Nationalgefühl auf, und man wandte sich zurück zu dem Bunde, von dem man wohl Schutz, aber niemals Beschränkung der Unabhängigkeit zu erwarten hat. Diese Strömung beschloß Giolotti für die Wahlen auszunutzen, er löste die Kammer auf und stellte in seinem Programm kurz

---

*) Nach der neuesten Schweizer Handelsstatistik (Ende Juni 1893) ist der früher so starke Konsum französischer Weine geradezu sistiert worden. Der Absatz französischen Zuckers nach der Schweiz beträgt kaum noch 1 pCt. des früheren Exportes. Der französische Weinexport nach der Schweiz sank um 90 pCt. Ähnliche Abnahmen weisen Woll- und Baumwollwaren (— 80 pCt.), Konfektion (— 72 pCt.) und Seidenwaren (— 57½ pCt.), ferner Uhren (— 86 pCt.), Metallwaren (— 64½ pCt.) und Maschinen (— 63 pCt.), Leder (— 69 pCt.), Lederwaren (— 65 pCt.) auf.

**) Ein ministeriell inspiriertes Blatt nannte damals die Italiener „les gueux de la Méditerranée“.

die Aufrechterhaltung der bestehenden Bündnisse und der militärischen Machtstellung Italiens als selbstverständlich hin; der Ausfall der Wahlen vom 6. November 1892 hat ihm eine Mehrheit gegeben, wie sie lange kein Ministerium besaß, und dieselben können als ein Plebiszit für den Dreibund gelten; der radikale Barzillai, der zu ihm übergetreten war, wurde gewählt, während die franzosenfreundlichen Gegner in der Ablehnung ihrer vorzüglichsten Führer empfindliche Niederlagen erlitten. Wesentlich dazu beigetragen hat die entschlossene Haltung des Ministeriums, das mit dem bisherigen Schwanken Rudinis brach und in dem Bericht an den König sein Programm klar darlegte. Giolotti selbst wies in seiner Rede vom 3. November die Angriffe auch der gemäßigten Gegner, wie namentlich des unberechenbaren Bonghi zurück. Der bayerische Ministerpräsident von Crailsheim, der auf einer Reise nach den Wahlen Gelegenheit hatte mit den verschiedensten Kreisen in Berührung zu kommen, konnte bestätigen, daß nur eine Stimme sei über die Notwendigkeit und Wohlthat der dermaligen Bündnis- und Handelsvertragspolitik und die Sympathie für Deutschland zeigte sich glänzend bei der Reise des deutschen Kaiserpaares zur silbernen Hochzeit König Humberts und seiner Gemahlin, während der gleichzeitige Besuch des Erzherzog Rainer auch formell das Verhältnis zu dem österreichischen Kaiserhause in eine korrekte Lage brachte.

Endlich hat die neueste Zeit noch in andrer Beziehung die Vorteile des Dreibundes für Italien erwiesen, indem Leo XIII., der mit unbegreiflicher Hartnäckigkeit an dem Anachronismus der Wiederherstellung der weltlichen Gewalt festhält, sich, nachdem er gesehen, daß hierfür von Österreich-Ungarn und Deutschland nichts zu hoffen ist, ganz in die Arme Frankreichs geworfen hat. Und doch hat kein Staat der Kirche in unserer Zeit so weh gethan wie Frankreich; die Laïzisierung der Schulen durch die Ferryschen Gesetze, während Privatschulen mit religiösem Charakter allen bureaukratischen Chicanen begegnen, die Herabsetzung der Gehalte der Geistlichen auf Summen, mit denen sie nicht leben können, die willkürliche Sperrung derselben gegen Geistliche, die sich dem jeweiligen Ministerium mißliebig gemacht haben, die

Wiederaufnahme der appels comme d'abus, die in der gallikanischen Kirche nur dadurch begründet waren, daß letztere allein berechtigt war, — alles das hat den katholischen Klerus schwer getroffen. Und dabei verweigert man ihm die Freiheit der Vereinigung, der Diskussion, der Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten, Rechte, die alle anderen Bürger genießen. Leo XIII. hat in seiner Encyklika vom 16. Februar 1892 diese der Religion feindlichen Akte, wie er nicht anders konnte, lebhaft beklagt, aber doch alle katholischen Franzosen nicht nur ermahnt, sondern gedrängt, sich eben dieser Republik anzuschließen, welche die kirchlichen Interessen so schwer geschädigt hat, die seine Unterstützung bestens annimmt, aber nicht daran denkt jene „tendances hostiles à la religion" aufzugeben,*) stimmten doch am 26. Oktober 1892 210 Abgeordnete für die Beseitigung der Botschaft beim Vatikan! Der Papst hat sich nicht gescheut, durch diesen Schritt die französischen Royalisten und einen großen Teil des Klerus sehr zu verletzen, indem er beide zum Anschluß an die Republik oder doch zur Unthätigkeit nötigte, er hat sogar gewichtige katholische Interessen in Rußland zu gunsten seiner politischen Tendenz preisgegeben. Der Figaro rühmte im Juli 1892, daß der russische Geschäftsträger beim Vatikan, Isvolski, eine sehr thätige Rolle bei den Verhandlungen gespielt, „die unsre Annäherung an Rußland bewirkten, sowie um die Einigung aller Franzosen zu veranlassen." Und dabei ist die katholische Kirche in Rußland bis zu einem Grade unterdrückt, daß sie im Vergleich dazu unter Nikolaus I. frei war. Ihre Bischöfe werden abgesetzt oder verbannt, ohne an den Papst oder den Czaren appellieren zu dürfen, ganze Diöcesen sind verschwunden, die Katholiken sind von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, man sperrt ihre Kirchen und wenn sie Einlaß in dieselben begehren oder sich in der Stille von ihren Priestern die Sakramente

---

*) Auch Constans sagte in seiner Rede vom 6. Juni 1893: „Quand un républicain parle de la paix religieuse, il ne peut pas s'agir pour lui de revenir en arrière, de porter une atteinte à cet ensemble de lois démocratiques, qui ont pu soulever des résistances, mais sont aujourd'hui acceptées partout."

spenden lassen, ist Mißhandlung und Verbannung ihr Lohn. Sie sind mit einem Worte zwischen Elend und Abfall von ihrem Glauben gestellt, in der Verzweiflung wählen sie oft den letzteren und die Kirche verliert in Rußland alle Jahre Tausende, die um dem unerträglichen Druck zu entrinnen zur Orthodoxie übergehen. Über alles dies schweigt der Nachfolger Gregors XVI., der Kaiser Nikolaus über seine Verfolgungen der Katholiken in Polen in einer Sprache zur Rede stellte, die niemand gegen den allmächtigen Monarchen zu führen wagte.

XI. Die gegenwärtige Lage.

Der Dreibund steht in unerschüttert voller Kraft. Die Vorstöße, welche jungczechische Abgeordnete gegen denselben in den Delegationen von 1892 und 1893 geführt, sind kläglich abgeprallt. Graf Kalnoky bemerkte in der ungarischen Delegation am 14. Oktober 1892, nachdem er erklärt, daß der Vertrag mit Deutschland keine geheimen Klauseln enthalte und die Verträge mit Italien demselben ganz entsprächen: „Ein geschriebenes Bündnis kann nicht von vornherein allen möglichen Fällen angepaßt werden, sein großer Wert liegt darin, daß die Alliierten durch gegenseitiges Vertrauen ersetzen, was nicht in den Paragraphen des Bündnisses vorgesehen werden kann. In dieser Beziehung ist ein stetiger Fortschritt wahrnehmbar." Dies ist sicher vollkommen zutreffend, nicht darum handelt es sich, ob einer der Verbündeten diese oder jene kaum vorauszusehende Eventualität als casus foederis betrachten wird, sondern darum, daß schon in Friedenszeiten jeder der drei des Rückhaltes an den beiden andern bewußt ist. Wenn in der ersten Darlegung der auswärtigen Verhältnisse für die Delegationen von 1893 derselbe Minister nicht ausdrücklich von den Verbündeten Österreich-Ungarns gesprochen, dagegen die guten Beziehungen zu Rußland betont hat, so ist es unbegreiflich, wie deutsche Blätter daraus den Vorwurf herleiten konnten, Kalnoky habe eine Schwenkung zu Rußland und von Deutschland ab gemacht. Der Minister hat dies in seinen Erklärungen vom 9. und 14. Juni hinreichend widerlegt und betont, daß jedes Mißtrauen in die Festigkeit des Dreibundes durchaus unbegründet ist. Aber es ist merkwürdig

daß jene Blätter nicht den wahren Sinn von Kalnokys Bemerkung über die Besserung des Verhältnisses zu Rußland erfaßt haben; eine Veränderung ist allerdings in demselben eingetreten, aber nicht durch eine Schwenkung Österreichs zu Gunsten der bisherigen Politik Rußlands, sondern umgekehrt dadurch, daß letzteres es dermalen aufgegeben hat, den Status quo auf der Balkanhalbinsel zu stören, nachdem alle seine bisherigen Versuche dazu fehlgeschlagen. Dies ist ein offenbarer Gewinn für Österreich-Ungarn, aber Kalnoky konnte den Sachverhalt nicht öffentlich darlegen, ohne Rußland unnötig zu verletzen. Daß es aber in der That so steht, hat ein sicherlich unverdächtiger Gewährsmann, der französische Senatspräsident Challemel-Lacour bezeugt, als er am 31. Mai einem Korrespondenten des Pesti Naplo sagte: „Rußland habe einen neuen modus procedendi in seiner Balkanpolitik angenommen, der den Frieden sichere, indem es den Status quo gewähren lasse, die französische Regierung sei hierüber vollkommen unterrichtet.“ Das bedeutet also einfach einen Sieg der Politik Kalnokys, die stetig darauf gerichtet war, die Selbständigkeit der Balkanstaaten zu schützen und einen Rückzug Rußlands, welches einsieht, daß der bisher geführte kleine Krieg gegen Bulgarien aussichtslos ist und sich darein ergiebt, bis auf weiteres der Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel zuzusehen.

Schon diese Thatsache wirft gegenüber der von Kalnoky betonten inneren Entwicklung des Dreibundes auch über seine geschriebenen Bestimmungen hinaus, ein bezeichnendes Licht auf den Wert des russisch-französischen Einverständnisses. Wie steht es aber mit der Entwicklung desselben in den letzten Jahren? Vor allem, ein Bündnis als bestimmte Abmachung besteht überhaupt nicht. Der Besuch der französischen Flotte in Kronstadt ist ohne jedes greifbare Ergebnis geblieben. Die zur Förderung der Allianz von Paris in Szene gesetzte französische Ausstellung in Moskau hatte Fiasko gemacht. Von seiten der russischen Industriellen scheel angesehen, von der Bureaukratie ohne Rücksicht behandelt, hatten die französischen Geschäftsleute nur Mißerfolge zu verzeichnen, und in Rußland verdroß das Scheitern der beabsichtigten Finanzoperation durch die Opposition der

Rothschilds, welche durch die Verfolgung ihrer Glaubensgenossen verletzt waren. Um die Mißstimmung zu beseitigen, in welcher dies beabsichtigte Verbrüderungsfest geendet, wurde in Paris die Entsendung eines Geschwaders nach Kronstadt beschlossen. Dem Czaren war die Ankündigung desselben keineswegs bequem, allein der Besuch ließ sich ohne Unhöflichkeit nicht abwenden. Er fand mit vielem Gepränge statt, und die französische Eitelkeit war entzückt, daß der Kaiser die noch bei der Eröffnung der Moskauer Ausstellung verbotene Marseillaise unbedeckten Hauptes angehört hatte, aber die Unterhaltungen des Admiral Gervais mit russischen Würdenträgern führten zu nichts, für politische Abmachungen sind die Botschafter da, und man betraut damit nicht einen Seemann.*) Am Hofe war man froh, als die Sache vorüber war und die Marseillaise ward sofort wieder verboten, man hoffte in Petersburg nur, daß das Entzücken, in dem sich alle französischen Parteien über diese große Demonstration zusammenfanden, den Erfolg der russischen 500 Mill.-Anleihe sichern werde. Aber vergebens. Anscheinend vielfach überzeichnet, fand dieselbe trotz aller Bemühungen der Regierung und der Presse im Publikum so wenig Abnehmer, daß bei stetig sinkendem Kurs der russische Finanzminister 200 Mill. derselben wieder zurücknehmen

---

*) Die Erzählung des Herrn Notovitch (L'Empereur Alexandre III. et son entourage. Paris 1893, p. 241, daß Kronstadt die Antwort auf ein Komplott des Dreibundes von 1891 gewesen, wonach Belgien die deutsche Armee durchzulassen versprochen und dafür die Norddepartements Frankreichs erhalten sollte, der englische Botschafter den Sultan bestimmen sollte, Fürst Ferdinand anzuerkennen und Ägypten England zu überlassen, ist ebenso eine reine Erfindung wie das Protokoll, welches in Kronstadt zustande gekommen sein soll, wonach (Art. I) „La Russie s'engage à soutenir la France contre toute agression d'une puissance étrangère et à mettre sur pied 600 000 hommes le jour même de la déclaration de guerre. La France prend l'engagement identique. Art. II. Les deux puissances se réservent entière liberté d'action au cas ou l'une des deux jugerait à propos de prendre l'initiative.“ Bezeichnend ist, daß der Verf. zugiebt „La France et la Russie n'ont aucuns intérêts communs,“ daraus aber den verwunderlichen Schluß zieht „pas conséquent pas de sujets de disputes naissant de la mitoyenneté.“ (p. 111.)

mußte. Dann kam die Hungersnot im Czarenreiche, und die nicht in Abrede zu stellende Unfähigkeit der Regierung, dem Notstande zu begegnen; die Erwägung, daß in dem großen Reiche, welches anscheinend eine so imponierende Machtstellung einnahm, Millionen hungerten, und die Regierung nicht einmal imstande war, die vorhandenen Getreidevorräte in die notleidenden Gegenden zu befördern, konnte doch in Frankreich nicht ohne Eindruck bleiben. So sehr die Presse bemüht war diese Dinge zu vertuschen, gestand doch die bedeutendste unabhängige russische Zeitschrift Westnik Jewrowpy im Januar 1892 ein, die schweren Mißstände, welche der Notstand offenbart, bewiesen, daß man an keinerlei auswärtige Unternehmungen denken könne, so lange nicht die inneren Übel beseitigt seien. Wenn die Franzosen sich aus Anstandsrücksichten der Kommentare über die unerwartete Wendung enthalten hätten, welche die Frage über das ersehnte Bündnis genommen, so könne ihnen doch nicht verborgen bleiben, was die Presse andrer Länder darüber berichte, und sie müßten einsehen, daß das Bündnis unter solchen Umständen für Frankreich nicht den Wert habe, welchen man demselben dort beilege. — Nimmt man die Verstimmung in Rußland darüber hinzu, daß die Pariser Sammlungen für die Notleidenden ein kärgliches Ergebnis brachten, während die Engländer aus reiner Humanität mit vollen Händen gaben, und die französische Finanzwelt sich zugeknöpfter als je zeigte, so kann es nicht Wunder nehmen, daß auf den Kronstadter Rausch eine erhebliche Ernüchterung folgte. Wenn Graf Caprivi in seiner Rede vom 27. November 1891 sagte: „durch die Kronstadter Zusammenkunft ist nur für die Augen des großen Publikums ein Zustand erkennbar geworden und in den Sinn gefallen, der schon seit langer Zeit herrschte", so blieb er damit noch hinter der Wirklichkeit zurück, wie sie bald darauf unverkennbar ward, die Aussichten des französisch-russischen Bündnisses waren positiv schlechter geworden. Das zeigte sich, nachdem mit der besseren Jahreszeit der Notstand zurücktrat und die französische Ungeduld einen bezeichnenden Ausdruck fand in dem vielbesprochenen Artikel des Figaro vom 14. Juli 1892 „Alliance ou flirt", welcher mit ungewohnter Schärfe erklärte, die Zeit der Sympathieerklärungen

sei vorüber, man müsse wissen, woran man sei. Der Czar habe seine Weigerung, sich dauernd zu binden, immer mit der Ungewißheit des Bestandes der Regierung in Frankreich begründet, dies sei jetzt umgekehrt auf Rußland anzuwenden, das der wirtschaftliche Notstand, die finanziellen Schwierigkeiten und die militärisch unzureichende Ausrüstung der Armee weniger geneigt machten, einen Bündnisvertrag mit einer Nation zu schließen, die dem räuberischen Deutschland keine volle Schlußquittung gegeben habe. Diese Lage berechtige Frankreich zu fordern, daß dem flirt, dem Austausch von Liebenswürdigkeiten, die zu nichts verpflichteten, ein Ziel gesetzt und endlich ein Vertrag geschlossen werde. Frankreich werde nur um den Preis eines festen Bündnisses Rußland helfen. Diese Kundgebung machte auf den Czaren einen sehr ungünstigen Eindruck, der Grashdanin erklärte dieselbe für kindisch und bemerkte, daß, wenn Frankreich Rußland binden wolle, für rein französische Zwecke einzutreten, es die Rechnung ohne den Wirt mache, der Kaiser habe nur einen Wunsch, den Frieden zu erhalten; in der Hoffnung, denselben besser zu sichern, habe er die Annäherung an Frankreich gewünscht, weil dieselbe nach seiner Ansicht vorteilhaft für das europäische Gleichgewicht sei, aber er denke nicht daran, den Streit andrer zu seinem eigenen zu machen, noch, wie der Figaro wolle, die Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens als ein russisches Interesse zu betrachten. Man möge in Paris davon ganz überzeugt sein, daß man russischerseits nicht über eine entente morale hinausgehen werde um das Gleichgewicht herzustellen, das einen Augenblick durch eine zu ungleiche Verteilung der Macht gestört sei. In einem weiteren Artikel desselben Blattes sagte Fürst Meschtscherski, die Haltung russischer Blätter gegen Deutschland sei thöricht. Dasselbe kenne die friedliche Gesinnung der russischen Regierung und ebenso die letztere die Friedensliebe Deutschlands. Das sei die Hauptsache, und es wäre hoch an der Zeit, daß die russische Presse sich nach dem Beispiele der Regierung nicht mehr von Sentimentalitäten leiten lasse. Die Haltung der russischen Blätter Frankreich gegenüber sei, kurz gesagt, entwürdigend. Für ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland könne man nur sein aus Dummheit oder in der geheimen Hoff-

nung, daß Rußland und seine Regierung an Würde und Interessen unverbesserlichen Schaden erleiden. Die Lage, die Rußland jetzt in Europa einnehme, sei eine Folge der weisen Politik der Regierung. Darum sei der Entschluß der russischen Regierung, sich mit niemandem zu verbinden und sich auf dem Gebiete der internationalen Politik zu nichts zu verpflichten, eben so sehr im Namen seiner Interessen als auch in dem des europäischen Friedens fest und unabänderlich. Man könne daher nur ein Feind Rußlands sein, wenn man es zu einem so verhängnisvollen Schritte verleiten wolle, wie es ein Bundesvertrag mit Frankreich wäre, der 1. Rußland aller Früchte seiner zehnjährigen Politik berauben; 2. im Dreibunde Anstrengungen zu seiner Kräftigung hervorrufen; 3. eine künstliche Kriegsdrohung schaffen und 4. Rußland in einem schweren Momente des wirtschaftlichen Lebens und seiner inneren Reformierung in die verhängnisvolle Lage beunruhigender Abhängigkeit von der Politik der Zufälligkeiten und Abenteuer versetzen würde. „Und das Alles in der Aussicht," schließt der Artikel des „Grashdanin" wörtlich, „daß morgen irgend ein Triponet, an Stelle Carnots, den Vertrag Frankreichs mit Rußland an England ebenso leicht verkaufen werde, wie er gestern Geheimnisse des Kriegsministeriums an Deutschland verkaufte."

Dies war deutlich, und wenn nach der unwidersprochen gebliebenen Mitteilung der Köln. Ztg. der Czar bei der Begegnung mit Kaiser Wilhelm in Kiel demselben versichert, er werde nie den Degen ziehen, um Frankreich zur Rückgewinnung Elsaß-Lothringens zu helfen, so hat er nur dem Gedanken Ausdruck gegeben, den Fürst Gortschakow dem Verfasser schon 1875 in Baden-Baden mit den Worten äußerte: „Nous avons déconseillé l'annexion de l'Alsace-Lorraine, puisque c'était un germe de discorde en Europe, mais que ce pays soit français ou allemand, cela nous est parfaitement indifférent." Dies ist noch heute zutreffend, wenn Clemenceau und Mohrenheim sich gefühlvolle Briefe schreiben, Carnot ganz Rußland umarmt und Höflichkeitsbesuche, die der kranke Minister Giers empfängt, zu einer Staatsaktion aufgebauscht werden, so zeigt gerade dieser Lärm, daß nichts Ernstes dahinter steckt, während die Regierungen

des Dreibundes nicht viel reden, aber in der Stille, wie Graf Kalnoky sagte, die festgefügte Vereinigung ausbauen. Auch Goblet hat neuerlich (22. Mai 1893) in Bordeaux in längerer Rede ausgeführt: „Die wiederhergestellte militärische Macht Frankreichs schütze dasselbe vor auswärtigen Angriffen. Seit 1889 sei zwischen Frankreich und Rußland eine Annäherung vollzogen. Das Bündnis mit Rußland hätte Frankreich in der Welt die gebührende Stellung wiedergeben sollen. Es scheine indessen, wenn man nach den bekannt gewordenen Thatsachen urteile, daß Frankreich sich immer noch auf dem Punkte befinde, dem Dreibunde nichts entgegenzusetzen zu haben, als Sympathiekundgebungen, aus denen nichts mehr als gegenseitiges Vertrauen geschöpft werden könnte.“ So ist es in der That, denn was hat Frankreich mit allen seinen ergebenen Werbungen um die russische Freundschaft gewonnen? Einen Handelsvertrag, der seine an sich unbedeutende Einfuhr nach Rußland für eine Reihe von Artikeln begünstigt, sicher kein Äquivalent für das, was es durch den Zollkrieg mit der Schweiz allein verliert. Politisch aber hat die russische Allianz für Frankreich jeden praktischen Wert verloren, seit man, wie vorher erwähnt, sich in Petersburg entschlossen hat, den Status quo auf der Balkanhalbinsel ungestört zu lassen, denn nur durch eine Verwicklung im Orient, welcher Österreich-Ungarn nicht ruhig zusehen kann und die dadurch auch Deutschland und Italien mittelbar berührt, kann Frankreich mit Aussicht auf Erfolg gegen die beiden letzteren Mächte in Aktion treten. Dagegen hat es dem Trugbild der russischen Allianz sehr erhebliche Opfer gebracht, die jetzige Republik hat die traditionelle Politik Frankreichs aufgegeben, Rußlands Einfluß nicht ans Mittelmeer vordringen zu lassen und selbst in der Levante die führende katholische Macht zu sein. In seiner Thronrede vom 2. März 1854 sagte Napoleon III. in dieser Beziehung: „La France a autant et peut-être plus d'intérêt que l'Angleterre à ce que l'influence de la Russie ne s'étende pas indéfiniment jusqu'à Constantinople, car régner sur Constantinople, c'est régner sur la Méditerranée qui baigne 300 lieues de notre côte; d'ailleurs cette politique ne date pas d'hier, depuis des siècles tout gouvernement national en France

l'a soutenue." Diese Erklärung entspricht durchaus der geschichtlichen Wahrheit, weder die alte Monarchie noch Napoleon I. haben, wie vorstehend ausgeführt ist, Rußlands Einfluß ans Mittelmeer gelangen lassen wollen. Napoleon III. stellte den französischen Einfluß im Orient durch den Krimkrieg und die syrische Expedition wieder her, selbst Gambetta, bei aller Feindschaft gegen die Klerikalen, wollte wie Napoleon I. den Einfluß der „grande clientèle catholique de la France" erhalten. Das moderne Frankreich war ferner bis in die neueste Zeit stolz darauf, Vorkämpfer der liberalen Ideen zu sein, die Niederlage Rußlands unter Nikolaus I. brach den bleiernen Druck, den der Selbstherrscher an der Newa zu Gunsten des Absolutismus in ganz Europa übte, und so war seine Demütigung thatsächlich ein Sieg des Liberalismus, obwohl Napoleons III. Regiment Frankreich selbst unter starker Faust hielt. Die heutigen Fanatiker der russischen Allianz haben alles dies vergessen: während sie zu Hause die Religion aus den Schulen verbannen, helfen sie im Orient den Russen bei der Propaganda des orthodoxen Glaubens, die radikalen Demokraten verherrlichen den verdorbensten Despotismus in Europa, schweigen die Unterdrückung der Protestanten, Katholiken und Juden im Czarenreiche tot und sekundieren der Politik, durch Attentate die Autonomie Bulgariens zu zerstören. Und mit alledem haben sie nichts erreicht als kühle Ablehnung aufdringlicher Liebe, während Frankreich bei einem wirklichen Kriege auf seiner Seite nur das Maximum von Gefahr mit dem Minimum von Aussicht auf Gewinn sehen würde. Es hätte die furchtbaren Opfer eines Kampfes zu tragen, in welchem Rußland ihm nicht helfen könnte noch würde, wenn es könnte, da ihm allein an seinen Interessen im Orient liegt, Frankreich soll ihm nur dort die Kastanien aus dem Feuer holen, indem es die Kräfte des Dreibundes teilt.

Glücklicherweise ist der Krieg, der nur von Rußland entfesselt werden könnte, da Frankreich allein nie angreifen wird, noch nicht in Sicht. Zunächst wünscht Alexander III. nicht nur ernstlich den Frieden und gute Beziehungen mit Deutschland zu erhalten, sondern hat auch ein wohlbegründetes Mißtrauen in die Stabilität französischer Zustände, das durch den Panama=

skandal und seine Folgen nur vermehrt sein kann.*) Von diesem persönlichen Moment abgesehen, liegt indes die wahre und stärkste Friedensgewähr in der inneren Schwäche des Czarenreiches. Es war, wie mehrfach gezeigt ist,**) nicht eine zeitweilige Hungersnot, von der dasselbe 1891—92 infolge einmaliger Mißernte heimgesucht ward, sondern es ist im größten Teile des Reiches eine Auflösung des ganzen landwirtschaftlichen Betriebes nnd ein vollständiger, lange vorbereiteter Niedergang der wirtschaftlichen Lage der Volksmassen zu Tage getreten, der seiner Natur nach dauernd sein muß, zugleich aber eine Desorganisation der Verwaltung, die aller Beschreibung spottet.

---

*) Der moralische Schade, den Panama der Republik zugefügt, läßt sich kaum überschätzen. Nachdem der Kassationshof die Verurteilung der Verwalter und des Unternehmers Eiffel aufgehoben, weil deren Delikte bei Beginn des Strafverfahrens im Winter 1892 schon verjährt waren und zugleich die parlamentarische Untersuchung mit einem Bericht abgeschlossen hat, dessen Ergebnis gleich Null ist, steht es fest, daß die größte Plünderung, die jemals an den Kapitalisten Frankreichs unter Mitwirkung amtlicher Persönlichkeiten verübt ist, durch die Regierung, welche die Sache bis zur Verjährung verschleppte, mit Ausnahme des Sündenbockes Baïhaut straflos geblieben ist. Daß Rouvier, Freycinet, Floquet, Clémenceau ꝛc. die Mitschuldigen von Cornelius Herz, Reinach und Arton gewesen sind, ist bis zur Evidenz erwiesen, aber nicht das ist es, was die angebliche Regierung des Volkes durch das Volk kennzeichnet, sondern die ungeheuerliche Thatsache, daß dieselbe die Hand dazu geliehen die eigentlichen Übelthäter der Hand der Gerechtigkeit zu entziehen. Mit Recht sagt J. Delafosse im Figaro (29. Juni 1893): „C'est précisément cette impunité voulue, cette inertie calculée de la justice qui constitue pour l'opinion publique l'association et la solidarité. Le scandale passe ainsi de l'un à l'autre et les salit tous, — en sorte qu'on peut dire, au rebours de François I. que tout est sauvé, fors l'honneur; les mystifiés sont plusieurs millions d'honnêtes gens. L'étonnement qu'ils en éprouvent a une fâcheuse répercussion sur le moral de notre pays, il institue dans les âmes le pire des fatalismes, le fatalisme du mépris.“ Daß dennoch die meisten der Mitschuldigen in den letzten Wahlen ihr Mandat behauptet, zeigt nur, wie tief das moralische Niveau in Frankreich gesunken ist.

**) Deutsche Revue. Vier Briefe über Rußland und den russischen Notstand. Mai- und Juniheft 1892. Edinburgh Review. Jan. 1893. The penury of Russia.

Dieselbe Regierung, welche im Kriegsfalle eine halbe Million Soldaten von einem Ende des Reiches zum andern befördern zu können glaubte, mußte aus Mangel an Verkehrsmitteln das an der Ostsee und dem Schwarzen Meere für die notleidenden Bezirke bestimmte Getreide verfaulen lassen, sodaß der zur Reinigung dieses Augiasstalles entsandte Oberst Wendrich ausrief: „Bei solchen Eisenbahnzuständen sind wir im Kriegsfalle verloren!" Dazu kommt der prekäre Zustand der Finanzen, Wyschnegradskis Erfolge beruhten darauf, daß er einerseits rücksichtslos die Steuern, einschließlich der Rückstände, eintrieb, anderseits Anlehen in einer Weise konvertierte, welche augenblickliche Zinsersparung, aber thatsächlich weit größere Belastung für die Zukunft herbeiführte, indem der Kapitalbetrag der Schuld sehr erhöht und die Amortisation von 25 auf 81½ Jahre verlängert ward. Der Bericht des Reichs-Kontrolleurs vom 25. Oktober 1892 giebt an, daß 1891 die ordentlichen Einnahmen um 52 Millionen gegen 1890 zurückgeblieben und die außerordentlichen Ausgaben statt 63½ Millionen mehr als 240 Millionen betrugen, das Defizit für 1892 wird sicher auf 200 Millionen Rubel sich belaufen, und als der Minister, nachdem der Czar seiner längst überdrüssig geworden, zurücktreten mußte, gestand die Moskowskija Wjedemosti ein, daß sein Nachfolger, Herr von Witte, sein Amt unter den schwierigsten Verhältnissen antrete; die ersehnte Anleihe in Paris will nicht zustande kommen, da die Franzosen finden, daß sie an dem Besitz von fast 5 Milliarden russischer Fonds genug haben, so bleibt nur die Notenpresse, die ununterbrochen arbeitet und bei zunehmender Verarmung Steuererhöhung, wie die anscheinend geplante Wiedereinführung der Salzsteuer. Auch die immer drastischeren Bemühungen des Finanzministers den Kurs der Rubelnoten zu halten, beruhen auf der falschen Voraussetzung, daß die Schwankungen desselben von der Börsenspekulation herrühren, während dieselben doch vielmehr ein Ausdruck der russischen wirtschaftlichen Lage, des jeweiligen Kredits und des Standes des Außenhandels sind, Eingriffe von oben aber den Verkehr Rußlands mit anderen Ländern nur schädigen können. Daß bei solchen Zuständen der Nihilismus sein Haupt aufs neue erhebt, wie dies aus den vorsichtigen Andeutungen der russischen

Presse mit ziemlicher Sicherheit zu schließen ist, kann nicht Wunder nehmen.

Diese innere Schwäche Rußlands kennt man aber in den Staaten des Dreibundes wie in Sofia und Konstantinopel sehr wohl, und deshalb nimmt man auch Demonstrationen wie die Note des Herrn Schischkin vom 23. September 1892 am goldenen Horn nicht tragisch. Veranlaßt ist dieser Thatendrang des Verwesers des auswärtigen Ministeriums wohl durch den Verdruß des Czaren über die Haltung der bulgarischen Regierung im Prozeß Beltchew, die entschlossene Vollziehung der Todesurteile und die Veröffentlichungen der Swoboda; die Anwesenheit General Brialmonts für die Befestigung Konstantinopels und der Empfang Stambulows durch den Sultan kamen hinzu, man befürchtete in Petersburg, der des Fürsten Ferdinand könne folgen. Die erwähnte russische Note erwies sich indes als ein Schlag ins Wasser, indem die Pforte höflich erwiderte, daß die Anwesenheit Stambulows keine politische Bedeutung gehabt, der Sultan aber nach wie vor wünsche in freundlichen Beziehungen zu Rußland zu bleiben, womit die Sache aus war. Bulgarien hat seine selbständige Politik ruhig verfolgt, die Proteste Rußlands gegen die Abänderung der Verfassung bei Gelegenheit der Vermählung des Fürsten sind unbeachtet geblieben und wenn eine russische Note von Anfang März 1893 sagte, der Berliner Vertrag habe in Bulgarien keine regierende Dynastie eingesetzt, so ist darauf mit Recht geantwortet, daß der von Dondukow-Korsakow der ersten Sobranje vorgelegte, auf ausdrücklichen Befehl Alexanders II. in Petersburg ausgearbeitete Verfassungsentwurf von 1879 die Fürstenwürde für erblich erklärte; derselbe ward mit seinen Bestimmungen über Regentschaft, Minderjährigkeit der Fürsten 2c. unverändert angenommen, ohne daß der anwesende russische Vertreter Lukianow dagegen ein Wort bemerkte. Es ist bereits erwähnt, daß man in Petersburg sich darein ergiebt, in Bulgarien die Dinge zunächst ruhig gehen zu lassen, aber auch sonst kommen besonnene russische Politiker immer mehr zu der Erkenntnis, daß die bisher gebrachten großen Opfer ohne Erfolg geblieben sind. Vor dem am 23. Mai 1893 gefeierten 25-jährigen Jubiläum des Slavischen Wohlthätigkeits-Vereines, erklärte der

Grashdanin vom 19., daß dasselbe „ein trauriges Fest der Unwahrheit, der Täuschungen und Enttäuschungen sei, es sei sündlich gegen Gott, in dessen Namen wir so viele Unwahrheiten gesagt und so viel Haß entflammt haben, und es ist eine Beleidigung für unsere russischen Brüder, die als Opfer des Slavischen Betruges gefallen sind.“ Der Herausgeber fügte hinzu: „Ich bin berechtigt, diesen Protest zu erheben, weil ich einer der Feuerbrände war, die in ihrer sinnlosen Hingebung an das Slaventum Berichte von den Leiden verbreiteten, welche die Slaven nie erlitten und zum Kriege aufreizende Artikel schrieben. Als ich zur Erkenntnis der absoluten Hohlheit dieser Ideen und der Opfer, welche sie meinem Lande gekostet, gekommen war, bekannte ich offen, daß ich durch thörichten und verbrecherischen Sentimentalismus irregeführt war.“ Und im Westnik Jewropy sagte der angesehene Professor der Geschichte Pypin „Rußland hat genug Blut und Geld für die slavische Sache geopfert, es ist an der Zeit Umschau zu halten, was es dafür gewonnen hat, wirtschaftlich nichts — absolut nichts, politisch fast nichts. Rußland kann sich nicht mit der ganzen slavischen Welt identifizieren, das ist ein Utopien, die Polen sind ihm feindlich, zwischen Russen, Czechen, Serben und Croaten besteht keine Gleichartigkeit und die Sympathien der anderen Racen sind vielfach künstlich hervorgerufen. Rußland muß sich mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigen, seine Hilfsquellen entwickeln, seine Kultur ausbauen, erst dann kann sich der Strom seiner expansiven Kraft über das ganze Slaventum ergießen.“ Dies ist unzweifelhaft richtig, es giebt weder eine politische, noch eine religiöse, noch eine sprachliche, noch eine kulturelle slavische Solidarität. Die Russen und die nicht-russischen Slaven sind einander fremd, teilweise sogar feindlich gesinnt und zwar seit Jahrhunderten. Vom Haß zwischen Polen und Russen braucht man kaum zu sprechen, aber auch die Czechen wollen weder eine Solidarität, noch etwa gar eine staatliche Vereinigung mit den Russen, deren Freundschaft ihnen nur als Kampfmittel gegen die Deutschen gilt. Was die Südslaven der Balkanhalbinsel betrifft, so waren ihnen die Opfer der Russen an Blut und Geld zwar sehr willkommen, aber mit Ausnahme der Montenegriner wandten sie sich

nach ihrer Befreiung vom Türkenjoch von Rußland ab, in der richtigen Erkenntnis, daß der russische Drang nach Süden, nach Zargarad, eine Bedrohung ihrer Existenz in sich schließt, während sie selbst sich als die rechtmäßigen Erben des „kranken Mannes“ betrachten. Dazu hat die gegenwärtig in Rußland herrschende Reaktion den Antagonismus der übrigen Slaven gegen dasselbe noch sehr verschärft. Nachdem sie selbst freie Verfassungen erlangt haben, fühlen sie nicht die geringste Lust, mit dem russischen Absolutismus beglückt zu werden. Es kann daher nur als ein erwünschter Fortschritt begrüßt werden, wenn auch in Rußland in maßgebenden Kreisen die Erkenntnis durchdringt, daß die panslavistische Idee ein inhaltloses Trugbild ist.

Über die militärische Stärke des Dreibundes einerseits, Rußlands und Frankreichs anderseits zu urteilen sind wir als Nichtmilitär inkompetent, es möge nur darauf hingewiesen werden, daß die ungeheuren Zahlen, welche nicht blos russische und französische Blätter hinsichtlich der Wehrkraft Rußlands aufmarschieren lassen, sondern die auch Sir Ch. Dilke in seinem Buche „The present position of European politics“ gläubig annimmt, so daß seiner Ansicht nach keine Macht Rußland gewachsen wäre, gänzlich wertlos sind. Dies hat ein Fachmann, Oberst Maurice, in dem Werk „The balance of military power in Europe“ unwiderleglich nachgewiesen. Abgesehen davon, daß von den russischen Truppenmassen eine große Zahl nur auf dem Papier vorhanden ist und französischerseits starke Abzüge durch non valeurs an schwächlichen Leuten und nicht zur Einstellung gelangten Rekruten zu machen sind, können beide Mächte nicht entfernt ihre verfügbaren Truppen gegen den Feind bringen. Jede derselben muß mindestens $^1/_2$ Millionen Soldaten für ihre langgestreckte Festungslinie, die Bewachung anderer Grenzen und innere Erfordernisse verwenden,*) während Deutschland in erster Linie nur für Königsberg, Thorn und Posen, Straßburg und

---

*) Major Scheibert rechnet für die französischen Festungen 400 000 Mann Abzug, das Comité de défense nahm 518 000 Mann an, deutscherseits wird auf die russischen Befestigungen mindestens 500 000 Mann gerechnet.

Metz Truppen abzuzweigen hat (zusammen etwa 175000 Mann), Österreich und Italien sich in ähnlich günstigem Falle befinden. Es ist in der letzten Zeit viel von der Lücke von Belfort gesprochen, aber Moltke legte derselben nur geringen Wert für eine französische Offensive gegen Süddeutschland bei, welche den deutschen auf Metz und Straßburg gestützten Heeren nicht vorbeigehen könnte, ohne sie geschlagen oder in die Festungen gedrängt zu haben, zumal Oberelsaß jetzt durch Neubreisach einen starken Stützpunkt für seine Verteidigung erhält. Noch günstiger wird für uns das Stärkeverhältnis an der Westgrenze, wenn 3 bis 4 italienische, via Österreich beförderte Armeekorps die deutschen Streitkräfte am Rhein vermehren, während die Hauptmacht Italiens ein bedeutendes französisches Heer an den Seealpen festhalten wird. Also auch wenn Deutschland und Österreich ihren Hauptstoß gegen Rußland richten, werden die Franzosen schwerlich mit Erfolg über ihre Sperrforts- und Festungslinie hinausgehen können. Was Belgien betrifft, so hat Moltke schon 1868 gesagt, daß Frankreich dessen Neutralität im eignen Interesse achten muß, da es bei Verletzung derselben die belgische Armee gegen sich hätte, die sich zum teile nach Antwerpen zurückziehen würde und dort mit großen Truppenmassen belagert werden müßte, selbst wenn England der Invasion ruhig zusähe. Sodann ist die Maaßlinie stark befestigt und selbst wenn dieselbe genommen würde, hielt der Feldmarschall dafür, daß ein weiteres Vordringen der Franzosen wirksamer von der Mosel als von Köln aus gehindert werden könne. Wir würden den Feind nötigen, gegen Süden Front zu machen und, indem wir seine Verbindungen bedrohen, ihn zur Schlacht zwingen. Nicht geringeren Schwierigkeiten würde sich Frankreich aussetzen, wenn es die Neutralität der Schweiz verletzte, da es dem Widerstande einer auf Gebirge und Befestigungen gestützten gut organisierten Miliz begegnen würde, die in der Defensive stark genug ist, ein vordringendes Heer aufzuhalten. Nimmt man nun hinzu, daß, wie man 1864 bei der Dannewirke gesehen, die Länge der französischen Befestigungslinie deren Durchbruch sehr erleichtert, so ist es begreiflich, daß Maurice die deutsche Grenze gegen Frankreich sehr viel stärker hält als umgekehrt. Was Rußland betrifft, so

ist es der unzweifelhaften Offensive Deutschlands und Österreichs gegenüber, trotz seiner im Westen stehenden 240 000 Mann infolge der ungeheuern Entfernungen, welche ein großer Teil seiner Truppen auf meist eingeleisigen Bahnen zurücklegen muß, um zum Operationsheer zu stoßen, gegenüber den überlegenen deutsch-österreichischen Streitkräften, denen 16 Eisenbahnlinien für den Aufmarsch zu Gebote stehen, genötigt, sich, auf sein Festungssystem gestützt, zunächst defensiv zu verhalten. Es kann, selbst wenn Rumänien, Bulgarien und die Türkei neutral bleiben, deren Gebiete nicht ohne starke Beobachtungskorps lassen, die Küstenplätze am Schwarzen Meere, Transkaspien und die neueroberten muselmännischen Chanate dürfen nicht ohne beträchtliche Besetzungen bleiben, die westlichen Festungen erfordern, wie erwähnt, $^{1}/_{2}$ Millionen Truppen, so daß ein Überrennen der Gegner durch die an der Grenze gesammelten Armeen unmöglich ist, zumal die deutsch-österreichische Mobilisation weit rascher vollzogen sein wird. Sodann ist die Frage, ob, selbst wenn die russische Armee vollzählig zur Stelle ist, das für sie erforderliche ungeheure Kriegsmaterial es gleichfalls sein wird?

Wie kläglich es mit dem russischen Transportwesen steht, ist bereits erwähnt, mit der Intendantur wird es nicht viel besser sein. Es mag sein, daß einige der schreiendsten Übelstände, wie sie beim Kriege von 1877/78 in dem Buche des Grafen Pfeil enthüllt sind, beseitigt worden, man hat aus den bitteren Erfahrungen gewiß manches für die Organisation gelernt; große Summen sind auf die Armee verwendet, und die militärischen Ausgaben werden nicht durch Rücksicht auf die Finanzen, des wirtschaftlichen Notstandes und andere Bedingungen des bürgerlichen Lebens, welche in zivilisierten Staaten ins Gewicht fallen, gehemmt. Aber was für das verausgabte Geld wirklich geleistet, ist nicht so klar, glänzende Heerschauen, die dem Czaren die Idee der Unüberwindlichkeit seiner Armee geben sollen, beweisen dafür nichts. Wenn der russische Soldat bedürfnislos und stumm-fatalistisch gehorsam ist, so fehlt es ihm um so mehr an Intelligenz; vielfach weiß derselbe die in seine Hände gegebenen Präzisionsgewehre nicht richtig zu brauchen. Die Mannschaften werden durch die mit den Lieferanten unter einer Decke spielenden Be-

amten elend genährt und gekleidet, die Offiziere sind schlecht bezahlt und die Disziplin ist sehr mangelhaft.

Zufolge der Verarmung des Bauernstandes zeigt die Masse eine unleugbare Degeneration, bei einer Bevölkerung von 120 Mill. und allgemeiner Dienstpflicht wird der Mangel an Rekruten immer fühlbarer, 1891 waren 874 101 Männer von 20 Jahren einberufen und stellten sich, aber nach der Moskauer Zeitung vom 10. Oktober 1892 wurden davon bei sehr mäßigen Anforderungen nur 258 763 diensttauglich befunden. Endlich ist noch zu erwähnen, daß es, wie Maurice gegen Dilke zeigt, ein Irrtum sein würde, Polen als tot zu betrachten; dasselbe würde sich vielmehr, obwohl Gurko es in einen Kirchhof verwandelt, in dem die russische Gegenwart zwischen nationalen Leichensteinen einherschreitet, in einem großen Kriege sicher erheben, sobald sich eine Aussicht zur Befreiung von seinem gegenwärtigen Joche zeigte. Jedoch auch hinsichtlich der französischen Truppen sind die des Dreibundes denselben, was die Reserve- und Landwehrformationen betrifft, überlegen, die Manöver des Herbstes 1892 haben gezeigt, welche Mängel den französischen Truppen der zweiten Linie anhaften, mit der Einstellung von 217 000 Rekruten ist Frankreich an der Grenze seines Könnens angelangt und was das französische Cadresgesetz betrifft, so wird die starke Vermehrung der Offiziere schon nach den bisherigen Erfahrungen sicher nur auf Kosten der Qualität erreicht werden. Aber auch die französischen Finanzen kommen in Betracht, die Staatsschuld erfordert jetzt 1286 Millionen Frs. an Zinsen, was zu 3 Prozent ein Kapital von 43 Milliarden ergiebt und die Defizits betrugen seit 1882 nach Paul Leroy-Beaulieu 566 Millionen, derselbe aber weist in drei Artikeln des „Economiste Français“ (25. März, 1. und 22. April d. J.) nach, daß die Fehlbeträge eigentlich das drei- oder vierfache der Summe ausgemacht hätten, indem man eine Reihe regelmäßiger Ausgaben durch Anleihen deckte. Durch eine verfehlte Politik gewährte man den sechs großen Privatbahnen 1883 Erträgnisgarantien, an welchen der Staat schon über 500 Millionen gezahlt hat, für 1894 sind dafür 70 bis 80 Millionen erforderlich, während die Staatsbahnen wenig einbringen. Der Schatz hat nur 100 Millionen in der Bank,

1893—95 sind 371 Millionen 6jährige Obligationen fällig, die nur durch Anleihen beschafft werden können. Für 1893 war schon bei Vorlage des Budgets ein Defizit von 93 Millionen vorhanden, die Kammer fügte durch die von ihr beliebten Reformen 50 Millionen hinzu, für 1894 berechnet Beaulieu dasselbe auf mindestens 200 Millionen und glaubt, daß um reines Haus zu machen ein Anlehen von 1200 Millionen erforderlich sein wird. Demgegenüber wies Bennigsen am 5. Mai 1893 in einer Reichstagsrede darauf hin, daß, während Frankreich seiner ungeheuren Schuld nur wenig Aktivvermögen entgegenzusetzen hat, in Deutschland dasselbe in Domänen, Eisenbahnen, Bergwerken rc. mehr als sämtliche Schulden des Reiches und aller Einzelstaaten beträgt, in Preußen liefern die Überschüsse der Staatsbahnen mehr als die Verzinsung der gesamten Staatsschuld. Unzweifelhaft ist Frankreich ein sehr viel reicheres Land, aber die Steuern auf die der Haushalt allein angewiesen ist, sind auch sehr hoch und wenn man auf den Stand der Rente hinweist, so kann man fragen, auf welchen Kurs sie bei einem großen Kriege fallen würde?

Endlich kommt noch die verfehlte französische Kolonialpolitik in Betracht; Goblet klagte in seiner oben erwähnten Rede, daß Frankreich auf allen Punkten der Erde, in Asien wie in Afrika, von seiten anderer Staaten mehr oder minder versteckten Feindseligkeiten begegne, welche nur zu häufig die französische Aktionskraft lähmten. Diese Schwierigkeiten liegen viel weniger in fremder Gegnerschaft, als in dem Ungeschick, mit dem die Franzosen die Eingebornen behandeln und dadurch zu Aufständen reizen, ihre kolonialen Eroberungen kosten ihnen nur schweres Geld und viel Blut, ohne dem Mutterlande die geringsten wirtschaftlichen Vorteile zu bringen.*)

Ist nun nach der wohlbegründeten Überzeugung von Oberst

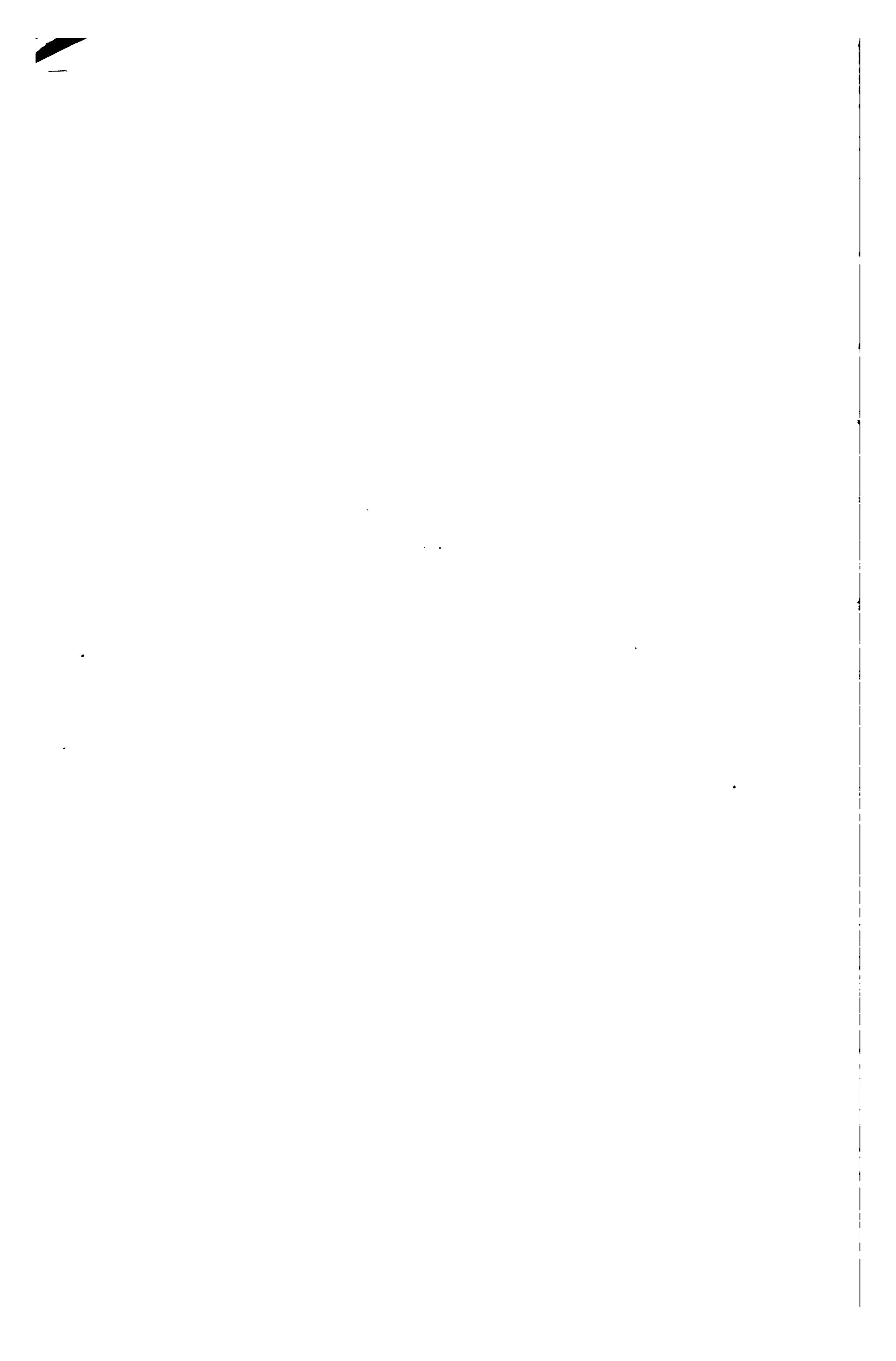
---

*) Die politischen Vorteile der französischen kolonialen Eroberungen wie Tunis und neuerdings, dank der Schwäche Englands, in Siam werden damit keineswegs geleugnet. Vergleiche meine Besprechung der französischen Kolonialpolitik in v. Schönbergs Handbuch der polit. Ökonomie 3. Aufl. II S. 1110 ff.

Maurice der Dreibund seinen Gegnern schon jetzt trotz etwaiger geringerer Truppenzahl qualitativ überlegen, so würde er es noch mehr bei einem Anschluß Englands sein. Ein solcher würde durch den Schutz der Küsten Italiens nicht nur dessen Armeen zum sofortigen aktiven Eingreifen auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz fähig machen, sondern auch Deutschland durch den seinen Häfen gewährten Schutz die wichtigsten Dienste leisten und durch Stellung eines Hilfskorps und militärische Führung die Türkei zu einer bedeutsamen militärischen Hilfsmacht gegen Rußland machen. Der Preis für diesen Anschluß sollte nach Maurices Ansicht die Zusicherung des Dreibundes sein, daß derselbe einen Vorstoß Rußlands gegen Indien als Kriegsfall betrachte, indem ein solches Abkommen genüge, Rußland in Asien zur Ruhe zu verweisen, wie dies die Haltung des Dreibundes für die Balkanhalbinsel zeige. Inwieweit eine solche Verstärkung der Tripelallianz in Betracht gezogen zu werden verdient, hängt wesentlich davon ab, ob man in London überhaupt bereit ist, Englands Stellung als Weltmacht zu wahren und dafür die nötigen Opfer zu bringen, statt sich der trügerischen Hoffnung hinzugeben, daß andere Mächte für Großbritannien die Kastanien aus dem Feuer holen werden.

Auf alle Fälle aber können die zur Erhaltung des Status quo und des Friedens verbündeten Mächte der Zukunft ruhig entgegensehen.

Druck von C. G. Röder, Leipzig.



Geheime Dokumente
der russischen Orient-Politik
1881—1890.

Nach dem in Sofia erschienenen russischen Original

herausgegeben von

R. Leonow.

1893. 248 Seiten 8⁰ Mark 5,—.



Dasselbe Werk in französischer Sprache unter dem Titel:

Documents secrets
de la Politique russe en Orient
1881—1890.

D'après le livre russe paru à Sofia sous le titre
»les fonds d'occupation«

publié par

R. Léonoff.

1893. 240 Page in 8⁰ Mark 5,—.

Verlag von Richard Wilhelmi in Berlin.

Druck von C. G. Röder in Leipzig.



